

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 27



**SPD
PROGRAMM**

ISSN 0170-4613

9,80 DM

8. Jahrgang — Juni 1985

Interview mit Peter v. Oertzen

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Motzstraße 65, Postfach 1101, D-1000 Berlin 30
Tel.: (030) 2134057

Anzeigen (ohne Tauch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,
Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1985.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-2. Tausend Juni 1985

Die spw erscheint 1985 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 1115028300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegen — in Teilaufgaben — ein Prospekt des *Argument*-Verlags, Berlin/West, und eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, bei.

Inhalt

Editorial	131
-----------------	-----

Hans Willi Weizen

Mit aller Kraft voraus! Heinz Albrecht zum 75. Geburtstag	133
---	-----

Aktuelle Kommentare

<i>Kurt Neumann</i> : »Die SPD kann wieder siegen ...«	137
--	-----

<i>Erik Nohara</i> : Geschichtsbewußtsein und Staatsfeiertage	141
---	-----

<i>Jochen Zimmer</i> : Die roten Grünen werden 90	144
---	-----

Analysen: Marxistische Theorie/Friedenskampf/Griechische Linke

Michèle Barrett

Marxismus-Feminismus und das Werk von Karl Marx	148
---	-----

Detlev Albers

Zukunft der Grünen und Zukunft der Linken	158
---	-----

Johannes Klotz

SPD und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik	163
---	-----

Wolfgang Zellner

Bundeswehrplan 1985 — Ziel ist militärische Überlegenheit	169
---	-----

Heinz-Jürgen Axt

Griechenland vor der Wahl: Der »große Wandel« — Anspruch und Wirklichkeit	177
---	-----

Johannes Becker

Das Erstarken der extremen Rechten in Frankreich — Quellen, Verbindungen und Perspektiven	186
--	-----

Olaf Scholz

Immer wieder Stamokap ... Zu den jüngsten Auseinandersetzungen um den SHB	195
---	-----

Diskussionsschwerpunkt: SPD-Programm

Uwe Kremer

Zur Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte	199
---	-----

Michael Wendl

Sozialdemokratische Programmideen — Zwischenbilanz der wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD	207
---	-----

Gerhard Bäcker

Sozialpolitische Anforderungen und Perspektiven	213
---	-----

Interviews

»Theorie- und Perspektivlosigkeit wird zu weiteren Niederlagen führen« — <i>Peter v. Oertzen</i> zur Programmdebatte	223
»Sie will sich als etwas Neues darstellen« — <i>Lucien Sève</i> (ZK des PCF) über Le- Pen und die politische Rechte in Frankreich	229

Berichte

<i>Armin Frohmann</i> : Geschichte zwischen »Großmeistern« und »Barfußhistorikern« Tagung der historischen Kommission der SPD vom 28.2.-1.3.1985 in Bonn	232
<i>Hillevi Burmester und Britta Ernst</i> : Schwierige Gehversuche auf neuem Feld — Juso-Frauenkonferenz vom 26.-28.4. in Köln	235
<i>Franziska Brunkhorst-Albers und Jürgen Gleske</i> : Erstes »Neuland-Gespräch« des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe vom 8.-9.3.1985 in Bielefeld	237
<i>Berthold Paschert</i> : Die Universität zwischen Ökonomisierung und Militarisie- rung? Zur Sinnkrise in den Wissenschaften. Interdisziplinärer Friedenskongreß in Münster vom 17.-20.1.1985	240

Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: Steuerpolitik (Thomas Ewald)	243
--	-----

Besprechungen

<i>Ebermann, Thomas, und Rainer Trampert</i> : Die Zukunft der Grünen. Ein reali- stisches Konzept für eine radikale Partei (<i>D. Albers</i>)	158
<i>Niethammer, Lutz</i> (Hrsg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinset- zen soll.« (<i>A. Ludwig</i>)	244
<i>Niethammer, Lutz</i> (Hrsg.): »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.« (<i>A. Ludwig</i>)	244
<i>Niethammer, Lutz, Bodo Hambach, Tilman Fichter und Ulrich Borsdorf</i> (Hrsg.): »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.« (<i>A. Ludwig</i>)	244
<i>Ristau, Malte</i> : Identität durch Geschichte (<i>A. Ludwig</i>)	244
<i>Gailus, Manfred</i> (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin (<i>A. Ludwig</i>) ..	244
<i>Boberg, Jochen, Filman Fichter und Eckhard Gillen</i> (Hrsg.): Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert (<i>A. Ludwig</i>)	244
Lern- und Arbeitsbuch Geschichte der Arbeiterbewegung (<i>J. Wollenberg</i>)	247
<i>Coassin-Spiegel, Hermes</i> : Gramsci und Althusser (<i>P. Körte</i>)	249
<i>Quack, Sybille</i> : Paul Levi — Rosa Luxemburg (<i>V. Gransow</i>)	250
<i>Adler, Max</i> : Ausgewählte Schriften (<i>U. Schöler</i>)	251
<i>Mozetic, Gerald</i> (Hrsg.): Austromarxistische Positionen (<i>U. Schöler</i>)	251
<i>Steinbach, Peter</i> : Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (<i>P. Sonnet</i>)	254

Über die Autoren/Autorinnen	256
-----------------------------------	-----

Editorial

Der Dortmunder Kongreß »Arbeit und Umwelt«, das jüngste Papier zweier Programmkommissionsmitglieder, des »linken« Steinkühler und des »rechten« Rappe, werden nicht nur von der FAZ als »Brückenschlag« zwischen den Parteiflügeln (Nr. 103 vom 4. Mai 85, S.12) gewertet. Auch Teile der Partei- und Fraktionslinken feiern die Formel von der »ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft« etwas voreilig als die Lösung aller politisch-programmatischen Rätsel der SPD. Uns scheint demgegenüber die Gefahr groß, daß die wirklichen Probleme nicht in der einem Parteiprogramm angemessenen Grundsätzlichkeit behandelt werden. Hatten linke Sozialdemokraten in den 70er Jahren vielfältige Kritik an der Politik der SPD-geführten Bundesregierungen und insbesondere an deren kapitalorientierter Krisenpolitik geübt, so formulierten wir nach dem Zerfall des sozialliberalen Machtblocks und dem Wahlsieg der Rechtskräfte 1983 die Forderung nach einer grundlegenden »sozialistischen Erneuerung« der Partei. Praktische und nachhaltige Umorientierungen auf allen wichtigen Politikfeldern (Wirtschafts- und Sozial-, Umwelt- und Friedenspolitik) bleiben unumgänglich, wenn die Sozialdemokratie ihre Handlungsfähigkeit in der Opposition wiedergewinnen will (vgl. auch Albers, Unsere Aufgaben nach dem 6. März, in: *spw* 19, 1983, S.209ff.). Die fällige Veränderung der Partei und ihrer Politik ist nicht im Rahmen der Festlegungen und Dogmen des geltenden Parteiprogramms, sondern allenfalls gegen sie denkbar.

Frühzeitig hat sich diese Zeitschrift in die neue programmatische Diskussion eingeschaltet. Daß grundlegende programmatische Anstrengung Mittel zum Zweck, daß sie gerade die »Form« der Klärung unserer kurz- und längerfristigen Aufgaben sei, mußte angesichts der Erfahrungen mit der Diskussion um den Orientierungsrahmen '85 auf Skepsis stoßen (vgl. Hofschien, Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlniederlage?, in: *spw* 20, 1984, S.346ff.). Würde eine Programmdebatte nicht in die folgenlose (Selbst-)Beschäftigung der Parteilinken ausarten und angesichts der innerparteilichen Kräfteverhältnisse einen Schlüssel zur Entschärfung und Integration kritischer Potentiale abgeben?

Unwahrscheinlich ist, daß die Parteiderechte sich programmatisch so unangefochten durchsetzen wird, wie sie es in Godesberg konnte; sie ist keineswegs entmachtet, aber politisch und ideologisch in der Defensive. Peter v. Oertzen ist vielleicht zuzustimmen, daß er in erster Linie mangelnde Entschiedenheit und Konfliktfähigkeit bei Teilen der Parteilinken befürchtet (vgl. Interview in diesem Heft). Wenn Eppler in Oer-Erkenschwick gegen v. Oertzen meinte, die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft brauche nicht im Zentrum des neuen Programms zu stehen, weil sie für ihn(!) außer Zweifel stünde (vgl. Elf Thesen zur Programmdiskussion, in: *Neue Gesellschaft* 4/85, S.376), läßt sich gegenfragen, wann die »Selbstverständlichkeiten« der sozialistischen Linken schon wieder zum Gemeingut der ganzen Sozialdemokratie (oder doch im mindesten ihres überwiegenden Teils) geworden sind? — Gleichzeitig ist Eppler nur beizupflichten, daß Wirtschaftspolitik im Zentrum des neuen Programms stehen muß. Den in diesem Zusammenhang genannten Orientierungspunkten Ökonomie, Ökologie, Arbeit, Dritte Welt möchten wir allenfalls einen fünften anfügen: die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern.

Die Frage nach dem »ob« ist längst der Frage nach den Interessen und Kräfteverhältnissen in der Programmdebatte gewichen. »Ihr Beginn ist Realität und zugleich eine der wichtigsten inhaltlichen, theoretischen, aber durchaus auch praxisrelevanten Herausforderungen, denen sich marxistische Sozialdemokraten in den nächsten Jahren gegenübersehen werden.« (Albers/Neumann, Die Programmdebatte nutzen, in: *spw* 24, 1984, S.266)

Nachdem der Essener Parteitag nach Bericht und auf Vorschlag der Grundwerte-Kommission beschlossen hat, daß die Partei sich »noch in diesem Jahrzehnt« ein neues Programm geben wird, soll der nächste Parteitag im Frühjahr 1986 im Vorgriff auf das Ganze das wirtschaftspolitische Kernstück des Parteiprogramms beraten. Ziel ist, einen Zuwachs an wirtschaftspolitischer Kompetenz bereits im Bundestagswahlkampf '87 demonstrieren zu können. Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen daher auch im Zentrum der Programmbeiträge dieses Hefts. Zu Problemen aktueller Analyse und Kritik des Kapitalismus, zu Vergesellschaftungsforderungen und »politisch-ökonomischem Minimalkonsens« nimmt *Peter v. Oertzen*, Mitglied der vom Parteivorstand berufenen Programmkommission, Stellung. *Michael Wendt*, Landesvorsitzender der bayerischen Jungsozialisten, behandelt die unterschiedlichen Vorschläge, die zur wirtschaftspolitischen Programmatik in der Diskussion sind. *Uwe Kremer* geht der bisherigen Entwicklung und den aktuellen Erfordernissen der wirtschaftspolitischen Grundsatzdiskussion bei den Jungsozialisten seit 1981 und ihrem Beitrag für das neue SPD-Programm nach. Die sozialpolitische Dimension beleuchtet ausführlich *Gerhard Bäcker* vom WSI des DGB.

Einen gewichtigen Beitrag zur programmatischen Entwicklung der Partei *Die Grünen* leistet das Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert (Zukunft der Grünen, 1984), das *Detlev Albers* in seinem Artikel einer ausführlichen, positiven wie negativen Kritik unterzieht. Linke Sozialdemokraten müssen von »Öko-Sozialisten« erst noch lernen, die Analyse des Zusammenhangs von Erster und Dritter Welt sowie das schwierige Verhältnis von antikapitalistischer und ökologischer Perspektive zu berücksichtigen. Bündnispolitisch bleiben Ebermann/Trampert jedoch borniert: Grüne Partei und neue soziale Bewegungen werden in fundamentalistischer Abgrenzung zur Sozialdemokratie als einzige Subjekte der Veränderung ausgerufen.

Am Rande der Programmdiskussion steht im Moment die Friedensproblematik. Hierzu wird sich die Partei erst 1987 strategisch äußern. *Johannes Klotz* untersucht in seinem Beitrag das widersprüchliche Verhältnis der Partei zur Friedensbewegung in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Sein Schluß: Die SPD darf sich nicht als Vorreiter der Friedensbewegung begreifen, sondern sollte sich als aktive Kraft integrieren, ohne die Politik für die Bewegung machen zu wollen. *Wolfgang Zellner* beschäftigt sich in seiner Analyse vor allem mit der enormen NATO-Kostenentwicklung, die die Aufrüstung in den kommenden zwölf Jahren für die BRD bewirken wird.

Die Haltung Griechenlands zu NATO und EG und die Politik der regierenden Sozialisten sind Gegenstand des Beitrags von *Heinz-Jürgen Axt*. Er zieht — vor den Wahlen in diesem Monat — Bilanz, was aus dem versprochenen »großen Wandel« bisher wurde. *Lucien Sève* (KPF) und *Johannes Becker* ergänzen unsere Analyse der Entwicklung in Frankreich (vgl. auch Steinacker/Westphal in *spw* 26) um den Aspekt der Politik der Rechten.

Eine der — auch theoretischen — Grundfragen eines aktuellen Marxismus ist ein realistisches und nicht harmonisierendes Verständnis der Geschlechterverhältnisse. *Michèle Barrett*, britische Marxistin und Feministin, untersucht den Beitrag von Marx für ein sozialistisches Projekt autonomer Frauenpolitik heute.

Jürgen Blume und Frank Heidenreich

Hans Willi Weizen

Mit aller Kraft

Heinz Albrecht zum 75. Geburtstag

Eine Geschichte aus dem deutschen antifaschistischen Widerstand: Im Sommer 1934 klettert eine illegal arbeitende »Fünfer-Gruppe« der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), die Ende 1931 aus einer Linksabspaltung der SPD gegründet worden war, in Berlin-Charlottenburg auf das Dach eines Hauses in der Hardenbergstraße. Der während der Weimarer Republik im Reichsbanner Schwarz Rot Gold, der überwiegend sozialdemokratischen republikanischen Selbstschutzorganisation, engagierte Hauswart hat ihnen den Weg geöffnet. *Heinz Albrecht* und vier andere tragen einen Stapel Flugblätter, die heimlich in einer kleinen Druckerei in der Leibnizstraße hergestellt worden waren, in der Georg Kunz arbeitete, das als Drucker und Ballistiker gleichermaßen befähigte Mitglied der »Fünfer-Gruppe«. Außerdem wird ein sonst für sportliche Zwecke genutzter Expander mitgeführt. Auf dem Dach angekommen, warten die fünf ab, bis die Besucher nach der laufenden Vorstellung aus dem »UFA-Palast« strömen, dem großen Kino auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Dann ist es soweit. Zwei halten den Expander, ein dritter legt die von einem Bindfaden zusammengehaltenen Flugblätter in die Mitte der Bänder und zieht aus. Losgelassen schleudert der Expander das Bündel auf die andere Straßenseite. Der Bindfaden reißt wie vorgesehen. Auf die Kinobesucher regnen Flugblätter herab, auf die Auszüge aus dem »Braunbuch« über den Reichstagsbrand gedruckt sind. Auch als die Geheime Staatspolizei in der Folgezeit die Hausbewohner auf der anderen Seite der Hardenbergstraße befragt, wird das Unternehmen im Sommer 1934 und Frühjahr 1935 noch mehrmals wiederholt. Nun enthalten die Flugblätter Nachrichten des Londoner Rundfunks oder auch einmal ein Spottgedicht von Heinz Albrecht auf die vermeintlich große Zeit, die Deutschland damals erlebt. Dank des Expanders, der eine ausreichende Distanz sichert, gelingt jedesmal unauffällig der Rückzug der »Fünfer-Gruppe«. Erst als der vorsichtige Blick durch die Dachluke fremde Gestalten auf den Dächern erfaßt, entschließt man sich, so nicht weiterzumachen. Keiner der fünf wird bei dieser oder anderen Widerstandsaktionen von den Faschisten geschnappt. Diese Widerstandsarbeit ist auch deshalb erinnenswert, weil sie — wie Heinz Albrecht immer wieder hervorhebt — von der großen Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nicht unterstützt, sondern abgelehnt und sogar durch Anzeigen denunziert wurde.

Dies ist keineswegs die einzige Geschichte, die über *Heinz Albrechts* Leben in der deutschen Arbeiterbewegung berichtet. Daß noch weitere erzählenswert wären, läßt der Lebenslauf ahnen, der hier nur im Stenogramm wiedergegeben werden kann: *Heinz Albrecht* wird am 30. August 1910 in Magdeburg geboren. Lebt seit 1914 in Berlin. Besucht von 1917 bis 1925 die 19. Gemeindeschule in Charlottenburg. Erlebt dort die Besetzung seiner Schule durch die Kapp-Putschisten im Frühjahr 1920. Bricht eine Lehre als Einzelhandelskaufmann im Mai 1926 ab. Besucht von Juni bis Dezember 1926 die von Eduard Weitsch geleitete Heimvolkshochschule Dreißigacker. Wird vom Lehrerseminar in Halle nicht aufgenommen, nachdem er im Januar und Februar 1927 dessen Proseminar absolvierte. Kehrt zurück nach Berlin. Macht von 1927 bis 1930 eine kaufmännische Lehre. Wird bis Juni 1931 als Einkäufer beschäftigt. Dann bis 1934 arbeitslos. Von 1927 bis 1931 Volkshochschulkurse. Von September bis November 1930 besucht er die Bundesschule des

Perspektiven
des Demokratischen
Sozialismus

pds

Diese sozialwissenschaftliche Zeitschrift wendet sich an alle, die an einer die Praxis orientierenden kritischen Theorie des Demokratischen Sozialismus interessiert sind.

Ausgewählte Themenschwerpunkte:

Ökosozialismus	1984, Heft 1 ff.
Abschied vom Sozialismus?	1984, Sonderheft
Verschüttete Traditionen des Sozialismus	1984, Heft 3
Programmatische Erneuerung der SPD	1984, Heft 2 ff.
Sozialismus ohne Staat?	1985, Heft 2 ff.
Wirtschaftsdemokratie	1985, Sonderheft

Autoren u.a.: Bernhard Claußen, Freimut Duve, Erhard Eppler, Iring Fetscher, Leo Kibler, Jiří Kosta, Achim v. Loesch, Thomas Meyer, Sven Papcke, Klaus-Jürgen Scherer, Karl Theodor Schuon, Ota Sik, Johano Strasser.

Die **pds** erscheint viermal jährlich (drei reguläre Hefte à DM 3,-, ein Sonderheft à DM 2,-); das Jahresabo kostet DM 10,- incl. Porto. Zu bestellen bei:

Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

Hardenbergstraße 28, 1000 Berlin 12

NG Verlag Neue Gesellschaft



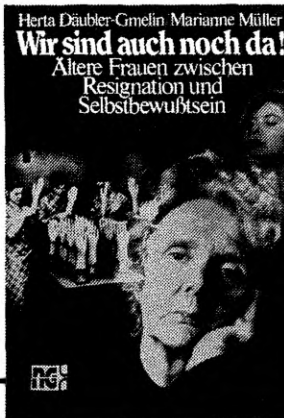
Mit Beiträgen von: Günter Altner, Wolf-Michael Catenhusen, Erwin Chargaff, Wolfgang van den Daele, Johann-Friedrich von Eichborn, Gunter-Otto Kirst, Meinrad A. Koch, Hanna Neumeister, Hans-Bernhard Nordhoff, Ludwig Siep, Ulrich Steger, Jürgen Walter, Adolf Weber und Ernst Wolf.

221 S.

19,80 DM

Vorwort von Dorothea Brück

Die Autorinnen bleiben nicht bei der – vernichtenden – Bestandsaufnahme stehen, sondern stellen konkrete Forderungen nach Abhilfe – an die Politik, an die Medien, aber auch an die Frauen, alte und junge.



168 S.

24,80 DM

NG
ING

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau, an der ihn u.a. Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali, Fritz Tarnow unterrichten. Im Frühjahr 1931 absolviert er Lehrgänge an der von Hermann Duncker geleiteten Marxistischen Arbeiterschule (»MASCH«) in Berlin. Vom Sommersemester 1931 bis zum Wintersemester 1932/33 hört er Vorlesungen an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Im Sommersemester 1934 nimmt er das Studium wieder auf, wird aber wegen »staatspolitischer Unzuverlässigkeit« relegiert. Seit 1928 ist er auf Wunsch des linksliberalen Vaters im liberalen Gewerkschaftsring der Angestellten. Leitet dort auch bis 1929 eine Jugendgruppe. 1929 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Jugendverbands der SPD. 1930 tritt er vom Gewerkschaftsring der Angestellten in den sozialdemokratisch orientierten Zentralverband der Angestellten über, der zum Allgemeinen Freien Angestelltenbund gehört. Bis 1932 dort Leiter einer Jugendgruppe. Im Januar 1931 Mitglied der SPD und dort u.a. Kassierer Hermann Müllers, des zeitweiligen sozialdemokratischen Reichskanzlers. Im November 1931 in die neuentstandene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands übergetreten, zugleich aus dem Jugendverband der SPD in den Sozialistischen Jugendverband der SAPD. Verschiedene Funktionen in der SAPD. Vom Mai bis August 1933 inhaftiert wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, da in der gemeinsamen Wohnung Exemplare der illegalen »Roten Fahne« gefunden werden, die der kommunistisch engagierte Bruder dort unter dem Teppich versteckt hatte. In dieser Zeit im Konzentrationslager Oranienburg festgehalten. Nach der Freilassung bis 1936 an verschiedenen Widerstandsaktivitäten beteiligt. Im zweiten Weltkrieg als Sanitäter zur Wehrmacht eingezogen. Im Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. Ende August wieder in Berlin und in der SPD. Von 1946 bis 1954 Landesparteitagsdelegierter. Von 1946 bis 1948 stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Bezirksverordnetenfraktion in Charlottenburg. 1952/53 stellvertretender Vorsitzender des Kreises Charlottenburg der SPD. Von September 1945 bis zum August 1975 im Dienst des Landes Berlin. Zeitweilig Personalratsmitglied und Personalratsvorsitzender der Senatsverwaltung für Volksbildung Berlin. Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Marxistischen Arbeitskreises in der Berliner SPD. Allein dessen Tätigkeit, die an anderer Stelle nachzulesen ist (vgl. Hans Willi Weizen, Integration nach Sezession. Der Marxistische Arbeitskreis in der Berliner SPD in den Jahren 1948 bis 1958, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 16. Jg., H.3, Berlin [West], September 1980, S.347-376), wäre mehr als einen Artikel wert.

Heute haben viele der Geschichten, die *Heinz Albrecht* erzählt, mit der Berliner Compagnie zu tun. Mit ihr geht er auf Tournee, um selbsterarbeitete Theaterstücke aufzuführen, wie zuletzt »Die Kuba-Krise«, das in die Diskussion der Friedensbewegung einzugreifen versucht. Als ehemaliger Schüler der Max-Reinhardt Schule und als Komparse des Spielfilms »Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt?«, den der Regisseur Slatan Dudow nach einem Skript von Bertolt Brecht und Ernst Ottwalt und mit Musik von Hanns Eisler im Jahr 1931/32 drehte, erfüllt er sich damit einen alten Wunsch. Seit ihrer Gründung gehört er zu den Herausgebern dieser Zeitschrift. Schließlich macht er gerne seine Geschichte in der Arbeiterbewegung in Gesprächen und Veranstaltungen mit Jüngeren erlebbar und verstehbar. Auch dies mit aller Kraft.

»Nicaragua-Solidarität«

Ärzte für Nicaragua!

Seit längerem stellt der Gesundheitsladen Berlin in Zusammenarbeit mit sandinistischen Regierungsstellen *Gesundheitsbrigaden für Nicaragua* zusammen. Für eine mindestens sechsmonatige Tätigkeit werden noch dringend Ärztinnen und Ärzte (vor allem Chirurgen, Anästhesisten und Kinderärzte) gesucht. Hin- und Rückflug, Kost und Logis sind frei; Spanischkenntnisse sind erwünscht, aber nicht Voraussetzung.

Die Organisation des Einsatzes in Nicaragua funktioniert gut. Versorgt werden in erster Linie solche Orte, aus denen der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) seine Leute bereits abgezogen hat.

Redaktion und Herausgeber der *spw* unterstützen diese wichtige Solidaritätsmaßnahme und bitten interessierte Mediziner, sich mit näheren Fragen schriftlich oder fernmündlich (Telefon 030/693 20 90, montags bis freitags von 17 bis 20 Uhr) zu wenden an:

Gesundheitsladen Berlin
Mehringhof
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin (West) 61

ngv Verlag Neue Gesellschaft

**Jahrbuch
 Arbeit und
 Technik
 in Nordrhein-Westfalen
 1985**

Herausgegeben von
 Werner Fricke, Kurt Johannson,
 Karl Krahn, Wilfried Kruse
 und Gerd Peter



etwa 352 S., zahlr. Tabellen
 EfaIn-Bd. 38,— DM

Im „Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen“, das ab 1985 regelmäßig erscheint, wird zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig aus sozialwissenschaftlicher Sicht über einen wichtigen Aspekt der

gesellschaftlichen Entwicklung berichtet. Im ersten Jahrgang erläutern die vier herausgebenden Forschungsinstitute einleitend ihre Konzeption, die sich auszeichnet durch

- Betonung der Möglichkeit der Gestaltung von Arbeit und Technik (gegenüber der reinen Technikfolgenabschätzung),
- Hervorhebung der Möglichkeiten arbeitsorientierter Gestaltung von Arbeit und Technik; Analyse von Wirkungen der Anwendung neuer Technologien auf die Situation der Arbeitenden.

Im ersten Teil des Jahrbuchs werden jeweils aktuelle Tendenzen der Entwicklung von Arbeit und Technik in NRW dargestellt und aus sozialwissenschaftlicher Sicht analysiert.

Den zweiten Teil bildet der eigentliche Sozialreport mit jährlich wiederkehrenden Themen wie z. B. Ausbildungsmarkt, Arbeitslosigkeit usw.

Bitte fordern Sie den **Sonderprospekt** an bei Verlag Neue Gesellschaft
 Postfach 200 189 · 5300 Bonn 2

Aktuelle Kommentare

Kurt Neumann

»Die SPD kann wieder siegen ...«¹ aber immer noch auch ganz kräftig verlieren

Die Wahlen vom 10. März 1985 im Saarland, in Hessen und in Berlin (West)² belegen beide Tendenzen. Im Saarland hat die SPD fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten und die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. In Hessen wurde die SPD zwar — im Gegensatz zur vorigen Kommunalwahl — wieder stärkste Partei, sie bleibt aber deutlich schwächer als der Bürgerblock aus CDU und FDP. In Berlin (West) ist die Talfahrt der Sozialdemokratie weitergegangen. Noch nicht einmal ein Drittel der Wähler haben sich für die SPD entschieden. Der Bürgerblock hat fast 55% der Stimmen erhalten, wobei die finanzkräftige Zweitstimmenkampagne zwar das parlamentarische Überleben der »Liberalen« gesichert hat — zu Lasten einer eindeutigen absoluten Mehrheit der CDU. Die Grünen bzw. Alternativen haben unterschiedlich abgeschnitten: Während sie in Berlin (West) zweistellig wurden, blieben sie im Saarland deutlich unter und in Hessen deutlich über der Fünfprozent-Marke.

Zwei Feststellungen drängen sich auf:

1. Der linke Kandidat, der seit Jahren gegen die NATO-Aufrüstung und gegen die Wirtschaftspolitik Helmut Schmidts opponiert hat, ist der große Wahlsieger, während der aufrechte Rechte und politische Zögling des Ex-Kanzlers vernichtend geschlagen wurde.
2. Je offener auf eine Zusammenarbeit mit den Grünen bzw. den Alternativen orientiert wurde, desto besser ist das Wahlergebnis. Die kategorische Absage an eine solche Möglichkeit bei gleichzeitiger Offenheit für ein Tolerieren der CDU war die immer wieder öffentlich verkündete Position des großen Verlierers.

Diese beiden Feststellungen können in der innerparteilichen Diskussion der Sozialdemokratie gar nicht deutlich und oft genug ausgesprochen werden — trotz oder auch wegen des lautstarken Protests und der weinerlichen Empörung, die mit Sicherheit zu hören sind.

Natürlich sind die getroffenen Feststellungen keine Analyse der Hintergründe und Ursachen der verschiedenen Wahlergebnisse. Aber sie sind nun einmal zutreffend. Sie müssen vor allem denen immer wieder vorgehalten werden, die bei einem anderen Wahlergebnis sofort die große Schulddebatte vom Zaun gebrochen hätten — vergleichbar dem alten Motto: Kanzler Schmidt gewinnt die Wahlen, und die Jusos verlieren sie. Und schließlich ist auch als ein analytisches Element bei der Betrachtung der Wahlergebnisse festzuhalten: Die immer wiederholte Behauptung ist falsch, daß mit Positionen wie der von Oskar Lafontaine Mehrheiten nicht gewonnen werden könnten. Oder anders gesagt: Es ist zwar kaum wahrscheinlich, daß jemand mit der Position und mit den Fähigkeiten von Oskar Lafontaine und der entsprechenden Parteiorganisation hätte verhindern können, daß der Bürgerblock in Berlin (West) an der Regierung bleibt. Es kann aber vermutet werden, daß mit einem solchen Kandidaten ein besseres Ergebnis möglich gewesen wäre. Sicher ist schließlich, daß mit den politischen Inhalten und der Art des Politikmachens eines Hans Apel das saarländische Ergebnis nicht zu erzielen gewesen wäre.

Unabhängig von der notwendigen genaueren Analyse der einzelnen Faktoren, die zu den unterschiedlichen Ergebnissen bei den Wahlen am 10. März 1985 geführt haben, bleibt daher festzustellen, daß es prinzipiell möglich ist, mit linker, ökologisch orientierter sozialdemokratischer Politik die bestehende Mehrheit des Bürgerblocks zu brechen. Gerade Marxisten müssen sich aber davor hüten, allzu euphorisch zu hoffen, daß der »Öko-Sozialismus« wie der Heilige Geist über eine Sozialdemokratie kommt, die 16 Jahre lang an der Regierungspolitik der Bundesrepublik teilhatte. Notwendig ist auch, die Politik der Grün/Alternativen kritisch zu hinterfragen, um die Perspektiven eines möglichen »Rot-grünen Bündnisses« realistisch einschätzen zu können. Dazu insgesamt 12 Thesen:

1.

Die politische Situation in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß die Sozialdemokratie die Fähigkeit verloren hat, durch Meinungsführerschaft gesellschaftliche Mehrheiten zu bilden und diese im politisch-parlamentarischen Raum umzusetzen. Der Verlust dieser Fähigkeit hängt zusammen mit dem *Scheitern* einer historisch-spezifischen Ausprägung *reformistischer Politik*.

2.

Unter *Reformismus* sollen sich in den Organisationen der Arbeiterbewegung herausbildende Politikkonzeptionen verstanden werden, die auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, der Mehrheit der lohnabhängigen Schichten und der sozial Schwachen orientieren, zugleich aber in ihren Perspektiven im Rahmen der Grenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbleiben.³

3.

Spätestens mit der Verabschiedung des Godesberger Programms setzte sich in der SPD mehrheitlich eine reformistische Konzeption durch, die durch *eine staatliche Wirtschaftspolitik der Globalsteuerung ein stetiges Wirtschaftswachstum* gewährleisten und durch *eine überproportionale Steigerung des Staatsanteils* die materiellen Voraussetzungen für soziale Reformen schaffen wollte.⁴ Auf der Basis dieser politischen Konzeption — und mit der Hinwendung zu einer realistischen »Ost-Politik« — war es möglich, über die traditionelle Anhängerschaft der Sozialdemokratie hinaus relativ privilegierte Teile der lohnabhängigen Zwischenschichten und der Selbständigen anzusprechen. Angesichts der entstehenden politischen Dynamik besetzte die FDP die Position eines sozialen Liberalismus, verhinderte damit eine weitergehende Stärkung der SPD, ermöglichte zugleich aber die Bildung der *sozial-liberalen Koalition*.

4.

Durch die Abhängigkeit von der FDP waren der Durchsetzung der reformistischen Konzeption von Anfang an Grenzen gesetzt. Gleichwohl konnten in einer ersten offensiven Phase (1969-1972) wichtige Erfolge erzielt werden (u.a. Lohnfortzahlung, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes). Schon bald setzte aber eine Phase der »Konzentration und Konsolidierung« ein (1973-1977/78), in der sich sozialdemokratische Politik im wesentlichen auf die Bewahrung des Erreichten beschränkte. Die Endphase (1977/78-1982) der sozial-liberalen Koalition war vor allem seit der Propagierung der *Genscherschen Wende* (1980) durch eine teilweise Vorwegnahme von Maßnahmen der jetzigen Bundesregierung gekennzeichnet. Die Aufgabe eigener Positionen bewahrte die »Regierungsfähig-

keit« nur kurz, beschädigte aber die Fähigkeit der SPD, glaubwürdige Oppositionspolitik zu betreiben.

5.

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 sind im Rahmen bürgerlicher Politikkonzeptionen die Positionen im Schwinden, die eine Integration weiter Teile der Lohnabhängigen mittels materieller Zugeständnisse anstreben. Stattdessen wird ein *pro-kapitalistischer Konsens* dadurch angestrebt, daß unterschiedliche, aber an sich nicht gegensätzliche Interessen innerhalb der Lohnabhängigen gegeneinander gestellt, relativ bessergestellte Schichten weiter begünstigt und eine vermeintliche Einheitlichkeit mittels sozialer Demagogie gestiftet werden (Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus).⁵ Politischer Ausdruck für diese Änderungen sind der Wandel der FDP und die Herausbildung der konservativ-liberalen Regierungskoalition.

6.

In der Schlußphase der sozial-liberalen Koalition ging der SPD nicht nur die soziale Bindungsfähigkeit gegenüber einem Teil ihrer traditionellen Anhängerschaft verloren. Wegen ihrer Zustimmung zur Aufrüstungspolitik der NATO und der Politik der »Berufsverbote« und »Terroristengesetze« nahm sie auch in ihrer Glaubwürdigkeit als Partei des Friedens und der Freiheit des Geistes Schaden. Schließlich führte die Ausrichtung auf eine kapitalorientierte »Modernisierung der Volkswirtschaft« dazu, daß verstärkt auftretende und immer mehr Menschen bewußt werdende Probleme der natürlichen Umwelt vernachlässigt wurden. — Konsequenz war die Entstehung zunächst parteipolitisch nicht gebundener »neuer sozialer Bewegungen« und dann der *Partei der »Grünen«* bzw. der AL.

7.

Gegenwärtig zeichnen sich in der SPD Umgruppierungen ab: Die alte Mehrheit zerfällt. Ein Teil rückt weiter nach rechts. Verbal auf die Grünen als Hauptgegner schlagend, wird auf eine *technologische Modernisierung des Kapitalismus* und auf ein Zusammengehen mit CDU und CSU gesetzt. Demgegenüber zeichnet sich eine neue Mehrheit ab, die von der Hoffnung auf ein stetiges Wirtschaftswachstum abrückt, verstärkt *ökologische Fragestellungen* aufnimmt, aber teilweise bereit ist, dem Kern der Arbeitnehmerschaft materielle Einschränkungen zuzumuten, die für relativ privilegierte Teile der Lohnabhängigen weit weniger spürbar sind (»Wir müssen alle den Gürtel etwas enger schnallen«). Vor allem aber verbleibt diese Position in den Grenzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Das zeigt sich besonders deutlich an dem neuerdings gefundenem Formelkompromiß von der »ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft«. Die zu lösenden Fragen gesellschaftlicher Macht werden — wie beim aufgegebenen »Wachstumsreformismus« — ausgeblendet, die Vergesellschaftung der Produktion zur beliebigen »Instrumenten« frage erklärt.⁶

8.

Die erst Ende der 60er Jahre in der SPD wieder entstandene Strömung, die die Vergesellschaftung der zentralen Produktionsmittel als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Entwicklung einer *sozialistischen Gesellschaft* begreift, bleibt jedenfalls kurzfristig in einer deutlichen Minderheitenposition. Ihre Stärke kann darin bestehen, daß sie sowohl die materiellen Interessen der arbeitenden Menschen als auch die ökologischen Erfordernisse betont und deren notwendig antikapitalistische Ausrichtung verdeutlicht.

9.

Bei den Grün/Alternativen gibt es eine Strömung, die sich durch *reaktionär-romantische Industrie-feindlichkeit* und elitäres Bewußtsein auszeichnet (Bahro, Berliner Grüne, Öko-Libertäre). Bei den »Realpolitikern«, die eine Koalitions- oder Tolerierungspolitik gegenüber der SPD vertreten, beschränkt sich die Perspektive zu einem ganz erheblichen Teil auf eine »ökologische Reformpolitik« im Rahmen des Kapitalismus. Andere (Trampert/Ebermann⁷, Teile der Berliner AL) begreifen sich demgegenüber als *ökologische Sozialisten*, die in der fundamentalistischen Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der SPD verharren (vgl. in diesem Heft auch Albers, Zukunft der Grünen — Zukunft der Linken).

10.

Eine mehrheitsfähige Zukunftsperspektive kann nur darin liegen, gesellschaftliche und politische Mehrheiten »diesseits der Union« herbeizuführen. Das erfordert zum einen, daß der rechte »Industrieflügel« mit auf diese Perspektive hin orientiert wird. Der oben angesprochene Formelkompromiß zeigt, daß die Chancen hier eher günstiger geworden sind. Andererseits müssen diejenigen einbezogen werden, die dem Grün/Alternativen Spektrum zuzurechnen sind. Die Form der Herausbildung einer solchen neuen gesellschaftlichen und politischen Mehrheit ist langfristig offen. Kurzfristig wird sich diese Mehrheit aber wohl als politisches Zusammengehen unterschiedlicher Parteien darstellen.

11.

Entscheidend für die weitere gesellschaftliche Entwicklung ist nicht allein, ob es zu einem »Rot-grünen Bündnis« kommt und ob so neue Mehrheiten hergestellt werden können. Damit steht nämlich noch nicht fest, auf welcher inhaltlich-politischen Basis dieses geschieht. Die in beiden Parteien vorhandenen Strömungen und ihr Kräfteverhältnis deuten auf einen »ökologischen Reformismus« hin, der sich auf die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise einläßt und weder die sozialen noch die ökologischen Probleme wirklich grundlegend bewältigen kann.

12.

Aufgabe von Marxisten muß es sein, beim Zustandekommen einer neuen Mehrheit aktiv mitzuwirken, zugleich aber dafür zu sorgen, daß die sozialistische Option offengehalten und weitestmöglich gestärkt wird: Umwege mögen unvermeidlich sein, eine weitere reformistische Sackgasse könnte angesichts der Größe der — nicht nur ökologischen — Gefahren in der Katastrophe enden!

Anmerkungen

1 So die Überschrift der Kolumne von Willy Brandt in *SM-Magazin* 4/85.

2	CDU/FDP	SPD	Grüne/Alternative
Saar	47,3 = 37,3 + 10,0 (50,9 = 44,0 + 6,9)	49,2 (45,4)	2,5 (2,9)
Hessen	46,4 = 41,1 + 5,3 (53,4 = 47,4 + 6,0)	43,2 (39,4)	7,1 (4,3)
Berlin	54,8 = 46,4 + 8,4 (53,6 = 48,0 + 5,6)	32,4 (38,3)	10,6 (7,2)

Die hessischen Ergebnisse beziehen sich auf die kreisfreien Städte und die Landkreise.
3 *Herforder Thesen* 23-27; vgl. zuletzt auch Neumann/Wehr, Reformismus in der Krise — Krise des Reformismus?, in: *spw* 22, 1984, S.64-75.

4 vgl. *Herforder Thesen*, S. 94

5 vgl. hierzu: Kurt Neumann in: *spw* 17, S.385.

6 so: Erhard Eppler auf der Jahrestagung des Frankfurter Kreises am 8.2.85 in Oer-Erkenschwick, abgedruckt in: *Sozialismus* 3/85, S.11ff.

7 vgl. Ebermann/Trampert, Die Zukunft der Grünen, Hamburg 1984.

Erik Nohara

Geschichtsbewußtsein und Staatsfeiertage

Geschichtsbewußtsein, darauf sollte man sich eingangs einigen, kann nur aufbauen auf der Summe individueller Erfahrungen. Es ist die Erinnerung an das Erleben von Geschichte, also wie man — je nach den Zeitläufen — als Mitläufer oder Opfer unter die Räder kam oder wie man gar an der Gestaltung von Geschichte beteiligt war. Und die Erfahrungen dürften für viele negativer Natur gewesen sein.

Geschichtsbewußtsein beim Rentner und ehemaligen Elektro-Facharbeiter S. ist also beispielsweise verknüpft mit der Niederlage seiner Klasse und ihrer Bewegung 1933. Er mußte mit der Barbarei Kompromisse eingehen, die kaum mehr erbrachten als einen sicheren, aber schlecht bezahlten Arbeitsplatz. Er wurde eingezogen und hatte in den knapp sechs Jahren seines Soldatenseins das »Glück«, nicht getötet oder verstümmelt zu werden oder Kriegsverbrechen begangen zu haben. Den Mai '45 erlebte er in Kriegsgefangenschaft, während seine Familie aus Schlesien in die Sowjetische Besatzungszone umsiedeln mußte. Erst in den späten 40er Jahren fand man sich wieder zusammen. Doch kaum war man »aus den Ruinen aufstanden«, glaubte die Familie S., noch einmal den Wohnort wechseln zu müssen. Erst das Flüchtlingslager Marienfelde, dann eine Hinterhofwohnung in Berlin-Tempelhof. Jetzt, bereits als Rentner, beschließt S. seine Laufbahn in zweieinhalb Zimmern eines Schöneberger Neubaus »nach vorne raus«. Wen nimmt es Wunder, daß S. trotz proletarischer Herkunft und Biographie den 8. Mai bis jetzt nicht als Tag der Befreiung wahrgenommen hat, sondern, wenn überhaupt, als schnell zu vergessendes Datum des Zusammenbruchs. Und was würde wohl passieren, wenn sich vor kurzem eine Kampagne »8. Mai: Tag der Befreiung« gebildet hätte, wenn eine Studentin und Initiative-Aktivistin S., nun anfang Siebzig, heimsuchen und sich von ihm seine Biographie erzählen lassen würde; wenn sie ihm dann einzureden versuchte, er möge doch einsehen, daß er 1943 auf Sizilien Scheiße gebaut habe, als er die relativ gefahrlose Chance einer Desertation zu den Amis ungenutzt entgehen ließ.

Der jetzt 38jährige Naturwissenschaftler D. dagegen hatte schon eher die Möglichkeit, sich ein ganz individuelles Geschichtsbewußtsein anzueignen. '68 und davor hatte er als SDSler agitiert und rotiert, hatte bei den Vietnam-Teach-ins zur dritten Reihe der Wortführer gehört. Und das Ganze war sogar durch einen beachtlichen Erfolg gekrönt: Auch wegen der organisierten Unruhen auf fast jedem Campus der westlichen Welt hatten die Amerikaner Ende April 1975 ihre Botschaft in Saigon unrühmlich per Hubschrauber räumen müssen. D. hat jetzt eine gut bezahlte Stelle bei einem Pillen-Konzern. Mit Politik allerdings ist bei ihm kaum etwas los, seit ihm die Chefetage freundlich-höflich empfahl, doch im Interesse seiner weiteren Karriere zumindest die Mitgliedschaft bei der IG Chemie einschlafen zu lassen. In diesen Tagen nun hat D. einen Brief von einem Uni-Institut bekommen. Ob er nicht an einem Symposium teilnehmen wolle, das sich demnächst mit dem »SDS in der Nachkriegsgeschichte — linksintellektueller Aufbruch zwischen 'Kulturrevolution' und 'kultureller Zerstörung'« beschäftigen werde. Auch wenn ihn der Titel etwas verschreckt, er ist interessiert. Da muß doch im Programm auch von Vietnam die Rede sein, denkt sich D. bei der Lektüre. Schließlich entdeckt er, daß drei Referate zum Thema »Internationale Solidarität und intellektuelle Wuschlandschaft« angekündigt werden. Er will schon zum Telefon greifen, um seiner Empörung Luft zu machen. Doch dabei wirft er einen Blick auf die vorletzte Zeile des Briefes, wo es heißt, daß der Termin immer noch

davon abhängen, ob die Volkswagenstiftung oder andere Geldgeber eine Teilfinanzierung des Symposiums übernehmen. Darauf unterläßt er den Anruf: Was soll's, meint er zu sich, die drei Referate werden an einem Donnerstag von 9 bis 11 gehalten und da kann ich so wie nicht unbemerkt schwänzen. Er nimmt sich dafür vor, aus der Abstellkammer das dort irgendwo abgelegte Vietkong-Fähnchen herauszusuchen, um es bei der Kundgebung zum 1. Mai zu schwenken. Es ist meine Geschichte, geht es ihm durch den Kopf, ich hab' mich vor zehn Jahren riesig über unseren Sieg gefreut und hatte auch Recht zu der Freude! Und doch kann man jetzt schon eine Wette eingehen, daß D. das Fähnchen nicht finden bzw., genauer gesagt, nicht ernsthaft danach suchen wird.

Geschichtsbewußtsein, auch dies sollte unstrittig sein, ist nicht einem Marx- oder Heiligenbild vergleichbar, das man sich um der persönlichen Note willen ins Zimmer hängt und das einen vielleicht sogar zu einem fröhlichen Schaffen ermutigt. Geschichtsbewußtsein ist vielmehr von der Art eines einfachen Werkzeugs, dessen Wert um so größer ist, desto nutzbringender man es gebrauchen kann. Doch vor naheliegenden Illusionen sei gewarnt: Nur in Ausnahmefällen dürfte sich Geschichtsbewußtsein dazu eignen, beispielsweise Meinungsverschiedenheiten über die richtige Strategie und Taktik heute durch einen Verweis auf angeblich vergleichbare Situationen in der Vergangenheit zu überwinden. Solche Schlüsse scheitern schon deshalb, weil es an der vermeintlichen Analogie in Wirklichkeit hapert. Vielmehr wäre an *Walter Benjamin* zu erinnern, der in seinen »Geschichtsphilosophischen Thesen« (in »Illuminationen«, Frankfurt/M. 1961, S.268-281) unter Punkt 6 vermerkt:

»Vergangenes historisch artikulieren, heißt nicht, es erkennen 'wie es denn eigentlich gewesen ist'. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt. Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben. In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen. Der Messias kommt ja nicht nur als der Erlöser; er kommt als der Überwinder des Antichrist. Nur dem Geschichtsschreiber wohnt die Gabe bei, dem Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der davon durchdrungen ist: *auch die Toten* werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.«

Nationale Gedenktage sollen nach dem Sinn ihrer Initiatoren das Geschichtsbewußtsein eines Staatsvolkes repräsentieren. Die Häufigkeit, mit der nationale Gedenktage hierzulande ausgewechselt wurden, dokumentiert die katastrophenreiche deutsche Geschichte. Die DDR-Führung hat seit 1949 in ihrem Umgang mit der Nationalgeschichte alles in allem Geschick an den Tag gelegt. Beträchtliche Wandlungen beispielsweise im Verhältnis zur deutschen Nationalgeschichte bis '45 und zur Staatlichkeit seitdem erbrachten zwar erhebliche Akzentverschiebungen, änderten jedoch nur wenig an dem Prinzip der proletarisch voreingenommenen Sichtung.¹ Und diese Veränderungen erfolgten zudem meist in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik. Sie verloren in dem Augenblick an Relevanz, da die DDR sich aus ihrem Paria-Dasein befreien und auf der internationalen Ebene als unumstritten anerkannt gelten konnte. Ein zentraler Defekt des DDR-Geschichtsbildes ist allerdings über die Jahre hinweg geblieben. Es ist die Vorstellung, als sei die eigene Geschichte letztendlich eine ununterbrochene Kette glorioser Siege. Auf dem III. Kongreß des Verbandes der Theaterschaffenden der DDR Ende 1975 machte *Adolf Dresen*,

der damalige Regisseur am Ostberliner Deutschen Theater, auf die Folgen einer solchen Sicht aufmerksam. Dresden wörtlich:

»Zum Schluß noch einige Worte zur Geschichte, unsere Nation ganz unmittelbar angehend: Ich war einmal mit meinem Sohn auf dem Friedhof, er war damals in der zweiten Klasse. Es stand da ein Kriegerdenkmal aus dem ersten Weltkrieg. Er fragte mich, wer da besonders begraben liegt. Ich erklärte es ihm und erwähnte, daß es noch einen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte, in dem sein Großvater gestorben sei. Ich erwartete die Frage, warum da nicht noch ein Denkmal stand. Die Frage blieb aus. Und auf meine Frage, die ich ihm dann stellte, sagte er: Daß es kein Denkmal gäbe, sei klar, denn den Zweiten Weltkrieg hätten wir ja an der Seite der Sowjetunion gewonnen. — Vielleicht sagen Sie: Geschichtsbild der zweiten Klasse! Aber manchmal möchten wir meinen, wir würden bald nicht mehr den Tag der Befreiung, sondern den Tag des Sieges feiern. Wir, die Sieger der Geschichte, machen uns da eine Geschichte zu recht ...«²

Auch hier wiederum tut es gut, an *Benjamins* »Geschichtsphilosophische Thesen« zu erinnern. *Benjamin* wies dort darauf hin, daß Theorie und Praxis bereits der Sozialdemokratie vor 1917 durch eine dogmatische und kritiklose Fortschrittsgläubigkeit gekennzeichnet gewesen sei. »Die Vorstellung eines Fortschritts des Menschengeschlechts in der Geschichte ist von der Vorstellung ihres eine homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs nicht abzulösen«. Und diese zumindest »kontroverse« Annahme hätte bedenkliche Folgen gehabt:

»Das Subjekt historischer Erkenntnis ist die kämpfende, unterdrückte Klasse selbst. Bei Marx tritt sie als die letzte geknechtete, als die rächende Klasse auf, die das Werk der Befreiung im Namen von Generationen Geschlagener zu Ende führt. Dieses Bewußtsein, das für kurze Zeit im 'Spartacus' noch einmal zur Geltung gekommen ist, war der Sozialdemokratie von jeher anstößig. (...) Sie gefiel sich darin, der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen zuzuspielen. Sie durchschnitt ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Haß wie den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel.«

Für das Geschichtsbewußtsein der staatstragenden Kräfte bei uns ist es dagegen typisch, daß die Bundesrepublik es bisher noch nicht zu einem eigenständigen Feiertag gebracht hat. Der 17. Juni, der sich im Bewußtsein der hiesigen Bevölkerung nie durchgesetzt hat, sollte jetzt für unsere Regierenden in dem Maße seinen Wert als vorläufigen Nationalfeiertag verlieren, wie heute allenthalben, wenn auch zähneknirschend, anerkannt wird, daß sich das Geschehen, dessen man gedenken will, nicht in Deutschland an sich, sondern auf dem Territorium der DDR abgespielt hat. Andererseits ist aber weder die Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat in der dritten Lesung am 8. Mai 1949 noch die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 für wert gehalten worden, zum Staatssymbol erklärt zu werden. Doch die eigentliche Ursache dafür, daß in der Bundesrepublik von einem verbindlichen Geschichtsbewußtsein nicht die Rede sein kann, ist weniger der Teilung des Landes an sich, als vielmehr dem Sachverhalt geschuldet, daß das Bürgertum hierzulande (etwa im Gegensatz zu den USA oder Frankreich) keine Revolution aufzuweisen hat, die in der Errichtung eines republikanischen Gemeinwesens eingemündet wäre. Und das Bekenntnis zum Pluralismus allein erweist sich, wie die Auseinandersetzung um den diesjährigen 8. Mai demonstriert, nicht als ein tragfähiger Ersatz.

Dabei ist die Frontlinie des Kampfes um den 8. Mai bisher leider nur von der einen Seite unmißverständlich gezogen worden. So erklärte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. *Alfred Dregger* zu diesem Datum aus seiner Sicht präzise:

»Katastrophen kann man nicht feiern. Einen vordergründigen Triumph wegen ihrer äußeren Erfolge kann allenfalls die Sowjetunion empfinden.«

Dagegen hat sich meines Wissens noch keine der im Bundestag vertretenen Parteien dazu aufraffen können, den 8. Mai 1945 nicht nur als den Tag der Befreiung von der Hitlerbarbarei zu titulieren, sondern in diesem Zusammenhang auch der Sowjetunion Dank auszusprechen, die dazu nicht unmaßgeblich beigetragen hat.

Den 8. Mai als Staatsfeiertag unserer Demokratie durchzusetzen, wäre also das lohnende Ziel einer auf den Mai 1995 zu terminierenden Kampagne. Und dabei wäre wirklich nicht das Ziel, sondern die Bewegung alles: Worauf es ankäme, wäre nicht, wie dieser Tag 1996 begangen wird: Ob durch Tanzen und Feiern auf der Straße oder nur durch pathetische Reden im Bundestag, die ihre urlaubsfreudigen Adressaten im Grünen nicht erreichen. Gelänge es, den anfangs genannten Rentner S. während der Kampagne davon zu überzeugen, daß er am 8. Mai in der Kriegsgefangenschaft tatsächlich das Licht am Ende des Tunnels erblickte, dann wäre schon viel gewonnen.

Anmerkungen

- 1 Eine zuverlässige Zusammenfassung enthält Johannes Kuppe, Die Geschichtsschreibung der SED im Umbruch, in: »Deutschland Archiv«, Köln, 2/1984, S.278ff.
- 2 Zititiert nach »Theater der Zeit«, Berlin (DDR), 7/1976, S.16.

Jochen Zimmer

Die grünen Roten werden 90

Alte und neue Schwierigkeiten der SPD mit den Naturfreunden

Spätestens seit den grünen Wahlerfolgen und gerade rechtzeitig zum 90. Geburtstag der Naturfreunde wächst in der SPD wieder das Interesse an den bisher eher milde belächelten, durch die Wälder latschenden, Blümchen pflückenden und leicht kommunistisch angehauchten Abweichtlern des »Touristenvereins 'Die Naturfreunde'«, wie sich die roten Ökologen seit 1895 nennen. Und gerade weil sich Umweltschutzplakate leichter drucken als Einweg-Plastik-Kaffeebecher und Alumilchdöschen in der Barackenkantine abschaffen lassen, und weil die Partei ja bis vor kurzem stolz auf den blinden Unfug von der »atomaren Zukunft« (Godesberger Programm) war, muß zur historischen Legitimation der neuen ökologischen und friedensbewegten Linie der Partei der letzte überlebende Verband der alten Arbeiterkulturbewegung (die ansonsten beim langen Marsch zur Volkspartei auf der Strecke blieb), als Beleg für die These herhalten, »daß der Schutz der Natur und der Umwelt schon früh von der Arbeiterbewegung als zentrale Forderung aufgegriffen worden ist« (Peter Glotz).

Gegründet wurden die Naturfreunde 1895 als Touristik-Sparte innerhalb der Wiener sozialdemokratischen Partei Victor Adlers und Karl Renners. Die Gründerväter, außer Renner eher am linken Flügel des Austromarxismus angesiedelt und geprägt von der »touristi-

schen« Praxis des »Walzens« der wandernden Handwerksburschen, welches Reisen, Arbeitssuche, politische Landagitation, Abenteuer und Kennenlernen neuer Technologien miteinander verband, verstanden ihre Naturfreundearbeit als proletarische Selbsthilfe für den gesamten Freizeitbereich. Sie agitierten für den 8-Stunden-Tag, erbauten in Eigenleistung Arbeiterjugendzentren, Wanderherbergen, Bibliotheken, Freibäder, Jugendherbergen und Bergsteigerunterkünfte, organisierten natur- und heimatkundliche Ausflüge und Schulungen. Sie schufen, als sie zunehmend mehr Arbeiter aus den miesen Lebens- und Arbeitsbedingungen der großstädtischen Industriezentren zum Bergsport brachten, die jeweils erste alpine Unfallversicherung, Skischule und Wetterauskunftei. In einer Zeit, in der die größten Teile des Waldes und der landschaftlich reizvollen Natur in Privatbesitz waren und wandernden Roten mit Waffengewalt der Zugang verwehrt wurde, kamen zu den naturkonsumierenden sportlichen und naturkundlichen Aktivitäten bald umweltschützende und ökologisch-politische. Seit Beginn unseres Jahrhunderts sind der Kampf gegen den kapitalistischen Naturkonsum («Verschacherung von Naturschönheiten! Es ist kaum glaublich, mit welcher Unverfrorenheit der Kapitalismus seine Klauen überall einzuschlagen versucht!« So das Verbandsorgan »Der Naturfreund« 1910), gegen jede private Verfügung über Landschaft und für ein freies Wegerecht zentrale Aktivitäten der Naturfreunde. Hinzu kommen der Ausbau des Naturfreundehäuserwerkes und in der Zeit der Weimarer Republik sehr jugendbewegte politische Jugendkulturarbeit, Fotogruppenarbeit, Esperantismus sowie die naturnahen Sportarten Bergsteigen, Ski- und Wassersport, die nicht wettkampfs- sondern Breitensportorientiert betrieben werden und die der Herausbildung des allseitig gebildeten, körperlich fitten, sozialistischen »Neuen Menschen« dienen sollten.

Der heute 75-jährige Schriftsteller Georg K. Glaser, der als vagabundierender junger Arbeitsloser mit gefälschtem Wanderbuch aufgegriffen und in's Frankfurter »Westenheim« eingewiesen worden war, erinnert sich im schweizer Exil daran, wie die Westenheim-Insassen sich in einem Projekt offener Jugendsozialarbeit der Frankfurter Naturfreundejugend ein eigenes Naturfreundehaus bauten:

»(Wir) ... hatten die Sonntage vieler Jahreszeiten geopfert, um jeden Stein und jeden Balken ... gen Berg zu tragen. (...) Stets noch mit derselben ruhigen Freude erinnere ich mich der Wochenendfahrten und der Wiesen vor den Hütten, auf denen eine fröhliche, bunte Jugend lagerte, durchsetzt von den junggebliebenen Ahnen des Bundes, von denen jeder den anderen mit 'Du' anredete, und ich erinnere mich der Ferienschulen, Arbeiterhochschulen oder wie sie sich nannten; der Lehrer, oft ein betagter Mann der Wissenschaften, saß nackt bis auf ein Lendentuch unter einem Baume. Um ihn geschart, im Grase liegend, eine Gemeinde braungebrannter, nackter Jungen und Mädchen. Jeder hatte das Recht, dem Lehrer in das Wort zu fallen, zu fragen und zu berichtigen. Wie leicht hatten wir das Unmögliche besiegt, aus unseren Träumen, unserer Freundschaft, der Sonne, der Bergluft und der Gesundheit unserer Leiber eine grenzenlose Zuversicht gewinnend. Die 'Hütten' waren der Treffpunkt und die Zuflucht unzähliger, eigensinniger Persönlichkeiten und winziger Grüppchen der großen sozialistischen Arbeiterbewegung.«

Und tatsächlich bilden die Naturfreunde in der Weimarer Republik, als in SPD und KPD kaum noch Freiräume für offene Kommunikation und proletarische Lebensreform bestehen, ein solidarisches Projekt, wo sich die linke Opposition, wo sich SAPler, KPÖler und ISKler vorbehaltlos einbringen konnten und wo gemeinsames Lernen, Politik und Alltag zusammengingen. Während die Naturfreunde-Reichsleitung 1933 versuchte, das Überleben des Verbandes durch freiwillige Gleichschaltung zu sichern, gingen die meisten Gruppen in die nonkonformistische Illegalität. Man entzog sich den NS-Organisationen und

der HJ, flüchtete in »bündischer« Verkleidung in neuangemietete Hütten oder auf große Fahrt, organisierte den alten Zusammenhalt und leistet teilweise bis zur blutigen Zerschlagung aktiven Widerstand.

Als nach 1945 die sozialdemokratischen Kultur- und Sportorganisationen nicht wieder entstanden, wurden die Naturfreunde so etwas wie die alte Arbeiterkulturbewegung im Kleinen. Auf der Grundlage der ökologischen und pazifistischen Tradition der Weimarer Zeit reorganisierten sie die fachliche Arbeit in den Fachgruppen und Referaten: Winter- und Bergsport, Wasserwandern, Reisen und Motortouristik, Naturkunde und Umweltschutz, Foto, Kultur, Bildung und Esperanto. Die Naturfreunde verdoppelten ihr Häuserwerk auf heute fast 500 Einrichtungen, schufen neben der Naturfreundejugend einen eigenen Kinderverband, die Naturfreunde-Kindergruppen und richteten eigene Berg- und Skischulen sowie Reisebüros ein. Ihr »Volkstourismus«, in der Schweiz der 30er Jahre modellhaft unter Theo Pinkus entwickelt und aufgebaut, schuf eine praktische Synthese von proletarischem Massentourismus, Selbsthilfe, Bildungsarbeit und umwelt- und sozialverträglichem »sanftem« Reisen. Beim Skilaufen kämpften sie bereits in den 50er Jahren gegen das Verflisten und die ökologischen Schäden der *weißen* Industrie. Mit, heute würden wir sagen »Greenpeace«-Methoden, leisteten sie gegen Umweltzerstörungen Widerstand: So 1956 gegen das Abtragen des »Hörnle« in der Schwäbischen Alb gegen das massive Votum von Gewerkschaft und Belegschaft der am Abtragen interessierten Zementfabrik oder 1957 mit der Besetzung des von den Briten als Bombenabwurfplatz mißbrauchten »Knechtsandes« in der Nordsee. Als sich SPD und DGB aus der »Kampagne Kampf dem Atomtod« zurückziehen, initiiert die Naturfreundejugend 1959 eine Antiatom-Demonstrationswanderung nach dem Vorbild der englischen Ostermärsche. Dieser Antiatommarsch nach Offenbach wird das praktische Modell des von der NFJ mitinitiierten ersten Ostermarsches 1960 nach Bergen-Hohne, für den die NFJ eine finanzielle Ausfallgarantie übernimmt. Während die SPD die Falken aus dem Ostermarsch zurückpfeift, wird die NFJ ein gewichtiger Mitträger der Märsche und stellt mit Klaus Vack auch dessen Sekretär; und während bei den Naturfreunden friedenspolitisches und ökologisches Engagement zusammenlaufen (exemplarisch ist das Motto der Bundesjugendkonferenz 1963 »Natur in Gefahr — Mensch in Gefahr« — Robert Jungk stellte als Hauptredner den Bezug des ökologischen Kampfes zur außerparlamentarischen Bewegung gegen die Atomwaffenherstellung und die Naturfreunde als Teil der APO ihr arbeiterkulturelles Erbe selbstkritisch revidieren, wird die Distanz zur SPD in dieser Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders immer größer. Fortschrittsglaube und unkritische Wachstumsideologie sind dort noch ungebrochen, und besonders übel wird den Naturfreunden ihre finanzielle Unterstützung des SDS nach der Sperre dessen Bundesjugendplanmittel, die Algeriensolidarität sowie das linkspluralistische Offenhalten des Verbandes gegenüber Kommunisten angekreidet, was Mitte der 70er Jahre schließlich zeitweise zur Sperrung der Bundesjugendplanmittel für die NFJ führt.

Die Zeiten ändern sich. Auf dem letzten Bundesausschuß der Naturfreunde meinte Jo Leinen, wenn es die Naturfreunde noch nicht gäbe, müßte die SPD sie erfinden. Selbstkritischer ließe sich formulieren, daß es für Linkssozialisten und Marxisten aktuell manches in diesem authentischen Scharnier zwischen Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung, zwischen Rot und Grün zu tun gibt — gerade auch weil der Verband durch den Verzicht auf außerparlamentarische Aktion zugunsten institutioneller Kooperation in Umweltschutz, Beiräten oder Parteistrukturen in den 70er Jahren viel an Politikfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit verloren hat. Erst Ende der 70er Jahre begann er wieder ver-

mehrt, seine traditionelle Scharnierfunktion zwischen Rot und Grün und zwischen den Fraktionen der Arbeiterbewegung zu reaktivieren. Der Ausbau von Naturfreundehäusern zu Ökozentren, die Sommerschule der NFJ auf dem Kanzelwandhaus, das Erklären der Mehrzahl der Naturfreundehäuser zu atomwaffenfreien Zonen, ökologisch verträgliche Skifreizeiten, antiautoritäre Kinderlager oder Arbeitslosenselbsthilfeprojekte der NFJ sind Beiträge zur Überwindung der Blockaden zwischen neuer und alter sozialer Bewegung und für das »Bündnis von Malochern und Waldläufern« (Hans-Otto Bäumer). So wie manches Naturfreundehaus — das heute eher kommerzieller Beherbergungsbetrieb oder Kneipe als das selbstverwaltete Arbeiterzentrum ist, als das es einst entstanden war —, Verunsicherung und Anstöße gerade auch durch Anforderungen und Ansprache seitens der Parteilinken benötigt, müssen Linksozialisten die Angebote der Naturfreunde individuell wie kollektiv wohl erst einmal entdecken. Üblich ist heute doch eher, daß Freizeitinteressen im bürgerlichen Zusammenhang organisiert werden. Dabei bieten die Naturfreunde neben der fachlichen Arbeit eine Reihe von Serviceleistungen, deren Wahrnehmung ein erster Schritt zur kollektiven und klassenmäßigen Selbsthilfe sein kann, von der Verbilligung in den Naturfreundehäusern über Reise-, Freizeit- und Expeditionsangebote, Seminare, Übungsleiterausbildung in Wassersport, Ski und Bergsteigen bis hin zur Unfallversicherung für die Mitglieder.

Aber bekanntlich ist es weit von der Einsicht bis zur Tat. Das mußten auch die Naturfreunde nach ihrer Wiederentdeckung durch die Parteigroßväter (erste grüne Bewegung Europas, Bruno Kreisky; Enge und traditionsreiche Verbundenheit mit der SPD, Willy Brandt) zu ihrem Leidwesen feststellen. Als sie Partei und Friedrich-Ebert-Stiftung um finanzielle Mithilfe bei einer Wanderausstellung »90 Jahre *Naturfreunde* Die Grünen Roten — umwelt- und sozialverträglicher genossenschaftlicher Tourismus« angingen, kamen unisono freundliche Absagen. Die knappste von der Friedrich-Ebert-Stiftung — sie sei »bereits Verbindlichkeiten in einer Höhe eingegangen, die weiteres finanzielles Engagement nicht mehr zulassen«.

Analysen

Michèle Barrett

Marxismus-Feminismus und das Werk von Karl Marx*

Vorbei sind die Zeiten, als die »Frauenfrage« aus den Schriften von Marx beantwortet werden konnte. Seine Behandlung des Themas wird inzwischen für bruchstückhaft, dürftig und ungenügend gehalten. Die Tatsache, daß viel von dem, was Marx zugeschrieben wird, insbesondere hinsichtlich eines Programms zur Frauenemanzipation, in Wirklichkeit das Werk von Engels war, ändert an der Lage wenig. Es ist nicht ganz klar, wie weit Marx die von Engels in der Schrift *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (1884) dargelegten Argumente teilte.

Daß Engels solches Interesse an Fragen der Familie und der Frauenunterdrückung hatte, macht es schwierig, Marx' eigene Versäumnisse auf diesem Gebiet nachsichtig zu beurteilen. Man kann ihn nicht »davonkommen lassen« mit der Erklärung, die soziale Ungleichheit der Geschlechter habe zu Lebzeiten von Marx erst noch entdeckt werden müssen. In jedem Fall erweist dieses Argument Marx einen schlechten Dienst, der an Beleidigung grenzt. Die Fähigkeit von Marx, die Oberfläche gesellschaftlicher Verhältnisse zu durchdringen und den ihnen zugrundeliegenden Charakter der Ausbeutung herauszustellen, bildet die Grundlage für die Leistungsfähigkeit (explanatory value) des Marxismus. Die Anwendung dieser Fähigkeit können wir bei einer solchen Fülle von Phänomenen beobachten, daß eben auffällt, daß sie *nicht* auf Geschlechterfragen Anwendung findet. Marx durch den Verweis auf eine angeblich »prä-feministische« Kultur zu entlasten, heißt, sowohl die Verbreitung feministischer Ideen im 19. Jahrhundert als auch das durchschnittliche Erkenntnisvermögen von Marx zu unterschätzen.

Um die Bedeutung des Marx'schen Denkens für die Tradition eines sozialistischen Feminismus zu bestimmen, müssen wir verschiedene Fragestellungen berücksichtigen, deren Reichweite zwischen allgemein philosophischer Ausrichtung und spezifischen Formulierungen und Analysen liegt.

1. Egalitarismus und Humanismus

Viele Menschen sehen eine »natürliche« Sympathie zwischen allen Kämpfen gegen Unterdrückung. Klassenkampf, Kampf gegen Rassismus und Frauenkampf sind selbstverständlich alle gegen Ungleichheit und auf menschliche Befreiung gerichtet. Deshalb könnten wir erwarten, daß sie sich gegenseitig stützen. Aber die Geschichte dieser Kämpfe ist weniger die Geschichte leichter Bündnisse als vielmehr eine der Distanz und der Trennung. Bündnisse müssen in einer Atmosphäre bewußter Solidarität aufgebaut werden. Sie sind nicht von Natur durch den bloßen Tatbestand der Unterdrückung gegeben.

* Der Artikel ist die geringfügig gekürzte Übersetzung des englischen Originals, das unter dem Titel »Marxist-Feminism and the Work of Karl Marx« zusammen mit Beiträgen u.a. von Gregor McLennan, Alan Hunt und Stuart Hall 1983 zum 100. Todestag von Karl Marx in dem von Betty Matthews im Verlag *Lawrence & Wishart*, London, herausgegebenen Sammelband *Marx: A hundred Years on* erschien. Die deutsche Übersetzung, die *Almut Rietschel* und *Frank Heidenreich* besorgten, drucken wir mit freundlicher Genehmigung des Verlags und der Autorin.

Das Vokabular von »Ungleichheit« entstammt dem Liberalismus und nicht dem Marxismus. Es ist ganz offensichtlich, daß Marx als Vorkämpfer des Egalitarismus falsch dargestellt wird. In Wirklichkeit hielt Marx die Vorstellung von »Gleichheit« nicht nur für eine Idee, die mit der bürgerlichen Herrschaft historisch zusammenfällt, sondern für eine *bürgerliche Idee*. Dieses Argument bringt er in der bekannten Erörterung über »herrschende Klasse und herrschende Ideen«:

»Löst man nun bei der Auffassung des geschichtlichen Verlaufs die Gedanken der herrschenden Klasse von der herrschenden Klasse los, verselbständigt man sie, bleibt dabei stehen, daß in einer Epoche diese und jene Gedanken geherrscht haben, ohne sich um die Produktion und um die Produzenten dieser Gedanken zu kümmern, läßt man also die den Gedanken zugrunde liegenden Individuen und Weltzustände weg, so kann man z.B. sagen, daß während der Zeit, in der die Aristokratie herrschte, die Begriffe Ehre, Treue etc., während der Herrschaft der Bourgeoisie die Begriffe Freiheit, Gleichheit etc. herrschten. Die herrschende Klasse selbst bildet sich dies im Durchschnitt ein.«¹

Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheitsrechte werden im Marxismus nicht abstrakt gefaßt. Engels' lange Polemik gegen Dühring macht sehr deutlich, daß das, was man »ethischen Sozialismus« — Sozialismus, der sich auf die Ziele von Wahrheit und Gerechtigkeit gründet — nennen könnte, sich sehr von der marxistischen Auffassung des Sozialismus als der historischen Mission des Proletariats unterscheidet.²

Marx und Engels zeigen eine Antipathie gegenüber der Doktrin des Egalitarismus, die sie als Bestandteil des politischen Arsenal des aufsteigenden Bürgertums ausmachen. (...) Im 19. Jahrhundert gab es zahlreiche Demonstrationen für die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Obwohl Marx viele Gelegenheiten hatte, sich mit dieser Bewegung zu identifizieren, nahm er sie nicht wahr. So, wie er froh war, Engels die Ausarbeitung einer Theorie zur »Frauenfrage« zu überlassen, so überließ er die politische Profilierung (its political profile) anderen wie seiner Tochter Eleanor. Die Schlußfolgerung daraus kann nur sein, daß — um es vorsichtig auszudrücken — Marx dieses Thema für marginal hielt.

Weder Marx noch Engels waren bereit, zu versuchen, die klassischen Auffassungen zugunsten von Frauenrechten zu widerlegen. *Wollstonecraft* und *Mill* blieben unbeantwortet, wohingegen ähnliche egalitäre und liberale Argumente bei anderen Themen kurz und bündig abgefertigt wurden. Es überrascht wohl kaum, daß Marx und Engels zwar bereit sein mochten, die Organisierung der *Arbeiterin* zu billigen, aber nicht erkannten, daß die Sache des Sozialismus viel mit Frauenrechten zu tun hat. (...)

Man kann sagen, daß der Feminismus als moderne politische Lehre sich in der Hauptsache auf eine Philosophie des Egalitarismus stützt. Vielen feministischen Positionen liegt ein Humanismus zugrunde, der gleiche Rechte für alle Individuen fordert. Feminismus ist geschichtlich als ein Teil der bürgerlichen liberalen Ideologie entstanden, wobei heute zweifellos die meisten Feministinnen sich der Folgerung von Marx widersetzen würden, daß dies den Feminismus zu einer bürgerlichen Idee *tout court* mache. Eine Möglichkeit, philosophische Distanz zwischen feministischem Denken und dem von Marx zu schaffen, bieten Begriffe des Egalitarismus. Die vorherrschenden Traditionen des Feminismus drücken sich in Begriffen der Moral, der Gerechtigkeit und gleicher Rechte aus. Versuche, ein theoretisches Modell männlicher Vorherrschaft zu entwerfen, das an Leistungsfähigkeit dem historischen Materialismus des Marxismus gleichkommt, blieben bis heute fragwürdig. Natürlich beansprucht der Marxismus, eine wissenschaftliche Darstellung der Ausbeutung in der Perspektive ihrer Überwindung zu liefern. Es ist genau dieser wissenschaftliche Anspruch, der den Marxismus von »ethischen« oder egalitären politischen

Lehren trennt. — Insoweit Egalitarismus eine Ursache des Konflikts zwischen Feminismus und Marxismus darstellt, könnte man meinen, daß Humanismus ein Punkt philosophischer Übereinstimmung sei. Versuche, strikt nicht-humanistische Versionen des Feminismus und des Marxismus zu entwickeln, haben sich als äußerst schwierig erwiesen. Auf marxistischer Seite gibt es hier beträchtlichen Bewegungsspielraum, weil sich der späte Marx einer antihumanistischen Auslegung offenkundig zugänglicher zeigt als der frühe. Allerdings vertritt ich den Standpunkt, daß sowohl Feminismus als auch der Ansatz von Marx in ihrer Ausrichtung wesentlich humanistisch sind. Dies macht sie nicht notwendigerweise vereinbar, denn es bestehen substantielle Unterschiede in den Schwerpunkten. Feminismus baut letztlich auf die Forderung nach Gerechtigkeit innerhalb der Menschheit. Er stützt sich auf die Idee einer selbstverständlichen Gerechtigkeit bei der Zuweisung von Rechten und Chancen an alle Menschen. Dasselbe gilt für den Antirassismus. Der Humanismus im Denken von Marx ist in mancher Hinsicht trotz der Ablehnung des Egalitarismus ähnlich. Die Theorie der Entfremdung (weiter unten genauer behandelt) kann als gutes Beispiel herangezogen werden. Sie legt dar, daß bestimmte Klassen (Arbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß z.B.) dessen beraubt sind, was ihnen aufgrund ihrer menschlichen Natur zusteht.

Marx' Schriften sind durchsetzt von Aspekten humanistischer Philosophie. Ein grundlegendes Beispiel ist die scharfe Unterscheidung, die Marx zwischen der menschlichen Natur und dem Tierreich trifft. Menschen besitzen die Fähigkeit, Natur durch Arbeit umzuwandeln; sie können ihre Projekte planen und ausführen und sind nicht an instinktmäßige Verhaltensmuster gebunden. Dieser nachdrückliche Verweis auf die besonderen menschlichen Fähigkeiten führt im Marxismus zu einem gewissen »Triumphalismus«, wie *Timpanaro* in seiner Untersuchung³ schreibt. Die Schwierigkeiten mit dieser Variante des Humanismus liegen darin, daß sie etwas von der typisch bürgerlichen Selbstzufriedenheit und Einbildung hinsichtlich der Überlegenheit der menschlichen Natur an sich hat. *Raymond Williams* beurteilt die Verwendung des Begriffs »Herrschaft des Menschen über die Natur« (»man's conquest of nature«) kritisch:

»(...) sowohl in ihren moderaten wie extremen Formen gehört die Vorstellung von der 'Beherrschung der Natur' nicht allein dem Marxismus, sondern auch einer ganzen Periode bürgerlichen Denkens an. Sie wurde eine fast unvermeidliche Verallgemeinerung der außerordentlichen Leistungen der materiellen Umwälzung durch die industrielle Revolution und der Fortschritte in den Naturwissenschaften ... Heute aber ist klar, daß diese triumphalistische Darstellung eine außergewöhnliche Übereinstimmung mit der spezifischen Ideologie des Imperialismus und Kapitalismus aufweist. Sie wiederholt ganz genau deren Grundauffassungen — unbegrenzte und erobernde Expansion; Reduktion des Arbeitsprozesses auf die Aneignung und Umwandlung von Rohstoffen.«⁴

Es ist von Bedeutung, daß in dieser Version des Humanismus der Begriff »Arbeit« eine zentrale Stellung einnimmt. Obwohl menschliche Arbeit grundsätzlich weder männlich noch weiblich ist, tendieren die spezifischeren Analysen von Marx zu der Annahme, daß Arbeitskraft im allgemeinen männlich ist. Heute würden viele Anthropologen wie bereits Engels betonen, daß Frauen eine bestimmende Rolle spielten bei der Umwandlung der Natur in Gesellschaften, in denen das Überleben weniger von der Konstruktion eiserner Brücken und mehr davon abhing, eine ausreichende Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Aber in der Kapitalismusanalyse können wir die Annahme finden, daß der Lohnarbeiter ein Mann ist. Das »triumphalistische« Element im Humanismus von Marx bleibt in seiner Anwendung auf bestimmte Gesellschaften unkritisch gegenüber einer ausgepräg-

ten sozialen Geschlechterungleichheit (gender imbalance). — Ein weit komplexeres Problem taucht auf, wenn wir einen anderen Aspekt des Humanismus bei Marx betrachten, an den man denkt, wenn Humanismus mit Atheismus oder Säkularismus gleichgesetzt wird. Marx war ein unversöhnlicher Gegner der Religion, gleich in welcher Form. (...) Die Beziehung zwischen Religion, Entfremdung und Emanzipation untersucht Marx in der Schrift *Zur Judenfrage*. Diese Erörterung ist für den Feminismus von besonderer Bedeutung. Im wesentlichen erklärt Marx, daß die Forderung nach einer Emanzipation der Juden eine Forderung für bloße »politische« Emanzipation ist. Er schreibt:

»Wir sagen also nicht mit Bauer den Juden: Ihr könnt nicht politisch emanzipiert werden, ohne euch radikal vom Judentum zu emanzipieren. Wir sagen ihnen vielmehr: Weil ihr politisch emanzipiert werden könnt, ohne euch vollständig und widerspruchslos vom Judentum loszusagen, darum ist die *politische Emanzipation* selbst nicht die *menschliche* Emanzipation. Wenn ihr Juden politisch emanzipiert werden sollt, ohne euch selbst menschlich zu emanzipieren, so liegt die Halbheit und der Widerspruch nicht nur in euch, sie liegt im *Wesen* und in der *Kategorie* der politischen Emanzipation. Wenn ihr in dieser Kategorie befangen seid, so teilt ihr eine allgemeine Befangenheit.«⁵

(...) Kernpunkt in all dem für eine Betrachtung des Feminismus ist Marx' Unterscheidung zwischen *politischer* und *menschlicher* Emanzipation. Das Ziel »Gleichheit« ist auf politische Emanzipation ausgerichtet, und wie wir sehen, hielt Marx dies nicht nur für eine begrenzte, sondern auch mystifizierende Kategorie. Der bürgerlich-liberale Staat gründe sich auf genau den Ungleichheiten (Marx führt als Beispiele die Unterschiede »der *Geburt*, des *Standes*, der *Bildung*, der *Beschäftigung*«⁶ an), die er als ins Auge springende politische Unterschiede verneine. Es besteht kaum Zweifel daran, daß die sozialen Kategorien Rasse und Geschlecht, hätte Marx sie in diesem Kontext in Betracht gezogen, zwei weitere Unterscheidungen der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Gliederungssystems treffen. Die Grundposition von Marx versteht die politische Emanzipation der Juden bestenfalls als ein begrenztes Ziel bis zur grundlegenden Befreiung der Menschen. Im ungünstigsten Fall, meint Marx, lenkt solche bloß politische Emanzipation unsere Aufmerksamkeit von dem Ausmaß ab, in dem wir alle gemeinsam »eingesperrt« sind: Den Schwerpunkt auf die politische Emanzipation von Gruppen der Bevölkerung zu legen, mache uns blind für grundlegendere, gemeinsam erfahrene *menschliche* Emanzipation.

Zu erwähnen ist, daß Marx' Haltung zur Judenfrage heute als verengt angesehen würde. Er hätte wenig Sympathie für unsere Bemühungen, den Antisemitismus als eine autonome politische Ideologie zu bekämpfen. Auf der Grundlage seiner Überlegungen ist schwer zu erkennen, wie er eine Bewegung hätte unterstützen können, deren einziges Ziel darin besteht, die bestimmten und spezifischen Geschlechterunterdrückungen abzuschaffen. Meine Marx-Lektüre läßt mich vermuten, daß nach Marx die feministische Bewegung zweifellos innerhalb der Grenzen jener beschriebenen (womöglich illusionären) Ziele zu verorten wäre, die von »bloßer« politischer Emanzipation erreicht werden.

Wenn wir nicht einer extrem devoten Auslegung der Texte von Marx anhängen, löst dies nicht notwendigerweise unsere Schwierigkeiten. Wir müssen weiter untersuchen, ob Marx politische Emanzipation mit Recht so kritisierte, oder ob wir sie für fortschrittlicher halten sollten als er. Zweitens wollen wir seine ausschließlich klassengestützte Vorstellung von menschlicher Befreiung in Frage stellen.

Jahrzehntelange am Sozialstaatsgedanken orientierte Arbeiterpolitik (decades of labourism and welfarism) und schwache Versuche, »Chancengleichheit« herzustellen, scheinen den düsteren Voraussagen von Marx über den Sinn, Unterschiede des Gehalts, der Be-

schäftigung, der politischen Rechte usw. abzuschaffen, tendenziell recht zu geben. Wer möchte schon gegen ein systematisches politisches Projekt der Ausmerzung von Rassismus und Sexismus in der Arbeiterklasse auf der Basis argumentieren, solche Ungleichheiten seien nicht von herausragender Bedeutung? Überlegungen von Marx zum Stellenwert von »politischer Emanzipation« sollten über sein ganzes Leben hinweg untersucht werden, auch seine sich verändernden Sichtweisen, und zwar im Licht der politischen Entwicklungen des letzten Jahrhunderts. Lassen wir deshalb für den Moment noch offen, ob Marx' kritische Auffassung von politischer Emanzipation ihrer Aufgabe angemessen ist.

Meine zweite Frage betraf die Darstellung von Befreiung oder Emanzipation des Menschen bei Marx. Diese fußt in seinem frühen Werk auf der Theorie der Entfremdung, die jetzt zu untersuchen ist. Denn obwohl Marx diese Theorie in Begriffen faßt, die sich direkt nur mit dem Arbeitsprozeß und dem Lohnverhältnis (wage relation) beschäftigen, wird sie weitreichend interpretiert und erreichte Popularität als eine weit allgemeinere Theorie. Vor allem wird oft behauptet, daß Marx' Schriften zur Entfremdung (und besonders der philosophische Humanismus und die ethische Akzentuierung in seinen frühen Schriften) die Grundlage seines bedeutenden Einflusses auf den Feminismus und andere Emanzipationsbewegungen (liberation movements) bilden.

2. Unterdrückung und Befreiung

Entfremdung

Marx' Theorie der Entfremdung hat sich als eine der populärsten seiner Werke erwiesen. Obwohl es eine beträchtliche Kluft zwischen den verschiedenen umgangssprachlichen Gebrauchswesen von »Entfremdung« und der von Marx unter dieser Überschrift sorgfältig ausgearbeiteten komplexen Theorie der Selbstentäußerung (self-objectification) gibt, bleibt es doch so, daß Marx hier eine Doktrin vorlegte, die den Kern von viel Radikalität ausmacht. Welcher schärfere und elegantere Ausdruck für Ungerechtigkeit könnte an die Stelle der folgenden Worte von Marx treten:

»Die Arbeit produziert Wunderwerke für die Reichen, aber sie produziert Entblößung für den Arbeiter. Sie produziert Paläste, aber Höhlen für den Arbeiter. Sie produziert Schönheit, aber Verkrüppelung für den Arbeiter. Sie ersetzt die Arbeit durch Maschinen, aber sie wirft einen Teil der Arbeiter zu einer barbarischen Arbeit zurück und macht den andren Teil zur Maschine. Sie produziert Geist, aber sie produziert Blödsinn, Kretinismus für den Arbeiter.«⁷

Wir können diese Prozesse heute ebenso beobachten, wie sie Marx 1844 sah. Das Bemerkenswerte von Marx' Ansatz ist, daß er die direkte Beziehung zwischen dem Reichtum des Produkts und der Armut der Arbeit erkannte: Er erklärte, was sonst als Zufall, Ironie oder Tragödie hätte erscheinen können. Marx' Erklärung ist so einfach wie die Grundlage seiner Feindseligkeit gegen die Religion. »Je mehr der Mensch in Gott setzt, je weniger behält er in sich selbst.« Und er sagt:

»Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, um so mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innre Welt, um so weniger gehört ihm zu eigen.«⁸

Marx' Theorie der Entfremdung ist wirkungsvoll als allgemeine Theorie der Unterdrückung und Befreiung aus dem Grund, weil sie *Beziehungen* besonders betont. Sie befähigt uns, Unterdrückung nicht als willkürliche Bürde (arbitrary imposition) zu verstehen, sondern als einen Prozeß, der die Unterdrückten miteinbezieht. (...) Dieser Aspekt hat die

Theorie der Entfremdung für den Feminismus so bedeutsam gemacht. Feministische Theorie und Praxis versuchen, die Notwendigkeit zu unterstreichen, sich mit Subjektivität und Bewußtsein genauso wie mit äußeren Strukturen zu beschäftigen und zu analysieren, wie eine unterdrückte Gruppe dazu kommt, die Dynamik von Unterdrückung in Formen des stillen Einverständnisses (collusion) zu überleben. Hierzu spricht die Darstellung der Entfremdung bei Marx so beredt. Die Beschäftigung des Feminismus mit Psychoanalyse, sogar — durch Simone de Beauvoir — mit existenzialistischen Bezügen zu Authentizität und Glaubwürdigkeit (good faith) wird weithin anerkannt. Aber Marx' Untersuchungen über Entfremdung und seine Entwicklung von — wenn auch unscharfen — Begriffen wie »falsches Bewußtsein« bilden einen unentbehrlichen, frühen Beitrag zum feministischen Denken des 20. Jahrhunderts.

Es muß allerdings hervorgehoben werden, daß dieser Beitrag aus sehr allgemeinen Bezügen der Marx'schen Theorie abgeleitet wurde und nicht aus einer expliziten, detaillierten Erörterung. Marx selbst legt unglücklicherweise die Angelegenheit so dar, daß eine Reihe von Problemen entsteht, die Theorie der Entfremdung auf die besondere Unterdrückung der Frauen anzuwenden. (...) Wenn, wie wir noch sehen, Marx dazu neigt, den Arbeiter als männlich aufzufassen, schafft dies auf einer bestimmten Ebene Probleme hinsichtlich der Anwendbarkeit der Theorie der Entfremdung auf Geschlechterfragen.

Ideologie

Ein ähnlich gelagertes Beispiel — obwohl ich es hier nur kurz erwähnen möchte — ist Marx' Darstellung von Ideologie. Nichts könnte mehr gegen die heutige hegemoniale Männerherrschaft in den Medien sowie in den ideologischen und kulturellen Prozessen gerichtet sein, als Marx' bekannte Bemerkungen über die »herrschenden Ideen«:

»Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind.«⁹

Sicher ist es lohnend, das Ausmaß zu prüfen, in dem die Männer die »Mittel zur geistigen Produktion« kontrollieren. Virginia Woolf z.B. hat eine Erörterung dieser Art entlang in ihrem bekannten Roman *Ein Zimmer für sich allein* geschrieben. Es wäre allerdings ein anderes Thema, die Argumente, die Marx in der Theorisierung der Beziehung von Ideologie und Produktionsweise umreißt, im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse sorgfältig auszuarbeiten. So bleiben wir mit einem Einblick, einer anregenden oder erhellenden Metapher zurück, doch kaum mit einer zusammenhängenden Vorstellung oder einer theoretischen Darstellung der Geschlechterideologie.

Die Theorie der Entfremdung, generell die frühen Schriften von Marx, hatten eine ungeheure Wirkung auf die politischen Emanzipationsbewegungen jenseits des Klassenkampfes. Viele halten diese frühen Werke für die Verkörperung des wahren revolutionären Geistes des Marxismus. Leicht zu sehen ist, wie in einer politischen Haltung wie der des Feminismus Theorien der »Befreiung der Menschen« identifiziert werden können, und ebenso leicht ist es zu sehen, wie der frühe Marx genau als eine solche Theorie gelesen wird. Ob man nun die Auffassung, wonach die reifen Werke von Marx, die detaillierte Analyse des Kapitalismus eingeschlossen, eine Zurücknahme dieses jugendlichen idealistischen Humanismus seien, billigt oder nicht, es bleibt doch notwendig, die Bedeutung sei-

nes Spätwerks für den Feminismus zu prüfen. Wenn, wie ich angedeutet habe, das Frühwerk nur schwer auf die Geschlechterfrage anwendbar ist, dann können wir für das Spätwerk noch weniger zuversichtlich sein. Ich möchte besonders den Begriff der Familie, wie ihn Marx in seiner Analyse der Lohnarbeit im Kapitalismus benutzt, diskutieren.

3. Familie und Lohnarbeit

Für Marx sind in der Theorie sowohl Kapital als auch Arbeit abstrakte Kategorien, die als geschlechtslos angenommen werden müssen. Während Kapital praktisch seine begriffliche Reinheit behält, ist Arbeit dagegen als Arbeit von konkreten Männern und Frauen historisch bestimmt.

Es gibt kaum einen Zweifel, daß Marx dazu neigte, den Mann als den »typischen« Lohnarbeiter vorauszusetzen, da er zu einem ziemlich naturalistischen Herangehen an die Familie neigte, ohne dies angemessen zu bedenken. Keine Überraschung ist wohl, daß wir in Marx' frühen Schriften — die mit Engels zusammen geschriebenen eingeschlossen — eine naturalistische Auffassung der geschlechtlichen Beziehungen und der Familie finden. In den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* und in *Die deutsche Ideologie* neigt er dazu, Phänomene wie den »gemeinschaftlichen Besitz von Frauen« ausschließlich vom Standpunkt der Männer zu diskutieren. Marx sieht die »Beziehung des Mannes zur Frau« als einen Index des allgemeinen Kulturlevels — doch die ganze Erörterung ist eher so angelegt, als ob Frauen ein Barometer des Zustandes männlicher Zivilisation seien. Sicher finden sich Erkenntnisblitze in diesen frühen Werken, so in der bilderstürmerischen Abhandlung über die Familie im *Kommunistischen Manifest*, aber man darf wohl vermuten, daß das Beste davon auf Beiträge von Engels zurückzuführen ist.

Marx selbst fährt in seinem Spätwerk fort, eine Analyse zu benutzen, die weibliche Lohnarbeit in einem wirklich problematischen Licht sieht. Im *Kapital* etwa bezieht er sich auf Frauen- und Kinderarbeit häufig wie auf eine Bedrohung für den männlichen Arbeiter. Immer beruft er sich auf sie in Begriffen der moralischen Erniedrigung von Arbeiterinnen oder des negativen Einflusses, den sie auf den männlichen Widerstand ausüben. In einer typischen Passage schreibt Marx:

»Durch den überwiegenden Zusatz von Kindern und Weibern zum kombinierten Arbeitspersonal bricht die Maschinerie endlich den Widerstand, den der männliche Arbeiter in der Manufaktur der Despotie des Kapitals noch entgegensetzte.«¹⁰

Die hartnäckige Annahme von Marx, daß das Kräftegleichgewicht im Kampf zwischen Kapital und Arbeit durch Frauen gekippt wurde, die den Arbeitsmarkt überschwemmten, wurde auffällig lange beibehalten. *Das Kapital* (Band I) wurde 1867 veröffentlicht und scheint von manchen Schlüsselpassagen in Engels' viel früherem Werk (*Lage der arbeitenden Klasse in England* [1844]) doch erstaunlich unberührt. Die Beschäftigung von Frauen in großer Zahl war kaum ein neues Phänomen, aber Marx schreibt darüber mit einer Spur von Schrecken und Überraschung, die dem zur Diskussion stehenden Problem nicht angemessen ist. Der Ton der Darstellung bei Marx suggeriert, daß die massenhafte Beschäftigung von Frauen eine neuartige Strategie der Kapitalisten Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen sei. Doch lagen Marx die Daten vor, um klar erkennen zu könne, daß Frauen seit den Anfängen aller Lohnarbeit bereits Lohnarbeiterinnen gewesen waren. (...)

Den ganz »gewöhnlichen« (»common-sense«) Mißverständnissen von Marx über weibliche Lohnarbeit liegt seine Annahme zugrunde, daß die Situation, in der Lohn eines männlichen Arbeiters für die Reproduktion seiner Familie genügte, die Norm ist, von der

auszugehen sei. Wie wir in der entscheidenden Passage, in der Marx das Wesentliche seiner Überlegungen zur Familie und zur Lohnarbeit ausführt, sehen, nimmt er als Grundlinie an, daß eine (vorgegebene) Hausfrau mit der häuslichen Arbeit im Heim beschäftigt ist.

»Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung aber größerer Gechmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie. Dies gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich damit sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied von Geschlecht und Alter, unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis, innerhalb sittlicher Schranken für die Familie selbst.«¹¹

Zu diesem Punkt erklärt Marx in einer Fußnote, wie sich die Gesamtkosten des Familienunterhalts erhöhen, wenn die Hausarbeit der Frauen durch den Kauf von Fertigwaren ersetzt werden soll. Die einfache Schlußfolgerung daraus führt jedoch zu Problemen, weil Hausarbeit nicht völlig durch käufliche Waren ersetzbar ist. Wie heute für die meisten Frauen, die gegen Lohn und im Haus arbeiten, völlig klar ist, verschwindet Hausarbeit nicht, wo Lohnarbeit anfängt. Dieser Punkt wird von Marx (wie auch von Engels) beschönigt, der mit einem gewichtigeren Argument fortfährt und die angeblich normale Gegebenheit eines männlichen Ernährers anführt, der seine Familie mit seinem Lohn erhält — die Situation vor dem »Einfall« der Frauen in die Lohnarbeit. Ein männlicher Ernährer muß bei diesem Gedanken vorausgesetzt werden:

»Der Wert der Arbeitskraft war bestimmt nicht nur durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft. Der Ankauf der in 4 Arbeitskräfte z.B. parzellierten Familie kostet vielleicht mehr als früher der Ankauf der Arbeitskraft des Familienoberhaupts, aber dafür treten 4 Arbeitstage an die Stelle von einem, und ihr Preis fällt im Verhältnis zum Überschuß der Mehrarbeit der vier über die Mehrarbeit des einen. Vier müssen nun nicht nur Arbeit, sondern Mehrarbeit für das Kapital liefern, damit eine Familie lebe. So erweitert die Maschinerie von vornherein mit dem menschlichen Exploitationsmaterial, dem eigensten Ausbeutungsfeld des Kapitals, zugleich den Exploitationsgrad.«¹²

Unklar ist hier die Konsequenz dessen, daß Marx seine Annahmen über den häuslichen Beitrag der Frauen mit solchen Verallgemeinerungen über den Wert der Arbeitskraft verknüpft hat. Nach einer Durchsicht dieser und ähnlicher Passagen des *Kapital* vermuten *Eldred* und *Roth*, daß Marx die Kategorie »Wert der Arbeitskraft« beeinträchtigt, indem er annimmt, daß die Arbeitskraft von Frauen und Kindern »keinen Wert in sich haben« (have no value in themselves).¹³ Wenige Marxisten würden diese Vermutung akzeptieren, aber sie zeigt an, daß die Dispute über den Wert der Arbeitskraft, die Analyse der Hausarbeit und die Bestimmung von Frauenlöhnen von mehr als beiläufiger Bedeutung sind. Die »Hausarbeitsdebatte«, wie immer sie sich auch in unlösbaren Spitzfindigkeiten verfangen haben mag, war aus diesen Gründen wichtig.

Die politischen Schlußfolgerungen aus diesen Debatten sind ohne Zweifel von großer Wichtigkeit. Die Auffassung von Marx hat eindeutig die These gestützt, daß der Lebensstandard der Arbeiterklasse durch das System des sogenannten »Familienlohns« verbessert werde, bei dem ein (männlicher) Lohnarbeiter genug für die Reproduktion seiner Fa-

milie verdient, ohne daß Frauen oder Kinder zur Lohnarbeit gezwungen wären. Die Kritiker dieses Systems können mehrere verschiedene Gründe anführen — soweit man es überhaupt als ein System bezeichnen kann, wo doch in Großbritannien die Geschichte der Lohnarbeit zeigt, daß diese Lage eine Seltenheit war, der sich nur eine »Arbeiteraristokratie« erfreute. Erstens irrte Marx in seiner Annahme, daß die Beschäftigung von Frauen den Wert der Arbeitskraft »verbillige«, weil sein Maßstab die fiktive Lage der Frau als ausschließliche Hausfrau war. Zweitens versäumte er, zu erkennen, daß der Anteil der Hausarbeit nicht gegen Lohnarbeit ausgetauscht werden kann, sondern auch dort fortbesteht, wo eine Hausfrau zugleich Lohnarbeiterin ist. Drittens neigte eine solche Strategie dazu, die schlecht bezahlte und marginale Stellung von Arbeiterinnen nur zu verschärfen und dadurch die Bedrohung, die sie objektiv für den Arbeiter bilden, eher zu vergrößern als zu verringern. Dieses letzte Argument läuft auf nichts anderes als auf den Vorwurf (claim) hinaus, daß unreflektiert sexistische Annahmen bei Marx hinsichtlich Frauen, Arbeit und Familie zu einer der größeren Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse und der organisierten Arbeiterbewegung beigetragen haben.

Die Schwierigkeit, diese Fragen zu beurteilen, liegt darin, daß so viel von Unterlassungssünden abhängt. Marx beharrt bis an sein Lebensende und in den posthum veröffentlichten Schriften¹⁴ auf der Annahme, das Individuum, von dem er spricht, sei männlich und man solle von seiner Frau und seiner Familie gelegentlich Kenntnis nehmen. Dies ist kein unsagbares Verbrechen; andererseits ist es nicht das, was wir von jemandem erwarten können, der sich bei keinem anderen Thema mit Erscheinungen, gesundem Menschenverstand und einer unreflektierten Aufnahme persönlicher Erfahrungen zufriedengab. Das Problem wird näher erhellt, wenn wir — einige denken sicher ziemlich spät — die Frage der Beziehung zwischen dem Werk von Marx und dem von Engels sowie die Einstellung berücksichtigen, die sie beide in diesem Punkt hatten.

4. Marx und Engels

(...) Den Beitrag von Engels' vieldiskutierter Darstellung *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* zu besprechen, ist hier nicht notwendig. (...) Der vielleicht eindrucksvollste Aspekt des Textes ist sein Einfluß, den er immer noch in der Debatte auf diesem Gebiet besitzt. Es gibt kaum einen marxistisch-feministischen Text, der sich nicht irgendwie auf die Erörterung von Engels bezieht; hätten wir auf einen Hauptbeitrag des Marxismus für den Feminismus zu erkennen, so müßte es dieser Text sein, fehlerhaft und diskutiert, wie er ist.

Im allgemeinen lesen sich die Schriften von Engels geistesverwandter zu dem, was wir heute als Feminismus identifizieren, als die Schriften von Marx. Engels erscheint moderner in der Berührung dieser Fragen, und man hat weniger den Eindruck von einem viktorianischen Patriarchen, der würdig Lehren vertritt, die er für zutreffend hält, ohne an sie zu glauben. Wahllose Beispiele sind etwas unfair und können irreführend sein, aber sie veranschaulichen den Punkt. Engels kann Dührings feierliche Kritik am Bedarf nach Prostitution (»... es [kann] etwas ähnliches für die Frauen nicht geben«) verspotten und schlicht bemerken, daß er »den Dank, der Herrn Dühring für dies Kompliment von Seiten der Frauen zuteil werden dürfte, ... nicht um alles in der Welt einheimsen (möchte)«. ¹⁵ Er fragt sich, wie Dühring so lange nichts von Männern gehört haben konnte, die vom »Schürzenstipendium« leben. Diese Gedanken würden einem »männlichen Marxisten« selbst 1983 keine Schande machen, von 1878 ganz zu schweigen. Sie sind charakteristisch

für Engels' Einfühlungsvermögen gegenüber Frauen. Obwohl eine sorgfältige Suche zweifellos viele sexistische Bemerkungen in Engels' Korrespondenz und privaten Aufzeichnungen enthüllen würde, ist doch zu vermuten, daß es wenig gäbe, was den »groben Schnitzern« gleichkäme, die sich bei Marx finden lassen. (...)

Ein Vergleich zwischen Marx und Engels bezüglich der »Frauenfrage« geht hinsichtlich der persönlichen und politischen Haltung eher zugunsten des letzteren aus, auch wegen Engels' Bereitschaft, die familiären und sexuellen Anordnungen zu problematisieren, die Marx für selbstverständlich zu halten neigte. Natürlich gibt es viel Streit, ob das persönliche und Familienleben von Marx und Engels für eine Einschätzung des Wertes ihrer Werke für den Feminismus relevant sind. Dies ist ein Punkt, an dem — allgemein gesagt — der Anspruch des Feminismus, daß »das Persönliche politisch ist«, zu anderen Schlußfolgerungen führt, als gewöhnlich unter Kommentatoren gezogen werden. Ein klares Beispiel ist die Vaterschaft von Frederick Demuth — Engels soll auf dem Totenbett gesagt haben, daß Demuth Marx' Sohn war und nicht, wie insgeheim vermutet worden war, der von Engels. (...)

Die feministische Kritik an solcher Scheinheiligkeit ist keine moralische: Sie fordert nur, daß Revolutionäre praktizieren, was sie predigen. Diese Fragen sind bedeutsam für ein Verständnis von Marx, weil sie uns helfen, zu erkennen, warum und wieso seine Kritik an der Familie so fehlerhaft und widersprüchlich ist. Es kann nicht bewiesen werden, daß seine Praxis das Ergebnis seiner Theorie war oder umgekehrt, aber die Beziehung zwischen beiden ist der Beachtung wert.

Von »Marxismus-Feminismus« zu sprechen heißt nicht, einen systematischen und integrierten Erklärungsansatz zur Frauenunterdrückung im Kapitalismus oder in einer anderen Produktion heraufzubeschwören. Die Bedeutung, die ich damit verbinde, ist, daß der eigene Feminismus neben der Erkenntnis existiert, daß der Marxismus eine konkurrenzlose Erklärung und Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, zur Verfügung stellt. Die Aufgabe — soweit lösbar —, Marxismus und Feminismus zu verbinden, wurde nicht von Marx in Angriff genommen. Zu behaupten, daß er es tat, ist Unterschätzung des Feminismus. Wir täten jedoch gut daran, die Auffassungen von Marx zu vergleichbaren Fragen zu beachten und es zu unterlassen, eine allzu optimistische Sicht von dem Vorhaben dieser Verknüpfung zu hegen. Marx' Erörterung der Grenzen von »politischer Emanzipation« sollte uns auf die grundlegende Frage aufmerksam machen, für welche Art von Feminismus und in welchem Kontext wir kämpfen. Wie ich weiter vorne ausführte, stellt Marx selber das Problem auf eine Weise, die für den Feminismus ausgesprochen unbequem ist, da sie uns zwingt, zu entscheiden, ob wir nach einem Katalog egalitärer Forderungen suchen, oder ob wir die Herausforderung annehmen, eine wirkliche revolutionäre Geschlechterpolitik (politics of gender) zu konzipieren. (...)

Anmerkungen

- 1 Karl Marx und Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd.3, Berlin/DDR 1969, S.47.
- 2 Vgl. Friedrich Engels, »Anti-Dühring«, in: MEW, Bd.20, S.264f.
- 3 Sebastiano Timpanaro, On Materialism, New Left Books, London 1975.
- 4 Raymond Williams, Problems of Materialism, in: New Left Review (NLR), Heft 109, London 1978, S.8f.
- 5 Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW, Bd.1, S.361.
- 6 Ebd., S.354.
- 7 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Eg.Bd.I, S.513.
- 8 Ebd., S.512.
- 9 Karl Marx und Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, a.a.O., S.46.
- 10 Karl Marx, Das Kapital, Bd.I (= MEW, Bd.23), S.424.
- 11 Ebd., S.416.
- 12 Ebd., S.417.
- 13 Michael Eldred und Mike Roth, Guide to Marx's Capital, CSE, London 1978, S.70.
- 14 Vgl. etwa die Erörterung über den Privateigentümer, in: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin/DDR 1974, S.378-380.
- 15 Friedrich Engels, »Anti-Dühring«, a.a.O., S.303.

Zukunft der Grünen und Zukunft der Linken

Eine Auseinandersetzung mit dem Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert*

Das Buch von *Thomas Ebermann* und *Rainer Trampert* über die »Zukunft der Grünen« gehört zur Pflichtlektüre für jeden, dem es um die »Mehrheit diesseits der Union« geht. Die Gründe dafür liegen gutenteils auf der Hand. Es handelt sich praktisch um den ersten Versuch einer systematisch ausgearbeiteten Standortbestimmung der Grünen — geschrieben von innen heraus, also nicht mehr und nicht weniger als eine Art Programmschrift. Die Verfasser können zudem als Sprecher einer der wichtigsten Strömungen der neuen Partei gelten, ihrer »öko-sozialistischen« oder »fundamentalistischen« Richtung. Der Text selbst schließlich kann für sich beanspruchen, eine Reihe von grundlegenden Einsichten für die Linke insgesamt verdeutlicht und weitergetrieben zu haben. Ob dabei freilich schon »ein realistisches Konzept für eine radikale Partei« herausgekommen ist, wie der Untertitel verspricht, darüber wird zu streiten sein. Von außen, wie sich das für jeden Sozialdemokraten versteht, aber doch mitbetroffen, weil Stärken und Schwächen der »Linken« bei den Grünen, überzeugende und widersprüchliche, ja sektiererische Positionen ihres politischen Diskurses gar nicht anders können, als auch die Handlungsmöglichkeiten, die Perspektiven des politischen Kampfes linker Sozialdemokraten spürbar zu beeinflussen.

Beginnen wir also bei den Stärken des Buches und halten uns nicht beim Nebensächlichen, wie der über weite Strecken vorzüglichen Lesbarkeit, auf. Sie scheinen mir zunächst einmal im Bereich der Bestandsaufnahme zu liegen. Mögen die einzelnen Sachverhalte zur ökologischen Situation der Gegenwart — von den katastrophalen Risiken ungezählter Produktionsverfahren und Produkte der chemischen Industrie bis hin zur unabsehbaren Verschmutzung von Boden, Wasser, Luft, bei uns und weltweit — für sich genommen auch nicht neu sein. Was zählt, ist das Aufzeigen von Zusammenhängen, Konsequenzen, Betroffenheit jedes Einzelnen zwischen den bisherigen Formen kapitalistisch geprägter Industrialisierung und der Zerstörung von eben noch für unerschöpflich gehaltenen natürlichen Lebensgrundlagen. Hier gelingen den Autoren oft Aussagen, die gerade in der Vermittlung von ökologischer Einsicht und politischer Maxime aufklären, radikalisieren, zum gesellschaftlichen und politischen Aktivwerden anspornen. Dafür nur wenige Beispiele.

Wir kennen sie mittlerweile alle, die Parole: »Erst stirbt der Wald und dann der Mensch«. Ebermann und Trampert setzen sie an den Beginn ihres eigentlichen Umweltkapitels und fahren dann fort: Diese »Flugblattüberschrift sollte auf einen Zusammenhang aufmerksam machen. Doch er war falsch: Es gibt in der Natur diese Abfolge nicht. Der Mensch stirbt mit« (34). Im einzelnen belegen sie anschließend (Pseudo-Krupp, chronische Atemwegserkrankungen, Zusammenhang Luftverschmutzung-Krebshäufigkeit), wie uns die Aufklärungsparole zum Waldsterben eigentlich immer noch das Erfassen der Wirklichkeit verharmlost hat. Oder an anderer Stelle versuchen sie, die Notwendigkeit einschneidender Umstellungen von Produktion und Konsum mit der Formel klarzuma-

* Thomas Ebermann und Rainer Trampert: Die Zukunft der Grünen, Hamburg 1984, Konkret Literatur Verlag, 288 S., 24 DM.

chen: »Der falsche Reichtum von heute ist nichts als die Armut von morgen«. Zur Begründung führen sie aus:

»Mit jedem weiteren Tag wächst der in Zukunft nötige Bedarf an gesellschaftlicher Arbeitszeit für die Sanierung der Böden, der Gewässer, der Luft, für die Regenerierung der Tier- und Pflanzenwelt. Zugleich wächst die Notwendigkeit, der Natur durch Produktionsenkungen, wie auch durch eine 'unproduktivere', stärker regional organisierte homogenere Bewirtschaftung zumindest eine Erholungspause zu geben.« (68)

Bei Licht betrachtet ist das nur die Nutzenanwendung jener von Marxisten und Ökologen aller Schattierungen hundertfach zitierten Maxime aus dem »Kapital«, wonach wir die Erde »als gute Familienväter verbessert« für unsere Nachkommen zu hinterlassen haben. Aber eben die Nutzenanwendung zählt, die nämlich ausspricht, daß wir heute allesamt das Gegenteil tun und daß dies für die Länder der sogenannten Dritten Welt wieder in besonders zugespitzter Weise gilt.

Doch die Übereinstimmung zur Sichtweise der Autoren reicht weiter. Sie umfaßt vor allem zwei inhaltliche Kernaussagen des Buches, hinter die es für linke Sozialdemokraten kein Zurückfallen geben darf. Das ist die Selbstverständlichkeit, mit der Ebermann und Trampert die ökologische Krise und die fortdauernde Ausplünderung der Dritten durch die selbsternannte Erste Welt verknüpfen. Und das ist ihr Beharren auf dem Erfordernis, in der Umwälzung der Produktion selbst, ihrer gebrauchswertbezogenen, stofflichen Seite den Angelpunkt für die Bewältigung der Widersprüche im Verhältnis Mensch-Natur zu suchen, von hier aus auch die Zusammenarbeit zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen aufzubauen. Die Reflexionen der Autoren über das Verhältnis Dritte Welt/Erste Welt münden ein in eine These von großer Tragweite:

»Die Emanzipation der Völker der Dritten Welt trifft nicht nur das internationale Kapital, sondern erfordert in den Industriemetropolen (jedenfalls aktuell) ein anderes Konsumtionsmodell. Die Umweltzerstörung und die Lage der Dritten Welt erfordern von jeder zukünftigen Gesellschaft Momente des bewußten Verzichts und Abschied von liebgewordenen Gewohnheiten, um anderen Orts menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, um aufgehäuften Schaden (Mülldeponien usw.) abzutragen und um Unwägbarkeiten/Zerstörungen, die im Produktionsprozeß anfallen, zu verhindern.« (194)

Auch hier sind die Befunde, die sie zur Untermauerung ihrer These vorlegen, nicht neu. Sie reichen von der aktuellen Verschuldungskrise und ihren Ursachen, über Probleme des Welthungers und des Bevölkerungswachstums bis hin zur Vernichtung tropischer Regenwälder, zu Bodenerosion und Wüstenbildung in weiten Teilen des »Südens«. Wesentlicher aber ist die Härte ihrer Schlußfolgerung, immerhin als Teil einer politischen Kraft der Linken in der Ersten Welt. Alle Maßnahmen zur Entmachtung und Entreichung der herrschenden Klassen, hier wie dort, zur Abrüstung, zur Beseitigung von Vergeudung aller Art werden nicht ausreichen, um dem maßlosen, aufgestauten Massenelend der Bevölkerungsmehrheit auf der Erde zu begegnen. Momente des Verzichts auf Konsum bisheriger Art, des »Abschieds von liebgewordenen Gewohnheiten« (die Umverteilung im »Norden« mildern, aber nicht erübrigen kann) werden hinzukommen müssen, werden zugunsten einer »neuen Weltwirtschaftsordnung« auch hierzulande bewußt zu akzeptieren sein.

Der zweite Bereich, in dem es von den Autoren zu lernen gilt, scheint mir in ihrem Versuch zu bestehen, unter Nutzung marxistischer Kategorien die irreführende Alternative: Bist du für oder gegen Industrialismus, Technik, Wachstum usw. hinter sich zu lassen und dennoch am Ziel eines ökologisch verträglichen Wirtschaftens festzuhalten. Die Lösung, die sie zugleich als die einzig tragfähige Grundlage jeder strategischen Alternative betrach-

ten, finden sie perspektivisch darin, die Bedürfnisse des Menschen innerhalb und außerhalb des Produktionsprozesses vereinbar zu machen, an ökologischen Anforderungen zu orientieren.

»Wir gehen davon aus, daß es gelingen muß, die radikalen Bedürfnisse im Produktionsprozeß selbst aufzuspüren, zumindest als latente Bedürfnisse der Produzenten. Nur wenn es gelingt, eine politische Option auf ein gemütliches, sinnerfülltes, kreatives Arbeiten ohne Hierarchien zu entwickeln — ohne falsche Idealisierung, ohne vorzugaukeln, Arbeit sei insgesamt aus dem Reich der Notwendigkeit herauszuzerren und nur noch schön —, könnte ein Veränderungs-, ein Umwälzungsmotiv, auch aus ökologischen Gründen formuliert werden, das nicht ständig an die Schranken der unmittelbaren Versorgung stößt. Nur dann ist es vorstellbar, Umwälzung als einen Prozeß zu denken, der auch von den Produzenten selbst getragen wird« (227).

Ebenso weiträumig in die Zukunft gerichtet wie zutreffend machen sich Ebermann und Trampert hier wie in dem dazugehörigen, freilich arg in die Breite geratenen Kapitel daran, Arbeit und Leben, Kultur, Kreativität als eine Totalität sozialen Verhaltens zu erfassen, das als Ganzes vom öko-sozialistischen Menschheitsprojekt, das uns die Wirklichkeit gebieterisch abverlangt, umzuwälzen sein wird. Wobei es ihnen als »Leuten, die von Marx herkommen«, nicht einfällt, darin die schlechthin fundamentale Bedeutung neuer, sozialistischer Produktionsverhältnisse zu übersehen.

So weit, so gut. Doch was das Buch eben noch an politischer Vermittlung zwischen ökologischer und sozialistischer Kritik leistet, positiv voranbringt, das verwandelt sich in eine ebenso offenkundige Schwäche, wenn wir weiter fragen, wie denn die Abhilfe erkämpft werden soll, wie denn der Aufbau jenes »enormen Bewußtseins« (Marx) gelingen kann, um den Kapitalismus endlich an seinem unaufhebbaren Gegensatz zu den radikalen menschlichen Bedürfnissen zu sprengen. Die ärgerlichen Pauschalierungen — oder sind es, schärfer gesagt, nicht Blindheiten? — beginnen bereits bei der Analyse; sie lassen dann unvermeidlich die Frage nach den Auswegen in Abstraktionen steckenbleiben. Das fängt an mit der durchgängigen West-/Ost-Gleichsetzung; einmal versteigen sich Ebermann und Trampert bis zu der Definition:

»Wir verwenden den Begriff kapitalistischer Industrieproduktion hinsichtlich der daraus wachsenden ökologischen Folgen und der Anpassung an den technischen Arbeitsprozeß für die westliche Marktwirtschaft und das realsozialistische Wirtschaftssystem gleichermaßen, weil im realen Sozialismus unter anderen Verfügungs- und Konkurrenzbedingungen (Staatsverfügung und gesteuerte Konkurrenz) eine gleiche Akkumulation von Werten und Ideologien, von Produktions- und Konsumtionsmodell aus dem Kapitalismus mitgenommen wird« (64).

Auf diesem Analyseweg werden wir den Ursachen für die zweifellos gravierenden ökologischen Probleme der sozialistischen Länder von der Sowjetunion bis China kaum ernsthaft beikommen. Kein Wunder ist auch, daß im Ergebnis solcher Gleichsetzung die Gefahren eines nuklearen, dritten Weltkrieges, des immer einseitiger von den USA vorangetriebenen Rüstungswettlaufs zwischen den Militärblöcken, aber auch die Gegenforderungen der Friedensbewegung — die sich doch gerade nicht neutral zur ökologischen Zielsetzung versteht! — kaum erwähnt werden. Nicht besser ergeht es der Analyse anderer grundlegender Mechanismen und Bewegungen der internationalen Politik. So hilft die allgemein richtige Feststellung, »es regieren weltweit die Bankenchefs und die Industriellen« (90), überhaupt nicht weiter, wenn man sich nicht die Mühe macht, auch auf die Konkurrenz dieser Gesellschaft untereinander und auf die Austragungsformen ihres Kampfes um internationale Vorherrschaft einzugehen. Die Untersuchung bleibt m.a.W. in den Wolken hängen, wenn sie beispielsweise den Verdrängungskampf der kapitalistischen Metropolen gegeneinander

und darin wieder den global-strategischen Überlegenheitsanspruch der USA und dessen Krise außer acht läßt. Auf der Gegenseite, etwa unter den Befreiungsbewegungen in den Kontinenten des »Südens«, von China über Cuba und Nicaragua bis zu den Blockfreien, registrieren die Autoren ebensowenig Ansätze, auf deren Vorstellungen und Forderungen an uns sich einzugehen lohnte.

Bei soviel Verzicht auf die Rückübersetzung allgemeiner Widersprüche auf die Ebene realer historischer Kräfte hätte es schon verblüffen müssen, wenn Ebermann und Trampert ausgerechnet in den Zentren, in Westeuropa, in der Bundesrepublik zur Entdeckung von Gegenkräften gelangt wären, die aus mehr bestehen als — wen wundert's noch? — der eigenen Partei und den neuen sozialen Bewegungen. Anspruchsvoller klingt das folgendermaßen: In der bis heute vorherrschenden Phase der industriellen Entwicklung, in dem »fordistischen Modell«, »hatte sich die organisierte Arbeiterbewegung den Erfordernissen des Systems unterworfen«. Was jetzt droht, ist, begleitet von ohnmächtigen Gewerkschaften, der Übergang zur organisierten Heimarbeit, zum »post-fordistischen Modell«.

»Deswegen würden immer noch nicht die antagonistischen Widersprüche von Lohnarbeit und Kapital verschwinden. Aber ihre reale gesellschaftliche Austragung würde in Formen erfolgen, die vermutlich nicht einmal mehr etwas mit einem Arbeitskampf zu tun hätten: dann wären die neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes geworden« (152).

Wohlgemerkt, es geht hier nicht darum, Irrtümer und Fehlorientierungen der traditionellen Arbeiterbewegung, gerade auch die SPD eingeschlossen, zu verharmlosen. Die wirkliche Aneignung des ökologischen Problems in Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung steckt allerorten noch in den Anfängen; mit den bisher verkündeten Modernisierungskonzepten wird man keinesfalls auskommen — die programmatische Erneuerung, der sich die SPD in praktisch sämtlichen Feldern der Politik zu unterziehen hat, wird viel weiter reichen müssen. Aber, was dem vermeintlich »realistischen Konzept« von *Ebermann* und *Trampert* entscheidend fehlt, ist die Ausarbeitung von Zwischenschritten, von Vermittlungsebenen, um den erkannten Widersprüchen eine politikfähige öko-sozialistische Alternative entgegenzusetzen. »Neue Weltwirtschaftsordnung« und »Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien«, »demokratischer Weg zum Sozialismus« oder Grundzüge der »Revolution im Westen« — um den Ausdruck Antonio Gramscis zu gebrauchen, den die Autoren doch sonst so hoch schätzen —, der Beitrag einer nach links veränderten Bundesrepublik hierzu —, das alles sind gewiß ausfüllungsbedürftige Zielvorstellungen, ihrerseits noch weit vorgelagert vor der Realisierung jener radikalen Befriedigung der Menschheitsbedürfnisse, die den Autoren vorschwebt.

Ebermann und *Trampert* dagegen greifen zwar den einen oder anderen dieser Begriffe auf, doch ausschließlich in der Form von Zitaten aus dem Sindelfinger Wirtschaftsprogramm der Grünen, um dann auf lediglich zwei der dreihundert Seiten ihres Buches lapidar festzustellen, daß jede Konkretisierung dieser Zielsetzungen, ökologische Umstellungen der Produktion usw., nicht nur mit der heutigen Politik, sondern auch mit dem gesellschaftspolitischen Horizont von SPD und Gewerkschaften unvereinbar seien (274/75). Alles, was sich die Autoren im Schlußkapitel unter der großgefaßten Überschrift »Zukunft der Grünen« abverlangen, ist offenbar noch nicht einmal die Auseinandersetzung mit der SPD — die grobschlächtiger kaum denkbar ist, sondern die innerparteiliche Abrechnung mit den Befürwortern einer rot-grünen Zusammenarbeit. Je polemischer hier ihre Einschätzungen werden, wenn sie beispielsweise »die ganze hohle Debatte um grüne

Regierungsbeteiligung als ein einziges gigantisches Ablenkungsmanöver vom Kampf für eine andere Politik und eine andere Gesellschaft« (277) abtun, um so weniger ist zu übersehen, daß ihren eigenen Konzepten in diesem Bereich, wie etwa dem einer »erfolgsträchtigen grünen Tolerierungstaktik« à la Hamburg 1982, bisher jedes gründlichere Durchdenken der weder Grünen noch Sozialdemokraten erlassenen Bündnisfrage fehlt.

Zu guter Letzt: Das Feststellen selbst gravierender Differenzen darf uns nicht davon abhalten, voneinander zu lernen. Offenkundig ist das Nebeneinander zweier im Parlament vertretener Parteien »diesseits der Union« noch viel zu ungewohnt, als daß wenigstens die Linken beider Organisationen daran gingen, offensiv die Perspektiven gemeinsamer Politik zu formulieren. Linke Sozialdemokraten werden viel eindeutiger als bisher klarzumachen haben, daß ein Scheitern der Grünen als Partei der SPD vielleicht den einen oder anderen Wähler zurückbringen mag, daß es aber auf absehbare Zeit nichts anderes als die Zementierung der bürgerlichen Hegemonie im Lande bewirken könnte. Die Sozialisten bei den Grünen werden, unbeschadet ihrer jeweils eigenen politischen Herkunft, nicht um die Einsicht herumkommen, daß die Stärke der SPD nicht an dieser oder jener Auffassung ihrer (heute) führenden Repräsentanten, sondern am gesellschaftlichen Veränderungspotential zu bemessen ist, das aufgrund vielfältiger historischer Erfahrung seine politische Zukunft mit dieser Partei verknüpft. Damit ist die Konkurrenz zwischen beiden Parteien nicht beseitigt, Kritik und Auseinandersetzung ebensowenig. Aber von der Verwirklichung gesellschaftlicher Alternativen braucht hierzulande niemand mehr zu reden, solange sich die Vernüpfung gemeinsamer Interessen nur hinter dem Rücken der politischen Akteure durchsetzt.

Johannes Klotz

SPD und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik

Ob als Oppositions- oder als Regierungspartei, die gesellschaftlichen Entwicklungen (insbesondere die zunehmende Kraft der »neuen sozialen Bewegungen«) machten es zu Beginn der 80er Jahre absehbar, daß die SPD sich um stärkeren Einfluß im »außerparlamentarischen Protestpotential«¹ bemühen wird. Diese Bemühungen sind von vielseitiger und zugleich widersprüchlicher Natur: Einerseits hatte sich die SPD nach 1945 als reformkapitalistische Partei etabliert, andererseits erschöpfte sich ihre Politik nicht in entsprechenden Kurskorrekturen, sondern widerspiegelte Elemente gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung — vorangetrieben von linken Kräften innerhalb der Partei als auch durch die außerparlamentarischen Bewegungen. Dieser widersprüchliche Prozeß soll in Form eines historischen Rückblicks aufgezeigt werden, um politisch-strategische Konsequenzen und Perspektiven für die innerparteiliche Linke und die »neuen sozialen Bewegungen« zu entwickeln, die einer »reformkapitalistischen« sozialdemokratischen Integrationspolitik widerstehen.

Chancen der aktuellen Programmdebatte in der SPD

Die Diskussion über die grundsätzliche Orientierung bzw. ein neues politisches Profil der SPD ist innerparteilich in vollem Gange — wenn sie auch momentan eher in Führungsgremien der Partei (z.B. den verschiedenen Kommissionen zur Erarbeitung von Grundsätzen in den Bereichen: Wirtschaft, Ökologie, Sicherheit, Grundwerte usw.) angesiedelt scheint. Im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms präsentiert sich die deutsche Sozialdemokratie als Partei des ethischen Sozialismus. Der Wunsch Detlev Albers' nach einer »sozialistischen Erneuerung« hat in der jetzigen Situation der Partei nur wenig Ansatzpunkte einer Realisierungschance.² Zwar existieren einige fundierte alternative (auch sozialistische) Vorschläge, die einen Weg der »sozialistischen Erneuerung« aufzeigen.³ Dennoch ist das Kräfteverhältnis zwischen Reformkapitalisten und Sozialisten derart beschaffen, daß z.B. im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik eine reformkapitalistische »Modernisierungspolitik« des marktwirtschaftlichen Systems dominiert. Von Antikapitalismus ist dort nur wenig die Rede. Vor allem in diesem Bereich, aber auch in anderen Politikfeldern sind Beharrungstendenzen spürbar, mit Hilfe einer »Modernisierung« des Kapitalismus die entstandenen gesellschaftlichen Strukturprobleme und Aufgaben zu lösen. Hand in Hand mit dieser Modernisierungsstrategie wird eine Integration alternativer Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei versucht. Es ist Aufgabe der marxistischen Kräfte in der SPD, diesen Mechanismus offenzulegen. Als weitere Konsequenz ergibt sich für jene Kräfte die Notwendigkeit (z.B. mit Hilfe der *Herforder Thesen* u.a. alternativer Überlegungen), die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm mitzugestalten, sie in die Basis zu tragen und gleichzeitig Einfluß auf die Gestaltung der zukünftigen politischen Konzeption und Praxis zu gewinnen — eine Lehre, die aus der fehlenden Umsetzung des Orientierungsrahmens [OR] '85 zu ziehen ist. Nur die Verknüpfung beider Elemente und deren Realisierung eröffnen die Chance einer »sozialistischen Erneuerung«. Sie ist zwar realpolitisch eine Utopie, gleichzeitig aber eine realisierbare Utopie, wenn die politische Entwicklung einer Partei nicht statisch, sondern als Prozeß gefaßt wird, den zu gestalten von vielerlei Bedingungen abhängt, so z.B. auch von den Trägern gesellschaftlicher Kräfte wie sie die Friedensbewegung darstellt, deren potentielle Fähigkeit auch darin

besteht, Möglichkeiten' und Perspektiven gesamtgesellschaftlicher Veränderungen zur Überwindung des Kapitalismus zu entwickeln, was eine genaue Analyse der gegebenen gesellschaftlichen Situation voraussetzt.

Die Friedensbewegung hat bei der Veränderung der Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD schon vor ihrer Ablösung als Regierungspartei in zweierlei Hinsicht eine wesentliche Rolle gespielt: Einmal wurde die Gesamtpartei mit jeder Stärkung der Friedensbewegung vor die Frage gestellt, an einer verfehlten politischen Konzeption zugunsten einer vermeintlichen Machterhaltung festzuhalten und einen weiteren Integrationsverlust hinzunehmen und zum anderen mit dieser Politik jene in der Partei zu stärken, die den NATO-Doppelbeschluß und seine Konsequenzen ablehnten. In beiden Fällen war die Schmidtsche sicherheitspolitische Konzeption mittelfristig nicht mehr haltbar: Die Verzahnung von Friedensbewegung und sozialdemokratischer Basis bzw. einem sich verbreiternden Potential an Funktionsträgern (Initiatoren der Bielefelder Erklärung) hatte einen zunehmenden Druck auf die Repräsentanten der politischen Linie Schmidts zur Folge. In diesem Mechanismus der Verzahnung von außerparlamentarischen Aktivitäten/Bewegungen und Sozialdemokratie liegt eine Chance zur »sozialistischen Erneuerung«.

Als ein Element der Entwicklungsperspektive in der sicherheitspolitischen Strategiedebatte — wie grundsätzlich bei allen Diskussionen in politisch-strategischer Perspektive — erweist sich die Darstellung und Analyse politisch-historischer Entwicklungen. Im Zentrum dieses Aufsatzes steht die Analyse des sozialdemokratischen Integrationismus. An jeweils konkret-historischen Beispielen können Momente des Integrationsmechanismus offengelegt werden. Indem einerseits die Gefahren dargestellt werden, die der Realisierung von Zielen demokratischer Bewegungen durch die Sozialdemokratie drohen, ergeben sich andererseits durch eine Analyse Möglichkeiten zur Überwindung des sozialdemokratischen Integrationismus.

SPD und Remilitarisierung

Die Diskussion über die westdeutsche Wiederbewaffnung war im Grunde die Konsequenz aus der Entwicklung, die zur Gründung der BRD führte und sie in die imperialistische Welt der Westmächte einband. Der NATO-Rat (die NATO wurde am 4. April 1949 gegründet) hatte im Dezember 1950 in Brüssel den Aufbau einer integrierten westeuropäischen Streitmacht beschlossen. Die Frage der Einbindung der BRD wurde im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) geregelt. Die Adenauer-Regierung spielte in diesem Remilitarisierungsprozeß eine Vorreiterrolle. Die militärische Macht wurde für notwendig erachtet, um stärkeren Einfluß sowohl auf die innen- als auch außenpolitische Entwicklung zu gewinnen. Dieser Schritt wurde ohne Berücksichtigung der Meinung des Volkes getan. Die Intervention der USA im Juni 1950 in Korea verschärfte die internationale Lage und führte zu einer akuten Bedrohung des Weltfriedens. In der Bundesrepublik entwickelte sich eine spontane Abwehrreaktion gegen die Wiederbewaffnungspläne unter der Hauptlosung »*Nie wieder Krieg!*«. Zwar wirkte bei vielen Menschen noch eine antisozialistische Grundeinstellung, aber die Haltung gegen die Aufrüstung war weitaus dominierend. Als mitgliederstärkste Partei wurde die SPD als die Kraft angesehen, die gegen die geplante Remilitarisierung eintrat (im Unterschied zur Situation nach dem NATO-Doppelbeschluß) und darüber hinaus durch die Verflechtung und Verbindung mit den Gewerkschaften über ein noch größeres Potential verfügte. Allerdings war das Verhältnis der SPD-Führung zur Remilitarisierung zwiespältig: Der Hamburger Parteitag der SPD (1950) faßte antimilitaristische Beschlüsse gegen die Wiederaufrüstung, in-

dem er den Entschluß des Parteivorstandes bestätigte und bekräftigte, »sich jeder Remilitarisierung mit allen Mitteln zu widersetzen.«⁴ Der Parteivorsitzende Kurt Schumacher aber sprach gegenüber Konrad Adenauer auch davon, »Deutschland offensiv nach dem Osten« zu verteidigen: »Der militärische Gegenstoß der Demokratien muß die Kriegsentcheidung an Njemen oder Weichsel suchen und leisten können.«⁵ Diese widersprüchliche Haltung kam jedoch nicht nur in bloßen Äußerungen zum Ausdruck, sondern auch in der praktischen Politik: Schumacher traf sich mit Adenauers Wehrexperthen, um mit ihnen die möglichst beste Form der Wiederbewaffnung zu besprechen. Sowohl innerhalb der SPD als auch in Sympathisantenkreisen löste dieses Vorgehen Empörung aus. Nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Parteivorstandes wurde Schumachers Haltung eines möglichen Ja zur Remilitarisierung »unter den Voraussetzungen einer gleichberechtigten Teilnahme deutscher Truppen in einem westlichen Militärbündnis und einer Militärstrategie, die den Kriegsschauplatz so weit wie möglich nach Osten verlegte«⁶, mißbilligt. Für die propagierte Ablehnung der Remilitarisierung waren solche Handlungen zu offensichtlich unvereinbar.

Der breiten antimilitaristischen und pazifistischen Strömung innerhalb der Partei, die durch das Ergebnis des 2. Weltkrieges wieder an Kraft gewonnen hatte, stand ein traditionell die Landesverteidigung und den Wehrgedanken bejahender sozialliberal-integrationistischer Flügel gegenüber, dessen Grundlage u. a. in der Westorientierung zu sehen ist. Gegen Ende des Jahres 1950 hatte die *Ohne-uns*-Bewegung (aus Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten, kirchlichen Kreisen, Pazifisten, Jugendorganisationen Studenten- und Frauengruppen) an Stärke gewonnen. Am 28. Januar 1951 fand in Essen ein Friedenskongreß ohne SPD- und DGB-Spitzen statt und beschloß das »Manifest gegen die Remilitarisierung«. Wichtigste gemeinsame Aktionsaufgabe sollte eine Volksbefragung sein unter der Fragestellung: »Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?«⁷ Während gewerkschaftliche Delegiertenversammlungen, örtliche Konferenzen der SPD und KPD und breite Teile der Bevölkerung diese Volksbefragung unterstützten, ließ sie die Bundesregierung am 24. April 1951 verbieten. Die SPD-Fraktion billigte dieses Verbot — gegen den Willen zigtausender Sozialdemokraten. Damit setzte sich die SPD über ihren Parteitagsbeschuß hinweg, der den Widerstand gegen die Remilitarisierung mit allen Mitteln gefordert hatte. Die SPD orientierte allein auf den parlamentarischen Weg und wandte sich gegen außerparlamentarische Aktionsformen. Die Organisierung und Vereinheitlichung aller Teile der westdeutschen Arbeiterbewegung und der anderen Remilitarisierungsgegner wollte die SPD-Führung nicht mittragen, weil sie eine Verständigung mit der KPD erforderte. Andererseits konnte nur ein geschlossenes Vorgehen aller Remilitarisierungsgegner die Adenauer-Politik durchkreuzen. Bloße Parlamentspolitik, Westorientierung und Antikommunismus der SPD minderten diese Chance im Vorfeld. Der ideologische Zustand der Partei erleichterte es der Gruppe um Schumacher, »die den Apparat fest in der Hand hatte, echte oppositionelle Kräfte in der Partei zu isolieren und gegen Verfechter der Aktionseinheit sowie Gegner des opportunistischen Kurses der Führung mit organisatorischen Maßnahmen auszuschalten.«⁸

Trotz dieser offensichtlichen Widersprüche im historischen Rückblick galt die SPD in der Öffentlichkeit und bei vielen Sozialdemokraten als *antimilitaristisch*, weil eine breite Mehrheit der SPD-Mitglieder und des Funktionärskaders auf mittlerer und unterer Ebene gegen die Remilitarisierung eingestellt war.⁹ Die widersprüchliche Haltung der Parteiführung war damals schwer zu durchschauen bzw. zu gewichten.¹⁰ Nur eine eingehende Ana-

lyse unter Einbeziehung historischer Entwicklungen ermöglicht es, die Widersprüche offenzulegen und zu beseitigen, indem die breite Basis der Wiederbewaffnungsgegner eine politische Strategie verfolgt, die es der Parteiführung nicht erlaubt, in verbalen Bekenntnissen zu verharren, sondern sie in praktisch-politische Aktionen einschließt.

SPD und Anti-Atomtodbewegung

Die Gefahren der Atomrüstung wurden von der Friedensbewegung der BRD erst relativ spät erkannt.¹¹ Mit Hilfe massenpsychologisch wirksamer Kampagnen malte die Adenauer-Regierung den »Untergang Deutschlands« an die Wand, um die Bevölkerung vom »Schutz durch Atomwaffen« zu überzeugen. Die Bundesregierung blockierte im Verein mit den an Rüstung und Konfrontation interessierten Kreisen der US-Hochfinanz, Wirtschaft und Generalität jede Möglichkeit zum Abbau politischer Spannungen auf dem Verhandlungswege. Adenauer rechnete damit, daß sich die SPD-Führung an die Spitze der wiederaufkommenden Massenbewegung gegen die atomare Bewaffnung stellen würde und sie letztlich wie 1956 (bei der Zustimmung zu der Wehrverfassung, wozu eine Grundgesetzänderung notwendig war) hinnehmen würde. Am 23. Januar 1958 kam es im Bundestag zu einer leidenschaftlich geführten Debatte, in der der CDU/CSU-Abgeordnete Manteuffel-Szöge nochmals aussprach, wofür die Atomwaffen gebraucht werden, nämlich, um »das Böse bis zum letzten Atemzug« zu bekämpfen und »auszurotten«.¹² Die SPD und der spätere Bundespräsident Heinemann (der 1950 als Innenminister der CDU-Regierung wegen der Wiederaufrüstung zurückgetreten war, 1952 die CDU verließ und 1957 Mitglied der SPD wurde) und Dehler von der FDP drängten die Adenauer-Regierung in die Defensive. Der Rappacki-Plan und ein Vorschlag des US-Experten für Sowjetfragen, George F. Kennan, spielten in der Debatte eine beachtliche Rolle. Außerparlamentarische Forderungen wurden von diesen parlamentarischen Kräften aufgegriffen und bewirkten einen neuen Auftrieb der Friedensbewegung. Die SPD entschloß sich daraufhin, eine bundesweite Kampagne gegen den Atomtod durchzuführen. Sie vereinte auf viel breiterer Basis als in der Paulskirchenbewegung Vertreter der Gewerkschaften und Kirchen, der FDP und Zentrumspartei sowie Wissenschaftler und Schriftsteller. Im März 1958 konstituierte sich ein zentraler Arbeitsausschuß »Kampf dem Atomtod« in Frankfurt am Main. In vielfältigen Appellen und Aktionen, in parlamentarischen Debatten und großen Kundgebungen entwickelte dieses Bündnis enorme Kraft. Trotzdem konnte der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien (CDU/CSU/DP) die atomare Ausrichtung der Bundeswehr beschließen. Spontane Schweigemärsche, Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen waren die Reaktion großer Bevölkerungsteile. Die Bewegung lief ihrer organisatorischen Regelung voraus und bewirkte bei SPD- und Gewerkschaftsführung, außerparlamentarische Aktionen und befristete politische Demonstrationstreiks in die Mittel ihres Kampfes einzubeziehen. Andererseits waren sie darauf bedacht, die Ziele zu begrenzen und nicht weitergesteckte Perspektiven wie soziale Veränderungen einzubeziehen, denn trotz enormen Wachstums der westdeutschen Industrieproduktion führten Schwankungen und Krisen in Teilbereichen zu Streikämpfen (Metallarbeiterstreik vom 24. Oktober 1956 bis 14. Februar 1957), die nicht auf bloße Lohnforderungen beschränkt waren, sondern darüber hinausgehende sozialökonomische Forderungen in den Vordergrund stellten. Der SPD-Führung waren diese Forderungen unangenehm, weshalb sie ihre Betriebsgruppenarbeit verstärkte und auf Begrenzung orientierte. »Die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der für Frieden und Abrüstung wirkenden Gruppierungen zu verändern, bedeutete für viele kritische Aktivisten auch, den politischen Druck

auf die SPD-Führung mittels außerparlamentarischer Tätigkeit weiter zu verstärken, um ihr — wie 1956 bei der Grundgesetzänderung für die Remilitarisierung — opportunistische Anpassung zu verwehren.«¹³ Die Friedensbewegung verfolgte deshalb aufmerksam und gespannt die Diskussion auf dem Parteitag der SPD im Mai 1958 in Stuttgart. Wiewohl der Militärexperte der Partei, Fritz Erler, gewiß kein Linker, drastische Wort fand, den Beschluß der Bundestagsmehrheit zur atomaren Aufrüstung verurteilte und den weiteren Kampf dagegen mit allen gegebenen verfassungsmäßigen Mitteln innerhalb und außerhalb des Parlaments« betonte, fällt eine Gesamtbeurteilung der Ergebnisse, Aktionsforderungen und verabschiedeten politisch-strategischen Mittel ambivalent aus: Im Sommer 1958 zogen sich SPD und DGB aus der »Anti-Atomtod-Bewegung« zurück. Dieser Rückzug hatte sich auch schon auf dem Stuttgarter Parteitag angebahnt, wo sich die Hinwendung zur Unterstützung der NATO andeutete, »die auf Dauer allerdings in Widerspruch zu einer Kampagne gegen atomare Trägerraketen geraten mußte.«¹⁴ Diese veränderte Haltung korrespondierte mit dem Eintreten für eine »freiheitliche Wirtschaftsordnung«, die von Heinrich Deist vorgetragen wurde und keine Sozialisierungsmaßnahmen oder Ansätze einer sozialistischen Planwirtschaft mehr beinhaltete.

Zwischen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik besteht insofern ein ideologisch-struktureller Zusammenhang, als im sicherheitspolitischen Bereich nicht grundsätzlich (mindestens über längere Zeit nicht) ein anderes Konzept verfolgt werden kann als z.B. in den Wirtschaftsvorstellungen. Die Tendenz eines integrativen Gesamtkonzeptes wird dort wirksam. Andererseits bestehen Freiräume und Eingriffsmöglichkeiten in diese tendenzielle Entwicklung, die sich widersprüchlich und nicht zeitgleich in allen Politikbereichen entwickeln. Durch den Druck einer demokratischen Bewegung können diese Spielräume genutzt werden. Die Nutzungsmöglichkeit ist abhängig von relativer Autonomie, Konsistenz und Stärke sowohl innerparteilicher Kräfte als auch der Bewegung. Ist damit eine gesellschaftsverändernde, den Kapitalismus überwindende Strategie impliziert, stehen jene Kräfte vor der Aufgabe, ihren Einfluß auf andere Politikfelder (z.B. Wirtschafts- oder Umweltpolitik) in der SPD (und anderen Parteien) zu erweitern und Gegentendenzen zur wirksamen Tendenz eines integrativen Gesamtkonzeptes wirksam werden zu lassen. Der allmähliche Strategiewechsel in der Militärpolitik hing Ende der 50er Jahre mit der stärkeren weltanschaulich-begründeten, parlamentarisch-begrenzten Tätigkeit der SPD zusammen und mit der Enttäuschung über den Ausgang der Landtagswahlen in NRW, die mit einer Niederlage endeten, obwohl man sich durch die Beteiligung an der Friedensbewegung mehr erhofft hatte.

Schlußfolgerungen

Mehrere Schlüsse können daraus gezogen werden: Durch ihre widersprüchliche Politik in der Remilitarisierungsfrage und ihrer letzten Endes integrationalistischen Anpassung an vollzogene Entwicklungen (Wehrgesetz, Bundesgrenzschutz etc.) trägt die SPD nicht dazu bei, Vertrauen für eine antimilitaristische Politik begründbar zu wecken und zu fördern und einen entsprechenden Bewußtseinsprozeß zu entwickeln, der notwendig ist, um auch in den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen Grundlegendes zu verändern.

Die Veränderung von politischem Bewußtsein ist ein längerer Prozeß, der von der Partei eine konsequente antimilitaristische Linie erfordert. Die Erarbeitung und Durchsetzung einer antimilitaristischen Linie ist abhängig von der Entwicklung und Propagierung sicherheitspolitischer Alternativen innerhalb der SPD. Gerade in der heutigen Situation — wieder nach einem Parlamentsbeschluß (November 1983), der die Stationierung von Pershing

II und Cruise Missiles sanktionierte — muß dieses Veränderungspotential erhalten und ausgebaut werden.

Zwischen Sozialdemokratie und demokratischen Bewegungen besteht ein dialektischer Zusammenhang. Demokratische Bewegungen können die Veränderung von Teilkonzepten der SPD bewirken und perspektivisch das dominierend integrative Gesamtkonzept erschüttern. SPD und DGB sind für die demokratischen Bewegungen ein unverzichtbares Potential. Die soziale Basis dieser Organisationen ist die produktive Klasse unserer Gesellschaft und damit die Basis, ohne die eine Veränderung unserer kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung sozialistischer Transformation nicht geleistet werden kann.

Die relative Autonomie und Stärke der Friedensbewegung ist zusammen mit den antimilitaristischen Kräften in der SPD der wichtigste Faktor, das Veränderungspotential, das in der SPD wirksam zu erhalten und auszubauen ist. Eine Schwächung der »neuen sozialen Bewegungen«, insbesondere der Friedensbewegung, würde auch die Chance auf eine weitere Veränderung der Sicherheitspolitik der SPD mindern.

Augenscheinlich sind an diesen historischen Beispielen die integrativen Mechanismen geworden, die es der deutschen Sozialdemokratie letzten Endes ermöglichten, ihre Anpassungspolitik an die gesellschaftspolitischen und sozialökonomischen Bedingungen der BRD fortzusetzen. Diese Entwicklungstendenzen erfordern von den marxistischen und mit ihnen verbündeten Kräften in der SPD und der Friedensbewegung die Anstrengung, ihre Bemühungen fortzusetzen, bei verschlechterten politischen Rahmenbedingungen nach Strategien zu suchen.

Anmerkungen

- 1 Georg Fülberth, Bilanz der sozialliberalen Koalition, in: »Blätter« 10/1982, S.1183.
- 2 Detlev Albers, Sozialistische Erneuerung der SPD, in: Neue Gesellschaft 11/1984, S.1019ff.
- 3 Vgl. die *Herforder Thesen: Zur Arbeit von Marxisten in der SPD*, hrsg. v. Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, *spw*-Sonderheft 2, Berlin/West 1980.
- 4 Protokoll des SPD-Parteitag in Hamburg 1950, S.269.
- 5 Christoph Butterwege/Hans-Gerd Hofschien, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, Heilbronn 1984, Dok.143, S.254ff.
- 6 Lorenz Knorr, Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln 1983, S.45.
- 7 Ebd., S.49.
- 8 Gerhard Stuby, Die SPD während der Phase des Kalten Krieges bis zum Godesberger Parteitag (1949-1959), in: v. Freyberg, Fülberth u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1963-1975, Köln 1975, S.322.
- 9 Eckart Dietzfelbinger, Die westdeutsche Friedensbewegung 1948-1955, Köln 1984, S.206.
- 10 Ebd.
- 11 Lorenz Knorr, a.a.O., S.90ff.
- 12 Ebd., S.102.
- 13 Ebd., S.109, und vgl. Joseph Rován, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1980, S.224.
- 14 Georg Fülberth und Jürgen Harrer, Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: U. Albrecht, F. Deppe, J. Huffschild u.a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S.500.

Wolfgang Zellner

Bundeswehrplan 1985 — Ziel ist militärische Überlegenheit

Der Bundeswehrplan 1985 wurde im Mai 1984 vom Verteidigungsministerium vorgelegt und im Oktober 1984 im Kabinett verabschiedet. Der Plan erstreckt sich von 1985 bis 1997 und wird jährlich fortgeschrieben. Folgende Aspekte von *Bundeswehr 1985* sind neuartig und bemerkenswert:

— Mit einem Kostenvolumen von rund einer halben Billion DM allein für neue Waffen ist der Bundeswehrplan 1985 das größte und am langfristigen angelegte Aufrüstungsprogramm seit Bestehen der Bundeswehr. *Bundeswehr 1985* ist eine integrierte Planung, die Waffen und Gerät, Forschung, Infrastruktur und Personal umfaßt.

— *Bundeswehr 1985* paßt sich ein in die AirLand Battle-Doktrin und deren Subsystem Rogers-Plan und zielt auf die Herstellung sowohl »integrierter« Kriegsführungs- und Offensivfähigkeit als auch auf die Herstellung »konventioneller Optionen«. Alle derartigen Kriegsführungsoptionen sind undenkbar ohne eine globale US-Strategie der strategischen Überlegenheit auf der Basis von Optionen des atomaren Erstschlags.

— Neu und alarmierend ist es, daß die Aufrüstung von einer politischen Diskussion um die »deutsche Frage« sowie die Veränderung der »Grenzen in Europa« begleitet wird. Die militärische Aggressivität der NATO-Aufrüstung und die politische Aggressivität der Grenz- und »Wiedervereinigungs«-Diskussion bilden ein brandgefährliches Gemenge.

— Die Realisierung von *Bundeswehr 1985* hätte eine umfassende Militarisierung der Wirtschaft der Bundesrepublik zur Folge. Mit dem geplanten Zusammenschluß von MBB und Kraus-Maffei beginnt sich ein militärisch-industrieller Komplex neuer Qualität herauszubilden.

Die Hauptbestandteile des Bundeswehrplanes 1985

Um sich eine Vorstellung von den Dimensionen des Bundeswehrplanes machen zu können, ist die Kenntnis der groben Verteilung des Rüstungsetats auf seine Hauptsektoren notwendig.¹ In den Jahren 1984/1985 wurden etwa 35% des Einzelplans 14 für »verteidigungsinvestive« Ausgaben verwandt. Zwei Drittel dieser 35% entfallen auf den Kauf neuer Waffen und Geräte, das restliche Drittel auf den Bau militärischer Anlagen, auf militärische Forschung und Entwicklung (F&E) sowie auf sonstige Investitionen. Gut 40% des Einzelplans 14 wurden für Personalausgaben aufgewendet, die restlichen knapp 25% entfallen auf Materialerhalts- und Betriebskosten.

Neue Waffen für eine halbe Billion

Die Rüstungsbeschaffung erfolgt in sogenannten »Wellen« oder »Generationen«. Die sogenannte »2. Runderneuerung« wurde von der Regierung Schmidt eingeleitet, sie ist etwa seit 1977/1978 voll beschaffungswirksam und läuft 1988/1989 aus. Das Kostenvolumen der »2. Runderneuerung« beträgt rund 100 Milliarden DM, Hauptprojekte sind der Leopard 2 (9 Mrd. DM) und der Tornado (rund 34 Mrd. DM). Das Gesamtvolumen der militärischen Beschaffungen von 1985 bis 1997 liegt bei 240 Milliarden DM. Darin sind weder die Kosten für militärische Forschung und Entwicklung noch für den Bau militärischer Anlagen und auch nicht die Preissteigerungen enthalten. Die 240 Milliarden sind Kostenansätze in den Preisen von 1984.^{1a}

Die »Wirtschaftswoche« setzte als jährliche Inflationsrate für militärische Güter 6%, für hochentwickelte Technologie deutlich über 10% an.² Eine Übersicht über die Preisentwicklung ausgewählter US-Beschaffungsprogramme ergibt eine Preisänderung von durchschnittlich plus 340% gegenüber dem ursprünglich angesetzten Systempreis. Der Tornado, der ursprünglich 20 Millionen kosten sollte, ist heute bei einem Systempreis von rund 110 Millionen DM angelangt.

Es ist daher nicht unrealistisch, sondern eher zu konservativ geschätzt wenn man das Volumen der im Bundeswehrplan verankerten Beschaffungen an Waffen und Gerät mit rund einer halben Billion DM ansetzt.

Die wichtigsten Einzelvorhaben Heer:

Bereits beschlossen ist der Kauf von 200 Mehrfachraketenwerfern MARS (Mittleres Artillerie-Raketensystem) mit zunächst 85.000 Raketen. MARS schießt bis zu 45 Kilometer weit, die 12 Raketen pro Werfer lassen sich innerhalb einer Minute abfeuern. MARS ist eine gewaltige Erhöhung der Feuerkraft und vergrößert die Reichweite gegenüber den bisher in der Bundeswehr gebräuchlichen Artillerie-Mitteln im unteren Bereich des tiefen Schlages erheblich. Das System soll 4 Milliarden DM kosten, die für die späten 90er Jahre geplante »intelligente« (selbstzielsuchende) Munition mindestens noch einmal dasselbe.

Ebenfalls vertraglich abgeschlossen ist der Bau des nachtkampftauglichen Panzerabwehrhubschraubers 2 (PAH 2) zusammen mit Frankreich. Die 212 PAH 2, die die Bundeswehr kaufen will, sollen ohne Entwicklung rund 3,4 Milliarden DM kosten.

Unter dem Titel »Gepanzerte Kampftruppen 90« sollen, beginnend Mitte der 90er Jahre, 4.467 Panzerwagen verschiedener Typen und Verwendungszwecke zum heutigen Preis von rund 12,1 Milliarden DM beschafft werden.

Ebenfalls fortgesetzt werden die Arbeiten an der Entwicklung des Leopard 2-Nachfolgers unter dem Titel »Panzerkampfwagen 2000«.

400 Panzerhaubitzen Kaliber 155 Millimeter sollen rund 2 Milliarden DM kosten. Vorhandene M-109-Artillerie wird kampfwertgesteigert; für die 90er Jahre geplant ist die Anschaffung von 150.000 »intelligenten« Artilleriegranaten (155 und 203 mm) für rund 2 Milliarden DM.

Rund 50.000 Kfz der Gewichtsklassen 2 und 5 Tonnen sollen in den 80er Jahren noch beschafft werden (rund 5 Mrd. DM), während für die 90er Jahre schon das Anlaufen des übernächsten Kfz-Programms für rund 9 Milliarden DM geplant ist.

Eine neue Generation von Führungs-, Fernmelde- und Aufklärungssystemen sowie Systemen der elektronischen Kriegsführung ist mit mehr als 10 Milliarden DM veranschlagt.

Einzelvorhaben Luftwaffe:

Das größte Beschaffungsvorhaben der Luftwaffe ist der Bau von 200 Jägern 90 für 17,5 Milliarden DM beginnend 1990. In dieser Summe sind anteilige Entwicklungskosten der Bundesrepublik, die in Höhe von über 3,5 Milliarden DM bereitgestellt wurden, nicht enthalten. Binnen eines Vierteljahres wurden für den Jäger 90 Systempreise zwischen 51 Millionen DM (FAZ am 17.12.83) und 100 Millionen DM (Wehrdienst, 2/84) genannt.

Das Patriot/Roland-Projekt zur Luftabwehr für große Höhen (Patriot) und mittlere/geringe Höhen (Roland) soll rund 7 Milliarden DM kosten und ist bereits abgeschlossen und parlamentarisch verabschiedet. Die Dimensionen möglicher Kostensteigerungen lassen sich bereits daran erkennen, daß dem Patriot-Kaufvertrag ein Dollarkurs von 2,60 DM zugrunde liegt.

Mehrfach wurde in der internationalen Militärpresse berichtet, daß in den USA daran gearbeitet wird, Patriot eine Raketenabwehrfähigkeit gegen SS 21-23, später möglicherweise auch SS20 zu geben.³ In diesem Zusammenhang könnte das Patriot-Projekt wesentlicher Bestandteil eines bundesdeutschen Einstiegs in das amerikanische Star Wars-Projekt des Aufbaus erd- und weltraumgestützter Raketenabwehr werden. Wann immer bundesdeutsche Politiker gegenüber der US-Administration gefordert hatten, die Raketenabwehr dürfe nicht nur Nordamerika »schützen«, sondern auch Westeuropa, wurde ihnen von amerikanischer Seite eine Raketenabwehrfähigkeit von Patriot in Aussicht gestellt.

65 nukleare Pershing-IB-Raketen sollen 1,125 Milliarden DM kosten. Laut »Aviation Week & Space Technology« wurde schon im Dezember 1983 seitens der Bundesregierung ein entsprechender Vertrag abgeschlossen.

Eine ganze Palette von Flugzeugwaffen soll Milliarden kosten. Darunter 650 Stück (2. Los) der Mehrzweckwaffe 1 für den Tornado (1,6 Mrd. DM), 2.300 Luft-Luft-Raketen mittlerer Reichweite (1,8 Mrd. DM), 4.600 Luft-Luft-Raketen kurzer Reichweite (1,1 Mrd. DM) sowie 500 luftgestützte Cruise Missiles (LRSOM), die Reichweiten bis zu 600 Kilometern (Warschau) bekommen und 1,5 Milliarden DM kosten sollen.

Einzelvorhaben Marine:

Sechs neue Fregatten sollen beginnend ab 1989 rund 4,4 Milliarden DM kosten. 18 U-Boote 211 sollen ab 1990 auf 5,4 Milliarden kommen. 18 Exemplare des teuersten Bundeswehrflugzeugs MPA 90 zur U-Bootbekämpfung sollen für rund 2,2 Milliarden angeschafft werden. Dazu 60 Marinehubschrauber für 2,4 Milliarden DM.

Munition:

Ein wesentlicher Schwerpunkt der militärischen Beschaffung ist die Munition, wozu auch Raketen gehören. Die Angaben für das Beschaffungsvolumen an Munition von 1985 bis 1998 erstrecken sich nach unterschiedlichen Quellen von 52,67 bis zu 65,6 Milliarden DM.⁴ Die Ansätze für Munition sollen sich im Planungszeitraum 1985 bis 1997 verdoppeln.

Der Rogers-Plan

Der Rogers-Plan oder »FOFA« (Follow-on Forces Attack) wurde von der Bundesregierung am 9. November 1984 im NATO-Verteidigungsplanungsausschuß als »Planungsrichtlinie« anerkannt, ist aber in der Bundeswehrplanung bisher nur zu einem geringen Teil enthalten.

Die »europäische Sicherheitsstudie« (European Security Study = ESECS)⁵, die 1983 von einer Gruppe von 26 führenden ehemaligen Militärs und Zivilisten aus vier NATO-Ländern (USA, GB, D, N) vorgelegt wurde und die wegen der engen Beteiligung des NATO-Oberkommandos an ihrer Erarbeitung als repräsentativ für dessen Ansichten angesehen werden kann, fordert als Tiefschlag-Minimum neben den bereits erwähnten MARS-Werfern für den frontnahen Bereich 900 konventionelle Raketen zur Zerstörung fester Ziele im Entfernungsbereich von 600 bis 800 Kilometern und rund 5.000 konventionelle Raketen für die Zerstörung beweglicher und fester Ziele in Entfernungen zwischen 150 und 300 Kilometern. Abgesehen vom LRSOM-Marschflugkörper sind diese Waffen in *Bundeswehr 1985* nicht enthalten. Dies liegt weniger an der Zurückhaltung der Bundesregierung, sondern eher an der Tatsache, daß sich US-Heer und US-Luftwaffe über die Art der zu entwickelnden Tiefschlag-Waffen bisher nicht einigen konnten.

Die Kosten des Rogers-Planes werden in der Presse allgemein mit rund 90 Milliarden DM beziffert.⁶ Geht man davon aus, daß dies eher die halbe Wahrheit und ein Anteil der Bundesrepublik am Rogers-Plan von ca. 25% anzusetzen ist, dann würde die Realisierung des Rogers-Planes den bundesdeutschen Steuerzahler zwischen 40 und 50 Milliarden DM belasten, die im »Bundeswehrplan 1985« nicht enthalten sind.

Militärische Forschung und Entwicklung

Die Aufwendungen für militärische Forschung und Entwicklung liegen im Bundeshaushalt 1985⁷ bei 2,5 Milliarden DM, die Steigerung gegenüber 1984 beträgt fast 30%. Es ist damit zu rechnen und entspricht den Ankündigungen der Bundesregierung, daß die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung weiter kräftig steigen werden. Wenn das Waffenprogramm des Bundeswehrplanes 1985 verwirklicht werden soll, ist dies auch unumgänglich. Schon bei einem Einfrieren auf dem heutigen Niveau ohne Inflation würden die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung von 1985 bis 1997 32,5 Milliarden DM betragen. Sie mit 50 Milliarden DM anzusetzen, ist angesichts der Fülle von »high-tech«-Vorhaben, vor allem im Munitionsbereich, eher eine verschleiernde Beschönigung. Darin nicht enthalten sind die Kosten für eine mögliche und von der Bundesregierung betriebene Beteiligung an der amerikanischen Star Wars Forschung und Entwicklung. Das US-Programm zur Entwicklung von Raketenabwehr liegt bei rund 80 Milliarden DM, Lothar Späth rechnet realistischerweise »eher mit dem Dreifachen«.⁸

Militärische Anlagen und NATO-Infrastrukturprogramm

Für militärische Anlagen und sonstige Investitionen wurden im vergangenen Jahr rund 2,5 Milliarden DM ausgegeben.¹ In den 13 Jahren der Laufzeit von *Bundeswehr 1985* wären dies schon bei einem Einfrieren auf diesem Niveau 32,5 Milliarden DM. Von Einfrieren ist jedoch nicht die Rede, vielmehr muß damit gerechnet werden, daß im Zuge der Kostenexplosion des NATO-Infrastrukturprogramms die Kosten für militärische Anlagen insgesamt steil steigen. Noch 1980 betrug der Anteil der BRD am NATO-Infrastrukturprogramm 192 Millionen DM. 1984 waren dies schon 685 Millionen DM. Für den Fünf-Jahres-Zeitraum 1985 bis 1990 »hofft« die Bundesregierung, mit 6,5 Milliarden DM auskommen zu können. Nach Angaben von Hajo Hoffmann, damals SPD-MdB und Mitglied des Haushaltsausschusses, werden »die tatsächlichen Ausgaben voraussichtlich höher liegen«, nach Hoffmanns Schätzung 1990 mindestens bei 1,5 Milliarden DM.⁹ Mit Inflation und NATO-Infrastrukturprogramm werden die Kosten für militärische Anlagen im Zeitraum 1985 bis 1997 nach den jetzigen Planungen wenigstens 50 Milliarden DM, eher mehr, betragen.

Sonstige Ausgaben und Forderungen

Schwer einzuschätzen sind die Betriebs- und Nachfolgekosten der Einführung neuer Waffensysteme. Fest steht, daß sie während der Lebensdauer eines Systems ein Mehrfaches des Anschaffungspreises betragen können. Da eine ganze Generation bisher nicht vorhandener Technologie beschafft werden soll, muß damit gerechnet werden, daß die heutigen Etatansätze für Materialerhalt und Betrieb ebenfalls steigen werden. In keiner Rechnung enthalten sind etwa 10 Milliarden DM an US-Forderungen — die von der Bundesregierung bisher nicht akzeptiert werden — für die Vorwärts-Stationierung von US-Truppen in der Bundesrepublik (»Masters Restationing Plan«) und den Bau neuer US-Truppenunterkünfte.

Personalamfang der Bundeswehr

Die heutige Bundeswehr hat einen Friedensumfang von rund 495.000 Mann.¹⁰ Um diesen Umfang zu halten, braucht man jährlich rund 225.000 Wehrpflichtige, andere Dienste wie Bundesgrenzschutz, Polizei, THW etc. brauchen 25.000 Mann jährlich. Aufgrund der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik werden aber Mitte der 90er Jahre nur noch etwa 150.000 Wehrpflichtige pro Jahr insgesamt zur Verfügung stehen. Es entsteht ein Fehlbetrag von 100.000 Mann pro Jahr. Ohne entgegenwirkende Maßnahmen würde sich der Umfang der Bundeswehr bis Ende der 90er Jahre auf rund 300.000 Mann reduzieren.

Die Bundesregierung will um jeden Preis den Friedensumfang der Bundeswehr in etwa halten und verweigert sich strikt jedem Gedanken, im Austausch gegen den sinkenden Bundeswehrumfang etwa sowjetische Divisionen aus Mitteleuropa wegzuverhandeln, wie die UdSSR das auch angeboten hat. Das Verteidigungsministerium will seine Personalziele erreichen durch die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 15 auf 18 Monate ab 1989, sowie durch erhöhte Anwerbung von Zeit- und Berufssoldaten. Nach Wörner sei der zusätzliche Finanzaufwand dafür voll berücksichtigt. Die Berechnungen, die das Verteidigungsministerium vorgelegt hat, sind aber falsch und nur geeignet, die Öffentlichkeit zu täuschen.

Dazu schreibt die SPD-Abgeordnete Katrin Fuchs, Mitglied des Verteidigungsausschusses: »Schon im Haushalt 1985 werden in der Regierungsvorlage die Personalmittel um 800 Millionen DM aufgestockt; dies wohlgerne, bevor die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen überhaupt angelaufen sind. Damit ist deutlich, daß die 1,2 Milliarden DM an jährlichen Mehrkosten, von denen die Langzeitkommission ausging, bei weitem überschritten werden. Es ist realistisch, von einem Mehrfachen dessen auszugehen, ca. 3 bis 4 Milliarden DM.«¹¹

Damit wird die Personalplanung der Bundeswehr neben und zusätzlich zur Beschaffungsplanung zu einer eigenständigen Quelle einer gigantischen Kostenexplosion.

Bundeswehrplan 1985: Militarisierung der Wirtschaft der Bundesrepublik

Der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes 1985 liegt bei 49,6 Milliarden DM. Dies sind 19,2% des Haushalts. Mißt man die Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien, dann liegen sie 1985 bei rund 60 Milliarden DM, was über 23% des Bundeshaushalts entspricht. Aber auch die NATO-Kriterien erfassen nicht alle in anderen Haushalten untergebrachten Rüstungskosten, geschweige denn Ausgaben der Länder und Kommunen, die für militärische Zwecke bestimmt sind. Aber selbst wenn man nur auf Basis der NATO-Kriterien anteilig 23% der »Bundesschuld« in Höhe von fast 34 Milliarden DM im Haushalt 1985 rechnet, erhöhen sich die Rüstungskosten auf fast 68 Milliarden DM oder mehr als 26% des Bundeshaushalts im Jahr 1985. Unter der verschärfenden Bedingung, daß für die kommenden Jahre mit hohem Wirtschaftswachstum nicht gerechnet werden kann und deshalb die allgemeine Steigerung des Haushaltsvolumens nach den Planungen der Bundesregierung niedrig bleiben wird, muß damit gerechnet werden, daß eine Realisierung des Bundeswehrplanes 1985 plus Rogers-Plan und Star Wars-Forschung den Anteil der Rüstungskosten am Bundeshaushalt rasch in die amerikanische Dimension von 35% und mehr treiben würde. Dies wäre eine dramatische Verschiebung für den Gesamthaushalt, für das System der Sozialversorgung und die Ausrichtung der gesamten Wirtschaft der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung hat für die Jahre 1985 bis 1988 in ihrer mittelfristigen Finanzplanung¹² allgemeine Haushaltssteigerungen von 2,1% und solche der Rüstungsausgaben von 3,7% projiziert. Verlängert man diese Projektion für die Laufzeit des Bundeswehrplanes bis 1997, kommt man zu Fehlbeträgen in der Dimension von 100 Milliarden DM und mehr. Diese Mittel können nur beschafft werden durch einen Sozialabbau in bisher nicht gekanntem Ausmaß zusammen mit einer steigenden Staatsverschuldung, wie wir sie in ihren Auswirkungen in den USA beobachten können. Es würde zu einer umfassenden »Amerikanisierung« der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung kommen. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Sozial- und Bildungsaufgaben, für Umweltschutz und Entwicklungshilfe bliebe nichts mehr übrig.

Eine eigenständige Beachtung verdient die Kombination von Rüstungsaufträgen in Höhe einer halben Billion DM innerhalb von 13 Jahren mit der Tatsache, daß sich mit der geplanten Fusion von MBB, Kraus-Maffei und Diehl erstmals ein leistungsfähiger Rüstungskonzern in der Bundesrepublik herausbildet. Erstmals stünde ein Rüstungsgigant zur Verfügung, der fast alles an Waffen liefern kann. Hinter dem Bundeswehrplan 1985 steht mithin ein militärisch-industrieller Komplex, wie er so stark und mächtig in der Bundesrepublik noch nie vorhanden war. Jede Schmälerung dieses Geschäfts wird von diesem Komplex erbittert bekämpft werden.

Eine eigenständige Schwierigkeit für das Verständnis dieser Zusammenhänge stellt die Tatsache dar, daß die wahre Dimension militärischer Beschaffungsprogramme erst nach Jahren sichtbar wird. Der Einzelplan 14 stieg im 1985er Haushalt um 3,1%, dies zieht allein noch keinen öffentlichen Schreckensschrei nach sich. Daß allerdings die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung um fast 30% stiegen und die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen (die für Jahre im voraus Gelder parlamentarisch verbindlich festlegen) um fast 100% auf 31 Milliarden DM hochschnellten, ging in der Berichterstattung unter. Zudem werden in den Jahren, die der eigentlichen Kostenexplosion vorausgehen, Fakten geschaffen, die später sehr schwer und nur mit großer Kraft revidierbar sind. Deshalb ist es wichtig, bereits *jetzt* den Kampf um ein Einfrieren der Rüstungskosten auf ihrem nominellen Stand zu verstärken.

Bundeswehr 1985 und AirLand Battle: Ziel ist Kriegführungsfähigkeit

Bundeswehr 1985, Rogers-Plan, AirLand Battle und Raketenstationierung gehören zusammen. Verbunden mit dem US-Streben nach nuklearstrategischer Überlegenheit zielen sie darauf ab, militärische Überlegenheit mit dem Ziel von Kriegführungsfähigkeit in Europa herzustellen. Die Bundesregierung hat ihre anfänglich geübte verbale Distanz zu AirLand Battle aufgegeben. Staatssekretär Lothar Rühl: »Insgesamt bleibt festzuhalten, daß weder die Vorschrift des FM 100-5 noch der Konzeptentwurf »AirLand Battle 2000« irgendeine Doktrin oder Planungsgrundlage für eine offensive, geschweige denn präemptive Kriegführung der US-Streitkräfte oder der NATO in Europa beinhalten.«¹³ Damit erklärt Rühl die Grundgedanken von AirLand Battle für defensiv und damit legitim, einer Doktrin, die den integrierten Einsatz atomarer, chemischer und konventioneller Waffen ebenso wie die tiefe und bewegliche Kriegführung in Osteuropa vorsieht. Dies läßt auch die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern in einem anderen Licht erscheinen. In der fachinternen NATO-Diskussion war die Pershing II nie als Gegengewicht zur SS 20 verstanden worden. Colin S. Gray schrieb 1982: »Die NATO braucht eine beträchtliche Anzahl dieser 572 Systeme (oder Entsprechendes),

gleichgültig ob die sowjetische SS 20-Stationierung auf Null reduziert wird oder nicht.« (Hervorhebung von C.S.Gray!)¹⁴ Die Funktion der Pershing II besteht zum einen in ihrer Enthauptungsdrohung gegen die sowjetische Führung im Rahmen globaler US-Erstschlagsoptionen, zum anderen darin, eine »Überwachungs- und Deckungsstreitmacht« für die konventionellen und nukleartaktischen Kräfte zu bilden, die im Verständnis der NATO deren Einsatzvoraussetzung ist.¹⁵ Die Pershing II ist das Rückgrat aller Optionen, die einen (Atom-)Krieg für Europa gewinnbar machen wollen. Die Herstellung eines auf Europa begrenzten Kriegsszenarios würde mit einer Beteiligung von NATO-Europa an Star Wars qualitativ verschärft. Ein Waffenmix aus Atomraketen und Abwehrsystemen in Westeuropa würde die Drohung mit einem Präventivschlag gegen die UdSSR aufs deutlichste hervorheben, da ein solcher Waffenmix nur zu gebrauchen ist, *bevor* er selbst angegriffen wird.¹⁶

Die militärische Aggressivität der NATO-Rüstung wird unterstrichen, wenn man die mal verstecker, mal offener hervorscheinenden *politischen* Zielsetzungen miteinbezieht. So tritt Bundeswehr-Oberst i.R. Farwick für eine grenzüberschreitende »dynamische Vorwärtsverteidigung« ein und schreibt: »Die Bevölkerung im westlichen Vorfeld der Sowjetunion könnte Hoffnung auf Befreiung von ungeliebten Systemen schöpfen. Die Bereitschaft zur Unterstützung der NATO-Streitkräfte könnte wachsen.«¹⁷ Das Motiv der militärischen »Befreiung der Völker Osteuropas vom Kommunismus« wird deutlich. Bundeswehr-Oberst Hubatschek schlägt den Bogen zur »deutschen Frage«: »Die entscheidende Voraussetzung für einen erfolgsversprechenden Ansatz zur Lösung der deutschen Frage ist und bleibt die Festigung der politischen und militärischen Stärke der Bundesrepublik und des Westens.«¹⁸

Noch deutlicher wird der Amerikaner Dimitri K. Simes in der angesehenen Zeitschrift »Foreign Policy«: »Was die NATO realistischerweise anstreben kann, ist die Entwicklung eines Potentials und einer Strategie für militärische Bewegungen in Zentraleuropa, die den Westen in die Lage versetzen, Operationen innerhalb des Gebietes des Warschauer Paktes durchzuführen ... Der Unterschied zwischen einem Streitkräfteaufbau für einen Gegenangriff und einem für begrenzte Offensivoperationen in Osteuropa zur Unterstützung örtlicher Aufstände ist politisch enorm, aber militärisch so gut wie nicht gegeben... In der Tat bewegt sich die NATO-Strategie genau in diese Richtung. Die Einführung intelligenter Munition, die Annahme der AirLand Battle-Doktrin, die neue Betonung des Bewegungs- statt des Stellungskrieges sind der Anfang eines willkommenen und grundsätzlichen Wechsels.«¹⁹ Derselbe Grundgedanke ist verankert im Leitliniendokument des Pentagon.

Es ist unübersehbar: Die NATO-Aufrüstung hat nicht nur wirtschaftliche Ursachen, sondern auch politische Ziele. Mit militärischem Druck — und welcher Druck könnte »glaubwürdiger« sein als Kriegsführungsfähigkeit — soll die UdSSR zu substanziellen Zugeständnissen gepreßt werden. Im Verfolg solcher Strategien steigt unmittelbar die Gefahr des Atomkriegs. Die politischen Ziele sind innerhalb der NATO nicht einheitlich. Aber führende Kreise in der Bundesrepublik meinen die Chance zu wittern, jene Niederlage, die sie vor 40 Jahren als Klasse erlitten haben, doch noch einmal rückgängig machen zu können. Ein wesentlicher Antrieb für die Aufrüstung in der Bundesrepublik ist der in diesen Kreisen noch immer vorhandene tiefe Unwille, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu akzeptieren.

Friedenssicherung hat daher zwei Seiten: Einmal den Kampf um den Stopp der Rüstungen selbst und um ihren Abbau; zum anderen die politische Auseinandersetzung um die endgültige Anerkennung des politischen Status quo und der Grenzen in Europa. Nur

wenn beides erfolgreich getan wird, gibt es eine Perspektive für Entspannungspolitik und Sicherheitspartnerschaft.

Anmerkungen

- 1 A. Borgmann, A. Buro, M. Budich, V. Deile, G. Greune, W. Meinberg, O. Nassauer, H. Schierholz, D. Schöffmann, M. Schulze-Berndt, R. Vogt, P. Wilke (Hrsg.), Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre, Kassel 1984, S.53.
- 1a Vgl. a.a.O., S.51.
- 2 Wirtschaftswoche, 6.8.1984.
- 3 Internationale Wehrrevue 11/1983, S.1535.
- 4 Wehrdienst 5.11.1984 und A. Borgmann u.a., a.a.O., S.49.
- 5 ESECS, Wege zur Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa. Vorschläge für die 80er Jahre. Bericht der Lenkungsgruppe. Baden-Baden 1983.
- 6 FR, 16.11.1984.
- 7 Haushaltsentwurf 1985, Bundestagsdrucksache 10/1800; Der Verteidigungshaushalt 1985 — Entwurf — Erläuterungen und Vergleiche; Hrsg. BMVg. 1984; Wehrdienst 12.11.1984.
- 8 »Der Spiegel«, 11.3.1985, S.128.
- 9 Hajo Hoffmann, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 19.11.1984.
- 10 Vgl. dazu: Verteidigungsministerium, Material für die Presse XXI/19 vom 17.10.1984.
- 11 Referat Katrin Fuchs (MdB) auf der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD am 27.10.1984.
- 12 Der Finanzplan des Bundes 1984-88, Bundestagsdrucksache 10/1801.
- 13 FR, 30.10.1984.
- 14 Air Force Magazine, 3/1982; dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1982, S.1249f.
- 15 Donald R. Cotter, Eine moderne integrierte Konzeption für die Vorverteidigung Westeuropas; Europäische Wehrkunde 1/1983, S.20f.
- 16 Vgl. dazu: E. Sieker/W. Zellner: »Strategic defense Initiative« — Aufbruch in die falsche Richtung; in: Blätter 4/1985, S.490f.
- 17 Dieter Farwick, Zur Diskussion der NATO-Strategie, dynamische Vorwärtsverteidigung statt statischer Vorverteidigung; Österreichische Militärwissenschaftliche Zeitschrift 2/1983, S.119.
- 18 Gerhard Hubatschek, Die »deutsche Frage« als ein Kernproblem der Friedensordnung in Europa; Europäische Wehrkunde 4/1984, S.215.
- 19 America's New Edge; Dimitri K. Simes; Foreign Policy Nr. 56, Fall 1984, S.36/37.

Heinz-Jürgen Axt

Griechenland vor der Wahl

Der »große Wandel« —

Anspruch und Wirklichkeit der sozialistischen Regierungspolitik seit 1981

Mit der Entscheidung, bei der im Frühjahr 1985 stattgefundenen Wahl des Staatspräsidenten nicht mehr für den bisherigen Amtsinhaber, den konservativen Politiker *Konstantin Karamanlis*, zu stimmen, sondern einen eigenen Kandidaten für das höchste Staatsamt zu benennen, hatte die regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) inoffiziell den Wahlkampf in Griechenland eröffnet. Dies ist Anlaß genug zu einer Bewertung der seit 1981 im Amt befindlichen sozialistischen Regierung.¹ Dabei sind schon die Umstände, wie der neue Staatspräsident gewählt wurde, bemerkenswert. Noch kurz bevor die PASOK mit *Christos Sartzetakis* einen eigenen Kandidaten benannte, hatte Papandreou noch Karamanlis die Unterstützung der PASOK zugesichert. Der plötzliche Sinneswandel der PASOK-Führung dürfte vor allem auf wahltaktische Überlegungen zurückgehen. Die offene Unterstützung der PASOK für Karamanlis hätte für die PASOK Wahlverluste bedeutet, weil der Anspruch der Sozialisten, in Griechenland den »großen Wandel« herbeiführen zu wollen, immer weniger glaubhaft zu machen gewesen wäre. Man kann darüber streiten, ob der bisherige Staatspräsident entscheidend dafür mitverantwortlich war, daß dieser Wandel nicht eingetreten ist. Eines scheint jedoch unbestreitbar: Auch aus der Sicht der PASOK muß es als Vorteil betrachtet werden, daß Karamanlis dazu beigetragen hat, die innenpolitische Polarisierung in Grenzen zu halten, indem er gleichsam als politisch verantwortlicher Repräsentant der politischen Rechtskräfte eben diese Schichten und Gruppen integrierte und von einer totalen Konfrontation gegen die PASOK-Regierung abhielt. Es kennzeichnet die komplizierte innenpolitische Lage für die PASOK, insbesondere die Diskrepanz zwischen weitgehenden Reformversprechen einerseits und unzulänglichen Voraussetzungen, diese auch zu realisieren, andererseits, daß *Andreas Papandreou*, der die integrative Funktion von Karamanlis nicht übersehen konnte und der selbst einen vorsichtigen politischen Reformkurs möglichst ohne Herausforderung der Rechtskräfte und der immer noch vorhandenen antidemokratischen Potentiale steuert, sich dennoch gegen Karamanlis entschied.

Die Wahl des Staatspräsidenten selbst nahm eigentümliche Formen an. Erst im dritten Wahlgang, als eine Drei-Fünftel-Mehrheit (und nicht wie bei den vorangegangenen Wahlgängen eine Zwei-Drittel-Mehrheit) ausreichte, konnte sich der PASOK-Kandidat *Sartzetakis* durchsetzen. Er wurde dabei mit der Stimme des amtierenden Interims-Präsidenten *Alevaras*, der das Amt von Karamanlis zeitweise übernommen hatte, gewählt. Dies und die Tatsache, daß bei der Wahl verschiedenfarbige Stimmzettel — ein blauer für Sartzetakis und ein weißer für Enthaltung — zur Anwendung kamen, veranlaßte die Opposition, die Wahl des neuen Präsidenten nicht anzuerkennen. Der Führer der konservativen »Neuen Demokratie«, *Mitsotakis*, warf der PASOK die Anwendung »faschistischer Methoden« vor — ein sicher unsinniger Vorwurf, der jedoch verdeutlicht, daß sich die innenpolitische Konfrontation in Griechenland erheblich verschärft hat. Daß trotz etlicher Proteste nicht nur von der Opposition, sondern auch von namhaften Staatsrechtlern die PASOK an den verschiedenfarbigen Stimmzetteln festhielt, ist nur damit zu erklären, daß sich die PASOK ihrer eigenen Fraktion nicht sicher genug war, und verhindern wollte, daß einer der Ihren

nicht für Sartzetakis stimmte. (Neben der PASOK stimmten auch die Kommunisten für Sartzetakis.) Es wird wohl kaum geklärt werden können, ob die Unsicherheit der PASOK-Führung über die Gefolgschaft der eigenen Fraktion tatsächlich darauf zurückzuführen ist, daß versucht wurde, PASOK-Abgeordnete zu bestechen, wo wie es Papandreou nach der Wahl äußerte. Der Ausgang der Präsidentenwahl hat das zentrale Motto für den Wahlkampf der PASOK vorgegeben: Nachdem Karamanlis nicht mehr im Amt ist, kann nunmehr der »große Wandel«, der bislang nicht erreicht wurde, beginnen.

Die historische Bedeutung der Wahlen von 1981

Dem Sieg der PASOK bei den Wahlen von 1981 muß historische Bedeutung beigemessen werden. Im traditionell rechts regierten Griechenland konnte zwar 1964 die liberale und republikanisch gesinnte Zentrumsunion unter *Georgios Papandreuou*, dem Vater von *Andreas Papandreuou*, eine absolute Mehrheit bei den Wahlen gewinnen. Doch erstmals gelang es 1981 einer linken, mit einem dezidiert sozialistischen Anspruch auftretenden Partei, die Stimmenmehrheit zu erlangen. Die Linke hatte in Griechenland nach dem Bürgerkrieg und der Niederlage der Bürgerkriegsarmee EAM/ELAS im Jahr 1949 die historische Initiative verloren. Sie blieb in der Defensive — unterdrückt durch massive staatliche Repressionen — bis zum 18. Oktober 1981, als die PASOK die Wahlen mit deutlicher Mehrheit gewann und die konservative »Neue Demokratie« aus der Regierung verdrängen konnte. Daß sich der Wechsel der Regierungsmacht überhaupt ohne ernsthafte innenpolitische Erschütterungen oder antidemokratische Interventionen vollziehen konnte, muß ebenso als historischer Fortschritt für Griechenland gewertet werden. Als die Dominanz der Rechten, der Armee und des Königshauses Mitte der sechziger Jahre gefährdet war, wurde die Zentrumsregierung aus dem Amt getrieben, putschte 1967 das Militär und errichtete eine autoritäre Diktatur. Die »Neue Demokratie« hat sich bislang von ihrer Niederlage von 1981 nicht erholen können, und nunmehr befindet sich die Rechte zumindest zeitweise in der Defensive.

Der Aufstieg der PASOK, die erst 1974 nach der Überwindung der Militärdiktatur gegründet wurde, ist einmalig. Keine andere vergleichbare Partei hat in so kurzer Zeit so große Erfolge bei Wahlen erringen können. Bei den Wahlen von 1974 erreichte die PASOK 13,6 Prozent der Stimmen und 12 Parlamentssitze. 1977 waren es schon 25,3 Prozent und 92 Sitze und 1981 gar 48,1 Prozent und 172 Sitze von insgesamt 300 Parlamentssitzen, womit die PASOK eine absolute Mehrheit im Parlament erlangte. Der Stimmenanteil der bisherigen Regierungspartei »Neue Demokratie« fiel drastisch von 54,4 Prozent im Jahr 1974 auf 35,9 Prozent 1981. Bei jeder Wahl hat die PASOK ihren Stimmenanteil verdoppeln können! Dies ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß es in Griechenland keine Tradition sozialistischer Massenbewegungen gibt. Zwar wurden nach 1918 Gewerkschaften und Arbeiterparteien gegründet, doch war der sozialistische Einfluß nie bedeutend. In den Gewerkschaften war der staatliche Einfluß stets sehr groß, und in der politischen Arbeiterbewegung dominierten von Anfang an kommunistische Kräfte. Die linke Opposition wurde durch die kommunistische Partei gebildet und geprägt. Sozialistische und sozialdemokratische Kräfte spielten nie eine besondere Rolle. Dies änderte sich erst mit dem Aufstieg der PASOK, die die Kommunistische Partei (KKE) als wichtigste linke Oppositionspartei ablöste. 1981 errang die KKE knapp 11 Prozent der Stimmen.²

Was im Erfolg der PASOK vor allem zum Ausdruck kommt, ist der verbreitete Wunsch vieler Griechen, die langjährige strikte Reformfeindlichkeit und den gesellschaftspoliti-

schen Stillstand in Griechenland zu überwinden. Das Verlangen nach Demokratisierung und Liberalisierung machte sich ebenso bemerkbar wie der Wunsch nach vermehrter sozialer Sicherheit, verbesserten Sozialleistungen, besserer Bildung, effektiverer Verwaltung. Die PASOK ist in eine Entwicklung einzuordnen, die mit dem Widerstand gegen die Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg anfang, sich im Bürgerkrieg wieder fand und unter *Georgios Papandreou* Mitte der sechziger Jahre seinen bisherigen Endpunkt fand. Kennzeichen dieser Entwicklung war die Herausbildung einer gegen die traditionellen Machteliten gerichteten politischen Gegenkultur. Der Widerstand im Zweiten Weltkrieg hat eine Politisierung breiter Bevölkerungskreise bewirkt, hat Ansätze zu einer lokalen Selbstverwaltung gefördert. Die Landbevölkerung in den befreiten Gebieten wurde aus ihren bisherigen Abhängigkeiten gelöst. Nach dem Bürgerkrieg wurde dies alles wieder rückgängig gemacht, und man kehrte zum status quo ante zurück. Staatliche Repressionen trafen jegliche Form von Opposition und sicherten der Rechten eine weitestgehend ungeführte politische Herrschaft. Wenig demokratische Regime hielten sich mit Manipulationen von Wahlen an der Macht. Erst mit der Zentrumsregierung von *Georgios Papandreou* konnte sich der Wunsch nach Reformen und nach innenpolitischer Liberalisierung in der Regierungspolitik wiederfinden. Die Elemente der Gegenkultur kamen wieder zum Ausdruck, bevor sie von den putschenden Obristen wieder brutal unterdrückt wurden. Nach 1974 wurden zwar einige staatliche Repressionsmaßnahmen abgeschafft. So wurde die Kommunistische Partei, die seit 1949 verboten war, legalisiert. Doch sehr weitreichend war dieser Neubeginn nicht. Die »Neue Demokratie« erwies sich in der Regierung sehr bald als eine Partei, die Griechenland nach den traditionellen Mustern regierte. Günstlingswirtschaft und Privilegierung der alten Eliten bestimmten alsbald wieder das politische Leben.

Die Wähler der PASOK

Daß der rasante Aufstieg der PASOK der Partei nicht nur Vorteile brachte, sondern auch Schwierigkeiten bereitete, dürfte einsichtig sein. Die Partei war wenig vorbereitet, als sie 1981 die Regierung übernahm. Eine konsistente politische und ökonomische Strategie fehlte ebenso wie ein Reservoir an erfahrenen Führungspersonlichkeiten. Dies veranlaßte die PASOK-Regierung nicht selten zur politischen Improvisation, zum Experimentieren und zum eher abwartenden reformerischen Pragmatismus. Doch reichen diese Faktoren nicht aus, um den Kurs der PASOK-Regierungspolitik zu erklären. Entgegen einer hierzu lange weit verbreiteten Meinung segelt die PASOK keineswegs im Schlepptau der Kommunistischen Partei und der eigenen linken Parteibasis. Die PASOK-Politik wurde weit mehr durch die Tatsache beeinflusst, daß ein Großteil der PASOK-Wähler von den ehemaligen Zentrumsparteien herkam und politisch eher der »Mitte« zuzuordnen ist. Auf keinen Fall waren diese Wähler Anhänger einer entschieden sozialistischen Politik. Hätte die PASOK-Regierung eine radikal sozialistische Politik betrieben, wäre sie eines maßgeblichen Teils ihrer Wählerschaft verlustig gegangen. So konnte die PASOK nur versuchen, durch eine überlegte Reformpolitik die eigene Wählerschaft für weitergehende sozialistische Zielvorstellungen zu gewinnen. Gerade dies dürfte aber der oftmals sprunghaften und zum Improvisieren gezwungenen PASOK-Politik wenig gelungen sein, so daß auch heute noch die ehemaligen Zentrumswähler gleichsam die Achillesferse für eine entschieden sozialistische PASOK-Politik sind: Zwar darf sich die PASOK-Regierung keineswegs allzu sehr mit den traditionellen politischen Kräften arrangieren. Die Zentrumswähler er-

warten Reformen. Deshalb konnte auch die PASOK *Karamanlis* nicht mehr unterstützen. Die PASOK-Regierung kann aber auch keine konsequent sozialistische Politik verfolgen, weil sie sonst eine Abwanderung der eher liberalen Wähler befürchten muß. Diese Wähler könnten sich der »Neuen Demokratie« zuwenden, was allerdings voraussetzte, daß diese Partei einen klaren Trennungsstrich zu den rechtsextremen politischen Kräften zieht, für die sie sich bis heute noch aus wahltaktischen Gründen offenhält. Die von der PASOK abwandernden Wähler könnten aber auch die Zentrumspartei wiederbeleben, die heute ein bloßes Schattendasein führt. Von den ehemals 52 Prozent bei den Wahlen von 1964 sind 1981 für das Zentrum nur noch 0,4 Prozent übriggeblieben. Der überwiegende Teil der Wähler wanderte — z.T. nach einem Zwischenhalt bei der »Neuen Demokratie« — zur PASOK über. Diese ehemaligen Zentrumsähler haben der PASOK den Erfolg erst ermöglicht.

Bilanz der sozialistischen Regierung

Nachdem sich die erste Legislaturperiode nunmehr dem Ende zuneigt, läßt sich festhalten, daß die PASOK-Regierung den »großen Wandel«, so wie im Wahlkampf 1981 versprochen, nicht vollzogen hat. Außenpolitisch hat die PASOK-Regierung Griechenland weder aus der NATO noch aus der EG gelöst, und innenpolitisch sind auch nicht im Ansatz Anzeichen für den Übergang zur »sozialistischen Transformation« zu erkennen. Dies hat man freilich auch kaum von der PASOK erwarten können und dürfen. Wichtiger als die Diskussion, wer denn nun den großen Wandel tatsächlich realisieren kann — eine Diskussion, der die griechischen Kommunisten mit dem Anspruch, es selbst zu können, noch leidenschaftlich frönen —, erscheint deshalb die Frage, inwieweit sie das politische Bewußtsein zumindest ihrer Wähler hat voranbringen, und inwieweit sie dadurch die Voraussetzungen für eine konsequentere sozialistische Politik hat fördern können. Dabei muß man sich stets davor hüten, die falschen, nicht aus dem griechischen politischen System abgeleiteten Maßstäbe anzulegen. Von der historisch jungen PASOK erwarten zu wollen, daß sie das, was andere sozialistische Parteien in nahezu einem Jahrhundert nicht geschafft haben, innerhalb weniger Jahre erreicht, wäre unsinnig und auch total unhistorisch. Ebenso wenig kann man einen politischen Rationalismus erwarten, der manchmal(!) hierzulande anzutreffen ist, der dem griechischen politischen System und der politischen Kultur doch eher fremd ist. Und der das politische System bestimmende Personalismus — der seine Partei völlig dominierende *Andreas Papandreou*, ist dafür ein gutes Beispiel — ist in Griechenland so lange nicht als solcher zu kritisieren, so lange man sich vor Augen hält, daß ohne diese personalistischen Elemente kaum Wählermehrheiten in Griechenland zu gewinnen sind.

Griechenland in der Europäischen Gemeinschaft

Die seit 1981 betriebene Außenpolitik hat im In- und Ausland vielleicht die größte Aufmerksamkeit erregt. Und zwar nicht, weil die PASOK-Regierung unter *Papandreou* aus dem westlichen Bündnis ausgesichert ist, sondern weil sie sich weiterhin darin verortete, dabei den Verbündeten allerdings nicht selten Schwierigkeiten durch das energische Beharren auf eigenen und abweichenden Standpunkten bereitete. Der Spielraum und auch die der PASOK-Politik gesetzten Handlungszwänge lassen sich exemplarisch an der griechischen EG-Politik aufzeigen. Ursprünglich lehnte die PASOK die EG kategorisch ab. 1974 hieß es, die EG sei nichts anderes als die »andere Seite der NATO«. Doch schon 1977 wur-

de diese Ablehnung revidiert, indem die PASOK in ihr Wahlprogramm die Forderung aufnahm, über eine griechische EG-Mitgliedschaft solle eine Volksbefragung entscheiden. Dies bedeutete, daß sich die PASOK auch innerhalb der EG die Durchsetzung ihrer Regierungsziele vorstellen konnte. Seitdem die PASOK die Regierung übernommen hat, ist von der Forderung nach der Volksbefragung nicht mehr die Rede. Der Grund dafür, daß die PASOK ihre EG-Kritik abgeschwächt hat, ist vor allem darin zu sehen, daß eine strikte Anti-EG-Haltung auf den Widerspruch bei den ehemaligen Zentrumswählern gestoßen wäre, was die PASOK jedoch die Wählermehrheit hätte kosten können. Die Zentrumswähler waren traditionell für die EG, erhofften sich allerdings vom griechischen Staat, daß er Schutzmaßnahmen gegenüber den wettbewerbsfähigeren EG-Unternehmen zugunsten der vielen kleinen und mittleren griechischen Betriebe werde durchsetzen können. Nachdem der von der »Neuen Demokratie« unter *Karamanlis* ausgehandelte Vertrag des griechischen Beitritts zur EG (im Jahr 1981) eben nicht genügend derartige Schutzvorkehrungen vorsah, erhofften sich die besonders betroffenen Klein- und Mittelunternehmer, die maßgeblich die soziale Basis des Zentrums bildeten, von der PASOK entsprechende Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen. In dieser Hoffnung votierten sie auch für die PASOK. Folglich bemühte sich die PASOK-Regierung auch nicht um eine Volksbefragung, die auf den Widerstand des Präsidenten *Karamanlis* gestoßen wäre, der über die Abhaltung von Referenden zu entscheiden hat. Die PASOK-Regierung übermittelte vielmehr der EG-Kommission im März 1982 ein Memorandum, in dem sie zweierlei von der EG verlangte: Erstens eine Aussetzung von bestimmten Wettbewerbsregeln zugunsten der griechischen Produzenten, womit der Wettbewerbsdruck der EG-Konkurrenz auf die wenig konkurrenzfähigen griechischen Unternehmen abgeschwächt werden sollte. Zweitens sollten die finanziellen Zuwendungen der EG an Griechenland erhöht werden, damit Griechenland seinen erheblichen Entwicklungsrückstand gegenüber den Gemeinschaftsländern abbauen könne. In der Frage der Wettbewerbsregeln zeigte sich die EG wenig entgegenkommend. Bezüglich der Finanzzuwendungen war die EG — wenn auch nach langem Zögern — durch die Beschlußfassung über ein integriertes Mittelmeerprogramm zu Zugeständnissen bereit. Die Griechenland von der EG im März 1985 zugestandenen rund 4,5 Milliarden DM (verteilt auf sieben Jahre) haben nicht nur das drohende Veto der griechischen Regierung gegen die EG-Erweiterung um Spanien und Portugal ausgeräumt, sondern können vor allem als der Preis angesehen werden, um den die PASOK ihre EG-Vorbehalte zurückstellte. Innenpolitisch läßt sich dies als erfolgreiche Vertretung nationaler Interessen gegenüber der EG und als Wahrung der Interessen griechischer Klein- und Mittelproduzenten darstellen.

Obleich die griechische Regierung ihre EG-Kritik sehr stark zurückgenommen hat, hat dies dennoch nicht die Konflikte mit den anderen Regierungen der EG-Länder vermindert. Im Gegenteil, der Anspruch der griechischen Außenpolitik war es, so weit wie möglich an der Entspannungspolitik festzuhalten und die gegenwärtige Konfrontation nicht noch weiter zu verschärfen. Aus diesem Grund war Griechenland das einzige NATO-Land, das sich dem amerikanischen Drängen nach Wirtschaftssanktionen gegenüber der Sowjetunion im Januar 1982 wegen der Einführung des Kriegsrechts in Polen nicht anschloß. Die griechische Regierung kritisierte zwar auch die Einführung des Kriegsrechts, wandte sich aber — im Unterschied zu den übrigen westeuropäischen Regierungen — gegen die amerikanische Interpretation, daß das Kriegsrecht Ergebnis sowjetischer Intervention gewesen sei, und lehnte Sanktionen kategorisch ab, weil diese nur den Kalten Krieg erneut anfachen würden. Die griechische Regierung weigerte sich ebenfalls, eine eindeuti-

ge Schuldzuweisung im Falle des Absturzes des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch die Sowjetunion bereits zu einem Zeitpunkt auszusprechen, als die Umstände, wie es überhaupt dazu kommen konnte, noch gar nicht geklärt waren. Die übrigen EG- und NATO-Länder hielt dies damals nicht davon ab, einseitig der sowjetischen Seite die Schuld zuzusprechen.

Die Haltung zur NATO

Sowenig die PASOK-Regierung Griechenland aus der EG herausgeführt hat, sowenig ist zu erwarten, daß Griechenlands Mitgliedschaft in der NATO beendet wird. Wenn heute Demonstranten vor allem aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei der PASOK-Regierung ihren eigenen Slogan von früher vorhalten: »EOK ke NATO to idio Syndikato« (EG und NATO sind dasselbe Syndikat), dann läßt sich damit weniger der »Verrat« der PASOK-Regierung an den eigenen Prinzipien und Versprechungen geißeln, da die Regierung weder aus der Wirtschaftsgemeinschaft noch aus der Militärallianz austritt, es wird vielmehr deutlich, daß die PASOK früher radikale programmatische Positionen bezogen hat, ohne sich darum zu kümmern, wie diese Forderungen denn zu realisieren seien. Im Falle der NATO haben allerdings programmatische Dokumente der PASOK aus den letzten Jahren deutlich gemacht, daß ein einseitiger NATO-Austritt Griechenlands negative Folgen für die internationale Lage und auch für die nationalen Interessen Griechenlands haben würde: Erstens würde das militärische Gleichgewicht in Europa in einer Weise verändert, die die militärische Konfrontation weiter zuspitzen könnte, weil sich die westlichen Staaten gezwungen sähen, die Lücke an der Südostflanke der NATO zu füllen. Ein Weiterdrehen der Rüstungsspirale schiene unabwendbar. Weitere Konsequenzen wären zu befürchten, zumal die gegenwärtige US-Regierung den Ausbau des eigenen militärischen Potentials forciert. Zweitens wären griechische Eigeninteressen berührt. Griechenland, das in hohem Maße von der Militär-Hilfe durch die übrigen NATO-Länder abhängig ist, würde von derartigen Lieferungen abgeschnitten. Und dies ausgerechnet in einer Zeit, wo sich Griechenland nicht durch den Warschauer Pakt, wohl aber durch den NATO-Partner Türkei bedroht sieht. Während die Türkei im Falle eines griechischen NATO-Austritts weiter und sicher verstärkt mit militärischen Lieferungen durch die NATO-Länder versorgt würde, entfielen dies für Griechenland. Die griechische Position gegenüber der Türkei würde empfindlich geschwächt. Eine nüchterne Abwägung nationaler Interessen kann die griechische Regierung kaum mehr den unmittelbaren NATO-Austritt befürworten lassen, weil er für Griechenland aber auch für Europa zu große Risiken birgt. Die PASOK forderte daher in den letzten Jahren, die Blöcke des Kalten Krieges, also NATO und Warschauer Pakt, aufzulösen und durch eine stabile europäische Friedensordnung zu ersetzen. Nicht die Veränderung der PASOK-Positionen als solche ist zu kritisieren, wohl aber der Umstand, daß dies in der PASOK fast gar nicht diskutiert wurde. Wie in anderen wichtigen Fragen auch blieb dies *Andreas Papandreu* und der Parteiführung vorbehalten.

Die griechische Regierung hat sich von Anfang an der NATO-Nachrüstung widersetzt. Im August 1982 wandte sich die griechische Regierung mit dem Vorschlag an die übrigen NATO-Partner, die Nachrüstung um einen Zeitraum von sechs Monaten aufzuschieben, damit genug Zeit für einen befriedigenden Abschluß der Genfer Verhandlungen bliebe. Die deutsche SPD nahm den Vorschlag positiv auf. Die meisten westeuropäischen Regierungen lehnten das Moratorium entschieden ab. Man mag die Form kritisieren, in der der griechische Vorschlag präsentiert wurde, indem er nämlich bereits öffentlich bekanntgemacht worden war, bevor er den übrigen Regierungen zugeleitet wurde. Was den griechi-

schen Vorschlag aber dennoch auszeichnet, ist der Umstand, daß er den Versuch einer eigenständigen europäischen Initiative darstellt, um das Wettrüsten zu bremsen. Solange die europäischen NATO-Länder lediglich das nachvollziehen, was die USA vorgeben, und sich dabei an Bündnistreue gar noch zu übertreffen suchen, fehlen jene Initiativen, die gerade von europäischen Ländern ausgehen könnten und wohl auch müßten, damit die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion abgebaut werden kann. Deshalb ist auch das griechische Bemühen zu würdigen, auf dem Balkan eine atomwaffenfreie Zone zu etablieren. Diese Forderung gehört traditionell zur Programmatik der PASOK. Entsprechend hat die sozialistische Regierung die Regierungen der Nachbarstaaten zu mehreren Konferenzen eingeladen, um die Möglichkeiten eines atomwaffenfreien Balkans zu erkunden. In Griechenland wären die Voraussetzungen dafür gar nicht so ungünstig. Auch die NATO schätzt die hier gelagerten Atomsprengköpfe und Trägersysteme als überaltert ein, weshalb sie abgezogen werden sollen (was die NATO allerdings am liebsten als »Abrüstungsmaßnahme« der Öffentlichkeit darstellen möchte). Bulgarien und Rumänien zeigen sich ebenfalls — mit Rückendeckung durch die Sowjetunion — zustimmend. Schwierigkeiten gibt es mit Albanien, das sich internationalen Vereinbarungen gegenüber generell sperrt, und auch mit Jugoslawien, das um seine Unabhängigkeit fürchtet, könnte es doch in ein Arrangement zwischen Ländern der NATO und des Warschauer Paktes einbezogen werden. Die größten Schwierigkeiten bereitet jedoch die Türkei, die sich zwar nicht grundsätzlich gegen derartige Verhandlungen ausspricht, deren Verhandlungsstil jedoch eindeutig auf eine Lähmung der griechischen Initiative ausgerichtet ist. Als z.B. zur Balkan-Konferenz im Januar 1984 in Athen schon fast alle Delegationen angereist waren, erreichte das Athener Außenministerium ein Telegramm der türkischen Regierung mit der Aufforderung, das gesamte Treffen zu verschieben, weil sich bei der türkischen Seite »Terminprobleme« ergeben hätten, und man erst zwei Wochen später anreisen wolle. Die türkische Haltung hat denn auch bislang echte Fortschritte bei der griechischen Initiative für einen atomwaffenfreien Balkan verhindert. Die Einbeziehung der Türkei — die sicher in enger Abstimmung mit der US-Regierung handelt — ist jedoch notwendig, wenn die griechischen Pläne tatsächlich realisiert und auf ein tragfähiges Fundament gestellt werden sollen.

Früher hatte sich die PASOK äußerst kritisch über die Parteien der Sozialistischen Internationale geäußert. Differenzierungen zwischen den verschiedenen Strömungen wurden nicht vorgenommen. Die SPD galt global als »Bewahrerin des monopolistischen Kapitalismus«. Das hat sich heute insoweit geändert, als die PASOK zu vielen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gute Beziehungen unterhält. Zwei Gründe sind dafür maßgeblich: Zum einen reflektiert die gewandelte Haltung gegenüber der Sozialdemokratie den internen Wandel der PASOK. Zum andern will die PASOK aber auch einer internationalen Isolierung entgegentreten. Schließlich bedarf die PASOK-Regierung auch der Unterstützung relevanter politischer Kräfte in den übrigen westlichen Ländern, wenn ein Teil ihrer außenpolitischen Initiativen Aussicht auf Erfolg haben soll. Mit einem Beitritt der PASOK zur Sozialistischen Internationale ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Im Europäischen Parlament arbeitet dagegen die PASOK in der Fraktion der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien mit.

Zur Innenpolitik

Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist der »große Wandel« bisher ausgeblieben. Was bislang an Nationalisierungen von Unternehmen in Griechenland stattgefunden hat,

war die bloße Sozialisierung von Verlusten. Auch die Wirtschaftspolitik hat lange Zeit experimentiert. Die 1982 eingeführte automatische Anpassung der Einkommen an die inflationäre Entwicklung (ATA) hat eine längst überfällige Verbesserung bei inflationär aufgezehrten Einkommen gebracht. Sie konnte aber nicht die von der PASOK-Regierung erhoffte allgemeine wirtschaftliche Belebung einleiten. Obendrein wurde die ATA Ende 1982 ausgesetzt, womit den Griechen 1983 reale Einkommensverluste zugemutet wurden.³ Seit 1981 ist allerdings unverkennbar eine innenpolitische Liberalisierung und Demokratisierung eingeleitet worden. Das Wahlalter wurde gesenkt, die Zivilehe eingeführt, mit der Dezentralisierung begonnen, die Demokratisierung der Agrargenossenschaften eingeleitet, die soziale Sicherung der Bauern verbessert. Besondere Bedeutung muß dem Beschluß der neuen Regierung beigemessen werden, den Widerstand gegen die Besetzung im Zweiten Weltkrieg offiziell anzuerkennen. Der Staat zahlt nunmehr Pensionen an alte Widerstandskämpfer. Was diesen Entschluß so bedeutsam macht, ist der Umstand, daß damit nun nicht länger die jüngere griechische Geschichte staatlicherseits verdrängt, sondern zu ihrer Aufarbeitung aufgefordert wird. Derartige Schritte werden es in Zukunft erschweren, mit unreflektierten Erinnerungen an die Vergangenheit des Widerstands oder auch des Bürgerkriegs antisozialistische Ressentiments zu schüren. Dies dürfte auch der Grund gewesen sein, weshalb dieses Gesetz so energisch von der konservativen Opposition bekämpft wurde.

Resumee

Ein Resumee hat zunächst auf die Diskrepanzen zwischen Wahlversprechen und tatsächlicher Regierungspolitik aufmerksam zu machen. Die PASOK-Regierung hat den großen Wandel nicht gebracht. Etliche positive Entwicklungen und Reformen, die seit 1981 in der Innen- und Außenpolitik eingeleitet wurden, sind nicht zu unterschätzen. Es wäre sicher von Vorteil, wenn die griechische Außenpolitik gerade auch für die westlichen Partner in manchen Fragen kalkulierbarer würde, weil dies an sich positiven griechischen Initiativen nicht von vornherein einen Teil der beabsichtigten Wirkung nähme. Auch wäre es wünschenswert, wenn in Griechenland nicht gleich jede Veränderung als Bestandteil der sozialistischen Transformation ausgegeben würde. Das können etliche Schritte gar nicht sein. Ihre Notwendigkeit ist dennoch unbestritten. Die Regierung müßte sich gleichwohl nicht ständig an irgendwelchen Maximalzielen messen lassen, sondern die Meßlatte der Beurteilung würde auf eine vernünftige, weil realistische Höhe gelegt. Immer sind auch die Schwierigkeiten zu bedenken, die sich ergeben, wenn man in einem Land wie Griechenland, das von den Regierenden lange Zeit in einem Zustand der Verhinderung jeglicher Reformen und des gesellschaftspolitischen Stillstands gehalten wurde, mit der Verwirklichung einer umfassenderen Reformpolitik beginnen will. Und schließlich wirkt sich auch heute noch der Umstand aus, daß den sozialistischen Kräften in Griechenland die Tradition und damit wichtige Erfahrungen fehlen. Dazu kommt, daß die PASOK-Regierung ihre Politik mit einer Wählerbasis betreiben muß, die vom Zentrum herkommt und politisch keineswegs schon eindeutig links orientiert ist. Je mehr es der PASOK gelänge, Widersprüche in der eigenen Politik zu überwinden, desto größer würden auch die Chancen, diese — für die PASOK »lebensnotwendigen« Schichten — für eine weitergehende Reform- und gar sozialistische Politik zu gewinnen. Hier steht die PASOK erst ganz am Anfang. Schließlich kann eines nicht übersehen werden: Es gibt für reformorientierte Kräfte zumindest gegenwärtig zur PASOK keine Alternative. Von einem Verlust der Regierungs-

fähigkeit der PASOK könnte nur die Rechte gewinnen. Der Wahlanteil der Kommunisten, der zwar mit rund 11 Prozent nicht zu unterschätzen ist, stagniert. Und eine Kooperation zwischen der PASOK und den Kommunisten hat die erheblichen innenpolitischen Risiken, die ein derartiges Vorgehen beinhaltet, zu berücksichtigen. Antidemokratische Elemente in der griechischen Politik, die sich bislang zurückhalten (müssen), könnten dies zum Anlaß nehmen, erneut aktiv zu werden. Griechenlands demokratische Entwicklung könnte um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Dies gilt es als Spezifik der griechischen Entwicklung zu berücksichtigen. Weil bei einem Zusammengehen zwischen PASOK und Kommunisten aber auch viele PASOK-Wähler abspringen würden, hat die PASOK-Regierung bereits vorsorglich — entgegen dem Wahlversprechen, das einfache Verhältniswahlrecht einzuführen — ein Wahlverfahren beschlossen, das wiederum die großen Parteien und also gerade die PASOK begünstigt.

Anmerkungen

- 1 Die bundesdeutsche Linke hat der Entwicklung in Griechenland seit 1981 wenig Beachtung geschenkt. Dem soll hier ein wenig entgegengewirkt werden. Ebenso jenen Orthodoxien, die die Qualität der griechischen sozialistischen Regierung vorrangig daran bemessen wollen, ob sie tatsächlich (entsprechend früherer Versprechungen) Griechenland aus der NATO und der EG führt und ob sie zur Kooperation mit den Kommunisten bereit ist. Auch erweist sich die Annahme, die PASOK könne links mehr gewinnen als rechts verlieren, als irrig.
- 2 Was hier über die PASOK nur knapp ausgeführt werden kann, ist vom Verfasser ausführlich behandelt in: H.-J. Axt, *Die PASOK in Griechenland. Aufstieg und Wandel eines verspäteten Sozialismus*, Bonn (Europa Union Verlag, im Erscheinen). Zu Griechenland insgesamt vgl. die Kapitel des Verfassers über Wirtschaft, Politik, Kirche und Staat, in: B. Hoffmann (Hrsg.), *Griechenland — Ein Reisehandbuch*, Berlin (Express Edition, im Erscheinen).
- 3 Vgl. ausführlich H.-J. Axt, *Post-Keynesianismus — Zum Scheitern verurteilt? Erfahrungen mit der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung in Griechenland seit 1981*, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1984.

Johannes M. Becker

Das Erstarken der extremen Rechten in Frankreich, Quellen, Verbindungen und Perspektiven

Mehr noch als das katastrophale Abschneiden von Sozialisten (PS) und Kommunisten (PCF) ließ bei der Europawahl am 17. Juni 1984 das Wahlergebnis der extremen Rechten Frankreich aufmerken. Der »Front National« (FN) *Jean-Marie LePen* erreichte sensationelle 11 Prozent der abgegebenen Stimmen und zog damit nahezu mit dem PCF gleich. Die Sozialisten erreichten schwache 21 Prozent, und — eine herbe Enttäuschung für ihr Lager — die gemäßigt-konservative Opposition aus Neo-Gaullisten (RPR) und Giscardisten (UDF) blieb mit einem Ergebnis von 43 Prozent weit unter ihrem erklärten Wahlziel, der Erlangung der absoluten Mehrheit.

Das Ergebnis darf ohne Zweifel, was den FN anbelangt, nicht überbewertet werden: Die Wahlbeteiligung war zum einen mit 57 Prozent äußerst gering — die kommunistischen und sozialistischen Wähler nutzten die weitgehend konsequenzenlose Europawahl zur Verabreichung eines Denkkzettels qua Enthaltung für die desaströse Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten zwei Jahre; zum anderen zeigen die heute vorliegenden Analysen der Wählerbewegung, daß das Wählerreservoir der extremen Rechten zwar im wesentlichen den gemäßigten rechten Parteien entstammt, und daß nennenswerte Einbrüche in die Klientel der Kommunisten nicht erfolgt sind. Über 20 Prozent der FN-Wähler sind jedoch ehemalige PS-Wähler. Aber selbst wenn man die 11 Prozent des FN auf eine normale Wahlbeteiligung hochrechnet, bleibt ein für französische Verhältnisse erschreckend hoher Wert erhalten. Und die Frage muß beantwortet werden, was es für die demokratische Bewegung bedeutet, daß auch die Parteien der ehemaligen konservativen Parlamentsmehrheit an Integrationskraft einbüßten. Schließlich deuten schon die Ergebnisse der kommunalen Neuwahlen und Nachwahlen zur Nationalversammlung in Frankreich, in denen die extreme Rechte in den vergangenen zwei Jahren bereits des öfteren hohe Ergebnisse erzielt hatte, eher darauf hin, daß der Aufstieg des »Front National« mehr bedeutet als einen Ausfluß der Launenhaftigkeit französischer Linkswähler bzw. einen kurzfristigen Wechsel des politischen Lagers bürgerlicher Wählerschichten.

Jean-Marie LePen — eine Figur mit Geschichte

Das »Who's who in France« weist LePen, Jahrgang 1928, als Verleger und ehemaligen Abgeordneten aus. Jesuitenschüler war er, Gymnasiast, schließlich Jurastudent in Paris. Seine ersten Weihen erhielt er zwischen 1949 und 1951 als Vorsitzender einer Jura-Studentenverbindung, seinen ersten handfesten Kontakt mit der Polizei ebenfalls. 1953 ging er als Soldat nach Indochina, wurde 1954 zum Fallschirmjägerleutnant befördert. Nach der Niederlage Frankreichs gegen die Truppen Ho Tschis Minhs machte LePen sich vorübergehend auf heimatlichem Boden nützlich: zunächst als Funktionär der »Union der Verteidigung der französischen Jugend«, ab 1956 der rechtsradikalen Poujade-Bewegung in der Nationalversammlung in der »Gruppe der französischen Einheit und Brüderlichkeit«; 1958 wurde er als unabhängiger Kandidat für vier Jahre wiedergewählt.

Jean-Marie LePen hatte als kleiner »Para«-Leutnant im schmutzigen Algerienkrieg derart für Aufsehen gesorgt, daß Armeegeneral *Jacques Massu* ihn höchstpersönlich dekorierte. Massu seinerseits war wenig später einer der entscheidenden Helfer General de Gaulles bei dessen staatsstreichartiger Zerschlagung der Vierten Republik ... Zwei Linksblätter Frankreichs, der »Canard Enchaîné« und der »Nouvel Observateur«, beschuldigten den Europa-Parlamentsabgeordneten LePen in letzter Zeit anhand von Zeugenaussagen der Folterung während seiner Algerienzeit. 1964/65 exponierte er sich als Generalsekretär des »Komitees Tixier-Vignancour« des rechtsradikalen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 1965. 1972 schließlich hatte er als Präsident des »Front National« endlich seine eigene Partei und genoß bei den Präsidentschaftswahlen 1974 immerhin das Vertrauen von 191000 Wählern (0,7 Prozent). 1981 schließlich kämpfte LePen bei den Präsidentschaftswahlen nicht mit ganzer Kraft um die Zulassung zur Wahl. Bei der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen *Giscard d'Estaing* und *François Mitterrand* konnte der Taktiker *LePen* mit einer entscheidenden Abfuhr rechnen; überdies war die Zersplitterung des rechten Lagers durch die Kandidatur dreier Gaullisten neben *Giscard* (*Chirac*, *Debré* und *Garaud*) bereits weit genug vorangeschritten.

Die Quellen des traditionellen Rechtsextremismus

Bei der Analyse der aktuellen Situation der französischen extremen Rechten muß eine analytische Trennung vorgenommen werden zwischen dem traditionellen Rechtsextremismus und der sogenannten »Neuen Rechten«. Die auch »alte« Rechte zu nennende Bewegung verfügt heute über eine große Organisationsvielfalt in Frankreich; sie kann auf eine lange Tradition verweisen. Militanter Antiparlamentarismus, Antikommunismus und Antisemitismus sind die dauerhaften wesentlichen Inhalte ihrer Politik. Betrachtet man nur das letzte Jahrhundert, so erhält man einen guten Einblick in die Quellen des Rechtsradikalismus, in seine Arbeitsweise und sein soziales Rekrutierungsfeld.

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 bedeutete für das konservative Frankreich einen zweifachen Einschnitt: Die französische Bourgeoisie und das französische Militär verloren zum einen den Krieg gegen ihren stärksten Konkurrenten auf dem europäischen Festland; zum anderen bedeutete die Pariser Commune als Sinnbild der Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung eine erhebliche Gefahr im Inneren. Um den Staat, um die Herrschaft der Bourgeoisie mittel- und langfristig zu stabilisieren und gleichzeitig die Revanche gegen Deutschland vorzubereiten, erhielten die reaktionären Bewegungen größere Bewegungsfreiheit und erreichten einen qualitativen Sprung in ihrer Entwicklung.

Die Dritte Republik (1870 bis 1940) hatte sich gerade stabilisiert, da nutzten extreme Nationalisten um *Paul Déroulède* die 1882 ausbrechende Wirtschaftskrise zur Organisation republik- und marxismusfeindlicher Kräfte in der »Ligue des Patriotes«, der »Liga der Patrioten«. Wenige Jahre später brachten diese Kräfte in der nach General *George Boulanger* benannten Bewegung »Boulangisme« zwischen 1886 und 1888 die Republik an den Rand des Scheiterns. *Boulanger*, der zeitweise Kriegsminister war, dann jedoch aus dem Ministeramt und dem Militär entlassen wurde, vereinigte für eine kurze Zeit das große rechte Lager der Bonapartisten, der Royalisten wie auch der Revanchisten: Parlamentsauflösung, Verfassungsänderung, Ausschaltung der kriegsunwilligen Arbeiterbewegung und Krieg gegen Deutschland waren die Hauptforderungen des Boulangisme. Große Wahlerfolge (so am 27. Januar 1898 in Paris) gaben einen Eindruck von der sozialen Basis der zeitgenössischen Reaktion. Die Republik rettete sich durch das Verbot der »Ligue des Patriotes« und durch die Anklage General *Boulangers*.

Die Dreyfus-Affaire gegen Ende des vorigen Jahrhunderts schließlich setzte einen besonderen Akzent auf den Antisemitismus der Reaktion und machte den rassistischen Charakter weiter Kreise der Administration, vor allem der Justiz und des Militärs, deutlich. Inmitten der Dreyfus-Affaire ergriffen *Henri Vaugeois* und *Maurice Pujo* die Initiative zur organisatorischen Vereinigung aller Kräfte auf der politisch unzufriedenen Rechten und gründeten die »Action Française«. Dieses Sammelbecken nahezu der gesamten anti-republikanischen Rechten existierte fast ein halbes Jahrhundert, bis die Libération 1944 seinem Treiben ein Ende setzte. Die »Action Française« organisierte den Nationalismus und Chauvinismus, der den Ersten Weltkrieg vorbereiten half, sie war nach 1918 wesentlich am französischen Part der Intervention gegen die junge Sowjetunion beteiligt, war schließlich ein objektiver Wegbereiter der faschistischen Okkupation in Frankreich und stützte die Kollaborationspolitik Marschall *Pétains* mit dem deutschen Faschismus.

Die soziale Basis der »Action Française« bestand im Klerus und den Führungskräften der katholischen Kirche, im Adel, im Offizierkorps und im städtischen Kleinbürgertum. Auch weite Kreise bürgerlicher Intellektueller fühlten sich schon damals vom durchdachten Konstrukt eines demagogischen Antikapitalismus, gepaart mit Antisemitismus und Antiparlamentarismus, angezogen. Welchen Einfluß die Kreise um die »Action Française« in den 30er Jahren in Frankreich hatten, zeigt die Aufnahme von *Jacques Bainville* 1935 und *Charles Maurras* 1938 in die »Académie Française«, in den erlauchten Kreis der vierzig »Unsterblichen«. Die rechtsradikale, die faschistische Gefahr, die sich im Frühjahr 1934 in einem Putschversuch konkretisierte, führte auf der Linken zur gemeinsamen — erfolgreichen — Abwehraktion und dann zur Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten.

Die Kontinuitäten nach 1945

Das Verbot der »Action Française« rottete allerdings die ihr zugrundeliegenden sozialen Interessen nicht aus. Die Halbherzigkeit der »Entvichysierung«, dem Pendant zur deutschen Entnazifizierung, ermöglichte ein Überdauern der entscheidenden Strukturen. Der rasche Zugriff der nun unumstrittenen und alleinigen Führungsmacht des Westens, der USA, auf die französische Politik insgesamt verhalf der Rechten rasch zu ihren alten Einflußsphären zurück — so wie sie auch die faschistischen Regime in Spanien und Portugal an der Macht hielt und in ihr Bündnissystem einbezog.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bildeten sich eine ganze Reihe von rechtsradikalen Organisationen, die sich auf die »Action Française« beriefen; die royalistischen Varianten blieben dabei die unwirksamsten. Zuletzt 1971 gründeten Royalisten um Bertrand Renouvin die »Nouvelle Action Française«, die bei den Präsidentschaftswahlen 1974 gerade 0,17 Prozent und 44000 Stimmen erhielt. Nach ihrer Niederlage auch bei den Parlamentswahlen von 1978 änderte diese Partei ihren Namen und heißt nun »Nouvelle Action Royaliste« (NAR).

In den 50er Jahren gelangte vorübergehend eine Bewegung des kleingewerblichen Mittelstandes zu politischem Einfluß, der Poujadismus. Der »Poujadisme«, auf dessen Liste, wie oben erwähnt, *Jean-Marie LePen* 1956 erfolgreich für die Nationalversammlung kandidierte, ist nach seinem Begründer, dem Schreibwaren- und Buchhändler *Pierre Poujade*, benannt. Er sammelte in den 50er Jahren vor allem vom Bankrott bedrohte Klein Händler um sich, attackierte die Arbeiterbewegung als den Hauptschuldigen an der Krise, polemisierte aber auch gegen das große Kapital, zeigte also »klassische« Merkmale faschistischer

Demagogie. Bei den 1956er Wahlen erreichte der Poujadismus als »Union et Fraternité Française« (»Französische Einheit und Brüderlichkeit«) 2,6 Millionen Wählerstimmen (9,2 Prozent) und 50 Sitze in der Nationalversammlung. Die Bewegung profilierte sich zusätzlich durch ihre Forderung nach Aufrechterhaltung des Kolonialreiches, wurde aber nach der Rückkehr de Gaulles in die offizielle französische Politik rasch vom Gaullismus aufgesogen, der sich damals von »Rassemblement du Peuple Français«, »Sammlungsbeziehung des (gesamten) französischen Volkes« also, in »Union pour la Nouvelle République« (UNR) umbenannt hatte, um in der »Neuen Republik« unter nationalistischen Vorzeichen der Mitte-Links-Politik der Vierten Republik ein Ende zu setzen. Die Organisation *Pierre Poujades*, die »Union des Commerçants et Artisans« (UdCA), führt heute ein Schattendasein. Eine neopoujadistische Gruppierung unter Gérard Nicouds, die CIDUNAT, versteht sich als Schutzorganisation der kleinen Selbständigen und besitzt mit regionalen Unterschieden eine teilweise gute Stellung in den Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern des Landes.

Die Beschäftigungsstruktur Frankreichs weist auch heute die hohe Zahl von etwa drei Millionen Selbständigen auf. Zuletzt bei der Präsidentschaftswahl 1974 zeigte sich, daß sie mit einer ihren Problemen demagogisch zugewandten Programmatik zu gewinnen sind: *Jean Royer*, ehemals gaullistischer Minister für Kleinhandel und Kleingewerbe, erreichte mit 811000 Stimmen 3,2 Prozent. (Gérard Nicouds rief übrigens vor dem zweiten Präsidentschaftswahlgang 1981 zur Wahl Mitterrands auf; seine Klientel hatte besonders unter Giscard 14-Prozent-Inflation und dem Massenkaufkraftverlust allein der 1,7 Millionen Arbeitslosen zu leiden.)

Die »Partei der Neuen Kräfte«

Der PFN (Parti des Forces Nouvelles) darf, auch wenn er im aktuellen Siegestaumel des »Front National« und *Jean-Marie LePens* wenig beachtet wird, aus einer Analyse der traditionellen Extremen Rechten nicht herausfallen. Die Partei wurde Ende 1974 gegründet und ist als unmittelbare Nachfolgeorganisation des 1973 infolge von Terroraktionen verbotenen »Ordre Nouveau« zu betrachten. Die »Neue Ordnung« hatte sich mit militanter Ausländerfeindlichkeit an die von der Dekolonisation betroffenen und enttäuschten Mittel- und Oberschichten Frankreichs und seines »Empire« gewandt und hatte sich dabei, wie später der PFN, der Wochenzeitung »Minute« bedient. »Minute«, dies nur als Indiz für den Wert beider Organisationen, steigerte ihre Auflage immerhin von (1962) 33000 auf (1982) 165000 und kann sich heute die kostenlose Verteilung eines Viertels ihrer Auflage leisten. »Ordre Nouveau« beteiligte sich 1974 vehement am Wahlkampf Giscard d'Estaings, dessen Wahlsieg damals von Kandidaten der Linken bedroht war.

Der PFN selbst gewinnt neben seiner politischen Herkunft Bedeutung durch seine Europa-orientierte Programmatik. Er fordert die Schaffung einer offensiven, antisowjetisch ausgerichteten Europa-Armee, einer »Force d'intervention européenne intégrée«, fordert eine koordinierte Terrorismusbekämpfung sowie eine europäisch abgestimmte Härte vor allem bei Wirtschaftsverhandlungen mit dem sozialistischen Ländern.

Seit April 1978 ist der PFN mit anderen rechtsextremen Parteien Westeuropas über die »Union Française pour l'Eurodroite« verbunden. Bei der Europawahl von 1979 erreichte die Partei — als ihr bestes Ergebnis — mit einer Wahlplattform für Jean-Louis Tixier-Vignancourt 265000 Stimmen (1,3 Prozent). Der »Front National« war hier ebenfalls beteiligt. Trotz dieser Berührungspunkte mit der politischen Vergangenheit LePens (s.o.) be-

trachten sich PFN und FN heute als erbitterte Konkurrenten um die rechtsradikale Klientel Frankreichs.

Der »Front National«

Auch der FN rekrutierte sich bei seiner Gründung 1972 wesentlich aus den Quellen des »Ordre Nouveau« und konnte durch die Demonstration politischer Kontinuität durch *Jean-Marie LePen* sowie durch seine erwähnte geschickte Bündnispolitik sein Überleben bis zum heutigen enormen Popularitätsgewinn sichern. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schilderte inmitten des Aufstiegs von LePen im (Nachwahlen-)Jahr 1983 wesentliche Punkte aus dessen Programmatik:

»Bewahrung der Familie, Wiederherstellung der Autorität, auch die der Eltern, ein starkes Frankreich in einem vereinigten Europa. Vor allem aber: Schutz von Leib und Eigentum für jeden, Abwehren der bedrohlichen Überfremdung Frankreichs, ständige Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus.«

In den verschiedensten Bereichen traf die Ideologie *LePens* und des FN auf Interesse: Die Auswirkungen der langandauernden Wirtschaftskrise haben in Frankreich zu überdurchschnittlichen Zuwächsen bei der *Kriminalität* geführt, vor allem bei der Jugend. 1,1 Millionen Jugendliche Frankreichs haben keinen Ausbildungsplatz. Der Ruf nach Schutz des Eigentums bedurfte schon gar nicht mehr der neuerlichen Bandentätigkeit gegen Touristen in Südfrankreich oder der Überfälle auf Franzosen in Spanien. Überflüssig zu erwähnen ist fast, daß der »Front National« die politischen Kräfte anführt, die die Wiedereinführung der Todesstrafe in Frankreich fordern. Ihre Abschaffung durch den fortschrittlichen Justizminister Mitterrands, *Badinter*, war im französischen Volk seinerzeit auf Ablehnung in verschiedenen Bevölkerungskreisen gestoßen.

Die *Ausländer* für alle denkbaren Probleme einer Gesellschaft verantwortlich zu machen, hat — wie oben gezeigt — auch in Frankreich reiche Tradition. Eine Kostprobe aus dem Vokabular LePens: »Die ausländischen Arbeiter, die sich wie Karnickel vermehren, sind die Avantgarde der Barbarei, die den Westen erstürmen will. Wenn Ihr nicht aufpaßt, richten sich die 'Immigrés' morgen auch bei Euch ein, essen Eure Suppe und schlafen mit Eurer Frau, Eurer Tochter oder Eurem Sohn.«

Dem vehementen *Antikommunismus*, ein weiterer essentieller Programmpunkt des FN, wurde selbst im Frankreich des Regierungsbündnisses aus PS und PCF vom dominanten sozialistischen Koalitionspartner nur selten Wirksames entgegengesetzt. Das nämlich hätte kollidiert mit dem ausdrücklichen Interesse Mitterrands an einer langfristigen Marginalisierung der Kommunistischen Partei. In der Militärpolitik fordert der »Front National« den vollen NATO-Beitritt Frankreichs, die Aufstellung eines französischen Berufsheeres, sowie den Aufbau einer »Schnellen Eingreiftruppe Europas«, deren Aufgabe »der Schutz vitaler Interessen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Schutz unserer Versorgung mit Rohstoffen und Energie sein muß.«

Der Zustand der gemäßigten Rechten

Maßgeblich am Aufstieg, an der Renaissance des Rechtsextremismus in Frankreich beteiligt ist die bürgerliche Opposition aus RPR und UDF (vgl. auch das Interview mit Lucien Séve in diesem Heft).

Zum einen sind die Niederlagen von 1981, vor allem die Umstände um deren Zustandekommen, bis heute nicht völlig verarbeitet: Erst vor kurzer Zeit schien der Kampf um die

Vorherrschaft im konservativen Lager zwischen *Jacques Chirac* und *Valéry Giscard d'Estaing* zugunsten des erstgenannten entschieden, da meldete sich *Raymond Barre*, ehemals Premierminister Giscard, auf die politische Bühne zurück und steigerte die allgemeine Konfusion auf der Rechten. Umfragen bescheinigen Barre, dem liberalen Ökonomen, heute die Führungsposition in der konservativen Wählergunst.

Zum zweiten boten die Regierungen *François Mitterrands* zunehmend weniger Angriffsflächen für gemäßigte Rechte, betrachtet man nur die Bereiche der Außen-, Militär- oder Wirtschaftspolitik. Das weitgehende Rückfluten der Wechselwähler von 1981 scheint — allem mediengerechten Optimismus von UDF und RPR zum Trotz — nicht wahrscheinlich: Die desaströsen Ergebnisse des Septenats von Giscard und seinen Premiers Chirac und Barre sind der Masse der Franzosen noch zu stark im Bewußtsein verankert, und schließlich ist die Linke ja nicht mit einer sozialistischen Politik gescheitert ...

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor schwächt die konservative Opposition zudem: Nicht endgültig fixiert scheint bis heute die Haltung des französischen Patronats: *Mitterrand* und *Fabius* zeigen sich zu einer Fortführung der derzeitigen Subventionierungs- und Steuerpolitik bereit und scheinen selbst im knappen Jahr nach dem Ausscheiden des PCF aus dem Regierungsbündnis ein verlässlicher Garant des »sozialen Friedens« zu sein. Die Streiktätigkeit der französischen Arbeiterklasse seit 1981 ist im Vergleich zu den vorangegangenen drei Jahrzehnten halbiert!

RPR und UDF sind am Erstarken des »Front National«, das — wie oben gezeigt — maßgeblich auf Kosten ihrer Wähleranteile verlief, beteiligt, nicht zuletzt aufgrund ihrer vielschichtigen Zusammenarbeit mit dem FN auf den verschiedensten Ebenen. So ließen die beiden Parteien schon bei den ersten großen Wahlsiegen des Jahres 1983 Wahlaufufe des FN für ihre Listen für den zweiten Wahlgang widerstandslos zu; so gibt es auf kommunaler Ebene vielfältige Formen offener Zusammenarbeit; so ließ sich — die jüngsten Beispiele — der Christdemokrat *Pierre Pflimlin* im Juli 1984 mit den Stimmen der französischen Rechtsextremisten zum Präsidenten des Europa-Parlaments wählen und erklärten RPR und UDF nach den korsischen Regionalwahlen im August desselben Jahres ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem »Front National«. Die »aggressive Abgrenzung« *Chiracs* von *LePen* und dem FN muß demnach als Demagogie gelten. Eine Äußerung des RPR-Chefs (vom Januar 1984) zeigt, wie er seinen Wählern in einer gegebenen Situation den Rückgriff auf den französischen Neofaschismus zu erklären gedenkt:

»Wenn die Gefahr des Faschismus in Frankreich besteht, so besteht sie wegen der kommunistischen Partei. (...) Ich ziehe bei weitem vor, was natürlich nicht in Frage kommt, mich mit Leuten der äußersten Rechten zu verständigen oder zu verbünden, die zumindest national sind, als mit Kommunisten, die für die Freiheit der Menschen, für ihre Würde eine wirkliche Gefahr und einen wirklichen Faschismus darstellen.«

Ein weiterer Index für den bereits erreichten hohen Grad an Zusammenarbeit innerhalb der gesamten Rechten: Anlässlich der Kommunalwahlen 1983 erschien in Paris ein »Guide de l'opposition«, in dem neben RPR, UDF (und ihren Einzelgruppierungen) u.a. auch der »Parti des Forces Nouvelles«, die ebenfalls rechtsradikale »Restauration Nationale« sowie *LePens* »Front National« in einer gemeinsamen Linie aufgeführt wurden.

Die Perspektiven des März 1986

Nicht nur die Linksparteien mußten bei der Europawahl vom 17. Juni 1984 ihre Niederlage eingestehen. Aber RPR und UDF können trotz ihrer mageren 43 Prozent selbst bei An-

halten der Integrationsschwierigkeiten auf ihrer Seite im entscheidenden Augenblick auf die Schützenhilfe der »Nationalen Front« rechnen. *J.-M. LePen* ist mit Bündnisangeboten außerordentlich offensiv, und der Gaullismus war noch nie sonderlich wählerisch. Als Mehrheitsbeschaffer verdient der Rechtsradikalismus in Frankreich also neben seiner Funktion bei der Veränderung des innenpolitischen und ideologischen Klimas besondere Beachtung und könnte mit dieser seiner Reservefunktion bei Anhalten oder gar einer Verschärfung der ökonomischen Krise selbst die derzeitigen Sichtungsunternehmungen des erfahrenen Taktikers Mitterrand nach einer »neuen Mitte« durchkreuzen.

Die »außerparlamentarischen« Mittel des Gesamtspektrums der extremen Rechten Frankreichs, ihr antisemitischer, antikommunistischer und gegen die Ausländer orientierter Terror muß hier nicht erneut aufgeführt werden. Im Verbund mit ihrer außerordentlich starken Bastion in den französischen Sicherheitsorganen, allen voran der Geheimdienst und die Polizei, und gestützt auf die ideologische »Basisarbeit« der »Nouvelle Droite« kann dem französischen Rechtsextremismus durchaus eine weiter wachsende Bedeutung zukommen.

Die »Neue Rechte«

Eine andere Strategie als *LePen* und der FN verfolgt die »Nouvelle Droite« — unter Verzicht auf Parteipolitik im engeren Sinne ringt sie um Einfluß als »ideologische Strömung«. 1968 wurde ihr Kristallisationspunkt gegründet, das »Groupement de Recherches et d'Etudes pour la Civilisation Européenne« (GRECE), die »Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation/Gesellschaft«. Auch *Alain de Benoist*, der führende Kopf des GRECE, beruft sich auf die »Action Française«, und er agitiert unter Rückgriff auf rechtskonservative deutschsprachige Theoretiker wie *Moeller van den Bruck*, *Oswald Spengler* oder *Carl Schmitt*, aber auch auf *Nietzsche* und *Darwin*. *Alain de Benoist* propagiert eine biologische Heilslehre eines »Europa der Eliten«, eines Europa vom Atlantik bis zum Ural«, einer »Rassenselektion durch gesunde Genetik«, und er spricht vom »Elend der jüdisch-christlichen Heilslehre«, die den »Marxismus als laizistische Gottesidee« geschaffen habe.

Das GRECE kann durchaus einige handfeste Erfolge vorweisen: Einige seiner Kader sind beispielsweise in die Redaktion der ideologisch rechtsradikalen Wochenendausgabe des als seriös-konservativ geltenden »Figaro«, des »Figaro-Magazine« (Auflage 350000!), aufgenommen worden; die etwa 10000 Mitglieder des »Groupement« wenden sich mit Arbeitsgruppenangeboten vornehmlich an Reserveoffiziere, Lehrer, Universitätsangehörige. Dazu dienen auch die Zeitschriften »Nations-Armées« und »Nouvelle Education«. Weitere theoretische Organe des Zirkels sind »Eléments« und »Etudes et Recherches«; »Editiones Copernic« heißt der eigene Verlag.

Die »Neue Rechte« hat über den honorigen (und finanzstarken) »Club de l'Horlage«, den »Uhren-Club«, gute Beziehung zu UDF und RPR sowie zum französischen Kapital. *Yvan Blot*, Chef des »Clubs« und »Directeur du cabinet« bei Jacques Chirac, umreißt seine weltanschaulichen Grundpositionen so: »Das Völkische und die Dressur sind die beiden Grundlagen einer höheren Menschheit.«

Nicht nur die rechten Boulevardblätter oder der »Figaro« stellen der »Nouvelle Droite« ihre Spalten zur Verfügung: Auch im staatlichen Fernsehen oder im linksliberalen »Monde« ist *Alain de Benoist* ein gefragter Mann. »Le Monde« veröffentlichte am Tage der Europawahl ein eineinhalbseitiges Interview mit *Alain de Benoist*.

Vielfältig sind die internationalen Verflechtungen beider Arme des französischen Rechtsextremismus, vor allem in Westeuropa. Auf verschiedene Entwicklungen im parteipolitischen Spektrum habe ich bereits oben hingewiesen; die informellen Beziehungen des FN beispielsweise zur fünfköpfigen Europaparlaments-Fraktion des italienischen MSE werden nach dem Einzug von zehn französischen FN-Abgeordneten auf reguläre organisatorische Beine gestellt. Die »Neue Rechte« ist besonders auf Beziehungen zum deutschen Nachbarn hin orientiert. Sie beruft sich vornehmlich auf deutschsprachige Theoretiker, und sie wird in der BRD auch gebührend gewürdigt. Die rechtsorientierte Zeitschrift »Criticón« machte sich frühzeitig zum Sprachrohr der »Nouvelle Droite«, das »Thule-Seminar« geht bis zur wörtlichen Übernahme seiner Nomenklatur und organisiert auf verschiedensten Wegen die Verbreitung der französischen Elaborate. Politische Kreise aus der neofaschistischen NPD schließlich nahmen den für sich selbst so lange erträumten Wahlerfolg des FN zum Anlaß, eine »Strategiediskussion« zu initiieren. Das rechtsextreme Periodikum »Nation Europa« unter Peter Dehoust soll das Forum sein. In klarer Einsicht um die besondere Funktion des GRECE fordert »Nation Europa« in Anlehnung an die Neue Rechte Frankreichs auch für die BRD den Aufbau eines ideologieträchtigen »Netzwerkes«.

Ansätze zur Gegenwehr

Yves Montand, von der antikommunistischen Offensive heute als »Intellektueller ehemals linker Provenienz« gefeiert, bezeichnete *Jean-Marie LePen* als »Folklore«, die antikommunistische (sich selbst als »Linksorgan« bezeichnende) »Libération« charakterisierte ihn als »freundlichen Rassisten«. PS und PCF überließen das Feld der Gegenoffensive allzu lange den »Gauchisten«. Der Marsch junger Einwanderer quer durch Frankreich — nur ein kleines Beispiel — im Herbst 1983 zeigte die Anlaufprobleme der traditionellen Kräfte der Arbeiterbewegung bei der Aufnahme des aktuellen antifaschistischen Kampfes. Erst nach einigem Zögern hatten sich PS und PCF, CFDT und CGT dieser Aktion angenommen. In Paris wurde der Marsch schließlich von über 100 000 Demonstranten begeistert empfangen — ein deutliches Zeichen für die Mobilisierbarkeit des demokratischen Frankreich gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus.

Besonders die Haltung des PCF irritiert die politischen Beobachter: Die Kommunistische Partei ist die einzige politische Kraft in Frankreich, die im Kampf gegen Faschismus, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus eine »weiße Weste« vorzuweisen hat. Wer jedoch vom 25. PCF-Kongreß im Februar 1985 Orientierungen auf eine linke Offensive gegen »Neue« und alte Rechte erwartet hatte, sah sich enttäuscht; die langen Diskussionen über den elektoralen Niedergang der Partei absorbierten das Gros der Kräfte. Anstatt — nicht ohne Analogien zu den Situationen 1934 und 1944/45 — eine gemeinsame Strategie gegen die Rechte zu entwickeln, werfen sich PS und PCF im Gegenteil wechselseitig eine Verharmlosung der Ausländerfeindlichkeit und der Rechtsgefahr insgesamt vor. Sind sozialistische Argumentationsschemata häufig von Totalitarismus-Vorwürfen geprägt, so verhindert ein oft pauschalisierendes Anprangern der Wirtschaftspolitik Mitterrands als Verursacher des Aufstiegs *LePens* das Zustandekommen eines *Linksbündnisses gegen Rechts*.

Nicht zuletzt durch die unverändert guten Ergebnisse des »Front National« bei den laufenden Meinungsumfragen angeregt, hat die Sozialistische Partei zu Beginn des Jahres einen Vorstoß unternommen. *Jean Poperen*, stellvertretender Vorsitzender des PS, kündig-

te am 11. Februar im französischen Fernsehen eine Offensive an: »In den kommenden Wochen werden wir unsere politische Kampagne gegen Jean-Marie LePen und gegen die 'nationale Front' richten, denn man kann gar nicht früh genug reagieren.«

Eine Trivialität indes ist folgendes: Nur durch eine Beseitigung der grundlegenden Probleme des heutigen Frankreich, z.B. der Massenarbeitslosigkeit — vor allem der Jugendarbeitslosigkeit — sowie durch eine aktive Politik der internationalen Entspannung durch wirkliche Entkolonisierung, durch Rüstungskontrolle und Abrüstung kann die Linke in Frankreich den Rechtsextremismus mit großer Effizienz zurückdrängen sowie die ideologische und elektorale Hegemonie in Frankreich zurückgewinnen. François Mitterrand jedoch — so scheint es — versucht, die Weichen anders zu stellen.

Literaturverzeichnis

A. de Benoist: Die entscheidenden Jahre. Tübingen 1982.

ders.: Aus rechter Sicht. Tübingen 1983

M. Christadler: Die »Nouvelle Droite« in Frankreich. In: Fetscher, I. (Hrsg.): Neokonservative und »Neue Rechte«, München 1983.

P. Moreau: Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland. In: Fetscher, I., ebd.

R. Opitz: Faschismus und Neofaschismus. Frankfurt 1984.

Max Steinacker/Andreas Westphal

Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich

Projet Socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft

Das vorliegende Buch liefert die erste umfassende Analyse der Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten im deutschsprachigen Raum.

Die Linke erhoffte sich vom Wahlsieg Mitterrands im Mai 1981 die Einleitung eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels. Mit dem im ersten Jahr betriebenen Keynesianismus verschärfte sich der außenwirtschaftliche Druck. Seitdem wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zum obersten Gebot der Regierung, dem man eine wirksame Beschäftigungspolitik und eine an nationalen Zielen orientierte Industriepolitik opferte. Somit bestehen von der grundsätzlichen Logik her kaum noch Differenzen zwischen der französischen und der bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Strategie.

Max Steinacker und Andreas Westphal versuchen die Fragen zu beantworten, wie es zu einer derartig grundlegenden Umorientierung kommen konnte, welche Handlungsalternativen vorhanden gewesen sind und wieso diese nicht genutzt wurden. Die Analyse erstreckte sich dabei auf die Bereich der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik sowie der Industriepolitik.

Wissenschaftlicher Autorenverlag Berlin/W., 546 Seiten

Olaf Scholz

Immer wieder Stamokap ...

Zu den jüngsten Auseinandersetzungen um den SHB

Ein konkreter Anlaß für die in den letzten Monaten in verschiedenen sozialdemokratischen und Juso-Publikationen erschienenen Artikel und Stellungnahmen zum Sozialistischen Hochschulbund (SHB)¹ ist aus diesen Texten nicht zu entnehmen, es sei denn, man wollte das 25jährige Jubiläum des Hochschulbundes als ausreichenden Anstoß begreifen. Aufschlußreicher für dieses überraschende Interesse sind hingegen die in unterschiedlicher Anordnung erhobenen Vorwürfe gegenüber dem SHB. Da heißt es: Der SHB vertrete eine in der DDR entwickelte Variante der »Stamokap-Theorie«, er sei eine DKP-nahe Organisation, er betreibe Wahlkampf für die Friedensliste bzw. betrachte diese Organisation zumindest mit Wohlwollen, und er verfolge eine »Unterwanderungsstrategie«.

Gerade das offensichtliche Fehlen eines konkreten Anlasses für eine derartige Häufung von Stellungnahmen läßt eine ausführliche Bewertung dieses Vorgangs sinnvoll erscheinen. Dabei wird sich die gesamte Kontroverse nicht auf eine einzige Erklärung reduzieren lassen, zu komplex sind die Hintergründe.

Zur Entwicklung der Auseinandersetzungen

Schon seit langem fühlt sich der Vorsitzende der niederrheinischen Jusos bemüßigt, durch eine Entlarvung des SHB seine eigene Profilierung voranzutreiben. Bereits zum letzten Bundeskongreß legte sein Bezirk zusammen mit Mitgliedern des Arbeitskreises Hochschulpolitik der Juso-Hochschulgruppen eine Broschüre zum SHB vor, die diesen mehr oder weniger außerhalb des sozialdemokratischen Spektrums stellte. Anläßlich einer Einladung zur 25. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung faßte er in einem offenen Brief die Vorwürfe noch einmal zusammen.²

Schon bald darauf erschien in der März-Ausgabe des »Sozialdemokrat-Magazins« ein nicht gezeichneter Artikel, der den SHB mit den oben genannten Vorwürfen kritisierte.³ In der gleichen Ausgabe empfahl Peter Glotz, sich »die Kameraden« im Einzelfall genauer anzuschauen.

Fast zeitgleich wurde bekannt, daß der Sekretär der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) »auf Bitten des Juso-Bundessekretariats« in einem Schreiben die Mitglieder des ASJ-Bundesausschusses vor der Teilnahme am SHB-Kongreß warnte. In einem Interview für den »Vorwärts« ließ schließlich der Juso-Vorsitzende Skierke den gegenüber dem SHB erhobenen Vorwurf, eine DKP nahe Organisation zu sein, unwidersprochen und warnte gar selbst vor einer »Unterwanderung«.⁴

Die Wirkung dieser zahlreichen Äußerungen war allerdings bisher nur gering. Bei vielen Mandats- und Funktionsträgern wurde Unverständnis für den Sinn und Zweck der Aktivitäten deutlich, auch wenn dort keineswegs Einverständnis mit den Positionen des SHB vorherrscht. Bei den Jungsozialisten wurde vor allem Empörung laut; aus vielen Untergliederungen kamen kritische Stellungnahmen. Der nicht unbedingt stamokapverdächtige bayerische Juso-Landesvorsitzende Michael Wendl und das Juso-Bundesvorstandsmitglied Nüßlein stellten in einem gemeinsamen Brief an Peter Glotz die Frage, wieviel Angst die SPD vor dem SHB habe. In einem nach ausführlicher Diskussion einstimmig gefaßten Beschluß wies der Juso-Bundesvorstand trotz »in Form und Inhalt unterschiedlicher Auffassungen über Politik und Programmatik des SHB« die Vorwürfe zurück und erklärte,

daß er »die Position, die im Schreiben an die ASJ und im 'Sozialdemokrat-Magazin' zum SHB zu lesen waren«, nicht teile.

Die offensichtlich nur geringe Wirkung der Anwürfe gegenüber dem SHB scheint das Bedürfnis zu wecken, noch einmal »nachzubessern«. Der ehemalig Juso-Sekretär und -Vorsitzende Rudolf Hartung, jetzt beim Parteivorstand für »Vorfeldarbeit« angestellt, schrieb, in dem mißlungenen Versuch die sprachliche Eleganz des Genossen Wendl nachzuahmen, einen Brief an die SPD-Mitglieder im SHB-Bundesausschuß unter der bezeichnenden Überschrift: »Vier offene Fragen eines sozialdemokratischen Linken an den SHB oder warum es möglich ist, daß der selbsternannte Schwanz mit dem Hund wackelt.«

Zur Zielrichtung der SHB-Debatte

Die Grundstruktur der Vorwürfe gegenüber dem SHB ist weder neu noch besonders spannend. Bereits 1973 erschien ein Aufsatz des damaligen stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Johano Strasser mit dem Titel »Zur Theorie und Praxis der Stamokap-Gruppe bei den Jungsozialisten«. ⁵ Schon damals handelte es sich um den Versuch, marxistisches Gedankengut im Rahmen der Sozialdemokratie zu diffamieren, wenn auch seinerzeit auf die sich im Hannoveraner Kreis sammelnden Jusos und nicht alleine auf einen Studentenverband bezogen. Auch bei späteren Anlässen, etwa dem Parteiausschluß des Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter, ist die Struktur der Argumentation kaum verändert worden. — Ausgangspunkt ist zumeist der Vorwurf, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sei ein Import aus der DDR. Dies wird dann mit Hilfe von allerlei Zitaten und Paralleltäten zu beweisen versucht. Diese Mühe ist jedoch lediglich von einer gewissen polemischen und suggestiven Bedeutung, für den Gegenstand selbst besitzt sie keinerlei Erkenntniswert. Die Reduzierung der Quellen auf die Veröffentlichungen aus der DDR ist zudem falsch, da sie den wichtigen Einfluß des französischen Marxisten Paul Boccara auf die damalige Theoriebildung unterschlägt. Darüber hinaus übersehen Strasser und all' seine Epigonen geflissentlich, daß grundlegende Gedanken der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bereits in den Arbeiten des Sozialdemokraten Rudolf Hilferding, insbesondere in seiner Schrift »Das Finanzkapital«, enthalten sind.

Mit den »Herforder Thesen« haben die marxistischen Sozialdemokraten ein Programm vorgelegt, in dem unmißverständlich Aussagen zur Notwendigkeit und Bedeutung eines demokratischen Wegs zum Sozialismus, zur Rolle individueller und kollektiver Freiheitsrechte und der politischen Pluralität auch in einer sozialistischen Gesellschaft enthalten sind. ⁶ Diese Aussagen haben es seitdem wesentlich erschwert, weiterhin mit unbewiesenen Behauptungen marxistische Positionen in der Sozialdemokratie zu diffamieren. Zwar hat sich der SHB die Aussagen der »Herforder Thesen« nicht uneingeschränkt zu eigen machen wollen ⁷, dennoch sind die jetzt erhobenen Vorwürfe haltlos. Unverkennbar geben die Schulungsbroschüren des SHB Anlaß zu Kritik, aber gerade deshalb werden sie heute nach eigener Aussage des Verbandes nicht mehr vertrieben.

Die erhobenen Vorwürfe hinsichtlich der Herkunft der Stamokap-Theorie und die damit in Verbindung gebrachten Unterstellungen bezüglich der Auffassungen zur politischen Demokratie verbauen auch eine Debatte, die vom Hannoveraner Kreis mit dem SHB über bestimmte Positionen geführt wird. Dies gilt für einige Aussagen der »Herforder Thesen« wie für jene Beweggründe, die 1975 zum Austritt von Gruppen aus dem Verband und zur Mitarbeit in den Juso-Hochschulgruppen geführt hatten. Verbaut wird auch die Debatte über die stärkere praktische Mitarbeit der SHB-Mitglieder bei den Jusos und in der SPD. Gerade in diesem Punkt zeigt sich, wie der Versuch der politischen Diskriminierung des

SHB kontraproduktive Wirkungen entfaltet. Zeigen die Diskussionen über die Notwendigkeit einer stärkeren praktischen Mitarbeit in der SPD heute ein erkennbar positives Ergebnis, so scheint es für Hartung u.a. nur möglich zu sein, darauf mit dem Vorwurf der »Unterwanderung« zu reagieren. Dies ist zwar abwegig, aber leider auch nicht neu. Schon Strasser paarte seine Vorwürfe gegen die bei den Jusos auftretenden marxistischen Sozialdemokraten mit dem Vorwurf der »Unterwanderung«. Zu einer solch eigenartigen Bewertung kann aber nur derjenige gelangen, der die Legitimität marxistischer Positionen in der Sozialdemokratie an sich in Frage stellt.

Zu den gängigen Vorwürfen in der gegenwärtigen Kampagne gehört auch, daß der SHB die Friedensliste unterstütze. Die Friedensliste ist sicherlich weit weniger als sie vorgibt und einige ihrer prominenten Mitstreiter selbst glauben mögen, ein unabhängiges Personenbündnis, als vielmehr eine von der DKP politisch beeinflusste Organisation. Die Selbstdarstellung als »Partei der Friedensbewegung« ist ein problematischer Vorgang für alle, die an parteiunabhängigen Bewegungen interessiert sein müssen. Der SHB hat nie zur Wahl der Friedensliste aufgerufen. Er hat die Friedensliste auch nicht positiv gewürdigt, wie etwa Rudolf Hartung behauptet. Aus der von ihm zitierten Äußerung, daß deren Wahlergebnis ein »bemerkenswerter Erfolg« sei, läßt sich allerdings seine Schlußfolgerung wohl kaum begründen. Etwas ähnliches könnte ohne weiteres auch in den Wahlauswertungen eines Peter Glotz zu lesen sein.

An den SHB wird schließlich der Vorwurf gerichtet, er rufe nicht zur Wahl der SPD auf. Der Verband selbst weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er ausdrücklich beschlossen habe, daß »Wahlaufrufe für andere Parteien als die SPD ... für den SHB nicht in Frage kommen«.⁸ Im übrigen erscheint die Frage zu polemischen Zwecken mißbraucht zu werden. Alle Juso-Funktionäre auf Bundesebene wissen, daß, quer durch jede politische Strömung bei den Jusos, zahlreiche Untergliederungen keine Wahlaufrufe beschließen mochten. Dies war wohl eine fast zwangsläufige Begleiterscheinung der für kritische junge Menschen wenig begeisterten Politik der Schmidt-Regierung. Die Neuorientierung der Partei seit dem Regierungswechsel, insbesondere die Entscheidung der SPD gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen, werden hier zu einer wesentlichen Entkrampfung beitragen. So hat der SHB z.B. zur Wahl der SPD im Saarland aufgerufen.

Die Fraktionsauseinandersetzungen

bei den Jungsozialisten als Hintergrund der Kampagne

Es ist unverkennbar, daß die Aktionen von Peter Glotz und sein Artikel im »Sozialdemokrat-Magazin« auf entsprechendes Antichabrieren eines Teils der sogenannten »undogmatischen« Jusos zurückzuführen sind. Treffender als Wendt und Nüßlein dies taten, läßt sich der Hintergrund des Vorgangs wohl nicht formulieren:

»Der eigentliche Hintergrund ist noch peinlicher. Eine der Juso-Fraktionen — die »undogmatische« Linke — ist durch zunehmende inhaltliche Entleerung ihrer Politik, das gleiche muß von ihren Hochschulgruppen gesagt werden —, in ernsthafte Wachstumsprobleme getrieben worden. Das heißt, der innersozialistische Klassengegner, also die Stamokapgruppe, droht, sich Terrain, sprich Bezirke und damit Posten, von den Undogmatischen anzueignen. Es ist schon ärgerlich genug, daß sich die Jusos damit wechselweise politisch lahmlegen. Der zweite Akt in diesem Spielchen lautet in der Vergangenheit wie heute: Einige undogmatische Jusos laufen in ihrer Not zur großen Mutterpartei und erzählen die Greuelmär von den bösen Kommunisten und ihren Sympathisanten in den eigenen Reihen. Und die große Mutterpartei tut dem deshalb auch Barackenusos genannten Nachwuchs den Gefallen und zieht eine Debatte über die erneut notwendige Abgrenzung zur DKP hoch. Die bürgerlichen Medien freuen sich,

daß sich die SPD bei dem beliebten Thema 'Sozialdemokratie und Kommunismus' ohne Grund selbst anschuldigt und Peter Glotz kann vielleicht noch einmal über seine 'Arbeitsnotizen' schreiben 'Warum die SPD gestern Abend im ZDF vorkam'. Aber diesmal bei Löwenthal. — Daß Peter Glotz 1. so unpolitisch ist und den Barackenjusos die Arbeit abnimmt, und 2. so irrational reagiert, daß er deswegen der Partei zusätzlich Probleme macht, haben wir nicht erwartet. In schwierigen Zeiten muß sich ein Bundesgeschäftsführer um Wichtigeres kümmern.«⁹

Die Angriffe gegen den SHB richten sich gegen die gesamte marxistische Linke bei den Jusos und sind unverkennbar eine Art Nebenkriegsschauplatz für verbandsinterne Auseinandersetzungen. Drei Ziele werden damit verfolgt:

1. Die Jusos werden von realer Politik, die gegen die Auswirkung der kapitalistischen Krise in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht gerichtet ist, abgebracht. Die Politik des auf dem letzten Bundeskongreß gewählten Bundesvorstandes ließe sich anschließend leicht als unproduktiv und wirkungslos kritisieren.

2. Es wird der Versuch einer Spaltung der Kräfte unternommen, die sich nicht den reformsozialistischen/»undogmatischen« Jusos zurechnen. Darauf deutet auch der Versuch hin, zwischen einer ordentlichen Stamokap- und einer gefährlichen SHB-Variante zu unterscheiden. Ein ganz neues Modell der Aufspaltung versucht Edgar Einemann: In einem Referat für die Juso-Konferenz Hessen-Nord beschreibt er instruktiv die Möglichkeiten gemeinsamer Positionsbildung bei den Jusos, um dann zwei Gruppen davon auszuschließen, die »neoreformistischen« bayrischen Jusos um Michael Wendl und den SHB.¹⁰ Angesichts der Tatsache, daß sich sowohl die Bayern als auch der SHB als Marxisten verstehen, darf Einemanns Referat zu Recht als eine Meisterleistung ideologischer Herrschaftstechnik verstanden werden.

3. Es geht darum, die zwar rhetorisch immer wieder geforderte praktische Hinwendung der SHB-Mitglieder zur Mitarbeit in der SPD praktisch eben nicht wirksam werden zu lassen. Das Ziel ist eine Entmutigung von SHB-Genossinnen und -Genossen, die in den Juso-Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten wollen.

Für die Jungsozialisten wird es demgegenüber darauf ankommen, daß alle politischen Strömungen bei ihnen lernen, eine auf längere Sicht stabile Situation zu akzeptieren, die dadurch gekennzeichnet ist, daß keine Strömung für sich alleine eine handlungsfähige Mehrheit bilden kann. Daraus entsteht die Verpflichtung, gemeinsam eine konstruktive Politik zu entwickeln. Solange die reformsozialistischen/»undogmatischen« Jusos aber nicht hinnehmen wollen, daß sie als politische Strömung, die längst nicht mehr eine Mehrheit, sondern allenfalls ein Drittel der Organisation zu repräsentieren vermag, nicht allein über die Politik des Vorstandes und des Sekretariats der Jusos befinden können, wird es immer wieder zu solchen Friktionen, wie der gegenwärtigen Kampagne gegen den SHB kommen.

Anmerkungen

- 1 Als wichtigste Stellungnahmen seien hier genannt: Sozialdemokrat-Magazin, März 1985, S.24f.
- 2 Vgl. Offener Brief der Jungsozialisten Niederrhein an den SHB-Bundesvorstand vom 13. 2. 1985.
- 3 Vgl. Sozialdemokrat-Magazin, a. a. O.
- 4 Ulf Skirke in: Vorwärts.
- 5 Juso-Informationsdienst 1/73, aber auch in: Der Thesenstreit um »Stamokap«. Reinbek 1973, S.101-126.
- 6 Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, spw-Sonderheft 2, Berlin/W. 1980.
- 7 Vgl. Diskussionsbeitrag des SHB zu den Herforder Thesen, Beschluß der 22. o. BDV, gekürzt abgedruckt in spw 14/1982, S.91-98.
- 8 Beschluß der 12. ordentl. Bundesdelegiertenversammlung des SHB.
- 9 Werner Nüßlein/Michael Wendl: Offener Brief an den SPD-Bundesgeschäftsführer.
- 10 Vgl. Edgar Einemann, Programmdiskussion bei den Jungsozialisten — eine politische Überlebensfrage, S.20.

Diskussionsschwerpunkt

Uwe Kremer

Zur Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte

Die letzte Ausgabe dieser Zeitschrift suchte in einem Bericht über die Parteilinken-Tagung in Oer-Erkenschwick vom Februar 1985 einen inhaltlichen Umbruchprozeß auf dem linken Flügel der SPD anhand zentraler Diskussionsfelder (wie »Erwerbsarbeit/Eigenarbeit«, »Ökonomie/Ökologie«, »Außenwirtschaft/3. Welt« und »Vergesellschaftung/Investitionslenkung«) zu skizzieren.¹ Es hätte den Rahmen eines Berichts gesprengt, wenn ich in diesem Zusammenhang auf die Rolle der linkssozialistisch-marxistischen Stömungen eingegangen wäre; der Hinweis mußte genügen, »daß die marxistischen Strömungen in Wirklichkeit noch eine höchst marginale Rolle spielen und sie dies auch der eigenen Distanz gegenüber Diskussions- und Formierungsprozessen der real existierenden Sozialdemokratie zuzuschreiben haben, denen gegenüber sich die in marxistischen Kreisen so beliebten Eifersüchteleien zunehmend lächerlich ausnehmen.«² Diese Bemerkung zielte gerade auch auf die Jungsozialisten, die sich gegenwärtig auf ihren wirtschaftspolitischen Bundeskongreß vorbereiten — in der vagen Hoffnung, sich aus ihrer gegenwärtigen Randposition in der Partei befreien zu können. Ich will dies nun zum Anlaß für einige grundsätzliche Bemerkungen nehmen, die sich auf die Frage beziehen: *Wie kann die traditionelle, mehr oder weniger marxistisch insprierte Linke in der SPD wieder stärkeren Einfluß auf die gegenwärtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte gewinnen?* Auf welche schon entwickelten Ansatzpunkte kann sie zurückgreifen und wo sind Veränderungen in ihrer politischen Vorgehensweise notwendig? Dabei gehe ich von der These aus, daß es bei einer solchen Überprüfung weniger um programmatische Grundsatzpositionen geht, sondern vor allem um die *Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion*.

Das Problem: Innerhalb und außerhalb der SPD werden Marxisten gemeinhin noch immer als doktrinaire Anhänger weitreichender Vergesellschaftungs-, Planungs- und Investitionslenkungsmaßnahmen angesehen, die auf Krisen und Probleme der Gesellschaft wie auch der individuellen Lebensweise immer mit dem Griff in die gleiche *Instrumentenkiste* reagieren, ohne *inhaltliche Ziele* und *realistische Schritte* angeben zu können, die an Bedürfnissen und Wertorientierungen der Menschen ansetzen bzw. diese aufgreifen und verarbeiten. Im Grunde genommen richtet sich dieser Vorwurf an die gesamte traditionelle Linke.

Daß diese Einschätzung auch heute noch eine relativ starke Rolle spielt, hat sich erneut auf jener Tagung in Oer-Erkenschwick gezeigt, wo insbesondere Genossen wie *Erhard Eppler* und *Klaus Traube* sich mit entsprechenden Äußerungen profilierten. So warf *Eppler* in seinem Referat³ einem Positionspapier von *Detlev Albers*, *Jürgen Heinrich* und *Klaus-Peter Wolf*⁴ vor, daß sie »kleinlaut einräumen, es lasse sich heute erst in Umrissen formulieren, wie die ökologische Dimension unserer Wirtschaft aussehen könne, gleichzeitig aber schon genau wissen, daß wir die Schlüsselindustrien vergesellschaften und demokratische Investitionsplanung einführen müssen«. Der Standpunkt der *Eppler'schen* Kritik ist ein instrumentalistisch verkürzter Vergesellschaftungsbegriff, der den *Zielcharakter* (gesellschaftliche und individuelle Kontroll-, Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten) übersieht. Die geforderte »strenge Kleiderordnung zwischen Zielen und Instrumenten« geht also am eigentlichen Problem vorbei.

Aber auch wenn es sich um gängige und in gewisser Weise antimarxistische Vorurteile handelt, so ist doch auch die Frage zu stellen, inwieweit die traditionelle bzw. marxistische Linke selber noch einmal dazu beigetragen hat, derartige Vorurteile zu bestärken. Da die Fronten innerhalb der Parteilinken — trotz der skizzierten Kontroverse — heute weniger festgefahren zu sein scheinen als noch vor einigen Jahren, sollte dies um so mehr eine kritische Überprüfung der eigenen Vorgehensweise veranlassen. Ich will in diesem Zusammenhang vorab betonen, daß es mir *nicht* etwa um einen *Bruch* mit bisherigen Positionen geht; eine *Rückbesinnung* auf bestimmte Elemente eines marxistischen Politikverständnisses könnte uns weiterhelfen.

1. These

Das Ausmaß der Vergesellschaftungs- und Investitionslenkungsdebatte in der ersten Hälfte der 70er Jahre und die Schwerpunktsetzung der Linken in diesem Bereich beruhte auf einer spezifischen historischen Konstellation, nämlich: vorhandenen Ansätzen sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Reformpolitik, einer relativ großen Akzeptanz der allgemeinen Zielvorstellungen dieser Politik (»mehr Chancengleichheit, Lebensqualität, Mitbestimmung, Demokratie«) in der Bevölkerung und einer gewissen Bereitschaft, dafür aktiv zu werden. Dem stand die Tatsache gegenüber, daß diese Ansätze mit »marktkonformen« Methoden nicht in eine gesellschaftsverändernde Politik umgesetzt werden konnten.

Bezugspunkt der damaligen Überlegungen zur Vergesellschaftungs- und Investitionslenkungsfrage bei Jusos und Parteilinken war vor allem die Kontroverse um ein sozialdemokratisches Langzeitprogramm bzw. den sogenannten Orientierungsrahmen '85, der ausgehend von der sozialdemokratischen Reformpolitik Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die weitergehenden Perspektiven für »mehr Lebensqualität« und »mehr Demokratie« formulieren sollte. Man muß sich darüber im klaren sein, daß im Prinzip die gesamte Debatte wie auch die verschiedenen auf der Linken vertretenen Varianten auf Voraussetzungen aufbauten, die schon einige Jahre später immer weniger gegeben waren und heute noch weniger gegeben sind: nämlich reale sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Reformansätze, mit denen Zukunftshoffnungen großer Bevölkerungsteile (sogar bis in die Anhängerschaft der Unionsparteien hinein) verbunden waren. Angesichts dieser Ausgangslage und der offenkundig begrenzten Durchsetzungsmöglichkeiten für die reformpolitischen Orientierungen und Hoffnungen konzentrierte sich die Debatte mit einem gewissen historischen Recht auf die Frage, mit welchen Instrumentarien diese Begrenzungen überwunden werden könnten. Es war in diesem Zusammenhang eine der Hauptaufgaben marxistischer Kräfte, diesen Klärungsprozeß — insbesondere über das Verhältnis von Reform und Staat im Kapitalismus — voranzutreiben und sich illusionären Einschätzungen in dieser Frage zu widersetzen.

Das Jahr 1975 wurde zum Umschlagspunkt in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte. Seit 1973 trat die Erosion sozialdemokratischer Reformpolitik bei wachsenden ökonomischen Krisenprozessen immer deutlicher zutage. Dies führte zunächst noch zu einer Verstärkung der Grundsatzdebatte um »Reform und Staat«, die auf dem Wiesbadener Juso-Bundeskongreß und mit der Verabschiedung des Orientierungsrahmens auf dem Mannheimer SPD-Parteitag (beide 1975) ihren Höhepunkt fanden, um dann mehr oder weniger ergebnislos zu versanden. Die soziale Reformbewegung erreichte ebenfalls 1975 — insbesondere mit der Dortmunder DGB-Demonstration für die paritätische Mitbestimmung und die Reform der beruflichen Bildung — ihren Höhepunkt, die Streikbewegungen und Bürgerinitiativen hatten 1976 schon eher defensiven Charakter.

Nicht zuletzt am Wahlergebnis von 1976 ließ sich ablesen, daß die vormalig breite Akzeptanz der reformpolitischen Zielorientierungen in der Bevölkerung nachließ.

Die Situation wurde damit vollkommen *paradox*: Als sich die objektive *ökonomische* Notwendigkeit für weitreichende vergesellschaftende und investitionslenkende Eingriffe immer deutlicher erwies, zerfielen die *gesellschaftspolitischen* Ansatzpunkte der bisherigen Grundsatzdebatten.

2. These

Das »Scheitern des Reformismus« hatte in der zweiten Hälfte der 70er und Anfang der 80er Jahre zwei sich gegensätzlich entwickelnde Konsequenzen: Während auf der einen Seite die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte bei den Jungsozialisten von marxistischer Seite aus bis hin zur Erstellung umfangreicher Gesamtwürfe des Weges zum Sozialismus vorangetrieben wurde, verschlechterten sich zunehmend die gesellschaftspolitischen (und als Resultat daraus auch die innerparteilichen) Bedingungen für linke Politik überhaupt. Diese Gegensätzlichkeit hat zur Isolierung der marxistischen und zur Lähmung der gesamten Parteilinken in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte entscheidend beigetragen.

Die Situation von 1975/76 schuf insbesondere für die marxistische Linke bei den Jungsozialisten einen paradoxen Dauerzustand: Es gelang ihr, marxistische Einsichten und Auffassungen über den Zusammenhang von Ökonomie und Politik, über den Charakter des bürgerlichen Staates und systembedingte Umschlagspunkte einer gesellschaftlichen Transformation in Richtung Sozialismus (Stichwort: »Mindestschwelle der Vergesellschaftung«) breiter zu verankern. Dazu haben insbesondere umfassende Positionsbestimmungen wie die Herforder und Göttinger Thesen sowie das Lahnsteiner wirtschaftspolitische Programm der Jusos beigetragen.⁵ Allerdings lag dieser schwerpunktmäßig 1978 bis 1981 geführten Debatte eine spezifische Annahme zugrunde, die in ihrer *Zwiespältigkeit* aus heutiger Sicht zu problematisieren ist: Es bestand die Neigung, die Überzeugungskraft sozialistisch-marxistischer Konzeptionen dadurch zu erhöhen, daß man sich mit der Konstruktion einer anderen, letztlich sozialistischen Wirtschaftsordnung beschäftigte. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die damalige Dynamik der programmatischen Arbeit, wenn man sich den großen Stellenwert des ungarischen Plan-Markt-Modells für die Erstellung des Lahnsteiner Juso-Wirtschaftsprogramms vor Augen hält und die ausführliche Darstellung der Vergesellschaftungsschritte (inklusive der zu vergesellschaftenden Unternehmen) in diesem Programm nachliest.

Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, daß das Lahnsteiner Programm und seine Grundsatzteile zwar für die Bildungsarbeit der Jusos einen gewissen Stellenwert hatten, ihre Bedeutung für die konkreten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Partei jedoch recht bescheiden ausfiel. Unsere Programmdiskussion ging vor allem an einem Problem vorbei: *Reformpolitische Ziel- und Wertorientierungen in der Bevölkerung und auch in der Partei waren seit Mitte der 70er Jahre einem zunehmenden ideologischen Erosionsprozeß ausgesetzt*. Auf dem Terrain der ideologischen Auseinandersetzungen breitete sich die konservative und »alternative« Kritik des Sozialstaates aus. Die Parteilinke versackte in dieser Zeit immer mehr in völliger Perspektivlosigkeit — hin- und hergerissen zwischen regierungskonformer Anpassung und grün-alternativem Kokettieren. — Der Versuch, die Vergesellschaftungs- und Planungsmodelle mit einer »neuen ökonomischen Logik« auszufüllen, blieb aber abstrakt und reichte als diskussions- und handlungsanleitende Antwort überhaupt nicht aus.⁶

3. These

Die nur begrenzte Wirksamkeit der konzeptionellen Impulse, die von der sozialistisch-marxistischen Linken ausgingen, hatten ihren Grund auch in der Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion: Anstatt Ansatzpunkte einer realistischen Alternativpolitik in den Mittelpunkt zu rücken und sie mit der Erarbeitung inhaltlicher Zielvorstellungen zur künftigen Entwicklung der Arbeits- und Lebensweise der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklasse zu verbinden, wurden solche Ansatzpunkte im Rahmen umfassender Globalkonzeptionen an den Rand gedrängt.

Man muß nun hinzufügen (um die Paradoxie komplett zu machen), daß seit Mitte der 70er Jahre eine Gruppe linker Professoren in Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsfunktionären versuchte, realistische Alternativen zur herrschenden Wirtschaftskonzeption und -politik⁷ zu entwickeln. Gerade die Gruppierung um die Zeitschrift *spw* hat sich darum bemüht, diese Ansätze auch in der Sozialdemokratie zu verbreiten und in ihre eigene Programmatik einzuarbeiten. Es gab in der sozialistisch-marxistischen Linken aber auch die durchaus verbreitete Auffassung, daß man zwar konkrete Alternativen noch innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse entwickeln müsse, sie allerdings nur wirksam werden könnten, wenn die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich verändert wird und entsprechende Übergangsmodelle konzipiert werden.⁸ Unter dem Strich kam dann in der Regel nicht viel mehr heraus als der altbekannte Dualismus von kurzfristigen Forderungen auf der einen und langfristigen Vergesellschaftungs- und Planungsmodellen auf der anderen Seite, wobei die programmatisch leitenden Modelle die aktuell handlungsorientierenden Ansätze relativierten und in gewisser Weise auch diskreditierten:

- einmal dadurch, daß der Eindruck aufkommen konnte, die aktuell geforderten Maßnahmen seien im Grunde genommen unrealistisch,
- dann dadurch, daß die inhaltliche, auf den *Zusammenhang* von Produktions- und Lebensweise bezogene Zielorientierung für das praktische Handeln durch derartige Langfristmodelle nicht geleistet wurde.

Nun behaupte ich nicht, daß ein anderes Herangehen an die Programmarbeit eine grundlegende Veränderung in der Stellung der sozialistisch-marxistischen Linken innerhalb und außerhalb der Partei bewirkt hätte. Ich behaupte auch nicht, daß wir uns nur mit dem Verfassen von Vergesellschaftungs- und Planungsmodellen herumgeschlagen hätten. Dennoch: Am Ende der Diskussionsphase von 1978 bis 1981 wäre ein frühzeitiges Umschwenken in der *Methode* notwendig gewesen, um sich in der programmatischen Arbeit stärker auf die konkreten Bedingungen der ökonomischen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zu beziehen:

- durch konsequentere Aufnahme und Verbreitung der z.B. mit der 35-Stunden-Woche-Forderung, regionalen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen und den »Memorandums«-Positionen verbundenen Ansätze interessenbezogener Auseinandersetzungen;
- durch eine stärkere Verbindung von Programm- und Strategiediskussion, die sich auf die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und die politische Bestimmung von Etappen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu beziehen hätte;
- durch eine stärkere Auseinandersetzung mit konservativen und grün-alternativen Rollen, Zukunftsvorstellungen und Utopien sowie die Entwicklung eigener Vorstellungen auf diesem zentralen Feld der ideologischen Auseinandersetzungen.

In allen drei Punkten erscheint es mir gerechtfertigt, zunächst einmal von einer *Rückbesinnung* auf Grundelemente eines marxistischen Politikverständnisses zu sprechen.

4. These

Der geforderte Methodenwechsel in der programmatischen Arbeit begründet sich aber weniger in einer Rückschau auf vergangene Diskussionen, als vielmehr aus der strategischen Bestimmung der gegenwärtigen Etappe gesellschaftlicher Auseinandersetzungen: Es geht heute um das Offenhalten und die schrittweise Öffnung politischer Gestaltungsräume, eine Verständigung der fortschrittlichen Kräfte über konkrete vordringliche Maßnahmen einer Antikrisenpolitik und eine Verständigung über einen Rahmen von Zielvorstellungen und Zukunftschancen für das Arbeiten und Leben der Masse der Bevölkerung. Vorrangiger Bezugspunkt ist die Orientierung auf das gemeinsame Handeln der demokratischen und Arbeiterbewegung gegen rechts.

Also: ein breiterer Konsens über konkrete Reformschritte und handlungsleitende Ziel- und Zukunftsvorstellungen (die notwendigerweise weniger konkret ausfallen), auf den die sozialistisch-marxistische Linke Anfang der 70er Jahre noch »aufsatteln« konnte, muß erst einmal wieder entwickelt werden. Wir sind allerdings auf allen — d.h. ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen — Gebieten mit Problemen konfrontiert, die zu folgenden vorrangigen Fragestellungen führen:

1. Inwieweit gelingt es, den sozialen Aufspaltungs- und Abdrängungsprozessen entgegenzuwirken, die die soziale Basis der Arbeiterbewegung unterminieren und die soziale Grundlage schaffen für eine Fortführung der konservativen Politik à la USA oder sogar eine Radikalisierung nach rechts?
2. Inwieweit gelingt es, den konservativen Utopien und Ideologien Paroli zu bieten und ihnen die Perspektive eines besseren und anderen Arbeitens und Lebens entgegenzusetzen?
3. Inwieweit gelingt es, ökonomisch-ökologische Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die zu einer vorübergehenden Stabilisierung der Ausgangssituation gesellschaftsverändernder Politik beitragen können?
4. Und: Inwieweit gelingt es, aktions- und bündnispolitisch die fortschrittlichen Kräfte, die heute schon auf den verschiedensten Feldern und Ebenen kämpfen (und sich häufig auch verkämpfen!) in den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit dem Rechtsblock zu sammeln?

Es handelt sich hierbei m.E. um *die* vordringlichen Fragen, über deren Beantwortung sich überhaupt erst ein Zugang zur Lösung globaler Krisenprozesse und zur »Systemfrage« ergibt und die daher in den Mittelpunkt gerückt werden sollten.

Während zur dritten Fragestellung mit den erwähnten »Memorandums«-Positionen schon gute inhaltliche Grundlagen entwickelt worden sind, besteht zu den beiden ersten Fragestellungen m.E. noch erheblicher Nachholbedarf für die sozialistisch-marxistische Linke. In der Debatte um die Umstrukturierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers (und im Kern: der Klassenstruktur) ist sie kaum präsent. Das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit, »formellem« und »informellem« Sektor, gesicherten und »prekären« Arbeitsformen, von Arbeits- und Freizeit steht ebenso zur Diskussion wie die Umstrukturierung der Erwerbsarbeit selbst. Neue Technologien, Flexibilisierung und Qualifikationsveränderung sind Stichworte, bei denen wir mit der *Aufdeckung* von Kapitalstrategien sehr schnell bei der Hand sind. Die damit verbundenen sozialen Verwerfungen politisch anzugehen, dazu fehlt häufig noch das Verständnis. Dabei bauen die konservativen Appelle an das Konkurrenz- und Leistungsdenken auf der einen, familiäre Fürsorge und Subsidiarität auf der anderen Seite gerade auf diesen Verwerfungen auf. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen diesen sozialen und ideologischen Prozessen, deren Opfer

zunächst einmal die Arbeiterklasse selbst ist. — Gelingt es nicht, in diese Problemstellungen einzusteigen, so fehlt das Fleisch am wirtschaftspolitischen Knochen. Und es fehlt an einer inhaltlichen Perspektive für eine gesellschaftliche Öffnung nach links, die von Dauer sein soll. Ich glaube im übrigen auch nicht, daß die demokratische und Arbeiterbewegung ohne das Angehen dieser Problemstellungen die Kraft finden wird, aus den gegenwärtigen *Abwehrkämpfen* heraus eine gemeinsame und tragfähige *gesellschaftspolitische Alternative* zu entwickeln.

5. These

Um die Kluft zwischen kurz- und langfristigen wirtschaftspolitischen Optionen zu überwinden und einen neuen Zugang zur Frage der ökonomischen und politischen Macht, der Demokratisierung und Vergesellschaftung zu finden, um also die Paradoxien der Vergangenheit zu überwinden, ist es notwendig, aktuelle politische Forderungen mit der konkreten Utopie eines »Anders arbeiten — anders leben« zu verbinden und aus diesem Zusammenhang heraus die Notwendigkeit von Vergesellschaftung und Planung, des Übergangs zu einer neuen Produktionsweise zu entwickeln.

Es gibt heute wichtige Ansatzpunkte für eine solche Perspektive. In der politischen Debatte der Linken hat *Peter von Oertzens'* Vorschlag für einen »polit-ökonomischen Minimalkonsens« im letzten Jahr Aufsehen erregt — der Vorschlag, daß sich die Linke weniger um Analysen und langfristige Zukunftsmodelle zerstreiten, sondern auf ein noch in absehbarer Zeit anzugehendes und durchaus realistisches Konzept der Krisenbekämpfung und Kriseneindämmung einigen solle.⁹ Der Vorschlag als solcher ist nicht originell, weil er im Prinzip dem Ansatz entspricht, der schon seit Jahren von der »Memorandum«-Gruppe vertreten wird. Aber es ergibt sich damit die Chance, diesen Ansatz insbesondere innerhalb der Partei und der Parteilinken zu verbreitern. Daran anknüpfend haben die *Sozialistischen Studiengruppen* die Auffassung entwickelt, daß es darauf ankäme, einen solchen Konsens nicht nur auf spezifische Forderungen, sondern auch für »Wertorientierungen« zu beziehen, mit denen sich die Perspektive eines »Anders arbeiten — anders leben« entwickeln lasse.¹⁰ Hier ergeben sich Verbindungslinien zur jüngst von *Frank Deppe* vertretenen Position, daß die Arbeiterbewegung immer einen *konkret-utopischen Überschuß* benötige, um zu einer geschichtsmächtigen und nach vorne drängenden Kraft zu werden, und daß dieser Überschuß aus den realen materiellen und ideellen Veränderungsprozessen in der Gesellschaft und ihren inneren Kämpfen heraus gerade in der heutigen Situation neu entwickelt werden müsse und könne.¹¹

Allerdings gibt es in der Debatte zwei grundsätzliche Probleme: 1. Weder der »polit-ökonomische Minimalkonsens« noch die Perspektive »anders arbeiten — anders leben« dürfen zu einer Banalität zurückgestutzt werden: zu einem Brei aus Einzelforderungen und Wertefloskeln, dem jeder strategische Zusammenhang und jede sozialistische Veränderungsperspektive abgeht. Sicher kann das Akzeptieren eines solchen Zusammenhangs und einer solchen Perspektive nicht zur allgemeinen Konsensgrundlage erklärt werden. Aber auf die Formulierung der eigenen Sichtweise zu verzichten in der Hoffnung, daß der Diskussionsprozeß die daran Beteiligten schon automatisch auf tiefere Einsichten stoßen werde, wäre falsch. In diesem Zusammenhang gilt es klar zu machen, daß eine Revision der Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmarbeit notwendig ist, aber *keine Revision der in früheren Jahren entwickelten Grundsatzpositionen* (zur Vergesellschaftungs-, Eigentums-, Staatsfrage usw.). Jene Sprunghaftigkeit, die mit jedem

Methodenwechsel auch gleich die Ergebnisse vergangener mühseliger Diskussionsprozesse über Bord wirft, ist spätestens auf mittlere Sicht völlig kontraproduktiv.¹²

2. Der Bezug zu den realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Bewegungen ist entscheidend. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist als Bestandteil eines »polit-ökonomischen Minimalkonsenses« allgemein akzeptiert. Doch hat die gesellschaftspolitische Isolierung der im vergangenen Jahr kämpfenden Gewerkschaften ihre Begründung weniger in der ökonomisch-finanztechnischen Machbarkeit und Plausibilität, um die auch ich mich mit immer neuen Rechenkunststückchen bemüht habe, sondern vor allem darin, daß die gesellschafts-politische Bedeutung dieser Forderung für das Arbeiten und Leben der Masse der Bevölkerung nicht ausreichend verankert war: Hier stellt sich also konkret die Verbindung zur Entwicklung einer lebenswerten Zukunftsperspektive. Es zeigt sich in der Auseinandersetzung dann aber auch, daß das Verfolgen bestimmter »Wertorientierungen« letztlich einen klaren Interessenstandpunkt gegenüber dem Kapital voraussetzt. Entwickelt sich ein solcher *Zusammenhang von Interessen, Forderungen und Zukunftsorientierungen* in den Auseinandersetzungen, dann eröffnet sich auch der Zugang zur Frage der gesellschaftlichen Machtstrukturen und der Notwendigkeit ihrer grundlegenden Veränderung. Ich halte es daher für unsere Aufgabe, nicht in irgendwelchen Juso-, Parteilinken- oder ähnlichen Zirkeln mehr oder weniger doktrinäre Gefechte über die »Mindestschwelle der Vergesellschaftung« zu führen, sondern die Debatte über eine konkret ansetzende Antikrisenpolitik und die Zukunftsperspektive eines »Anders arbeiten — anders leben« für die sozialen Auseinandersetzungen zu nutzen. In diesem Zusammenhang wird für die Jungsozialisten und die Linke überhaupt die zukünftige Entwicklung der demokratischen und Arbeiter-Jugendbewegung zur Nagelprobe werden.¹³

6. These

In der Programmdiskussion der Partei bzw. Parteilinken besteht die gegenwärtige Aufgabe der marxistisch orientierten Strömungen nicht darin, die Rolle der »Fundamentalisten« zu spielen. Anhand der zentralen Schwerpunkte für eine Antikrisenpolitik und reformpolitische Zielbestimmung müssen wir an der Selbstfindung der Parteilinken konstruktiv mitwirken. Ein »sozialistisches Projekt« muß aus diesem Diskussions- und Verständigungsprozeß und der Entwicklung der sozialen Bewegungen heraus formuliert werden.

Ich will zum Schluß auf die Diskussion der Parteilinken zurückkommen und feststellen, daß die Marxisten selber dazu neigen, sich auf Vergesellschaftungs- und Wirtschaftslenkungsproblematik zu reduzieren. Meines Erachtens gibt es folgende Schwerpunktbereiche, in denen eine linke Konsensbildung erforderlich ist und die daher im Zentrum der gemeinsamen Diskussion stehen sollten:

- Die *Umstrukturierung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers* und die Entwicklung der Ansprüche an Arbeit und Freizeit bzw. Erwerbs- und Eigenarbeit. Hiermit eng verbunden:
- Die *Entwicklung der neuen Technologien* und ihre Nutzbarkeit für die Befriedigung von Bedürfnissen, die persönlichen Entfaltungs- und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten.
- Die *Ökologisierung der Produktionsweise* und ihr Zusammenhang zur Veränderung der persönlichen Lebensweise, zur Entwicklung gesellschaftlicher und individueller Rationalität.
- Die *Beziehungen von industriellem und Dienstleistungssektor* und die Entwicklung des gesellschaftlichen und persönlichen Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen. Darin enthalten:

- Die *Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen* und des Sozialstaats und ihr Verhältnis zu kommerziellen und nicht-kommerziellen privaten Dienstleistungen.
- Das *Verhältnis von binnenwirtschaftlicher Orientierung und internationaler Solidarität*, seine Bedeutung für die nationale und internationale Entwicklung von Lebensqualität.

Wesentlicher Ausgangspunkt dieser Diskussionen muß bleiben: die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Wesentlicher Zielpunkt muß sein: die Entwicklung gesellschaftlicher Steuerung in der Ökonomie. Anhand der Schwerpunkte muß meines Erachtens die Aktualität einer antikapitalistischen und insbesondere antimonopolistischen Politik nachgewiesen werden. Ich bin davon überzeugt, daß dies auch möglich sein wird.

Anmerkungen

- 1 Uwe Kremer, »Anders arbeiten — anders leben«? Die Parteilinke im Umbruch, in: *spw* 26, S.80ff.
- 2 Ebd., S.85.
- 3 Detlev Albers/Jürgen Heinrich/Klaus-Peter Wolf, Sozialistische Anforderungen an das neue Grundsatzprogramm der SPD, in: *spw* 26, S.99ff.
- 5 Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe: Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin/West 1980; Göttinger Thesen II: Die kapitalistische Krise und ihre sozialistische Überwindung, Göttingen 1980; Jungsozialisten Bundesverband: Die Bundesrepublik in den 80er Jahren — Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten, Bonn 1981.
- 6 Hierin lagen auch die Grenzen des Ansatzes, ausgehend von der Hypothese einer »neuen ökonomischen Logik« ein Gesamtkonzept »selektiver Wachstumspolitik« zu entwickeln. Vgl. Hannoveraner Leitsätze, in: Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr, Westberlin 1983. Gegenüber dem Lahnsteiner Programm stellten die »Leitsätze« einen Fortschritt dar. Problematisch war der Versuch, aus dem sozialistischen Modell einer »neuen ökonomischen Logik« heraus gegenwärtige Politik konzipieren zu wollen.
- 7 Seit 1975 erscheinen die »Memoranden« in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* (Kurzfassung). Die Langfassung des neuen Memorandums erscheint im Juni 1985 im Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln.
- 8 Diese Sichtweise war insbesondere in den Göttinger Thesen (s.o.) und — außerhalb der SPD — bei den Sozialistischen Studiengruppen (SOST: Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hamburg 1980) anzutreffen.
- 9 Peter von Oetzen, in: *Sozialismus* 5/1984.
- 10 SOST: Lebenswelt und Wertorientierung, in *Sozialismus* 1/85; dies.: Anders arbeiten — anders leben, in *Sozialismus* 2/85.
- 11 Frank Deppe: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung, Köln 1984.
- 12 Erhebliche Unklarheiten bestehen etwa in der Diskussionsstruktur der SOST, die das Entstehen dieser Unklarheiten üblicherweise auf die Blöðheit ihrer Kritiker zurückzuführen pflegen. In *diesem* Punkt hat jedenfalls bei den SOST kein Methodenwechsel stattgefunden.
- 13 Vgl. dazu: Uwe Kremer/Claudia Walther/Matthias Zipser, Thesen zur jugendpolitischen Strategie der Jungsozialisten, 1985 (hekt.).

Michael Wendl

Sozialdemokratische Programmideen

Zwischenbilanz der wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD

Ohne Zweifel ist die SPD durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise, Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit und die neokonservative Politik der Revitalisierung der Marktkräfte mittels Demontage des Sozialstaats unter Diskussions- und programmatischen Erneuerungsdruck geraten. Der Druck der Verhältnisse selbst befördert Denkprozesse. Insofern ist es unpolitisch, bei Positionsänderungen prominenter SPD-Rechter in erster Linie das originär Rechte an den entsprechenden Vorschlägen zu entdecken versuchen. Politisch sinnvoll kann es für die Linke nur sein, an diesen Positionsänderungen anzuknüpfen und bestehende Mängel und Illusionen konstruktiv aufzuzeigen. Die weiterreichenden Vorschläge und Alternativen der Linken müssen entwickelt werden. Hier liegt bisher wenig vor!

Mit Hilfe einer rein dienstleistungsorientierten Beschäftigungsstrategie durch die Krise

Die Diskussion in der Programmkommission — wie in der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission ist durch ein Papier des Berliner Politologen Fritz W. Scharpf fulminant eröffnet worden. Scharpf geht von zwei Prämissen aus (1): Nur eine flexible Anpassung an die Veränderung der Weltmarktbedingungen, wobei das internationale Zinsniveau die dem Kapital zu offerierende Mindestrendite bestimmt, ist unter den Bedingungen der internationalen Verflechtung der Waren- und Geldströme politisch realisierbar, wenn nicht erhebliche »Wohlfahrtsverluste« in Kauf genommen werden sollen.¹

(2) Das Funktionieren dieser Anpassungsstrategie unterstellt, daß alle Reformen nur auf der Basis der Umverteilung innerhalb der arbeitenden Klassen finanziert werden können. »Es geht immer um Lohnverzicht der beschäftigten Arbeitnehmer oder um staatliche Maßnahmen, die durch Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen oder auf den Konsum finanziert werden müssen«.

Davon ausgehend kann Abbau von Arbeitslosigkeit nur durch den Ausbau des Dienstleistungssektors — der privaten wie der öffentlichen Dienste — erfolgen. Scharpf plädiert in der Abwägung zwischen dem »amerikanischen« Weg des »Beschäftigungswunders« der schlecht bezahlten und ungesicherten Arbeitsverhältnisse² und dem »schwedischen« Weg des Ausbaus der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst letztlich für Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich im öffentlichen Sektor. Voraussetzung für die Umsetzung dieser Beschäftigungsstrategie ist die Hinnahme der damit verbundenen Lohneinbußen durch die Gewerkschaften. Eine Keynesianische Politik der Nachfragestabilisierung durch öffentliche Beschäftigungsprogramme und Anhebung der niedrigen Einkommen ist wegen der internationalen Einbindung nicht realisierbar. Das politische Ziel der SPD muß daher heißen: Wir müssen Solidarität zwischen dem Beschäftigten und den Noch-nicht, Nicht- und Nicht-mehr Arbeitenden herstellen. Scharpf nennt dies »Sozialismus in einer Klasse«.

Im Kern läuft die von Scharpf vertretene Strategie jedoch darauf hinaus, daß sich die Spaltungen und Segmentierungen innerhalb der Beschäftigten und zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen eher vertiefen und verfestigen und die SPD in dem mühseligen Versuch, das untere Drittel der »Zwei-Drittel-Gesellschaft«³ zusammenzuhalten, zerrieben wird.

Die Tabuisierung gesellschaftlicher Eingriffe in den Reproduktionsprozeß des Kapitals und die Nichtthematisierung der Verschärfung der Einkommensungleichheiten in der Wirtschaftskrise und durch die neokonservative Umverteilungspolitik kennzeichnen ein mit sozialdemokratischer Rhetorik geschmücktes konservatives Modell der wirtschaftspolitischen Defensive.

Hans-Jürgen Krupp, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) konzentriert diese Strategie auf einen durch Einkommensverzicht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ermöglichten Ausbau der öffentlichen wie der privaten Dienstleistungen, die zum Teil zu eng an das hohe Einkommensniveau des öffentlichen Dienstes gebunden seien und durch Lohnreduzierung dann ebenfalls billiger und damit für potentielle Nachfrager attraktiver würden. Die neoklassische Denkweise dieser Überlegungen ist klar: Akademikerarbeitslosigkeit drückt aus, daß der Preis der akademisch qualifizierten Arbeitskraft zu hoch ist und daher nicht nachgefragt wird. Preissenkungen ergeben bei gegebener zahlungsfähiger Nachfrage Beschäftigungsausweitungen. Mögliche gesellschaftliche Eingriffe in die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften, also in die Angebotsbedingungen von Produktion und Dienstleistungen bzw. in die Primärverteilung von Lohn und Profit, bzw. in die Teilung von Zins- und Unternehmergewinn kommen in dieser oberflächlichen, nur auf ein Markt-Modell bezogenen Sichtweise überhaupt nicht vor. Krupp unterscheidet sich von neokonservativen Ökonomen insofern, als daß er immer in den Kategorien des Gesamtkreislaufes einer Volkswirtschaft denkt und Kürzungen der zahlungsfähigen Nachfrage mittels Lohnminderung durch Beschäftigungsausweitung, die proportional kaufkraftfördernd wirkt, kompensieren will. Auch argumentiert er verteilungspolitisch im Unterschied zu den Propageuren der »Mindestlohnarbeitlosigkeit« für eine Stützung der niedrigen Einkommen.

Ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft« — die Vorschläge von Roth, Rappe und Steinkühler

Die bisher von Wolfgang Roth vorgelegten Papiere unterscheiden sich von dieser rein dienstleistungsorientierten Beschäftigungsstrategie in wesentlichen Punkten, da Roth für eine Ausweitung der Elemente gesellschaftlicher Steuerung und für Eingriffe in den privaten Investitionsprozeß plädiert. Die Leitlinien von Roth (Hermann Rappe und Franz Steinkühler vertreten in einem Papier der Programmkommission eine vergleichbare, etwas schlüssiger formulierte, aber auch abstraktere Position)⁴ zentrieren sich um folgende Maßnahmen:

- Ein Beschäftigungsprogramm im Bereich Umweltschutz mit der Zielsetzung einer Reparatur der Altschäden und der Eingrenzung neuer Umweltbelastungen,
- eine Umorientierung der Haushaltspolitik auf Sicherung der Masseneinkommen und Erweiterung der öffentlichen Investitionen,
- allgemeine Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der Steigerung der Arbeitsproduktivität,
- Ausbau von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, insbesondere durch kommunale und regionale Beschäftigungsprogramme mit genossenschaftlichem Charakter,
- stärkere steuerliche Belastung der Renditen aus Geldvermögen (»Erfassung der leistungslosen Erträge«) durch eine Quellensteuer bei gleichzeitiger Förderung der Investitionen in Realkapital, insbesondere durch Arbeitnehmerbeteiligungen (Tariffonds), die gesellschaftlich sinnvolle Investitionen tätigen sollen,

- Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz (Reform des Betriebsverfassungsgesetzes), auf Unternehmensebene (paritätische Mitbestimmung nach dem Montanmodell) und Schaffung überbetrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten,
- Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und Währungspolitik auf europäischer Ebene in der Perspektive der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes und Schaffung eines integrierten europäischen Währungssystems, um Europa zu einem wirksamen ökonomischen und politischen Gegenpol zur US-Finanz- und Außenhandelspolitik machen zu können.

Das Konzept von Roth und Rappe/Steinkühler wird grundlegend mißverstanden, wenn es wegen bejahender Aussagen zu Markt und Wettbewerb als bloß sozialverträglich abgefädelte Variante eines Konzepts der Vitalisierung der Marktdynamik à la Biedenkopf oder Späth eingeordnet wird.

Faktisch wird eine Ausweitung und bessere Koordination der gesellschaftlichen Konjunkturinstrumente und eine Ausweitung des öffentlichen Einflusses auf die marktgesteuerten Wirtschaftsbereiche gefordert. Im Gegensatz zur neokonservativen Strategie der Ausweitung privater Dienstleistungen durch Lohndrückerei und Verbreitung rechtlich und tariflich ungesicherter Arbeitsverhältnisse steht der geforderte Ausbau öffentlicher und sozialer Dienste, auch wenn dabei auf genossenschaftlichen oder gemeinwirtschaftliche Eigentumsformen zurückgegriffen wird.

Zu einigen Defiziten und offenen Fragen des Vorschlags von Roth und Rappe/Steinkühler

Die Mängel dieses erneuerten, durch Ausweitung betrieblicher und öffentlichen Lenkungselemente und Aufnahme der ökologischen Dimension auch weitgehend radikalisierten, sozialdemokratischen Ansatzes liegen auf verschiedenen Ebenen:

Es gibt keine konsistente Analyse der Ursachen von Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit, allenfalls wird ein Bündel disparater Krisenfaktoren präsentiert:

Genannt werden: Die Erhöhung der Rohstoff-, insbesondere der Erdölpreise, die zunehmende Konkurrenz der Schwellenländer bei standardisierten Massenproduktionen, die Sättigung bestimmter Konsumgütermärkte und die Synchronität der Rezessionserscheinungen in der Weltwirtschaft. Ohne auf diese auch im einzelnen weitgehend falsche Argumentation einzugehen⁵ liegt der zentrale Fehler dieser »Krisenerklärung« darin, daß die Krise des nationalen Gesamtproduktionsprozesses, d.h. seine Selbstblockade durch Überakkumulation systematisch ausgeblendet und aus ihren Resultaten — gestiegene Weltmarktkonkurrenz — zu erklären versucht wird. Die Krise des nationalen marktwirtschaftlichen Systems wird dadurch immer als gesteigener Druck von »außen« aufgefaßt. Hier liegt auch der eigentliche Grund dafür, daß die Tiefe und die Dynamik der Krise permanent unterschätzt werden. Nun ist das keine originelle Kritik an Roth u.a., da sie auf die banale Zuspitzung hinausläuft, daß Roth, Rappe und Steinkühler über keine marxistische Krisenerklärung verfügen bzw. diese für falsch halten. In der Auseinandersetzung mit der fehlenden bzw. unzureichenden Krisen»theorie« dieses Konzeptes geht es m.E. auch nicht um eine weitere Portion allgemeiner Kapitalismuskritik, sondern vielmehr um das genaue Aufzeigen der tatsächlichen Krisenauswirkungen:

Der Abbau der Beschäftigung ist auch in den Jahren des konjunkturellen Aufschwungs 1983/84 fortgeschritten. Zu den 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen kommen noch zur Zeit ca. 1,5 Millionen aus der »stillen Reserve«. Jedes Minus an Beschäftigung und Ein-

kommen aus abhängiger Arbeit vergrößert die Misere der Rentenfinanzen und läßt die Formen »neuer« und alter Armut anschwellen. Wenn es gelingt, diesen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Einkommensenkung, Sinken der zahlungsfähigen Nachfrage, Investitionsrückgang bei gleichzeitiger Zunahme der Rationalisierungsinvestitionen, also die Grundstruktur der *rezessiven Spirale*, aufzuzeigen und deutlich zu machen, daß dieser Abwärtsprozeß durch gesellschaftlich gesteuerten Eingriff abgebremst und gestoppt werden muß, gewinnt die Linke mehr innerparteilichen Einfluß als durch abstraktes Rasonieren über den destruktiven Charakter des Kapitalismus.

Mit dieser Schwäche in der Krisen»theorie« hängt zusammen, daß die gesellschaftlichen Lenkungsinstrumente immer noch dem *Primat des Marktes* und damit der steuernden Rolle der *Verwertung* der Anlage von Kapital untergeordnet und die Marktbereiche bloß reagierend eingegrenzt werden. Die direkten Eingriffsmöglichkeiten in den privaten Gesamtproduktionsprozeß (Investitionslenkung durch Auflagen und Gebote) sind lediglich vage und abstrakt angedeutet.

Insofern verbleibt dieses Konzept noch im Rahmen einer *modifizierten Globalsteuerung*. Vorläufig bleibt die Finanzierung der vorgesehenen Beschäftigungsprogramme und der Absicherung der Sozialeinkommen — also Mindestsicherung in der Renten- und der Arbeitslosenversicherung unbestimmt. Der fixe Verweis auf eine Wertschöpfungssteuer bzw. -abgabe kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß über die Verteilungswirkungen der geltenden Steuer- und Abgabensysteme⁶ weitgehende Unklarheit vorherrscht. Insofern unterschlägt die Formel von der anzustrebenden »sozialen Symmetrie« des Transfersystems vor dem Hintergrund einer stattgefundenen längerfristigen Verschiebung der Steuerbelastung zu Lasten der Einkommen aus abhängiger Arbeit⁷, daß eine solche Symmetrie gewaltige Umverteilungsprozesse zu Lasten der Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen erfordert. Beziehen wir das Maßnahmenbündel von Roth u.a. auf die tatsächliche Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit und der Einkommensdisparitäten sowohl bei den Primäreinkommen wie in der staatlich vermittelten Umverteilung, so sind die Forderungen faktisch radikaler, als sie in der Formulierung wirken. Die im Kern unangemessene Denunziation dieser Position eines »ökologischen Umbaus (in) der Industriegesellschaft« als »Märchenbuch«⁸ hat eine Hauch von Berechtigung insofern, als von Roth u.a. die Widerstände von Seiten nicht nur des Kapitals, sondern auch der Bezieher von Vermögenseinkommen unterschätzt werden, die sich über die geplante steuerliche Diskriminierung wirkungsloser Einkommen sicher nicht freuen werden. Die Absicherung der faktisch radikalen Eingriffe in die Geld- und Kapitalbewegungen, wie sie mit der Belastung leistungsloser Erträge und der Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten intendiert sind, durch weiterreichende strukturverändernde Maßnahmen unterbleibt daher bzw. wird überhaupt nicht als Problem fixiert.

Doch hinter den griffigen Formulierungen und Formelkompromissen stecken die harten *ungeklärten Probleme*:

- Wie wirkt eine veränderte Unternehmensbesteuerung auf die Anlage von Geld- und Sachkapital? Welche Maßnahmen können gegen eine Ausweitung des Kapitalabflusses (1984 erfolgte bereits ein Nettokapitalabfluß von 29,5 Mrd. DM) in Nationen, die Geldkapitalanlage begünstigen, eingeleitet werden?
- Wie wirkt eine Wertschöpfungssteuer bzw. -abgabe, wenn sie nicht bloß aufkommensneutral, sondern einnahmenssteigernd ausgelegt wird? Diese Steigerung ist bei einer Reform des Steuer- und Abgabensystems notwendig, da der Finanzierungsbedarf der Gebietskörperschaften (insbesondere der Kommunen) und der Sozialversicherung stei-

- gen wird. Eine komplette Überwälzung auf die Preise würde bedeuten, daß wertschöpfungsbezogene Abgaben wie indirekte Steuern, also eher zu Lasten der Bezieher niedriger Einkommern wirken.
- Wie hängen die einzelnen Forderungen miteinander zusammen? Eine ausreichend dimensionierte Arbeitszeitverkürzung verringert die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit, erhöht jedoch die einzelbetrieblichen Arbeitskosten. Sollen die privaten Investitionen stärker über ein verändertes Steuersystem und/oder durch Ausweitung der Mitbestimmung beeinflußt werden? Wenn dies über beide Formen geschehen soll — was zunächst sinnvoll erscheint —, müssen diese verschiedenen politischen Ebenen miteinander verzahnt werden.
 - Wie sieht die Ausweitung der Mitbestimmung im einzelnen aus? Wird daran gedacht, die faktischen Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuweiten und im einzelnen zu Vetorechten zu erweitern oder wird nur ein Ausbau der Informations-, Beratungs- und Mitwirkungsrechte angestrebt? Zugespitzt: Handelt es sich bei den Grundlagen der Investitionsentscheidungen um einen »Mangel an Beratungskapazität« (Roth) oder ist an eine tatsächliche »antagonistische Kooperation« (Glotz), also an die Bewegungsform gegensätzlicher Interessen gedacht?

Die Auflistung läßt sich fortsetzen, allein um Fragen der Umsetzung einer an ökologischen Kriterien orientierten Investitionspolitik — wie weit wollen wir z.B. mit Auflagen und Geboten gehen, wenn es zu Investitionsverweigerungen kommt? Aber hier sollen nur Beispiele herangezogen werden.

Das neue sozialdemokratische Reformprojekt ist viel zu technokratisch und »fachökonomisch« formuliert. Auf der Ebene der *Wertorientierungen*, also der politisch-kulturellen Zielsetzungen einer sinnvollen Gestaltung von Arbeit und Alltag gibt es kein Gegenkonzept zur neokonservativen Hegemonie der Leistungs- und Ellbogengesellschaft.

Diese Entwürfe von Roth und Rappe/Steinkühler sind nicht nur blaß, sondern auch zu vorsichtig und mutlos⁹. Die mangelnde Fähigkeit, die historische Situation vor der nächsten Rezession der Weltwirtschaft — das Wachstum der US-Konjunktur fällt bereits deutlich zurück — in der Perspektive einer fundamentalen Krise der Gesamtgesellschaft zu definieren, führt dazu, daß die Notwendigkeit der politischen, intellektuellen und moralischen Meinungsführerschaft von SPD und Gewerkschaften noch nicht als Herausforderung begriffen wurde. Nachdem sich die Einzelgewerkschaften des DGB nach dem Arbeitskampf im Frühsommer 1984 zu sehr auf ihren eigenen, z.T. bloß korporativen Wege durch die Krise eingelassen haben, ist ein gemeinsames Konzept von Rappe (IG Chemie, Papier, Keramik) und Steinkühler (IG Metall) trotz der gegenwärtig wohl unvermeidlichen Formelkompromisse ein *positiver Anfang*. Aber es kann auch sein, daß viele Sozialdemokraten — vielleicht auch Wolfgang Roth — meinen, mit einer moderaten Arbeitszeitverkürzung und einem Beschäftigungsprogramm mit einigen Hunderttausend zusätzlichen Arbeitsplätzen bis in die 90er Jahre kommen zu können, in denen dann die demografische Entwicklung den Rettungsanker spielt. Dies ist eine trügerische und politisch desorientierende Hoffnung.

Aber es ist ebenso eine trügerische Hoffnung, zu meinen, mit dem fixen Verweis auf die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und des Kreditsektors eine qualitativ bessere Lösung präsentieren zu können. Die Konzentration der innerlinken Debatte auf den Stellenwert der Vergesellschaftung veweist eher auf einen Mangel an konkreter Fachkompetenz, der durch bloße sozialistische Prinzipientreue nur reproduziert wird.

Anmerkungen

- 1 Für die wirtschaftspolitische Kommission habe ich eine Kritik an das Scharpf-Thesen geschrieben, sie wird veröffentlicht in »Sozialist« 3/1985
- 2 Zur genaueren Darstellung der demografischen und ökonomischen Hintergründe dieser Entwicklung siehe: Jürgen Espenhorst, Kein »Beschäftigungswunder« in den Vereinigten Staaten, in: *Die Mitbestimmung* Nr. 1/85.
- 3 Dieser viel verwendete Begriff ist zweifach unzureichend. Erstens geht der Kreis der von den negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise Betroffenen bereits über ein Drittel der Bevölkerung hinaus, zum zweiten ist der Übergang von ungesicherten zu gesicherten Arbeits- und Lebensverhältnissen breit und fließend, die Konkurrenz und der Druck der industriellen Reservearmee verlängert sich in vorläufig gesichert scheinenden Lebensweisen hinein.
- 4 Ein Beispiel für schlechte Abstraktion — ein bloßer Gemeinplatz: »Die Umwelt ist kein 'freies Gut', das kostenlos und in beliebiger Menge verfügbar wäre. Die Erhaltung und Schonung der Umwelt ist andererseits auch kein oberstes Ziel, hinter den alle wirtschaftlichen und sozialen Überlegungen »per se« zurückzutreten haben.«
- 5 Siehe dazu: Juso-Landesvorstand Bayern (Hrsg.), 10 Jahre Massenarbeitslosigkeit und keine Antwort, sozialistische Kritik an sozialdemokratischer Ratlosigkeit, München 1984, S. 3ff.
- 6 Siehe dazu den Bericht der Transfer-Enquete-Kommission (Stuttgart 1981) und die kritische Kommentierung: SOST, Brauchen wir den Sozialstaat? in: *Die Zukunft des Sozialstaats*, Band 1, Stuttgart 1984.
- 7 Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist von (1970) 22,8 auf 33,4% (1985) gestiegen, im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Gewinnsteuern (veranlagte Einkommenssteuer und Körperschaftsteuer) von 16 auf 13,4% gesunken. Wirtschaftspolitische Informationen des DGB Nr. 1/1985 S. 4.
- 8 Ulf Skirke laut Süddeutscher Zeitung vom 10.4.1985.
- 9 Ein erfolgreiches sozialdemokratisches Reformkonzept muß daher an der faktischen Veränderung oder Verschiebungen in den Wertorientierungen des Alltagslebens anknüpfen. Die m.E. beste Zusammenfassung dieses Prozesses: Sebastian Herkommer, Strukturveränderung und Wertewandel im Sozialstaatskapitalismus, in: *Schlaglichter* 3/4 '84.

Gerhard Bäcker

Sozialpolitische Anforderungen und Perspektiven*

Der Stellenwert der Sozialpolitik in einem neuen Grundsatzprogramm der SPD darf nicht gering geschätzt werden. Im Gegenteil: In der Geschichte der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung war es vornehmlich der Kampf um den sozialpolitischen Fortschritt, der Mobilisierung, Rückhalt und Mehrheiten bei breiten Bevölkerungsgruppen garantierte. Blieb in der Programmatik — und mehr noch in der Praxis — die Frage nach der Zielperspektive, d.h. konkret nach der sozialistischen Alternative auch kontrovers; Konsens innerhalb der SPD und der Gewerkschaften bestand in der Forderung nach sozialpolitischen Reformen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse verbessern und absichern sollten. Das Godesberger Arrangement der SPD mit dem Kapitalismus hatte ein ausgebautes soziales Sicherungssystem für alle Bevölkerungsgruppen zur Voraussetzung. Ohne eine sozialreformerische Perspektive und Praxis verliert die Sozialdemokratie ihre letzte Identität und wird gegenüber konservativen Parteien austauschbar. Die Sozialpolitik der sozial-liberalen Koalition, die Ende der 70er Jahre auf einen rigorosen Sozialabbau einschwenkte und die eigenen sozialpolitischen Reformen wieder einkassierte, hat deshalb zur konservativen Wende in Ideologie und Politik maßgeblich beigetragen. Die Wiederaneignung einer sozialpolitischen Reformperspektive wird somit zu einer Grundvoraussetzung zur Brechung der konservativen Hegemonie. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch auch gezeigt, daß es nicht länger funktioniert, Sozialpolitik an einen expandierenden Kapitalismus koppeln zu wollen, dessen Überschüsse einen Wohlfahrtsstaat alimentieren. Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit haben dieses »Modell Deutschland« zerschlagen lassen. Sozialpolitischer Fortschritt kann nicht von der polit-ökonomischen Grundsatzfrage einer alternativen Wirtschaftspolitik und einer sozialistischen Gesellschaftsperspektive getrennt werden. Wer dem ausweicht, erreicht noch nicht einmal den »Reparaturbetrieb des Kapitalismus«, da das Kapital die Gelder dafür verweigert.

Sozialpolitik in einer kapitalistischen Gesellschaft ist um die Lohnarbeit (und ihr Äquivalent: Arbeitslosigkeit) herum gruppiert. Da die Lohnarbeit (Erwerbsarbeit) auch in Zukunft dominantes Strukturmerkmal bleiben und im Mittelpunkt des menschlichen Lebens stehen wird (trotz aller Tendenzen der Arbeitszeitverkürzung!), kommt es darauf an, diesen Charakter der Sozialpolitik zu verteidigen. Ökonomisch-funktional gesehen hat staatliche Sozialpolitik die Aufgabe, die Reproduktion der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien, die über das Lohnarbeitsverhältnis und den Marktmechanismus allein eben nicht gewährleistet wird, zu sichern. Das Ergebnis ist und bleibt zwiespältig: Die privatwirtschaftliche Produktion wird durch die sozialpolitische Intervention des Staates nicht aufgehoben, sondern eher langfristig gesichert. Auf der anderen Seite schafft aber erst die Sozialpolitik den abhängig Beschäftigten eine Verbesserung und Sicherung ihrer materiellen und immateriellen Lebenslage und damit einen Ausgangspunkt für solidarische Kampffaktionen. Das gegenwärtige sozialpolitische Leistungssystem in all seinen Ausprägungen, Wirkungen, Widersprüchlichkeiten und institutionell-organisatorischen Besonderheiten ist Ausdruck der Ambivalenz sozialpolitischer Reformen: Es mußte von der

Überarbeitetes Referat, vorgetragen auf der Jahrestagung des Frankfurter Kreises am 8.2.1985 in Oer-Erkenschwick

Arbeiterbewegung historisch *er kämpft* werden, hat sich also nicht gleichsam naturwüchsig als industrielle »Mega-Maschine« entwickelt (wie es die modische grün-alternative Sozialstaatskritik, die die historisch-politische Dimension ausklammert, offensichtlich unterstellt). Zugleich spiegelt sich im Leistungssystem aber auch die Reaktion von Staat und Kapital auf die Aktionen der Arbeiterbewegung wider — die integrationistische und disziplinierende Funktion der konkreten Sozialpolitik weist darauf hin. Sozialpolitik ist also stets Ausdruck des politischen Kräfteverhältnisses.

Staatliche Sozialpolitik läßt sich nach drei instrumentell-strategischen Ansatzpunkten unterscheiden. Sie bezieht sich auf

- den Eingriff in den Produktionsprozeß und das individuelle Arbeitsvertragsverhältnis (Arbeitsverfassung), um durch kollektive Schutzrechte Mindestbedingungen bei der betrieblichen Verwertung der Arbeitskraft zu garantieren.
- die Verteilung von Sekundäreinkommen (Geldleistungen) an all diejenigen, die nicht (mehr) erwerbstätig sind (Kranke, Arbeitslose, Invalide, Rentner etc.), kein Erwerbseinkommen beziehen und sich auch nicht auf individuelle Vorsorge verlassen können. Die am Arbeitsmarkt erzielten Primäreinkommen werden durch die sozialpolitischen Geldleistungen partiell modifiziert.
- die Bereitstellung von sozialen-medizinischen Diensten und Einrichtungen, da einerseits die gesellschaftlichen Reproduktionsbedarfe gestiegen sind, andererseits deren Befriedigung weder durch Selbsthilfe (Familie) noch durch den Marktprozeß geregelt werden kann.

Die konservative Strategie eines Umbaus des Sozialstaats

Bei allen drei Ansatzpunkten zielt die neokonservative Politik auf eine grundlegende Veränderung. Die erkämpfte Sozialstaatlichkeit soll zugunsten einer umfassenden Reorganisation der ökonomischen und politischen Bedingungen der Kapitalverwertung zurückgenommen werden. Es ist verkürzt und falsch, die restriktive Sozialpolitik der letzten Jahre nur als einen globalen Leistungsabbau zu begreifen und diesen wegen seiner »sozialen Unausgewogenheit« zu kritisieren. Es geht um mehr als um »Sparen« oder »Konsolidieren«, es geht um einen Umbau der gesamten Arbeits- und Sozialverfassung. In der konservativen Strategie wird Sozialpolitik zum Instrument eines marktradikalen Zukunftsmodells, in dem Kapitalautonomie und Marktmechanismus nicht durch sozialpolitische Interventionen gestört werden.

Einige Aspekte können die politische Entwicklung verdeutlichen:

- Der Abbau von tariflichen und gesetzlichen Arbeitnehmerschutzrechten (»Deregulierung« und »Flexibilisierung«) löst das Normalarbeitsverhältnis, das den Beschäftigten ein Mindestmaß an Arbeitsplatz- und Einkommenschutz gewährleistet hat, auf und zwingt die Randgruppen des Arbeitsmarktes in prekäre, ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung entsteht eine zunehmende Grauzone — der Mechanismus der industriellen Reservearmee, des Heuerns und Feuerns, des Privilegierens, Diskriminierens und Spaltens von Arbeitskräften funktioniert.
- Diesem Ziel, die Arbeitskräfte »billiger und williger« zu machen, dient auch die fortgesetzte Kürzung von sozialpolitischen Geldleistungen, insbesondere von Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld und Sozialhilfe. Die Leistungsniveaus werden so herabgedrückt, daß die Betroffenen gezwungen sind, sich auf die schlechtesten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen einzulassen. Soziale, gesellschaftlich erzeugte Risiken wer-

den privatisiert, d.h. den Betroffenen angelastet. Der »Grad der Lohnabhängigkeit« (Kühn) steigt. Sozialpolitik soll keine soziale Sicherheit herstellen, sondern die Abhängigkeit vom Unternehmenskalkül festigen.

- Soweit Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Verarmung nicht ohnehin schon einen stummen Zwang zur Unterwerfung unter die Profitlogik darstellen, so wird dieser durch die Ausrichtung der Sozialpolitik noch bewußt gefördert: Sperrfristen, Zumutbarkeitsregelungen, vertrauensärztliche Kontrolle, Bedürftigkeitsprüfungen, Arbeitspflicht, Vereinzelung und Individualisierung sind die Stichworte für die Herrschafts- und Disziplinierungsmomente.
- Da die sozialpolitischen Geldleistungen nicht ganz abgebaut werden können und sollen, zielt die Umbaustrategie darauf ab, die Verteilungsstruktur der Geldleistungen derjenigen der Marktverteilung noch entsprechender zu machen (Äquivalenzprinzip) und sie den Grundlagen der Privatversicherung anzunähern. Wer Arbeit, Einkommen und Lebenschancen hat und wer nicht, soll durch den Markt und die Verwertung der Arbeitskräfte bestimmt werden. Bei dem insgesamt abgesenkten und differenzierten Leistungsniveau werden die Besserverdienenden dazu veranlaßt, sich durch Privatversicherungen zusätzlich abzusichern. In dem Maße, wie der solidarische Kollektivschutz abgesenkt wird, eröffnet sich ein Markt neuer privater Anlagesphären.
- Der Privatisierung sozialer Risiken folgt eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung sozialer und medizinischer Dienstleistungen und Einrichtungen. Schon derzeit ist das Gesundheitswesen durch die Macht der privaten Leistungsanbieter, die die soziale Krankenversicherung als reine Inkassostelle mißbrauchen, charakterisiert. Diese Anbietermacht wird ausgebaut, während gleichzeitig durch sogenannte Selbstbeteiligungsregelungen und Leistungsausgrenzungen der Charakter der *sozialen* Krankenversicherung ausgehöhlt wird.
- Eine derartige Sozialpolitik auf niedrigem (billigem) und »marktkonformem« Niveau zieht bei wachsender Arbeitslosigkeit, sinkendem Erwerbseinkommen und einer zunehmenden Zahl ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse Verarmung, Ausgrenzung, Marginalisierung eines immer größer werdenden Bevölkerungsteils nach sich. Langfristarbeitslosigkeit ist gleichbedeutend mit einem Prozeß der Verarmung, wobei die hierbei auftretenden finanziellen Probleme von sozialer, psychischer und gesundheitlicher Verelendung begleitet und potenziert werden.
- Durch die Privatisierung sozialer Risiken und die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus den Arbeits-, Sozial- und Lebenszusammenhängen gelingt es, die Ausgaben für Sozialleistungen trotz wachsender Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Probleme zu reduzieren. Die Sozialversicherungshaushalte werden vom Bundeshaushalt abgekoppelt, der die freigewordenen Mittel für die zunehmenden Rüstungsausgaben einsetzt.

Der Neokonservatismus flankiert seine Politik durch eine offensive Anti-Sozialstaatsideologie, die in das Vakuum einer zur Technokratie verkommenen Sozialpolitik der SPD gestoßen ist, tatsächliche Probleme aufgegriffen, aber verdreht hat. Die konservativen Erklärungs- und Deutungsmuster haben den Rahmen konservativer Parteien und Gruppierungen längst überschritten; sie finden sich in der SPD wie in den Gewerkschaften.

Begriffe wie Selbstbestimmung, Freiheit, Souveränität, Eigenverantwortung, die dem »kollektiven Zwangssystem« der Sozialpolitik gegenübergestellt werden, zielen auf die Diskreditierung solidarischer Aktionsformen, auf den Abbau sozialer Schutzrechte und auf die Mobilisierung solidarwinistischer, rechtspopulistischer Massenstimmungen. Um

Ausgrenzung und Verarmung jedoch nicht zum politischen Problem werden zu lassen, erfahren Familie, Mutterschaft, Gemeinschaft (die in einen Gegensatz zur Gesellschaft gestellt werden) eine ideologisch-mythische Überhöhung. Familienorientierung und »neue Mütterlichkeit« bedeuten eine Kampfansage an emanzipatorische Vorstellungen und Lebensweisen. Es führt kein Weg zurück zur vermeintlichen Idylle vorindustrieller Zeiten; konservative Familienideologie und -politik verweisen die ausgegrenzten Frauen und Jugendlichen zurück auf patriarchalische Abhängigkeit. Die Diskussion über den Bevölkerungsrückgang, seine vermeintlichen Gefahren und die notwendige Gegensteuerung soll diese antiemanzipatorische Familienpolitik legitimieren.

Legitimations- und Problemverdrängungscharakter hat auch der konservative Selbsthilfediskurs. Der Privatisierung sozialer Risiken und ihrer Folgen sucht man durch das Beschwören der Selbsthilfe zu entgehen. Tatsächliche Probleme bürokratisch-überprofessionalisierter sozialer Dienste werden als Argument für den Abbau sozialer Dienstleistungen mißbraucht. Die »Zauberformel« Selbsthilfe ist dabei aber längst keine ideologische Spielwiese mehr — sie wird durch den Leistungsabbau und die persönlichen Notlagen materiell erzwungen. Auch die ideologisch-politische Aufwertung der Nichterwerbsarbeit (Eigenarbeit, Mutterarbeit, Ehrenamtlichkeit usw.) ist durch das Bestreben gekennzeichnet, Massenarbeitslosigkeit erträglich erscheinen zu lassen und die Ausgegrenzten auf kostenlose Arbeit zu verweisen. Der Ausschluß vom Arbeitsmarkt und vom Arbeitseinkommen ist jedoch kein emanzipatorischer Akt, wie dies grün-alternative Thesen propagieren (»Befreiung von falscher Arbeit«), sondern bedeutet Abhängigkeit, Verarmung und Zerstörung des Lebenszusammenhangs.

Anforderungen an eine sozialpolitische Alternative

Sozialpolitische Perspektiven müssen diese Entwicklungstendenzen, die im Zusammenwirken von andauernder Massenarbeitslosigkeit und einer konservativen Politik, die die Arbeitslosigkeit zur Durchsetzung ihrer Ziele bewußt instrumentalisiert, entstehen, zur Grundlage nehmen. Wenn darauf vertraut wird, daß auch in der Krise der vermeintliche sozialstaatliche Grundkonsens (»sozialer Friede«) unangetastet bleibt, wird es zu einer Verschärfung des Ausgrenzungs-, Differenzierungs- und Verarmungsprozesses kommen, der die Voraussetzungen für solidarische Organisations- und Kampfformen systematisch schwächt und letztlich zerstört. Es darf nicht bei einer reinen Verteidigung des sozialpolitischen Status quo bleiben, ebenso wenig reicht es, sich in sozial-technischen Diskussionen über die Bewältigung der Finanzierungsprobleme der Sozialpolitik zu verlieren. Eine solche Begrenzung des eigenen politischen Anspruchs, bei der die Sozialpolitik als ein isoliertes Kampffeld mißverstanden würde, hat der Dynamik der ideologisch-politischen Offensive des Neokonservatismus, die sich im nächsten Konjunkturtief noch stärker aufprägen würde, nichts entgegenzusetzen.

Wir müssen Abstand nehmen vom Modell einer rein kompensatorischen Sozialpolitik, der die Aufgabe zugewiesen wird, lediglich die Übel und Defizite des Marktsystems auszugleichen. Die wirtschaftspolitische Strategie der exportorientierten Modernisierung und Rationalisierung der Volkswirtschaft, deren negative Folgen durch die Sozialpolitik »abgefedert« werden sollen, ist lediglich eine Wiederbelebung des gescheiterten »Modell Deutschland« und seiner Prämissen. Wer die Profitlogik und ihre destruktiven, sozialzerstörerischen Folgen akzeptiert (und »vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung« [Glotz] als Voraussetzung einer jeden Politik erklärt), darf sich nicht wundern, daß die so-

zialpolitischen Aufgaben und Ausgaben weiter zunehmen, und daß über Macht, Herrschaft, Fremdbestimmung nur noch im Zusammenhang mit sozialstaatlichen Aktivitäten gesprochen wird — die Destruktivkräfte des Marktes aber als »Sachgesetzmäßigkeiten« ausgeklammert bleiben oder sogar als Sinnbild für Leistung, Individualismus, Selbstverantwortung hingestellt werden.

Es muß herausgestellt werden, daß Kosten und Ausgaben der Sozialpolitik in einem weiten Maße nachträgliche Folgen der sozialen Risiken und Gefährdungen eines kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem darstellen. In einer Umkehrung von Ursachen und Folgen müssen sich nämlich heute die sozialpolitischen Leistungen, nicht aber die sie verursachenden Risiken (wie u.a. Arbeitslosigkeit, Gesundheitsgefährdung, Invalidität) rechtfertigen.

Sozialpolitik ist kein Selbstzweck und — trotz aller gegenläufigen Tendenzen — keine verselbständigte Veranstaltung von Bürokratie und Professionen, sondern eine gesellschaftliche Reaktion auf wachsende soziale Probleme, Risiken und auf erweiterte (Reproduktions-)Bedarfe, die weder durch Selbsthilfe noch durch den Markt abgedeckt werden können. Eine alternative Sozialpolitik, die eingebunden ist in ein umfassendes Konzept der Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, hat eine doppelte Zielrichtung zu verfolgen; nämlich

- die problem- und risikoträchtigen Strukturen der Arbeits- und Lebenswelt so zu verändern, daß menschenwürdige Lebensverhältnisse gesichert sind,
- eine sozialstaatliche Infrastruktur auszubauen, die allen Menschen eine materielle und soziale Existenzgrundlage garantiert und ihre Lebensrisiken und Reproduktionsbelastungen gesellschaftlich mitträgt.

Eine solche Perspektive, die die Abhängigkeit der Beschäftigten und ihrer Familien von der Marktökonomie lockert und solidarische Lebens- und Verhaltensformen (ohne Ausgrenzung, Spaltung, Verarmung) möglich macht, setzt eine Beschränkung der Kapitalmacht voraus. Sie ist nicht ohne Konflikte — etwa durch Sozialpartnerschaft oder »antagonistische Kooperation« (Glotz) — zu erreichen, sondern nur in politischen Auseinandersetzungen um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Widerstand gegen weiteren Sozialabbau wird nur dann erfolgreich organisiert werden können, wenn in diesen Auseinandersetzungen der (politisch mißbrauchte) Begriff der Solidarität seinen Sinn des kollektiven Kampfes wiedergewinnt.

Kernelemente einer neuen Sozialpolitik

Eine so verstandene Sozialpolitik als integraler Teil einer umfassenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption muß »konkrete Utopien« sichtbar werden lassen, darf aber nicht Gefahr laufen, in der Faszination von neuen, abstrakten Entwürfen die konkreten Ansatzpunkte einer alternativen Politik, die sich auf die aktuellen Nöte und Krisenerfahrungen der Menschen stützen zu müssen, zu übersehen. Sozialpolitische Alternativen zu formulieren, heißt heute zu einem nicht geringen Teil, bekannte Reformforderungen der 60er und 70er Jahre zu wiederholen und einzuklagen. Schon das kann, angesichts der materiellen und ideologischen Rückschritte der letzten Jahre, einen gleichsam utopischen Stellenwert haben.

Der zentrale Ansatzpunkt der Sozialpolitik im Sinne ihrer *präventiven* Orientierung ist und bleibt der Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, die Arbeitslosigkeit — mit ihren unübersehbaren sozialen, psychischen und finanziellen Folge-

wirkungen — ist zu teuer. Die andauernden Finanzierungsprobleme des sozialen Sicherungssystems, insbesondere der Renten- und der Arbeitslosenversicherung sind ökonomisch bedingt. Die Diskussion über die demographischen Belastungen, die ab Ende der 90er Jahre zu erwarten sind, soll ablenken von der aktuellen Problemlage, von den negativen Auswirkungen der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit auf Einnahmen und Ausgaben des Sicherungssystems. Ohne eine deutliche Verringerung der Arbeitslosenzahlen, ohne den Widerstand gegen die abschüssige Entwicklung von Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen und Ausweitung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse lassen sich die Finanzierungsengpässe nicht lösen. Das Recht auf finanzielle Grundsicherung für alle Bürger kann nicht anstelle des Rechts auf Arbeit eingefordert werden. Beide Forderungen ergänzen einander; würden sie abgekoppelt, bliebe die Grundsicherung eine Armutssphäre, die die Abhängigkeit von der Marktökonomie verstärkt, aber jeden Anspruch zur Gestaltung und Veränderung des Arbeitsmarktes aufgibt. Eine ausreichend hohe Grundsicherung läßt sich nur durchkämpfen, wenn durch eine alternative Wirtschaftspolitik und durch massive Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit verringert und die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften verbessert wird.

Der Prävention kommt in der Gesundheitspolitik ein besonderer Stellenwert zu, denn angesichts der Verbreitung chronisch-degenerativer Krankheiten gerät die Kuration an ihre eigenen Grenzen, da sie gesundheitliche Beeinträchtigungen und ihre Behinderungen nur lindern oder begrenzen, kaum aber vollständig heilen kann. Eine zielgerichtete Beeinflussung der gesellschaftlichen Ursachen und Entstehungszusammenhänge der Gesundheitsgefährdung wird demnach unabdingbar. Gefordert ist insbesondere die Umweltschutzpolitik, die Politik der Humanisierung der Arbeit und die Arbeitsschutzpolitik, die auf die gesellschaftlichen *Verhältnisse* einwirken und nicht durch eine Überbetonung des individuellen (Fehl-) *Verhaltens* die Verursachungszusammenhänge entpolitisieren.

Der Bedarf an sozialpolitischen Einrichtungen und Dienstleistungen wird um so größer, je weniger die Menschen (und kleinere gesellschaftliche Einheiten wie die Familie) zur Selbsthilfe und Eigenvorsorge in der Lage sind. Sozialpolitik ist insofern Ausdruck der *gesellschaftlichen* Vermittlung und Bestimmung der sozialen Bedarfsdeckung der Bevölkerung. Die Bedeutung des Individuallohns für die Bedarfsdeckung geht zurück. Das persönliche Leben wird dadurch in der Tat stärker von *politischen* Entscheidungen abhängig gemacht. Diese Vergesellschaftung zurückzuschrauben, bedeutet aber nicht automatisch mehr *Eigenkompetenz* durch Selbsthilfe und Abbau von Bevormundung, sondern das Gegenteil. Private Sicherungsstrukturen traditioneller Art (Großfamilie) sind eben nicht mehr — und gerade in der Krise nicht mehr — vorhanden (und für die Vergangenheit verdeckt die Idealisierung die realen Verhältnisse). Werden sie erzwungen, so vergrößert sich die persönliche Abhängigkeit. Selbstverständlich ist eine freiwillige Selbst- oder Nachbarschaftshilfe sowie unmittelbare persönliche Solidarität mit dem Nächsten ein positiver, erstrebenswerter Entwicklungszustand einer Gesellschaft. Nur müssen für diese Freiwilligkeit auch die Voraussetzungen geschaffen sein und werden: Nur wenn eine grundlegende sozialstaatliche Infrastruktur vorhanden ist, sind auch Voraussetzungen gegeben, daß sich solidarische Selbst- und Nachbarschaftshilfen entfalten können.

Eine bedarfsorientierte Grundversorgung statt garantiertem Mindesteinkommen

Geldleistungen sind und bleiben ein Schwerpunkt der Sozialpolitik. Solange die klassischen Lebensrisiken (wie Alter, Invalidität, Krankheit, Mutterschaft usw.) und besondere

soziale Bedarfe bestehen, sind Einkommensersatzleistungen erforderlich. Die Jugend und das Alter können sich erst durch Sozialleistungen zu eigenständigen Lebensphasen entwickeln.

Die Perspektive der Geldleistungen darf nicht in der schlichten Fort- und Festschreibung der gegenwärtigen Leistungsstrukturen liegen. Das historisch gewachsene Versicherungssystem mit seinen Prinzipien der Kausalität und Äquivalenz, das für die Sozialpolitik in der Bundesrepublik charakteristisch ist, führt zu gravierenden Sicherungslücken, Leistungsdefiziten und Ungerechtigkeiten. Von einer Vollversicherung (»Vollkaskosicherung«) kann keine Rede sein. Charakteristisch ist vielmehr die Unterversorgung breiter Bevölkerungsgruppen im Alter (insbesondere von älteren Frauen!), bei Pflegebedürftigkeit, bei Behinderungen usw. Folgende Leitlinien für eine alternative Gestaltung sozialpolitischer Geldleistungen müssen maßgebend sein:

- Die Zunahme von Ausgrenzung und Verarmung, insbesondere infolge von Langfrist-arbeitslosigkeit, verlangt nach ausreichenden Geldleistungen für *alle* Betroffenen. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Leistungskraft der Bundesrepublik können und müssen diese Geldleistungen als allgemeines »Bürger- oder Teilhaberecht« institutionalisiert werden. Der *Rechtsanspruch* ist nicht nebenrangig; die Möglichkeit, beim Verlust des Arbeitseinkommens, eine Geldzahlung, deren Höhe definiert ist, zu verlangen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Verzicht auf den Rechtsanspruch führt zu einem Fürsorgesystem, das durch Barmherzigkeit und private Wohltätigkeit flankiert wird.
- Eine reine Grundversorgung (garantiertes Mindesteinkommen o.ä.) stellt jedoch *keine* akzeptable Alternative zum gegenwärtigen Sicherungssystem dar, denn sie würde erstens den Einkommensverlust der großen Mehrheit der Beschäftigten auch nicht ansatzweise abdecken und könnte zweitens je spezifischen Bedarfslagen und -situationen nicht Rechnung tragen. Solange die (erkämpften!) Primäreinkommen differieren, hat die gegenwärtige versicherungsförmige Lohnersatzfunktion eine zwiespältige Rolle: Sie reproduziert zwar die Einkommensunterschiede und -hierarchien, so wie sie im Lohnarbeitsverhältnis entstehen, sie lockert aber zugleich durch ihren Rechtsanspruch, durch ihre Lohnbezogenheit und durch ihre lohnbezogene dynamische Anpassung den Grad der Lohnabhängigkeit und den unbedingten Angebotszwang der Arbeitskraft. Bei einer reinen Grundversorgung steigen demgegenüber Abhängigkeit und Unsicherheit der Mehrzahl der Beschäftigten, weil im Risikofall das zur Reproduktion erforderliche und gewohnte Einkommensniveau nicht gedeckt ist und der Zwang zur Erwerbstätigkeit trotz Krankheit, Invalidität, Alter usw. steigt. Für die Privatversicherungen würde sich ein äußerst lukratives Tätigkeitsfeld eröffnen. Eine Entdifferenzierung und -hierarchisierung der Sekundäreinkommen läßt sich deshalb nicht losgelöst von einer Entdifferenzierung der personellen Primäreinkommensverteilung angehen: Es wäre ein großer Irrtum, glauben zu wollen, die abgeleiteten Einkommensströme ohne Änderung der Basis beliebig verschieben zu können. Dies heißt allerdings nicht, den Gestaltungsspielraum der Sozialpolitik gering zu schätzen. Zu betonen ist der Stellenwert des Solidarausgleichs in der Sozialversicherung, der auszuweiten ist.
- Damit die Versicherungsleistungen aber greifen, müssen sie ergänzt werden durch eine stärkere Berücksichtigung des Solidarausgleichs und durch die Integration einer bedarfsorientierten Grundsicherung in das jeweilige Leistungssystem. Die Versorgungslücken in der Sozialversicherung, die auch nach Ausweitung des Sicherungsschutzes bestehen bleiben (nämlich für diejenigen, die kleine/keine ausreichenden Beiträge zah-

len), lassen sich systematisch nur durch die Berücksichtigung von *Bedarfskriterien* ausgleichen, die unabhängig von Beitragsdauer und -höhe wirken. In den einzelnen Sozialversicherungszweigen sollte eine am Bedarf orientierte Basissicherung (Mindestarbeitslosenunterstützung, Mindestrente) den Leistungssockel fixieren, auf dem die beitrags- und einkommensbezogenen Versicherungsleistungen aufbauen. Das Bedarfsniveau muß das derzeitige, unzureichende Regelsatzniveau der Sozialhilfe überschreiten. Da eine Abtrennung unterschiedlicher Bedarfsebenen weder begründbar noch sozial akzeptabel ist, erfordert dies eine gleichzeitige und deutliche Anhebung des Sozialhilfeniveaus. Bedürftigkeitsprüfungen, soweit sie diskriminierend und disziplinierend (Sippenhaftung) wirken, müssen entfallen. Die positiven Rückwirkungen eines solchen Sicherungssystems auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik liegen auf der Hand: Das untere Bedarfsniveau etabliert zugleich einen Lohnplafond, der auch von den niedrigen Lohngruppen nicht mehr unterschritten werden kann und deshalb als eine Barriere gegen Lohnsenkung und -differenzierung wirkt.

- Erforderlich ist eine einheitliche und zentrale Gliederung der Geldleistungen und ihrer Träger. Die Zentralität der Institutionen steht einer bürgernahen, problem- und bedarfsgerechten Leistungserbringung nicht entgegen. Gleichzeitig ist das Übermaß an Bürokratisierung und Verrechtlichung zurückzudrängen. Die verkümmerten, hierarchisierenden Strukturen sind Ausdruck einer spezifischen Politik und Interessenlage. Die zersplitterten, berufsständischen Institutionen der Alterssicherung beispielsweise mit ihren vielfachen Privilegien und Diskriminierungen sind aufzulösen und zu vereinheitlichen (Harmonisierung).
- Die repressiven Kontroll- und Disziplinierungselemente der Sozialpolitik, die der konservativen Sozialstaatskritik die Möglichkeit geben, den *Abbau* der Sozialstaatlichkeit zu propagieren und zu popularisieren, sind zurückzunehmen. Es geht im Gegenteil darum, durch Sozialleistungen und Rechtsansprüche die individuellen Optionen zu erweitern.

Gegen eine Kommerzialisierung der sozialen Dienstleistungen

Soziale wie medizinische Dienste und Einrichtungen werden angesichts der objektiven Bedarfe und Lebensansprüche der Bevölkerung immer wichtiger werden. Dem Dienstleistungssektor kommt auch aus beschäftigungspolitischer Sicht größte Bedeutung zu: Soziale Dienstleistungen zählen zu den wenigen Berufszweigen mit Wachstumserwartungen. Offen und gesellschaftspolitisch umstritten bleibt die Entwicklungsrichtung der Dienstleistungsorientierung. Wir stehen in der Bundesrepublik am Scheideweg:

- Schauen wir der weiteren Privatisierung und Kommerzialisierung (insbesondere des Gesundheitswesens) zu, wie sie vom Neokonservatismus in Anlehnung an das US-amerikanische »Vorbild« betrieben wird?

Für die Beschäftigten dürften Arbeits- und Einkommensbedingungen entstehen, die den Schutzstandard bis hin zur Armutsökonomie unterschreiten. Quantität und Qualität der privatisierten Dienstleistungen — werden über die Köpfe des Betroffenen hinweg — der Profitlogik folgen. Die Inanspruchnahme der Dienste wird letztlich wieder abhängig von der Höhe des individuellen Einkommens und der kaufkräftigen Nachfrage. Ideologisch unterstützt wird die Privatisierung durch die (berechtigte) Kritik an der unzureichenden Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen Systems — die Probleme der Professionalisierung, Technisierung, Entmündigung, Bedarfsunangemessenheit werden aber bei rein kommerziellen Strukturen noch stärker auftreten.

- Gehen wir den Weg — einer die Privatisierung begleitenden — *erzwungenen* Ehrenamtlichkeit und Selbsthilfe, der durch alternativ drapierte Illusionen vom »natürlichen«, »authentischen« Helfen vernebelt wird, aber nur dazu dient, Leistungsangebote möglichst billig zu halten und Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen? Schon derzeit werden soziale Dienste im weiten Ausmaß privat (nämlich durch die Frauen in den Familien) geleistet — man denke nur an die Kindererziehung, an die Pflege älterer Menschen, an die Versorgung Behinderter. Jede weitere Einschränkung familienunterstützender öffentlicher Einrichtungen (z.B. Kindertagesstätten, Kindergärten usw.) zwingt die Frauen zurück in die Familie und macht eine Verbindung von Kindererziehung und Berufstätigkeit unmöglich.
- Oder aber greifen wir die alten Reformforderungen, die Ende der 60er Jahre formuliert wurden, wieder auf und kämpfen für die Ausweitung eines gesellschaftlich kontrollierten und gesteuerten Dienstleistungsangebots, das bedarfs- und klientennah organisiert ist, sich insbesondere auf die unterversorgten Schichten konzentriert und damit die *sozialpolitische* Fragestellung nicht von vornherein auf die Kostenproblematik reduziert?

Für die Weiterentwicklung der Sozialpolitik können Selbsthilfeaktivitäten dann zu einem unverzichtbaren Element werden, wenn sie die professionellen Leistungsangebote ergänzen — nicht aber ersetzen —, und wenn diese Selbsthilfe *positiv zurückwirkt* auf Ausrichtung und Strukturen des institutionellen Gesundheitswesens. Selbsthilfe kann, wenn sie politisch und nicht als individueller Rückzug begriffen wird, zur Emanzipation der Betroffenen beitragen; Selbsthilfe kann die Bürger zu demokratischen-solidarischen Bewältigungsformen sozialer Probleme befähigen und Anstöße zur kritischen Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Versorgungssystem geben.

Es gilt, nach Wegen zu suchen, die die Selbsthilfeaktivitäten als soziale Innovation festigen. Es muß unser Anliegen sein, die Selbsthilfediskussion in eine Demokratisierungsforderung umzuformulieren. Selbstentfaltung, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung — diese Begriffe der Selbsthilfedebatte sind — umfassend verstanden — Ansprüche auf Teilhabe an *allen* gesellschaftlichen und ökonomischen Entscheidungen und Prozessen!

Fragen der Finanzierung des Sozialstaats sind Machtfragen

Die Perspektiven des sozialpolitischen Leistungssystems können nicht ohne die Finanzierungsfrage behandelt werden. Eine ausgebautе sozialpolitische Infrastruktur ist nicht umsonst zu haben. Auch die Entlastungswirkungen durch präventive Maßnahmen führen die Ausgaben nicht gegen Null. In kurzfristiger Sicht wäre eher mit Mehraufwendungen zu rechnen. Die Sozialpolitik stößt spätestens bei der Finanzierungsfrage auf die Verteilungsansprüche der privaten Kapitalverwertung. Noch so schlaue Finanzierungsformen werden nichts daran ändern, daß ein Verteilungskampf durchzustehen ist, bei dem entschieden wird, welcher Teil der Wertschöpfung und des Volkseinkommens durch eine Korrektur der Markteinkommen (Löhne und Gewinne) für Sozialaufgaben verwendet wird.

Die Finanzierungsprobleme des gesamten Sozialleistungssystems erfordern über die Veränderung von Volumen und Struktur der Ausgabenseite (Abbau der Arbeitslosigkeit!) hinaus eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmensituation, um eine solide, dauerhafte Finanzierung sicherzustellen. Die Belastungen, die durch die gesamten öffentlichen Ausgaben entstehen (also nicht nur durch die Sozialausgaben!) müssen nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit getragen werden. Das heißt zunächst, daß das *Ver-*

ursacherprinzip bei der sozialpolitischen Finanzierung berücksichtigt wird; in all den Fällen, wo der Betrieb Leistungen verursacht oder direkt von ihnen profitiert, muß er für die Finanzierung (evtl. durch Umlage oder durch ein Fondssystem) aufkommen. Als Beispiele seien genannt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Unfallschutz, die berufliche Bildung, Kurzarbeitergeld, berufliche Fortbildung usw. Zum zweiten muß das Beitrags- und Steuersystem sozial gerecht gestaltet werden. Für die Beitragsfinanzierung wäre die Beitragspflicht aller Erwerbstätigen (z.B. durch eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe) und die Aufhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen erforderlich. Die Steuerfinanzierung ist durch eine progressive Einkommensteuer, die nicht durch Ausnahmeregelungen und Umgehungsmöglichkeiten durchlöchert ist, zu gestalten — Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern belasten hingegen vor allem die einkommenschwachen Haushalte.

Zur Deckung der Ausgaben der Renten- und Arbeitslosenversicherung muß der Bund ausreichende Zuschüsse leisten. Es ist eine Frage der politischen Gewichtung, nach welchen Schwerpunkten sich die Ausgaben des Bundes richten.

Die Vorstellung, die Finanzierung der Sozialversicherung durch eine »Maschinensteuer« zu regeln, sollte nicht überbewertet werden. Eine Umstellung der bisher lohnbezogenen Arbeitgeberbeiträge auf eine Bemessungsgrundlage, die die gesamte Wertschöpfung des Betriebes (also Löhne und Gewinne, Zinsen, Abschreibungen) erfaßt, führt nicht automatisch zu Mehreinnahmen. Nach einer zunächst aufkommensneutralen Umstellung wachsen die Wertschöpfungsbeiträge nur dann schneller als die lohnbezogenen Beiträge, wenn der Anteil der Lohnsumme an der Wertschöpfung (d.h. am Bruttosozialprodukt) *sinkt*, wenn also die Lohnquote sinkt und die Tarifpolitik den Produktivitätsanstieg nicht einmal mehr ausschöpfen würde. Dies ist aber verteilungs- wie wirtschaftspolitisch unakzeptabel. Eine Wertschöpfungsabgabe hat deshalb nur einen Sinn, wenn die Arbeitgeber *zusätzlich* zur bisherigen Beitragsbelastung herangezogen werden. Unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten ist entscheidend, *wer* diese steigenden Belastungen trägt, welche Einkommen *welcher* Gesellschaftsgruppen betroffen sind. Die Diskussion über wertschöpfungspolitische Arbeitgeberbeiträge muß deshalb auf die verteilungspolitische Frage zugespitzt werden, ob sie dazu beitragen, den Unternehmenssektor stärker als bislang zur Finanzierung heranzuziehen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1982, Sonderbeitrag »Sicherung und Ausbau des Sozialstaates statt sozialer Demontage — Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik«, Köln 1982
- Bäcker, G., An denen der Aufschwung vorbeigeht... Ausgrenzung und Verarmung als Ergebnis von Politik und Ideologie des Neokonservatismus, in: Soziale Sicherheit 5/1985
- Bäcker, G., Mindestsicherung und Maschinensteuer: Wege zur Lösung der sozialen und finanziellen Defizite der lohnbezogenen Sozialversicherung?, in: Soziale Sicherheit 2/1985
- Bäcker, G., Bispinck, R., Hofemann, K., Naegele, G., Sozialpolitik — Eine problemorientierte Einführung, Köln 1980
- Egert, J., Gesundheitspolitik contra Anbieterinteressen. Fortschrittliche Sozialpolitik am Beispiel des Gesundheitswesens in *spw* 23/1984
- Kühn, H., Soziale Sicherheit und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, in: WSI-Mitteilungen, 2/1985

Interviews

»Theorie- und Perspektivlosigkeit wird zu weiteren Niederlagen führen«

Peter v. Oertzen zur Programmdebatte

spw: Die Sozialdemokratische Partei hat begonnen, über ein neues Grundsatzprogramm zu diskutieren. Wird diese Debatte eine kritische Auseinandersetzung mit dem Scheitern der sozialliberalen Reformpolitik womöglich verhindern?

von Oertzen: Richtig ist, daß in der bisherigen Programmdebatte eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen des Scheiterns der sozialliberalen Politik nicht stattgefunden hat. Menschen und Parteien neigen nicht dazu, die Selbstkritik zu betonen. Ich sehe jedoch trotzdem nicht die Gefahr, daß Grunderkenntnisse aus der vergangenen Politik verdrängt werden.

spw: Als Klaus-Peter Wolf bei der Tagung zu den »Herforder Thesen« in Bielefeld-Brake 1980 davon sprach, die SPD sei zu einer »theorielosen Allerweltpartei« (vgl. *spw* Sonderheft 3, Berlin-West 1981, S. 8) geworden, entgegnetest Du ihm, das sei sie schon seit 1945. Welche Konsequenzen sind denn für die Programmdebatte zu ziehen, wenn der SPD das theoretische Fundament fehlt?

von Oertzen: Ich wäre sogar bereit, diese kritische Einschätzung auf die Zeit vor 1933 und auch vor 1914 auszudehnen — trotz des scheinbar damals viele Köpfe beherrschenden »Marxismus«. Meine (bescheidene) Hoffnung ist, daß sich in der gegenwärtigen Situation die Erkenntnis durchsetzt, daß Reformpolitik mit einiger Aussicht auf Erfolg nur betrieben werden kann, wenn sich die Partei wenigstens einem Mindestmaß an Anstrengung des Begriffs unterwirft. Denn: Völlige Theorie- und Perspektivlosigkeit wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bereits kurzfristig zu weiteren politischen Niederlagen führen. Aber wenn freilich die Partei künftig wieder große Wahlerfolge erzielt — ohne vorangegangene programmatische Neuorientierung — werden viele in den Irrtum zurückfallen, man könne erfolgreich Politik machen, ohne vorher konzeptionell nachzudenken.

spw: Du hast einmal die wertphilosophische Ableitung sozialdemokratischer Programmatik kritisiert. Und du sprichst jetzt von einer notwendigen begrifflichen Anstrengung. Welche Konsequenzen hätte dies für den Aufbau des Programms? Sollte das neue Programm — im Gegensatz zu Godesberg und ähnlich wie das Erfurter und Heidelberger — Analyse und Kritik des Kapitalismus wieder an den Anfang stellen?

von Oertzen: Diese Frage ist in der bisherigen Programmdiskussion noch nicht endgültig entschieden worden. Anerkannt wird, daß eine kurzgefaßte Zeitanalyse, die mehr ist als eine plakative Schilderung der großen Gesellschaftsprobleme, sinnvoll sein könnte. Die Problematik liegt darin, daß keiner von uns — auch keiner der »Linken« — über ein so geschlossenes und theoretisch begründetes Weltbild verfügt, daß er daraus eine kurzgefaßte Kapitalismusanalyse entwerfen könnte, die jene monumentale Schlichtheit hätte wie etwa der Kautskysche Text im Erfurter oder der Hilferdingsche im Heidelberger Programm.

spw: Erhard Eppler und seine Freunde werfen Dir vor, daß Du die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zu sehr in das Zentrum der Debatte rücken willst. Verbergen

sich dahinter Auseinandersetzungen zwischen ökologisch und den eher gewerkschaftlich orientierten Sozialdemokraten?

von Oertzen: Nein, das ist nicht der entscheidende Punkt. Die an den Grundwerten orientierten Teile der Partei legen Wert darauf, daß die SPD nicht zu einer geschlossenen, theoretisch wie auch immer begründeten politischen Weltanschauung zurückkehrt, sondern sich ihre prinzipielle Offenheit gegenüber verschiedenen theoretischen Ansätzen bewahrt. Ein Standpunkt übrigens, den ich in der Sache teile. Jeder Versuch, die (scheinbare) weltanschauliche Geschlossenheit der alten Sozialdemokratie zurückzugewinnen, wird von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Die Grundwerte werden als verbindendes Glied gesehen zwischen denen, die in ihren politischen Zielvorstellungen mehr oder weniger marxistisch orientiert sind und jenen, die primär von praktischen oder von philosophischen und religiösen Erwägungen ausgehen.

Die Differenz zwischen Erhard Eppler und mir ist, daß Eppler aufgrund seiner Erfahrungen ausgeht von den Fehlentwicklungen im Verteilungssystem, in der Entwicklungspolitik, auf dem Gebiet der Ökologie und schließlich in der Außen-, Sicherheits- und Rüstungspolitik. Hieraus leitet er System- und Strukturveränderungen ab, die nach meiner Überzeugung nur in ein antikapitalistisches, sozialistisches Konzept münden können. Aber darüber ist sich auch Eppler im klaren.

Ich dagegen gehe von einem marxistisch geprägten Bild der bürgerlichen Gesellschaft aus und neige von vornherein dazu, alle Fehlentwicklungen — ob in der Außenpolitik oder der Ökologie oder der Wirtschaft — auf die von mir vorausgesetzte Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zurückzuführen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Angesichts des Bewußtseins in unserer Gesellschaft können wir uns jedoch nicht den »Frontalangriff auf den Kapitalismus« leisten. Wir müssen die Überlegenheit unserer Analyse Problem für Problem begründen. Wenn wir etwa einen Eingriff in die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel rechtfertigen wollen, können wir dies nicht abstrakt aus unserer Analyse des kapitalistischen Verwertungsprozesses ableiten.

Es sind also eher Differenzen im analytischen Ansatz. In den praktischen Konsequenzen bewegen sich die Überlegungen von Eppler und Lafontaine sowie von mir aufeinander zu.

spw: ... und die Diskussionen über die Grenzen des Wachstums und des Sozialstaats, die Kritik des »Industrialismus«?

von Oertzen: In der Programmkommission besteht völliger Konsens darüber, daß der Verzicht auf das Industriesystem als solches nicht in Betracht kommt. Wir wollen überlegen, in welchem gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmen die Entwicklung ablaufen soll. Die Frage heißt nicht industrielle Produktion ja oder nein, sondern in welcher Form, unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielsetzungen.

spw: Landen wir dabei wieder bei Formelkompromissen? Gerade der AfA-Kongreß »Arbeit und Umwelt« in Dortmund soll ja zur Versöhnung der eher ökologie- mit den eher gewerkschaftlich-orientierten Teilen der Partei beigetragen haben — unter dem Schlagwort der »Ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft«.

von Oertzen: Wir müssen konkret werden. Also: Was bedeutet die gewerkschaftliche Forderung nach einem sozial kontrollierten Fortschritt? Oder: Wie wird der Zielkonflikt von Umweltverschmutzung durch die chemische Industrie und einem denkbaren Arbeitsplatzverlust in diesem Industriezweig gesehen? — In Dortmund hat niemand behauptet, daß man diese konkreten Konflikte dadurch vermeiden kann, daß man einfach die Ver-

söhnbarkeit von Arbeit und Umwelt behauptet. Noch entscheidender ist, daß sowohl die klassischen ökonomischen wie die ökologischen Forderungen nur durchgesetzt werden können, wenn Eingriffe in den Automatismus des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses unternommen werden. Aber wenn man sich zu diesen Eingriffen entschließt, kann man eben auch sinnvolle Kompromisse zwischen beiden Zielvorstellungen finden. Zum Beispiel durch umweltorientierte Investitionen Arbeitsplätze schaffen.

Das eigentliche Problem des Durchsetzens ökonomisch-sozialistischer wie ökologisch-sozialistischer Zielvorstellungen liegt nicht in der theoretischen Bemühung, sie miteinander zu vereinbaren, sondern darin, daß Eingriffe in die kapitalistische Produktionsstruktur erforderlich sind. Beide Tendenzen müssen sich darüber klar werden, daß solche Eingriffe erstens unvermeidlich sind; daß diese Eingriffe in die Produktionsstruktur zweitens bei den gegenwärtigen ökonomischen, sozialen, politischen Klassenverhältnissen ohne harten Kampf nicht zu haben sind.

Das heißt: Diese Reformen werden wir nicht durch gutes Zureden beim Bundesverband der Deutschen Industrie auf dem Wege des Kompromisses einhandeln. Die Frontstellung liegt also nicht zwischen den Traditionsozialdemokraten und den »grünen« Sozialdemokraten, sondern in beiden Lagern zwischen denen, die Reform *im* Kapitalismus wollen, und denjenigen, die eine Reform *des* Kapitalismus wollen, also eine Veränderung der kapitalistischen Produktionsstruktur.

spw: Die Parteilinke darf sich jedoch nicht der Illusion hingeben, daß die Parteimehrheit schon die Vergesellschaftung entscheidender Sektoren unserer Wirtschaft und eine gesamtstaatliche Rahmen-Planung akzeptiert hätte.

von Oertzen: Die Planung doch, da können wir uns auf den Orientierungsrahmen '85 berufen. Angenommen, alle dort entwickelten Instrumente gesellschaftlicher Rahmenplanung wären in die Tat umgesetzt, dann würde das eine vollständig neue Qualität der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bedeuten, die von ebenso dramatischer Bedeutung wäre, wie die Einführung keynesianischer Globalsteuerungsinstrumente im Gesetz über Stabilität und Wachstum der Großen Koalition. Wenn die strukturbestimmenden Investitionen und verteilungspolitischen Entscheidungen nicht dem blinden Mechanismus des kapitalistischen Verwertungsprozesses unterworfen bleiben, sondern sich nach politisch getroffenen, bewußten gesellschaftlichen Zielvorgaben richten, dann ist völlig klar, daß dies eine reale Vergesellschaftung der Produktion in den zentralen Bereichen bedeutet. Gesellschaftliche Verantwortung in verschiedenen Produktionsbereichen muß nicht in der Form der Enteignung und der Übernahme in veränderte Eigentumsverhältnisse vorgenommen werden.

Nehmen wir zur Begründung beispielhaft die Energiewirtschaftspolitik. Ein großer Teil der Energieversorgungsunternehmen befindet sich nicht im privaten, sondern im öffentlichen Eigentum. Das ändert an der zutiefst sinnwidrigen und kapitalistisch orientierten Tendenz der Energiepolitik offenbar überhaupt nichts. Was wir also erstens bräuchten, wäre eine an den Gesamtinteressen ausgerichtete, gesetzlich fixierte und zentrale Lenkung der Energiewirtschaft. Diese könnte durchgesetzt werden ohne Änderung der Eigentumstitel und Rechtsform der Energieversorgungsunternehmen. Es mag andere Gebiete geben, wo das nicht der Fall ist.

Als zweites brauchen wir Auflagen für alle jene Produktionsformen, die sich direkt oder indirekt auf die Ökologie auswirken. Das bedeutet praktisch eine — an den Gesamtinteressen orientierte — direkte Investitionslenkung: durch Verbote, Auflagen und Stand-

ortentscheidungen sowie Genehmigungsverfahren große Industrieunternehmen zu zwingen, in der Investitionspolitik etwas anderes als das zu machen, was sie vorhatten. Damit entzieht man ihnen einen Teil ihrer privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die einer gesellschaftlichen Institution übertragen wird. Dies ist ein Stück realer Vergesellschaftung, ohne daß man dieses Unternehmen enteignen müßte.

Drittens ist an zwei Stellen der direkte Eingriff in die bisherige Eigentumsstruktur zu diskutieren. Zunächst haben wir zur Kenntnis zu nehmen, daß in zunehmendem Maße — gerade in den Krisenbranchen — das Eigentum und die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zur Disposition gestellt werden müssen. Wir werden uns in der Programmdiskussion intensiv mit den Vergesellschaftungsbeschlüssen der IG Metall für die deutsche Stahlindustrie beschäftigen. Ich hätte keine Schwierigkeiten, diese Forderungen in ein sozialdemokratisches Programm aufzunehmen.

Dann sollten wir die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur überbetrieblichen Mitbestimmung berücksichtigen, mit konkreten regionalen, nationalen oder branchenspezifischen Befugnissen. Damit ginge die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel — sei es durch Kontrollen, Auflagen, eine qualifizierte Berichtspflicht — auf Wirtschafts- und Sozialräte über. Auch von daher kämen wir — ohne große Vergesellschaftungsdebatte mit langen Sozialisierungs- oder Verstaatlichungskatalogen — zu Strukturen, die in der Praxis auf die Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt hinausliefen.

spw: Wo sind denn hier noch Unterschiede zu den Reformvorstellungen aus der Ära Brandt?

von Oertzen: Eingriffe in die Produktionsstruktur sind in der Ära Brandt weder diskutiert noch ernsthaft beabsichtigt gewesen. Überbetriebliche Mitbestimmung war die ganze Zeit ein Tabu. Die Investitionslenkung war — mit Ausnahme der Debatte über den Orientierungsrahmen '85 ebenfalls ausgeklammert. Und von dem, was dann im OR beschlossen wurde, ist überhaupt nichts gemacht worden. Die Beschlüsse zur Neuordnung der Energiewirtschaft sind ebenfalls nicht umgesetzt worden. Größeren Teilen der Partei ist dies in den letzten drei Jahren bewußt geworden. Aber die Erkenntnis, daß wir die ökologischen und die ökonomischen Probleme — ich denke an die Dauerarbeitslosigkeit — nur durch Eingriffe in den Mechanismus des kapitalistischen Verwertungsprozesses und im Kampf gegen die organisierte Interessenvertretung des Kapitals lösen können, ist in der Partei keineswegs Mehrheitsauffassung. Und die Gefahr, daß die skizzierten Problemstellungen bei den nächsten Parteitag wieder mit Formelkompromissen zugedeckt werden, ist sehr groß. Wobei die Hauptgefahr ist, daß sogenannte »Linke« auf diese Formelkompromisse reinfallen, während Erkenntnisse von eher »rechts« stehenden, an den Gewerkschaften orientierten Sozialdemokraten teilweise weitergehen als das, was in halblinken, ökologisch angehauchten Kreisen der Partei diskutiert wird.

spw: Bloße Verstaatlichung ist nicht sinnvoll. Was mich jedoch nicht überzeugt, ist Dein Gedanke, daß sich die gesellschaftliche Rahmenplanung nur als Auflagenpolitik konkretisiert. Wird denn Deines Erachtens selbst diese Auflagenpolitik vom Kapital akzeptiert?

von Oertzen: Akzeptiert in dem Sinne, daß es freundlich begrüßt wird, sicherlich nicht, akzeptieren kann aber auch heißen: hinnehmen — hinnehmen, ohne daß es zu sozialen oder politischen Spannungen kommt, die die gesamte Gesellschaft bedrohen. Ein Problem ist eine allgemeine innenpolitische Mobilisierung von den kleinsten bis zu den größten Produktionsmitteleigentümern, die zu einer dauernden, erbitterten Auseinandersetzung mit einer progressiven Regierung führen würde. Das brächte eine außerordentliche

Polarisierung der Klassen und wäre nicht wünschenswert. Dies könnte vermieden werden, indem man nicht primär die Eigentumstitel angreift. Der Verzicht auf das generelle Aufwerfen der Eigentumsfrage gibt die Möglichkeit, die gesellschaftlichen Konflikte auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren.

Dann müssen wir die außenwirtschaftliche Absicherung betrachten, das allerschwierigste Problem. Es gibt rechtliche Hindernisse — im Rahmen der EG — und taktische. Eine Veränderung der sozialdemokratischen Politik im antikapitalistischen Sinne — ich rede bewußt nicht von sozialistisch — kann von den außenpolitischen Machtverhältnissen nicht getrennt werden. Nur wenn es gelingt, gleichgerichtete (wirtschafts-)politische und außenpolitische Tendenzen in Westeuropa zu einem koordinierten Handeln gegenüber den Vereinigten Staaten zu bewegen, wird eine solche Politik eine Chance haben. Denn die dabei aufkommenden wirtschafts- und handelspolitischen Konflikte werden sogleich auf die außenpolitische Ebene transportiert. Ohne die Bereitschaft, mit dem NATO-Partner USA harte Konflikte zu riskieren, wird es eine veränderte Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik nicht geben.

spw: Als eine auch international wesentliche Krisendimension gilt die Entwicklung der sogenannten Dritten Welt. Welche Chance gibst Du jenen SPD-Wirtschaftspolitikern, die die Krisenmomente über eine aggressive Exportoffensive lösen möchten?

von Oertzen: Es gibt eine Tendenz innerhalb der nicht dezidiert antikapitalistischen Wirtschaftspolitiker der SPD — unter dem Stichwort »Modernisierung der Volkswirtschaft« —, die objektiv auf eine Verstärkung der weiteren Exportabhängigkeit hinausläuft. Dies wäre nur auf dem Rücken der sogenannten Dritten Welt und der weniger fortgeschrittenen kapitalistischen Länder möglich. Darin liegt eine absurde Fehlspekulation: denn eine solche Politik müßte langfristig zum endgültigen Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems führen. Denn die sogenannte Dritte Welt und die Schwellenländer würden sich weiter verschulden müssen. Dieser Weg ist nicht gangbar.

spw: Von Dir liegen Vorschläge für einen »politisch-ökonomischen Minimalkonsens« vor, der auf kürzere Sicht breite Teile der Linken handlungsfähig machen soll. Was sind die Eckpunkte?

von Oertzen: Mir geht es darum, daß jenseits von Unterschieden in der krisentheoretischen und kapitalismuskritischen Analyse eine Wirtschaftspolitik formuliert wird, die die Krisenfolgen der kapitalistischen Wirtschaft dämpfen und der krisenverschärfenden Politik der Konservativen wirksam entgegenzutreten kann. Dadurch sollen verbesserte gesellschaftliche Machtverhältnisse für den weiteren Kampf gegen den Kapitalismus erreicht werden. Hierzu gehört eine Politik der Stärkung der Binnennachfrage durch Stabilisierung der Massenkaukraft einerseits und andererseits gehören dazu sofortige — wenn auch begrenzte — Eingriffe in die Produktionsstruktur. Es hat sich herausgestellt, daß sich darauf linke Theoretiker aller Richtungen — einschließlich von sozialistisch orientierten Ökologen — innerhalb und außerhalb der SPD einigen können.

Konkret inhaltlich gehören dazu:

- die Neuordnung der Energiewirtschaft, einschließlich der Schaffung von Möglichkeiten für den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb der nächsten vier Jahre, die radikale Absage an jeden Einstieg in die Plutoniumwirtschaft;
- das Konzept »Sondervermögen Arbeit und Umwelt« ausbauen, d.h. die Verkopplung von gezielten Beschäftigungsprogrammen mit ökologischen Maßnahmen;
- ein gezieltes Programm zur Bekämpfung der Ausbildungsnot der Jugend;

— Arbeitszeitverkürzung — hierzu gehört auch die Neufassung der Arbeitszeitordnung. Wir müssen weiterhin die investive Verwendung der unternehmerischen Erträge fördern und die spekulative Verwendung dieses Kapitals verhindern. Ob die schwedischen Arbeitnehmerfonds hierfür ein denkbare Modell sind, ist noch nicht diskutiert.

Ich will auch hier nochmals betonen: Außenpolitische Fragen sind für die Durchsetzbarkeit einer solchen Programmatik zentral. Die BRD, insofern sie (oder Westeuropa) sich derzeit in außen-, sicherheits- und rüstungspolitischer Sicht und im Verhältnis zur sogenannten Dritten Welt als unselbständige Hilfstruppe der Vereinigten Staaten definiert, ist zu einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wende außerstande. Die Frage ist also, ob die Entwicklung und Durchsetzung einer unabhängigen Politik Westeuropas zwischen den Blöcken gelingt, wobei ich die Frage der NATO-Zugehörigkeit überhaupt nicht zur Diskussion stelle. Gerade eine veränderte Außenwirtschaftspolitik gegenüber den Ländern der sogenannten Dritten Welt wird nur über harte Konflikte mit der Politik der USA — und unter Umständen auch mit der UdSSR — möglich sein. Meine Vorstellung von der Unterstützung der sozialrevolutionären blockfreien Staaten sowie der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen schließt jede denkbare Hilfe ein, auch die militärische.

spw: Das Konzept des politisch-ökonomischen Minimalkonsens' bewegt sich innerhalb der Logik der kapitalistischen Wirtschaft. Wie aber hängt diese Politik mit der übergreifenden Perspektive der sozialistischen Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse zusammen?

von Oertzen: Das Konzept des politisch-ökonomischen Minimalkonsens' kann nur ein Bestandteil der Politik von Sozialisten in der SPD sein. Eine Politik, die den Reformspielraum innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft — sowohl wirtschafts- wie außenpolitisch — voll ausschöpft, führt notwendig zu Frontstellungen, in deren Konsequenz der nächste und der übernächste Schritt über die sowieso nicht genau definierbaren Grenzen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinausführt.

Die Diskussion über die weiterreichenden Perspektiven muß in der Partei geführt werden. Diese Diskussion kann nicht in vollem Umfang in das Grundsatzprogramm einfließen. Ich werde jedoch dafür kämpfen, daß im Grundsatzprogramm wenigstens im Kern Aussagen enthalten sein werden, die die prinzipielle und vollständige Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine sozialistische Wirtschaft zum Inhalt haben.

spw: Deutlicher als das Godesberger Programm?

von Oertzen: Weit deutlicher als das Godesberger Programm. Die sozialdemokratische Linke darf sich in diesem prinzipiellen Punkt nicht auf Formelkompromisse einlassen.

spw: Inwieweit siehst Du Deine Anforderungen an ein neues und politisch orientierungsfähiges Grundsatzprogramm in dem Papier der Kommissionsmitglieder *Rappe* und *Steinkühler* berücksichtigt? Welche Bedeutung wird es Deiner Meinung nach in der Partei und der Programmdiskussion haben?

von Oertzen: Die politische Bedeutung dieses Papieres ist sehr groß, insofern es die prinzipielle Vereinbarkeit ökologischer und ökonomischer Zielsetzungen feststellt und der Forderung nach Wachstum um jeden Preis eine Absage erteilt. Die konkreten wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Papieres bedürfen allerdings noch weiterer Diskussion und Präzisierung.

Frank Heidenreich und *Klaus-Peter Wolf* führten das Gespräch für *spw*.

»Sie will ... sich als etwas Neues darstellen.«

Lucien Sève (ZK des PCF) über LePen und die politischen Rechte in Frankreich

spw: Wie beurteilen französische Kommunisten die Renaissance der extremen Rechten und die Naissance der »Nouvelle Droite«, der sogenannten »Neuen Rechten«?

Sève: Wir beobachten sehr genau und sehr ernsthaft, was sich auf der politischen Rechten entwickelt. Die Masse der Franzosen war 1981 sehr hoffnungsvoll, was die Linksregierung anbetraf, und sie ist unbestritten enttäuscht worden. Dies ist eine schlimme Situation.

Die Rechte, ich nehme sie jetzt einmal als Ganzes, hat versucht, die Enttäuschung weiter Teile der französischen Bevölkerung aufzugreifen. Sie will dabei nicht einfach auf alte Ideen zurückgreifen, sondern sich *als etwas Neues* darstellen. Es war der Rechten klar, daß man ihr Giscard d'Estaing so schnell nicht wieder abnehmen würde. Die Rechte versucht, Reagansche Politik zu betreiben, aber sie kopiert Reagan nicht einfach. Ihre Themen, die Klagen über zu viel Staat, die demagogische Herauskehrung des Individuums, die Verteufelung der Sozialisierung und die Glorifizierung der Privatisierung, des Privaten schlechthin, sind auf französische Verhältnisse zugeschnitten.

Sie hat sich *das Individuum* zum Thema gemacht und gibt vor, es gegen die *Vermassung* zu schützen, die sie den Menschen als Konsequenz sozialistischer Politik hinstellt; sie trifft dabei auf reale Bedürfnisse. Nehmen wir nur das Beispiel der staatlichen Schule: Die Rechte prangert sie an und verurteilt sie, natürlich ohne zu erwähnen, daß *sie selbst* für deren jahrzehntelange Benachteiligung gegenüber den privaten Schulen politisch verantwortlich ist. Oder das Beispiel der Nationalisierung: Auch hier greift die Rechte geschickt einen objektiven Mißstand auf, denn die Nationalisierung wurde von der Linken nicht wirklich mit Leben gefüllt.

Die Linke — wir, die Kommunisten, müssen der Bevölkerung das Gefühl, das Wissen zurückgeben, daß *wir* es sind, denen die allseitige Entwicklung jedes Individuums am Herzen liegt, und daß der Sozialismus die einzige Gesellschaftsform ist, die diese Entwicklung des Individuums ermöglicht.

Zum Phänomen LePen: Ich glaube nicht, daß es sich hier um eine isolierte Erscheinung, um ein neues Auftauchen des französischen Faschismus handelt; ich denke, eine solche Annahme beruht auf einem Irrtum. Viel mehr muß LePen, muß der »Front National« als ein Resultat der Politik der gemäßigten Rechten angesehen werden, als ein von ihr begünstigter politischer Faktor. Es waren die bürgerlichen Parteien, die die wilde Einwanderung ermöglicht haben, die Destabilisierung unserer Arbeitervorstädte, die die Massenarbeitslosigkeit geschaffen, die die Unsicherheit in allen Bereichen zu verantworten haben — alles Faktoren, die die Masse der Bevölkerung betreffen. Das heißt, die Rechte hat sich das Fundament für den Aufstieg des Rassismus selbst geschaffen.

Was wir bei unserer großen Sorge einschränkend festhalten können, ist die Tatsache, daß nahezu keine kommunistischen Wähler in das Lager LePens übergewechselt sind. Die Wählerschaft des »Front National« rekrutiert sich im wesentlichen aus rechten Gruppierungen und Zentristen sowie zu immerhin mehr als 20% aus sozialistischen Wählern; nur etwas mehr als ein Prozent stammt aus PCF-Kreisen. Ich glaube nicht, daß LePen und der FN eine eigenständige politische Zukunft haben, sie spielen eher eine Rolle im Kalkül der »gemäßigten« Rechten. Diese nämlich, und Jacques Chirac macht sich nicht schlecht dabei, wird sich zu profilieren suchen als ein etwas zivilisierterer Verfechter der rechtsradika-

len Forderungen, um die momentane Wählerschaft der extremen Rechten zu integrieren. Denn deren Forderungen greifen ja zum Teil reale Bedürfnisse, Probleme und Fragen auf. Die »liberale Alternative« wollen Chirac und die Gaullisten (RPR) darstellen.

Zusammengefaßt: Ich glaube, man darf die Wahlerfolge des »Front National« nicht isoliert sehen, nicht als neofaschistisches Phänomen an sich. Vielmehr sind sie als Nebenprodukt einer Situation zu beurteilen, für die die rechten Parteien insgesamt verantwortlich sind. Wichtig und entscheidend ist die Frage, wie weit RPR und UDF in dieser Entwicklung in der Lage sein werden, die extreme Rechte zu integrieren und im gleichem Zuge neue Wählerschichten zu binden — beispielsweise sozialistischer Couleur.

spw: Wie muß in diesem Zusammenhang die »Neue Rechte« beurteilt werden?

Sève: Die ideologischen Zirkel der »Nouvelle Droite«, die sich gerne einen klassischen Anstrich gibt, spielen uneingeschränkt das Spiel der extremen Rechten. Sie treffen sicherlich — nehmen wir das Thema eines neofaschistischen Europa — auf einen gewissen Interessentenkreis, aber dies scheint mir nicht entscheidend.

Wichtiger ist es zu beobachten, wie die »Nouvelle Droite« als Ideenproduzent der extremen Rechten wiederum in den Bereichen auftritt, wie sie im Bewußtsein der von der Krise betroffenen Bevölkerung auf reale Bedürfnisse trifft und einen wahren Kern in ihren Aussagen birgt. Ich denke an die Schlagworte: »Zuviel Staat« oder »Alles dem Individuum«.

Mit dieser antietatistischen und proindividualistischen Offensive trifft die Rechte auf das Interesse vieler, die von der technologischen Entwicklung und den sozialen Einschränkungen betroffen sind. Den Anonymisierungstendenzen unserer Gesellschaft, der Massenarbeitslosigkeit und der allgemeinen sozialen Deformation durch die Krise setzt die Rechte die Demagogie ihrer angeblichen »Werte« entgegen: die Familie, die Pflege des Persönlichen, des Privaten, das Leben in kleineren Kollektiven, die Intensivierung zwischenmenschlicher Beziehungen. Abgesehen von der Glorifizierung des »Privaten« — hier stehen klare wirtschaftliche Erwägungen im Kalkül (Entsozialisierungspläne und die weitgehende Privatisierung kommunaler Aufgaben) —, müssen wir hier den Versuch der Vereinnahmung von Positionen der Arbeiterbewegung feststellen. Hiermit kann die Rechte aber nur erfolgreich sein, weil uns die Arbeiter zur Zeit kein Vertrauen schenken, weil wir einen Großteil unserer Wähler von 1981 enttäuscht haben.

spw: Muß denn in der Bevölkerung nicht rasch der eklatante Widerspruch zwischen der von Ihnen aufgezeigten Demagogie und den realen Konsequenzen, bleiben wir bei dem Problem der »Privatisierung«, für den Einzelnen deutlich werden?

Sève: Die Rechte, dies muß man den obigen Ausführungen hinzufügen, argumentiert in der Frage des Privaten nicht offen: Da ist zwar die Rede von der neuen Individualität, die nur durch die Überwindung der Vermassung und der nivellierenden Auswirkungen des Staates erreicht werden kann; sie läßt ihre Klientel aber in Unkenntnis darüber, daß gerade die Re-Privatkapitalisierung, und das ist die Realität, die individuelle Entwicklung, die allseitige Bildung und Ausbildung des Individuums verunmöglicht. Hier muß die Linke ansetzen.

Wir müssen kämpfen für eine andere Konzeption, in der das Private wirklich eine andere, zweite Seite der Entwicklung des Individuums ist, die wichtige Fragen der Gegenwart auf sich zieht: Wie und was produzieren? Welche Perspektive für unsere Gesellschaft? Welche Entwicklung für unsere Dörfer und Städte? Welcher Platz für die Kultur, für die Schule, für die lebenslange Bildung (»formation permanente«)? — Ich glaube, daß hier unsere Hauptfront gegen die Rechte liegen muß, ohne daß wir darüber jedoch die klass-

ischen Themen vernachlässigen dürfen: den Rassismus den Antisemitismus etc. Nur dürfen wir nicht den ideologischen Hintergrund dieser Themen übersehen.

spw: Wie ist das Verhältnis zwischen der Gruppe RPR/UDF und der extremen Rechten zu beurteilen?

Sève: Es handelt sich um eine Art Arbeitsteilung, ich denke jedoch: provisorischer Art. Die konservativen Parteien der ehemaligen Parlamentsmehrheit (Majorité) genießen auch heute das uneingeschränkte Vertrauen des französischen Kapitals und werden sich keine Konkurrenten auf der Rechten erwachsen lassen. Die Arbeitsteilung sieht vor, daß der »Front National« neben seinem kleinen Sympathisantenstamm sowohl die Unzufriedenen und Krisenver zweifelten der Jahre 1981 und folgende bindet als auch die ehemaligen RPR- und UDF-Stammwähler, die die desaströse Politik der 70er Jahre zwar nicht vergessen können, aber dennoch auf der politischen Rechten geblieben sind.

Schon heute sehen wir die Bemühungen Chiracs um die FN-Wählerschaft, seine Versuche, sich als »moderate, liberale Rechte« anzubieten. Dabei hat die Rechte insgesamt die Wahlen 1986 und 1988 im Blick. Sie (und das hinter ihr stehende Patronat) wird alles daransetzen, die Krise und ihre Auswirkungen bis dahin zu verschärfen, denn für diese Politik ist in den Augen der Bevölkerung die Linke verantwortlich zu machen. — Ist die Rechte erst einmal wieder an der Macht, wird es Jahrzehnte dauern, bis die Linke wieder eine Chance haben wird ...

Johannes M. Becker (Marburg) führte das Interview für spw.

Berichte

Armin Frohmann

Zwischen »Großmeistern« und »Barfußhistorikern«

Geschichte in der Demokratischen Gesellschaft —

Tagung der Historischen Kommission der SPD vom 28.2. bis 1.3.1985 in Bonn

Die Partei hatte gerufen und — fast — alle waren gekommen. Die vor drei Jahren ins Leben gerufene Historische Kommission der SPD veranstaltete im Ollenhauer-Haus eine Tagung, die erste ihrer Art. Die Resonanz war weit größer als erwartet. Hatte man mit 80 bis 90 Teilnehmern gerechnet, so mußten im Endeffekt 360 Leute untergebracht werden, darunter — mit wenigen Ausnahmen — die gesamte »erste Garde« der sozialdemokratischen Historikerschaft. Die zweitägige Veranstaltung war in drei Themenbereiche unterteilt, zu denen jeweils eine Podiumsdiskussion mit anschließender Publikumsbeteiligung stattfand: »Geschichte in der Schule«, »Stehen wir vor einer neuen Polarisierung des Geschichtsbildes in der Bundesrepublik Deutschland?« und »Geschichte und demokratische Identität«.

Diese Themen haben auf den ersten Blick eine ausgesprochen gummiartige Konsistenz, dies lag jedoch im Charakter der Veranstaltung gegründet. Sie war Reaktion und Suche, politisch, auf die konservative »Wende«, fachlich, auf den »Paradigmenwechsel«, Reaktion aber auch auf ein steigendes Interesse an Geschichte in der Bevölkerung, auf Geschichtswerkstätten und »Barfußhistoriker«; Suche nach einem gemeinsamen Standpunkt und der Möglichkeit, gegen eine Entwicklung anzugehen, die *Helga Grebing* so ausdrückte: »Erst haben sie uns die Grundwerte geklaut, nun wollen sie auch noch die Geschichte.«

Was die Partei dazu bewogen hatte, diese Tagung anzugehen und massiv zu unterstützen, materiell und mit hochkarätigem Personal (immerhin hielt *Johannes Rau* eine längere Rede, *Peter Glotz* moderierte eine Podiumsdiskussion und beim abendlichen Empfang in der Landesvertretung von NRW hatte *Hans-Jochen Vogel* einen kurzen Auftritt), das skizzierte *Susanne Müller*, die Vorsitzende der Historischen Kommission, in ihrer Einführung: erstens das schon erwähnte in weiten Kreisen der Gesellschaft zunehmend sich artikulierende Interesse an Geschichte, zweitens ein defizitäres Verhältnis der Partei zur Geschichte, sowohl zu ihrer eigenen Geschichte, zur Geschichte der Arbeiterbewegung insgesamt, als auch zur Geschichte und zur Vermittlung von Geschichte in ihrer Totalität.

Diese »Schwierigkeiten mit der Geschichte« hob auch *Rolf Schörken* in seinem Einleitungsreferat heraus. Geschichte — gefaßt als Forschung und Vermittlung, also Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht — sei in ihrer historischen Tradition immer von einer ausgeprägten Fremdheit gegenüber der Arbeiterbewegung und ihrer politisch-organisatorischen Ausdrücke, vor allem also der Sozialdemokratie, geprägt gewesen. Solange die Geschichte sich in den Händen »hochkonservativer Großmeister« befand, hatte diese Fremdheit im Umkehrschluß das Verhältnis der Sozialdemokratie bestimmt, um so mehr als mit den Fächern Sozialkunde und Politik ein Instrument zur Verfügung stand, welches sowohl vom methodischen Aufbau als von der inhaltlichen Ausrichtung her sozialdemokratischen Vorstellungen weit eher entsprach. So sei es im schulischen Bereich zu einer »Domänenaufteilung« gekommen, hier Sozialdemokratie und Sozialkunde, dort Konservative und Geschichte, eine Tatsache, die sich im Verhalten der jeweiligen Kultusbürokratien nachhaltig bemerkbar machte.

Die Sitzung am nächsten Tag eröffnete *Johannes Rau* mit einer Rede über »Sozialdemokratie und Geschichte«. Der erste Teil der Rede war ein knapper Durchgang durch die Geschichte der Sozialdemokratie, von der Aufbauphase über geschichtliches Sendungsbewußtsein und revolutionären Attentismus bis zum »theoretischen Sieg des Reformismus« in der Nachkriegszeit. Den Verlust an Geschichte, das Verdrängen der Vergangenheit in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft interpretierte Rau als Reflex auf die »Diskreditierung« der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus. Geschichte verlor ihre identitäts- und sinnstiftende Funktion — gerade für die Sozialdemokratie, deren vulgärmarxistisch-optimistisches Geschichtsbild durch den Nationalsozialismus und die Entwicklung in der Sowjetunion buchstäblich in Scherben gegangen war. So prägten technokratischer Erneuerungswille und ahistorischer Progressismus in erster Linie das politische Erscheinungsbild der SPD. Und — wie Rau selbstkritisch hinzufügte — nicht alles, was sich damals als Fortschritt gerierte, bedeutete ein Mehr an sozialer und individueller Selbstbestimmung.

Auf *Johannes Rau* folgte der mit Abstand interessanteste Beitrag dieser Tagung, ein Referat von *Hans Mommsen*, der »Allzweckwaffe der sozialdemokratischen Historikerschaft«. Er sah das zentrale Problem darin, daß eine erhöhte und für sich zu begrüßende Geschichtssensibilität in der Bevölkerung auf sinnstiftende Angebote seitens der Konservativen trifft, in denen versucht wird, einerseits die sich verstärkenden Diversifikationen in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft, andererseits die in der ökonomischen Krisensituation klarer zu Tage tretenden Antagonismen »im nationalen Brei einzukochen«. Es werde versucht, an den deutschen Staatsgedanken und die nationalstaatliche Tradition des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen, zur »Normalität« der deutschen Geschichte zurückzukehren [man denke in diesem Kontext an die jüngsten Aussagen von Arthur Burns und Heinrich Lummer. Anm. d. Verf.], über den Ruf nach einer unversehrten deutschen Geschichte in einer moralischen Abwehr gegenüber dem »Betriebsunfall« des Nationalsozialismus verharren zu können und eine politische Analyse endgültig zu den Akten zu legen.

Dieses »Projekt« des Sich-wieder-Einreihens in eine staatspolitische Kontinuität Deutschlands läßt sich exemplarisch festmachen an Ausstellungen, wie die zu den Stauern oder zu Preußen, an geplanten Objekten, wie den »Häusern deutscher Geschichte«, und an der staatlichen Finanzierungspolitik bei historischen Projekten (Ostpreußisches Landesmuseum, Schlesisches Museum, Panzermuseum bei Münster etc.). Doch dieses staatlich verordnete Geschichtsbild funktioniert in praxi noch nicht. Die Konservativen würden — so meint jedenfalls *Mommsen* — in veralteten Schlachtreihen kämpfen. Zwar wäre die einschneidende Zäsur der deutschen Geschichte für die Nachkriegsgeneration in die historische Kontinuität zurückgerückt, eine historisch-politische Normalität, die Unbefangenheit im Umgang mit Geschichte, drücke sich jedoch in regional-, gruppen- oder geschlechtsspezifischen Projekten aus, in Untersuchungen über Arbeit und Alltag, über den Zugang zu Geschichte im Ort, im Betrieb, im Haushalt, in der Geschichte von Organisation und politischer Aktion, Repression und Widerstand.

Mommsen postulierte entschieden einen »schleichenden Paradigmenwechsel«, eine, über die Treibriemen Umweltschutz- und Friedensbewegung und die Erfahrung begrenzter ökonomischer Ressourcen fortschreitende Loslösung von dem für die Grundströmungen des Liberalismus und Sozialismus verbindlichen Fortschrittsbegriff und die Preisgabe idealistisch geprägter historischer Verläufe. So rückt für *Mommsen* »Identität von der Ebene der Großformation auf die Ebene von Lebensgeschichte«. Das an dieser Stelle be-

findliche partizipatorische Potential steht in einer Ambivalenz von Rückzugstendenzen und bewußt sozialemanzipatorischem Handeln und kann nur durch eine Modifikation und teilweise Aufgabe planifikatorischer Tendenzen in den Parteien und Gewerkschaften für eine Form von linkem Projekt gewonnen werden. Eine Reaktion wie die der SPD in Weimar, in der in solcher Situation der Weg der »nationalen Rücksichtnahme« gewählt wurde, sei verhängnisvoll.

In der folgenden Diskussion forderte *Rudolf von Thadden*, daß gerade in diesen Fragen der Dialog der Linken auf europäischer Ebene gesucht werden müsse und man in bezug auf die Konservativen einer offenen Polarisierung nicht ausweichen solle: »Nicht die Linken müssen Angst vor der Geschichte haben, sondern die Rechten!« *Herrmann Weber* charakterisierte die regierungsamtliche Debatte um den 8. Mai als einen Versuch, sich nachträglich in die Reihe der Siegermächte einzuschleichen, *Detlef Hoffmann* verwies nochmals anhand von mehreren Beispielen aus dem Bereich von Museen auf die Klitterung und Reparatur eines beschädigten Geschichtsbildes. Die neue Qualität der elektronischen Medien in der Vermittlung von vulgär verkürzten historischen Klischees stellte *Freimut Duve* heraus. Man schaue nur in die Vereinigten Staaten, wo — massiv und sehr erfolgreich — mit dem Wechsel von einem einigermaßen konsistenten Geschichtsbild zu historizistischen Versatzstücken Politik gemacht wird.

Die dritte Runde — Geschichte und demokratische Identität — brachte im Prinzip nichts Neues. Man debattierte über die Behandlung des 8. Mai, ansonsten wiederholten sich — mit einer Ausnahme — die Topoi der beiden Vorrunden: das »Identitätenbündel«, die »konkurrierenden Identitäten«, das sozialdemokratische »Geschichtspotential«, die Kritik an der konservativen Exkulpation deutscher Geschichte, die leichtere Vermittelbarkeit »einfacher Wahrheiten« und historischer Glorie gegenüber komplizierten und leidensvermittelnden Geschichtsbildern, die Charakterisierung deutscher Nachkriegsgeschichte als einer Geschichte der »großen Fluchten«, das Problem der Verkoppelung von Mikro- und Makrohistorie. Die Ausnahme war die Thematisierung der »Auflösung sozialdemokratischer Identität nach '45« (*Manfred Dammeyer*), also die auch von der Partei bewußt betriebene Auflösung des sozialdemokratischen Vereinswesens, die Aufgabe einer spezifischen Kultur der Arbeiterbewegung, der Weg weg von der »Gegenkultur« im Zuge der Entwicklung der SPD zur »Volkspartei«. *Lutz Niethammer* verortete den Grund dafür in der Realisierung des Faktums, daß diejenigen, die im Nationalsozialismus widerständig gewesen waren, eine Minderheit darstellten. Daher konnte eine neue Orientierung angeboten werden, aber keine Restrukturierung und damit einhergehende Aufarbeitung der eigenen Geschichte. In der Behandlung und Einschätzung dieser Frage ist jedoch innerhalb der SPD das letzte Wort noch nicht gefallen.

Fazit: In vielem bot diese Tagung der Sozialdemokratischen Historiker ein der Situation der Partei frappant ähnliches Bild. Es bewegt sich was — ganz ohne Zweifel. Man will aus der Defensive heraus, in die man spätestens mit Beginn der Achtziger Jahre gegliitten ist. War die fachwissenschaftliche Diskussion in den Siebzigern — zwar nie ausschließlich, aber doch tonangebend — von Auffassungen beherrscht, die sich unter den Stichworten »kritische Geschichtswissenschaft« und »Geschichte als historische Sozialwissenschaft« fassen lassen, so setzte zu diesem Zeitpunkt etwas ein, das Mommsen 1981 in der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« von einem Paradigmenwechsel sprechen ließ. Konzentrierte sich Wahrnehmung und Kritik Anfang der Achtziger Jahre auf die konservative Tendenzwende innerhalb der Historikerzunft, so brachten die letzten Jahre in rasanter Entwicklung eine neue »Frontlinie« hervor: Geschichte von unten, Lokalgeschichte, Frau-

engeschichte, Spurensuche, Geschichtswerkstätten, den »roten Großvater«, Alltagsgeschichte, Geschichte zum Anfassen. Damit hat man seine Schwierigkeiten. Weniger mit den Themen, die Geschichte des Volkes wurde schon von sozialdemokratischen Historikern untersucht, als es den Begriff der »Geschichtswerkstatt« noch gar nicht gab, aber die Form, in der da die Laien »in Geschichte machen«, ist suspekt. Die Partei hat damit weniger Schwierigkeiten, aber auch großangelegte Projekte wie »Geschichte entdecken im Ortsverein« (was bundesweit propagiert wird) oder hohe Affinität und Engagement mancher Jusos zu und in Geschichtswerkstätten und -projekten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß deren Klientel nicht gerade genuin sozialdemokratisch ist. Ein weiterer Standpunkt wurde auf der Tagung deutlich: Es gab zwar keine homogene, klar definierte und verortete Position der sozialdemokratischen Historiker, man hing irgendwo zwischen den beiden Polen, der Geschichte der »hochkonservativen Großmeister« einerseits, der »Barfußhistoriker« andererseits. Ein Konsens, wo die »Hauptkampflinie« verläuft, war jedoch da. Als *Kurt Sontheimer* postulierte, der politische Hegemonieverlust der SPD sei begründet durch die Störung des demokratischen Bildes durch die Linken, durch zuviel Basisdemokratie u.ä., schwankte die spärliche Reaktion darauf zwischen milder Empörung und Belustigung.

Hillevi Burmester und Britta Ernst

Schwierige Gehversuche auf einem neuen Feld

Juso-Frauenkongreß vom 26. bis 28. April 1985 in Köln

Seit auf dem letzten Bundeskongreß die Quotierung für die Juso-Organisation beschlossen wurde, hat die Frauenpolitik einen großen Schritt aus den Frauengruppen und -kommissionen heraus getan. Auch das Interesse von Juso-Männern, was sich bei den Frauen eigentlich so tut, hat seitdem zugenommen und schlägt sich in den Bezirken wie Hannover und Berlin (West) auch darin nieder, daß Frauenanträge nicht nur beschlossen, sondern sogar vorher diskutiert werden.

Für den ersten bundesweiten Frauenkongreß von Jungsozialistinnen und Jungsozialisten lagen bereits eine Woche vor Beginn mehr als zweihundert Anmeldungen vor, gekommen waren über dreihundert Frauen. Das war wohl mehr als die Organisator/inn/en erwartet hatten, denn der Saal, in dem am Freitagabend die Podiumsdiskussion statt fand, platzte aus allen Nähten. In dieser Diskussion sollten Frauen aus verschiedenen Richtungen der Frauenbewegung über die Frage debattieren, wie weit die Frauenbewegung ihren Leitspruch »Das Private ist politisch« in die Tat umsetzen konnte, wie weit sich Frauen in die Politik einmischen. Zu dieser Diskussion war auch *Anja Meulenbelt* eingeladen, eine der profiliertesten Vertreterinnen der sozialistisch-feministischen Richtung. Ihre Absage bedeutete, daß der Podiumsdiskussion ein wichtiges Element fehlte, für das kein Ersatz geschaffen wurde. So prallten in der Diskussion die Meinungen der Vertreterinnen, die aus der gewerkschaftlichen Arbeit kommen, mit denen von Frauen aus der autonomen Bewegung hart zusammen. Entsprechend unterschiedlich wurde die Situation der Frauen beschrieben: Während die eine Seite die arbeitslose Sozialhilfeempfängerin, die zwar gerne

heiraten und Kinder kriegen will, sie sich aber nicht leisten kann, zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu machen schien, bewegten sich die anderen im Rahmen der Möglichkeiten einer Frau, die, gut situiert und berufstätig, sich nicht in die Familienstrukturen pressen lassen will.

Einig waren sich die Frauen darin, daß Frauen nicht mehr alles hinnehmen, sondern sich gemeinsam gegen Lohndiskriminierung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, gegen Sozialabbau und Gewalt gegen Frauen wehren. Frauen versuchen, alternativ zu den Familienstrukturen ihr Leben und Arbeiten zu organisieren. Deutlich wird das u.a. an dem Bild, das sich Frauen von den Formen ihres späteren Lebens machen, daran, daß Frauen immer mehr Wert auf eine gute Ausbildung und Berufstätigkeit legen und auch daran, daß Frauen immer stärker und stimmungsgewaltiger Positionen in politischen Organisationen fordern und besetzen.

Streitpunkt der Diskussion war, ob ein Gebärstreik Druckmittel der Frauenbewegung in der politischen Auseinandersetzung — so u.a. *Vera Konieczka* — sein kann. Anders als zwischen Jungsozialistinnen bisher schon möglich, konnten an diesem Abend die Positionen, für die Erwerbstätigkeit Voraussetzung für alle weiteren Schritte ist, mit denen, die auch heute schon wollen, daß Frauen sich nicht in die herrschenden patriarchalen Strukturen einpassen, nicht miteinander vereinbart werden.

Besser wurde diese Schwierigkeit in den Arbeitsgruppen am Sonnabend gemeistert. Hier war es möglich, die Abhängigkeit von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Familienstrukturen, wie sie sich im konkreten Frauenleben bedingen, zusammenzufassen. Durch die Arbeitsgruppen war dies der erste Juso-Kongreß, auf dem der weibliche Lebenszusammenhang im Mittelpunkt der Diskussion stand. So als weiblich angesehene Bereiche wie Liebe und Emotionalität, hier allerdings im politischen Alltag, standen ebenso zur Debatte, wie Schule, Arbeitslosigkeit, Gleichstellung, die Situation der Lesben und Gewalt gegen Frauen. Besonders erwähnenswert ist, daß dies der erste Juso-Kongreß war, auf dem Lesben eine Möglichkeit hatten, sich zu treffen und Überlegungen zu machen, wie sie es erreichen können, zwischen ihnen besseren Kontakt herzustellen und von den Juso-Frauen akzeptiert zu werden.

Nicht überall gab es greifbare Ergebnisse. Hauptsächlich wurde eine Situationsbeschreibung durch das gesammelte Wissen der Frauen — Teilnehmerinnen und Referentinnen — geleistet. Wie ein lila Faden zogen sich durch die Strategiediskussionen die Elemente Aufklärung, Zusammenschluß und gemeinsamer Kampf. Gemeinsam kämpfen gegen Strukturen, die Frauen von der politischen Arbeit abhalten, die sie mit ihren sogenannten privaten Problemen allein lassen.

Die Abschlufdiskussion, die unter dem Motto des Kongresses »Feminismus als sozialistische Utopie« stand, kam leider nicht über die Arbeitsgruppenberichte und allgemeine Kritik an dem Kongreß hinaus. Die Diskussionen über Marxismus/Feminismus, die in vielen Bezirken bereits voll im Gang sind, waren in den Beiträgen nicht wieder zu erkennen. Es liegen also noch Aufgaben genug für uns Jungsozialistinnen bereit, so daß Themen für den nächsten Kongreß nicht lange gesucht werden müssen.

Franziska Brunkhorst-Albers und Jürgen Gleske

Erstes »Neuland-Gespräch« des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe Bielefeld am 8. und 9. März 1985

Viele der drängenden Probleme der »Dritten Welt« lassen sich auf die ökonomischen Abhängigkeiten und deren Folgen zurückführen: Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion stagniert; die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist sogar rückläufig; die registrierte Arbeitslosigkeit allein in den Städten liegt bei 450 Millionen mit steigender Tendenz; die Umweltzerstörung hat gigantische Ausmaße angenommen; Hunger, Verelendung, Militarisierung, Repression und Gewalt, Krieg und Bürgerkrieg nehmen zu und führen nicht zwangsläufig zu antiimperialistisch oder sozialistisch orientierten Revolutionen, sondern bewirken häufig jahrelange Machtkämpfe verschiedener Gruppen.

So düster sehen die Visionen vieler Wissenschaftler aus, die sich mit Fragen der Weltwirtschaft beschäftigen. Auch *Otto Kreye*, *Jürgen Heinrich*, *Alexander Schubert*, *Detlev Albers* und *André Gunder Frank* machten da keine Ausnahme, als sie ihre Analysen in Bielefeld vortrugen. Der SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe organisiert im Zuge der Diskussion um eine neues Grundsatzprogramm der SPD eine Reihe von Seminaren im »Haus Neuland«, die unter dem Namen »Neuland-Gespräche« stattfinden. Themen und Termine der nächsten Seminare finden sich am Ende dieses Artikels.

Das erste »Neuland-Gespräch« fand am 8. und 9. März 1985 mit dem Thema »*Die Dritte Welt und wir — Sozialdemokratische Schritte zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung*« statt, *Otto Kreye* vom Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen stellte in seinem Referat »*Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft*« die wirtschaftliche und soziale Lage in der Dritten Welt dar, deren historische Ursachen sowie drei gegenwärtig erkennbare Modelle zur politischen »Lösung« der Probleme. Das erste, anschaulich als »God-Father-Theorie« bezeichnet, beruht darauf, die gegenwärtigen Nord-Süd-Strukturen unangetastet zu lassen und etwa ausbrechende Länder mit Destabilisierung zu bedrohen. Die Länder sollen nach Möglichkeit »reintegriert« werden. Kreye nannte als Beispiel die Politik des Westens gegenüber Cuba und Grenada. Ein zweites Modell nannte Kreye »Globaler Keynesianismus«, das uns aus Vorschlägen der Brandt-Kommission etwa mit der Forderung eines Netto-Transfers von der Ersten in die Dritte Welt bekannt ist. Dieses Modell verfolgt nach Kreye eine systemimmanente Lösung, die in der Realität aber im Unterschied zum ersten nicht praktiziert wird. Als drittes Modell beschrieb Kreye Befreiungsbewegungen und Emanzipationsversuche in Ländern der Dritten Welt selbst: Nicaragua, Burma, Zimbabwe.

Katrin Fuchs, MdB aus Gütersloh, belegte die »*Militarisierung der Dritten Welt*« zunächst mit den Zahlen der weltweiten Rüstungsausgaben, mit denen sie klar machte, daß es »keine Entwicklungschancen für die Dritte Welt ohne Abrüstung« gebe. Die Rolle der BRD beschrieb Fuchs als zumindest zwielfichtig: Es gibt keine offiziellen Zahlen über Rüstungsexporte, doch nach SIPRI nimmt die Bundesrepublik in der Rangliste der Rüstungsexporture den dritten oder vierten Platz ein (nach USA, UdSSR und evtl. Frankreich).

*Klaus Thüsing*s Kurzbeitrag zur »*Nicht-kapitalistischen Entwicklung am Beispiel Kuba*« veranschaulichte das, was *Otto Kreye* am Schluß seines Beitrags als Weg einzelner Dritte-Welt-Länder angedeutet hatte. Thüsing machte deutlich, daß die Entwicklung Cubas nicht autonom, sondern in Kooperation mit der UdSSR läuft. Die Weltwirtschaftsbe-

ziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern insgesamt müßten auf eine ähnliche Grundlage gestellt werden wie die Beziehungen der RGW-Staaten zu Cuba, wenn die gegenwärtige Abhängigkeit und ökonomische Unterlegenheit der Entwicklungsländer verändert werden soll. Beispiel: Die RGW-Staaten nehmen cubanischen Zucker zu stabilen Preisen ab, während die Weltmarktpreise allgemein sinken.

Über »Ursachen und Lösungswege der Verschuldungskrise« referierte *Alexander Schubert* aus Berlin, dessen Studie zu diesem Thema demnächst im Suhrkamp-Verlag erscheint. Die ideologische Begründung dafür, daß Länder der Dritten Welt Kapital in Form von Krediten ins Land holten, war die in der Modernisierungstheorie fußende Erwartung, daß ein derartiger Kapital-Push in den Dritte-Welt-Ländern eine Wirtschaftsentwicklung in Gang setzen würde, die zu ständig steigenden Wachstumsraten der einzelnen Volkswirtschaften führen. Demgegenüber hielten sich die wirtschaftsstatistischen Daten nicht an die Modernisierungstheorie: Während im Zeitraum vor der massiven Kreditaufnahme die Wachstumsrate bei ca. 6,5% lag, lag sie im Zeitraum nach der Kreditaufnahme bei nur 4,5%. Entgegen den Erwartungen der Modernisierungstheoretiker stiegen die Handelsbilanzdefizite, und ebenso stieg das Volumen der Zinszahlungen und auch der Anteil der Kreditaufnahme allein zur Begleichung der fälligen Zinszahlungen.

In der Folgezeit stieg der Finanzbedarf der Dritte-Welt-Länder im Ausland und wurde durch transnationale Banken auch befriedigt, bis 1982 die Kreditgewährung abrupt abbrach. Der Grund dafür war, daß die US-Banken unfähig zur weiteren Kreditexpansion waren und selbst Kapital importieren mußten. In den 70er Jahren waren i.w. ausländische Kapitalanlagen bei US-Banken für Kredite an die Dritte-Welt-Staaten verwendet worden, die im Zuge der Dollarkrise 1978/1980 abgezogen wurden. Die US-Regierung erhöhte daraufhin die Zinssätze als Anreiz für ausländische Kapitalanleger. Betroffen von dieser Maßnahme waren vor allem die Länder der Dritten Welt: Die Preise für ihre Exportprodukte waren extrem gefallen, die Zinssätze dagegen sprunghaft angestiegen. Ausländische Kapitalanlagen in den USA wurden ab 1982 nicht mehr für Kreditfinanzierungen in der Dritten Welt, sondern für den Abbau der Leistungsbilanzdefizite der USA verwendet. Die Stabilisierungsbemühungen der Banken zur Vermeidung von Verlusten und zum Schutz vor Zusammenbrüchen bei den Gläubiger-Banken waren nichts als ein erfolgreiches Krisen-Management auf Kosten der Entwicklungsländer. Beispiel Brasilien: Im Zuge des Anpassungsprozesses an die Verschuldungskrise wurde das Exportvolumen gesteigert, konnte ein Handelsbilanzüberschuß von 6 Milliarden Dollar erzielt werden, der allein aber nur 50% der fälligen Zinszahlungen ausmachte.

Früher Kapital importierende Länder der Dritten Welt wurden zu Kapital exportierenden. Die Gläubiger-Banken verlangten meist eine Abwertung der einheimischen Währung und eine drastische Kürzung der Staatsausgaben, was wiederum zur Verteuerung der Grundnahrungsmittel oder der Verkehrsbetriebe führte, die meist subventioniert worden waren. Für die Masse der Bevölkerung macht sich die Verschuldung ihrer Staaten in einem zunehmenden Verelendungsprozeß bemerkbar.

»Lösungsweg« aus der Verschuldungskrise sind, so Schubert, eine Frage des Standpunktes. Es gibt keine allgemeine interessen-neutrale »technische« Lösung. Vom Standpunkt der Banken der Gläubiger-Länder, dem Standpunkt des Internationalen Währungsfonds aus sei die wachsende Verschuldung solange kein Problem, wie Rück- und Zinszahlungen weiterhin getätigt werden, wenn auch gestreckt über einen längeren Zeitraum oder mit geringen Abschreibungen. Die Länder der Dritten Welt werden wieder kreditwürdig, wenn nur die weltwirtschaftliche Konjunktur angeschoben und Wachstum ge-

sichert werde. Auch vom Standpunkt der Oligarchien in den Entwicklungsländern aus sei die Verschuldungskrise unproblematisch, solange ihre Lebenssituation einigermaßen stabil bleibt.

Für die große Bevölkerungsmehrheit der Dritte-Welt-Länder bedeutet dies eine trostlose Perspektive. Um sich gegen ihre weitere Verelendung zu wehren, können sich die Menschen zu revolutionären, emanzipatorischen Bewegungen organisieren, deren Erfolgchancen Schubert aber in der gegenwärtigen politischen Konjunktur gering einschätzt. Schubert erwartet ein eher anarchisches Streben verschiedener Interessengruppen in den Staaten gegeneinander. Die Analyse Schuberts wurde dann für den weiteren Verlauf des Seminars zum zentralen Anknüpfungspunkt aller weiteren Diskussionen. Jürgen Heinrichs vom Starnberger Institut steuerte noch weitere Informationen zur Diskussion unter dem Thema »Ökologie und Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt« bei, die in diesem zusammenfassenden Bericht aber weitgehend unberücksichtigt bleiben.

Folgerungen aus diesen geballten Informationen für die Programmdiskussion der SPD sollte dann eine abschließende Podiumsdiskussion zwischen Ingomar Hauchler (MdB, Harburg-Landkreis), Detlev Albers (Professor, Bremen) und André Gunder Frank (Professor, Amsterdam) formulieren. Hauchler vertrat vor allem die Auffassung, durch eine stärkere politische und wirtschaftliche Einigung Westeuropas, das sich teilweise von den Auswirkungen der US-Wirtschaftspolitik abkoppeln solle, den Dritte-Welt-Ländern durch das Angebot alternativer Handelsbeziehungen die Möglichkeit zu geben, sich vor allem von der sehr engen Abhängigkeit von den USA zu lösen. Ob dies für die Entwicklungsländer eine Wahl zwischen Pest und Cholera bleibt, da auch Westeuropa letztlich ein imperialistischer Machtblock ist, blieb beim Seminar unbeantwortet.

Aber auch Frank befürwortete Hauchlers Perspektive als wohl einzige realistische, wobei Frank gemeinsame ökonomische Interessen zwischen Westeuropa und Osteuropa ausmachte (Beispiel: Auch Strauß als politischer Vertreter des BRD-Kapitals befürwortete Kreditvergaben an die DDR). Frank nannte denn auch eine ökonomische Blockbildung West- und Osteuropas als mögliche Entwicklung. Weitere Handlungsperspektiven beurteilte er sehr pessimistisch. Er sehe nicht, so Frank an Albers gerichtet, die Totengräber des Kapitalismus in Westeuropa. Deshalb seien Perspektiven zur Einführung einer »neuen ökonomischen Logik« Hirngespinnste, politische Ideen dieser Art nannte Frank »voluntaristisch«.

Detlev Albers verteidigte sich gegenüber Frank, indem er ihm einerseits eine »ökonomische« Sichtweise vorwarf und andererseits den Anspruch formulierte, daß, wenn auch nicht aktuell von Totengräbern des Kapitalismus gesprochen werden könne, doch aber die »Menschheitsaufgaben« skizziert werden müßten.

Die Aufgaben für Sozialdemokraten in der Bundesrepublik seien konkret:

1. das »Vermittlungsproblem« hierzulande lösen, Aufklärung über das Ausmaß und die Ursachen des Elends in der Dritten Welt zu betreiben;
 2. den Gedanken der prinzipiellen Gleichberechtigung der Länder der Ersten und der Dritten Welt aufzugreifen;
 3. eine langfristige, vorausschauende internationale Gewerkschaftspolitik zu fördern, Forderungen der internationalen Solidarität schon im nationalen Rahmen zu stellen.
- Albers warf Frank und Schubert vor, nur politischen Skeptizismus zu verbreiten und keine politischen Gegenstrategien entwickeln zu helfen, was die Angesprochenen allerdings auch nicht als ihre Aufgabe ansahen.

Abschließend sei bemerkt, daß eine Fülle von Informationen geliefert wurde, wobei

vielleicht auf vorhandene Ansätze der politischen Diskussion hätte zurückgegriffen werden können. Die damalige »Westeuropa-Debatte« der Jungsozialisten bietet ebenso Anknüpfungspunkte wie die Diskussionsergebnisse mancher Juso-Fachtagungen. Auf jeden Fall aber war dieses erste von vier geplanten Treffen ein notwendiger und nicht nur für den gastgebenden Parteibeziirk wichtiger Einstieg in die Programmdiskussion mit einem Thema, das für die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen weltweiten Problemen der Rüstung, des Hungers, der Umweltzerstörung, der Unterdrückung u. a. m. und für die Ausarbeitung von sozialistischen Handlungsperspektiven von zentraler Bedeutung ist. Den weiteren Diskussionen in »Haus Neuland« ist eine zahlenmäßig noch bessere Beteiligung der Genossinnen und Genossen zu wünschen.

Nach dem »2. Neuland-Gespräch« zu »Krise und Modernisierung der Volkswirtschaft — Sozialistische Alternativen einer Neugestaltung der Arbeit«, das am 18. und 19. Mai stattfand, sind noch zwei weitere geplant:

— Ökologie und Sozialismus — Sozialdemokratische Wirtschaftsgestaltung und die Aufgaben der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

21. und 22. September 1985

— Demokratie und Wirtschaft — Der arbeitende Mensch in der Wirtschaftsgesellschaft von morgen

22. und 23. November 1985

Anmeldungen an: SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe, Arndtstr. 8, 4800 Bielefeld 1

Berthold Paschert

Die Universität zwischen Ökonomisierung und Militarisierung? — Zur Sinnkrise in den Wissenschaften

Interdisziplinärer Friedenskongreß in Münster vom 18. bis 20.1.1985

Auf den ersten Blick nichts Neues, ist doch die Friedensdiskussion aus dem Hochschulbereich nicht mehr wegzudenken. Doch der Münsteraner Kongreß, veranstaltet vom Arbeitskreis Münsteraner Wissenschaftler für Frieden und Abrüstung und vom Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, wies einige Besonderheiten auf:

1. Der Intention seiner Veranstalter zufolge sollte der Kongreß an die aktuelle Situation der Wissenschaften und der Hochschulen in der BRD anknüpfen. Im Kongreßaufruf hieß es dazu: Unter den Prioritäten der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft findet in der heutigen Wissenschaftsförderung eine Selektion und Konzentration auf bestimmte natur- und ingenieurwissenschaftliche Disziplinen statt, bestimmte Grundlagenwissenschaften werden auf Kosten anderer favorisiert. Dies deutet darauf hin, »daß die Wissenschaften immer mehr in eine Situation geraten sind, in welcher sie zu Geiseln politischer Zwecke und Erwartungen werden«.

2. Es wurde demzufolge nicht eine fachspezifische Arbeitstagung (wie die Kongresse der Naturwissenschaftler in Mainz und Göttingen oder der Mediziner in Hamburg) angeboten, sondern ein möglichst alle Hochschuldisziplinen umfassender Kongreß. Hier sollten

Naturwissenschaftler und Philosophen, Gesellschafts- und Literaturwissenschaftler, Mediziner, Historiker, Theologen usw. sich kennenlernen, ins Gespräch kommen und Ansätze zu weiterer Arbeit diskutieren.

3. Es ging auch um einen lokalen und universitätsinternen Bezug. Die historische Bedeutung Münsters als europäische Friedensstadt sollte seitens der Universität neu belebt werden. Bemängelt wurde von den Veranstaltern, daß eine der größten bundesdeutschen Hochschulen kein eigenes Friedensforschungsinstitut hat. Für eine solche Einrichtung wollte man die Uniöffentlichkeit gewinnen.

Nach der Begrüßung durch Prof. *Köhnlein* vom Veranstalterkreis — die offizielle Begrüßung durch den Rektor der Universität erfolgte erst am zweiten Tag und wohl weniger in Übereinstimmung mit der Intention des Kongresses als aus Gründen der wissenschaftlichen Reputation so mancher Teilnehmer — sprach zunächst Prof. *Hans-Peter Dürr* vom Münchener Max Planck-Institut für Kernphysik. Dürr, einstiger Mitarbeiter von Edward Teller, dem Erfinder der Wasserstoffbombe, konnte Wesentliches zu den Verflechtungen wissenschaftlicher Forschung mit der Rüstungsindustrie berichten. Wichtiger aber waren seine Ausführungen zur Kritik des technizistischen Wissenschaftsverständnisses vieler seiner Kollegen. Technokratisches Denken beinhalte zwangsläufig eine Reduktion komplexerer Wirkungszusammenhänge und führe zu unzulässigen Vereinfachungen der Wirklichkeit. Die destruktiven Erscheinungen in unserer Gegenwart seien nichts anderes als das Ergebnis dieses eindimensionalen, technizistischen Denkens. Besondere Bedeutung maß Dürr auch den Ausbau von Kontakten zu Wissenschaftlern der sozialistischen Staaten bei. Der Austausch von Forschungsergebnissen und die Kooperation in Projekten seien effiziente vertrauensbildende Maßnahmen und ein wichtiger Beitrag zum Frieden.

Der Beitrag des Westberliner Soziologen und Schriftstellers *Urs Jaeggi* blieb bei den meisten Zuhörern hinter ihren Erwartungen. Seine resignativ anmutenden Reflexionen über den »Sinnkrise der Gesellschaftswissenschaften« und über den Verlust »utopischer Energien« waren schwer nachzuvollziehen, einige Zuhörer verließen kopschüttelnd das Auditorium. Jaeggi nannte im wesentlichen zwei Gründe für die Sinnkrise: die atomare Bedrohung — Was nützen positive gesellschaftliche Utopien angesichts eines drohenden atomaren Infernos? — und die Krise der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgehe. Schließlich seien nicht erst seit Marx soziale Zukunftsentwürfe eng mit dem Arbeitsbegriff verbunden.

Zweifelsohne zu den Höhepunkten des Kongresses gehörte das Referat *Hans Jörg Sandkühlers* »Kein Friede mit der Wirklichkeit — Philosophie gegen den Krieg«. Der Bremer Philosoph schickte zwei Thesen vorweg: Erstens, eine Theorie der Wirklichkeit zu liefern, sei der Philosophie angemessen, und zweitens, mit der Wirklichkeit des Krieges kann Philosophie keinen Frieden schließen. Eine Entgegensetzung von »Begreifen der Wirklichkeit« und »Eingreifen in die Wirklichkeit« qualifizierte Sandkühler als »anti-philosophisch«. Zu den Prolegomena einer Philosophie des Friedens zählte Sandkühler das Wissen der Philosophie — ihre historisch-logische Analyse der Entwicklung des Friedensdenkens und ihre systematische Erklärung der kognitiven Bedingungen der Möglichkeit und Notwendigkeit des Friedens — und das Verhalten der Philosophen. Als Intellektuelle können die Philosophen eine aus Erfahrung, Erinnern und Wissen geborene Beziehung zur Zukunft und zum Fortschritt entwickeln helfen. Zum Schluß plädierte der Philosoph für das »Maß an Phantasie, welches notwendig ist, damit unser Wissen dem schrecklichen Zu-Spät vorausseilt«.

Am zweiten Kongreßtag wurden kriegs- und friedensstiftende Traditionen der unter-

schiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen aufgearbeitet und Beispiele für Ökonomisierungs- und Militarisierungstendenzen gezeigt. Hier vereinte sich eine Menge Sachwissen und Fachkompetenz, eine Fülle von verständlich aufbereiteten Informationen wurde geliefert und viel diskutiert. Sicherlich ist das Ausmaß an Militarisierung und Ökonomisierung in den einzelnen Fachdisziplinen unterschiedlich ausgeprägt und verschieden erfahrbar. Entsprechende Tendenzen konnten in der AG Medizin deutlich nachgewiesen werden, Stichworte hierzu sind: Katastrophenmedizin, privatwirtschaftliche Bedeutung der Gentechnologie, Aufblähung des Gesundheitswesens zu einem »Gesundheitswirtschaftssystem«. Die Sozialwissenschaftler stellten für ihre Fachdisziplin eine Ökonomisierung im Sinne ihrer Einbindung in sozialreformistische Krisenlösungsstrategien fest, mit dem Ergebnis, daß es dem Fach relativ gut geht. Greift aber ihre neo-konservative Variante, besteht die Gefahr einer Zerstörung der Infrastruktur von Forschung und Lehre, das Fach droht, zu einem Transporteur einiger weniger reaktionärer Ideologien zu verkommen. Ähnlich bei den Geschichtswissenschaften; hier sind Militarisierungsprozesse traditionell evident, man denke nur an ihre politische Inanspruchnahme für die Kriegspropaganda.

In den Naturwissenschaften waren alle Formen der Ökonomisierung und Militarisierung nachzuweisen. Einhellig war die Meinung der AG, daß ein Engagement für friedensorientierte Naturwissenschaft für die Beteiligten erhebliche Reputationsverluste und Karriere Nachteile mit sich bringt. Hinzu kommt der Zwang zur Anpassung an die Arbeitsmarktverhältnisse; die drohende Akademikerarbeitslosigkeit zwingt viele junge Studienabsolventen dazu, auch gegen ihre Einstellung in der militärischen Forschung wissenschaftlich zu arbeiten. Die Publizisten wie die Literaturwissenschaftler konstatierten militärische Implikationen und Komplizenschaften für ihr Fach, ein Eindringen von Wettbewerbsprinzipien in Forschung und Lehre sei unübersehbar. Für die Kunstwissenschaftler stand ein Ökonomisierungsdruck in Form verstärkten Interesses an »guter Form« und »ästhetischer Qualität«, zum Zwecke besserer Absetzbarkeit industrieller Produkte im Vordergrund.

Auf die Frage nach einer weiteren Arbeitsperspektive in den einzelnen Disziplinen wurden unterschiedliche Antworten gegeben. Sie reichten von Schwierigkeiten, überhaupt Möglichkeiten der Weiterarbeit zu entwickeln (wie bei den Historikern), über intensivere Selbstreflexionen (Philosophen und Theologen), verstärkte Koordinierung der Forschung (Sprach- und Literaturwissenschaften) und konkreten Forschungsprojekten (so die Publizisten zu »Krieg und Frieden in den Medien«) bis hin zur Politisierung des Faches und zu einer sinnvollen Umorientierung von Forschung und Lehre (wie bei den Natur- und Gesellschaftswissenschaften).

In der Abschlufdiskussion plädierte der Soziologe Prof. *Hans-Jürgen Krysmanski* für eine Änderung im Gesamtverhalten der Wissenschaften gegenüber Gesellschaft und Politik. Der Mut, der heute von Wissenschaftlern verlangt werden könne, sollte nicht nur die Galileische »Zivilcourage« wissenschaftsethischer Grundüberzeugungen umfassen, sondern auch ein gehöriges Maß an »Sozialcourage«: »die Bereitschaft, auf die brennenden Fragen der erwähnten qualifizierten und differenzierten Öffentlichkeit wirklich zu hören, sie als 'Forschungsaufträge' anzunehmen und daraus entwickelte Projektvorhaben offensiv durchzusetzen und mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen!«. In diesem Sinne nahm der Kongreß eine Abschlufklärung an, in der sich die Teilnehmer verpflichteten, »in Zukunft verstärkt gegen die Ökonomisierung und Militarisierung ihrer Disziplinen und für deren soziale und humanistische Ausrichtung zu arbeiten«, Vorrang für eine Forschung und Lehre zu geben, die »die Wissenschaften aus ihren ökonomischen und militärischen Fesseln befreit«.

Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: Kampffeld »Steuern«

Mit diesem Brief möchte ich auf die (fehlende) Diskussion über die Steuerpolitik hinweisen. Des guten zuviel war der Artikel in *spw* 9 (Dezember 1980) »Sozialistische Steuerpolitik« von *Frank Beckenbach*. Auf annähernd 30(!) Seiten wurden Probleme diskutiert, die nur Fachleute nachvollziehen können. Wer steuerlich unbeleckt und im Alltagsleben enorme Schwierigkeiten mit der jährlichen Steuererklärung hat, war abgeschreckt. Der Artikel war dennoch notwendig und gibt wichtige Hinweise für eine radikal zu verändernde Steuerpraxis.

Der Frankfurter Rundschau (13. März 1985) war zu entnehmen, daß *Hans Apel* — der »geknickte Verlierer« — »in den nächsten zwei Jahren die Aufgabe (hat), für seine Partei das Konzept einer sozialdemokratisch geprägten Steuerreform zu entwerfen.« — Peter Glotz stellte im SM 2/85 fest, daß die Wahlerfolge 1969 und 1972 das Resultat »eines Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Aufgeschlossenen in den Mittelschichten« war. Ein solches Bündnis wird zukünftig nur möglich sein, wenn dem auch durch steuerliche Reformvorstellungen Rechnung getragen wird.

Um glaubwürdig gegen die »Taten der Reaktion« (so der Titel einer vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre über Sozialabbau und Steuergeschenke für (Groß-)Unternehmer) vorgehen zu können, muß zuvor die eigene Regierungstätigkeit kritisch hinterfragt werden. Vielfach untergrub doch die sozialdemokratisch dominierte Bundesregierung den Damm der sozialen Sicherung (Rezeptgebührenerhöhung, Kürzung des Kindergeldes, »Bagatellverordnungen«, Kürzung der Arbeitnehmer-Sparzulage, Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, Bafög-Kürzungen, etc.).

Kleine steuerliche Vorteile für Arbeitnehmer wurden ab dem Veranlagungszeitraum 1982 durch »Ausdehnung des Progressionsvorbehaltes« auf Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Arbeitslosenhilfe ausgehebelt.

Ich habe mich darüber gefreut, daß die Partei im Fankfurter Kommunalwahlkampf im März 1985 ein Flugblatt in Massenaufgabe unters (Wahl-)Volk brachte, in dem u.a. die Entlastung der Unternehmer durch Senkung der Vermögenssteuer kritisiert wurde.

Gegen die Senkung der Vermögenssteuer zum 1.1.1977 protestierte damals wahrnehmbar nur der Bundestagsabgeordnete *Karl-Heinz Hansen*. Er formulierte auch sein »Nein zu allen Schritten, die angetan sind, den Neokolonialismus und die Ausbeutung der Dritten Welt fortzusetzen und zu unterstützen«. Trotz dieses Aufrufes trat das »Entwicklungsländersteuergesetz« in der Fassung vom 21. Mai 1979(!) in Kraft. Es sieht vor, daß Unternehmer Kapital in Ländern der Dritten Welt durch Bildung »steuerfreier Rücklagen« bis zu 100 % gewinnmindernd abschreiben können.

Vor kurzem fiel mir die Broschüre »Soziale Steuerreform — Bericht der SPD-Arbeitsgruppe (unter Vorsitz von *Rudi Arndt*, d. V.) Hessen-Süd — Vorgelegt am 10. August 1971« mit vielen — noch heute brandaktuellen — Forderungen in die Hände.

Auch das »Memorandum '84« weist auf den Seiten 162-170 auf wichtige Aspekte zu verwirklichender Steuergerechtigkeit hin.

Ich halte — auch aus meiner Praxis als Steuerfachgehilfe und Bilanzbuchhalter — das Feld »Steuern« für eines der wichtigsten Kampffelder. Marxistische Sozialdemokrat-inn-en sollten dieses so wichtige Kampffeld nicht der (Partei-)Rechten überlassen ... Selbst die Promille-Partei DKP hat auf 48 Seiten ein recht brauchbares (aber aktualisierungsbedürftiges) Steuerprogramm unter dem Titel »Herunter mit den Steuern für die arbeitende Bevölkerung — Vorschläge der DKP für eine Steuerreform mit sozialen Zielen« herausgebracht ...

Wo bleiben »unsere« Steuerberater/innen....?

Thomas Ewald (Frankfurt/Main)

Besprechungen

Lutz Niethammer (Hrsg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.« Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Dietz-Verlag Berlin/Bonn 1983

Lutz Niethammer (Hrsg.): »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.« Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Dietz-Verlag Berlin/Bonn 1983

Lothar Steinbach: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich. Dietz-Verlag, Berlin/Bonn 1984

Lutz Niethammer, Bodo Hambach, Tilman Fichter, Ulrich Borsdorf (Hrsg.): »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.« Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW. Dietz-Verlag, Berlin/Bonn 1984

Malte Ristau (Hrsg.): Identität durch Geschichte. Leitziel Emanzipation. Beiträge zur Funktion von Geschichte im politischen Bewußtsein. SP-Verlag, Marburg 1985

Manfred Gailus (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße 1830-1980. Verlag Europäische Perspektiven, Berlin 1984

Jochen Boberg, Tilman Fichter, Eckhard Gillen (Hrsg.): Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert. C. Beck, München 1984

Geschichte hat Konjunktur. Dabei werden in einigen neuen Veröffentlichungen unterschiedliche Intentionen deutlich: Sei es, daß von *rechts* die Nationalstaatllichkeit in einem Museum konserviert (wenn nicht gar erst hervorgebracht werden) soll, sei es, daß von links das Handeln — weniger das Leiden — der Menschen in der Geschichte einer meist lokalen Öffentlichkeit präsentiert wird. Diese Konjunktur schlägt sich mit einiger Verspätung auf dem Buchmarkt nieder. Es scheint an der Zeit, einige typische Beispiele vorzustellen. Arbeiten zur Alltagsgeschichte sind Gegenstand dieser Sammelrezension.

Geschichte von unten, Alltagsgeschichte und die Methode der »oral history« zur Erforschung der Lebenslage und des Bewußtseins des Volkes schienen lange Zeit fast identisch zu sein. Erstmals ist in einer umfassenden Untersuchung diese Methode von Historikern an der Universität Essen angewandt worden. Das Ergebnis sind die beiden »Niethammer«-Sammelbände (ein dritter soll folgen), in denen auf Grundlage von 200 Interviews die Erfahrungsgeschichte der Bewohner des Ruhrgebiets zwischen der Weltwirtschaftskrise und den 50er Jahren untersucht wird. Ausgehend von der Frage nach den Wurzeln des bis heute vorherrschenden sozialdemokratischen Milieus des Ruhrgebiets konstatieren die Autoren, daß — neben den starken Brüchen in der politischen Entwicklung — die Erfahrungen der Arbeiterklasse durch generations-, religions- und geschlechtsspezifische Kontinuitäten oder langfristige Trends geprägt ist (Bd. 2, S.9ff.).

Besonders eindrucksvoll ist der Nachweis in Ulrich Herberths Beitrag über die Verlaufstypen von Biographien gelungen. In einer »diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews« belegt er die These, daß Erfahrungen individueller Art sich zu kollektiven Erfahrungen abstrahieren lassen und so das Bewußtsein in einer Intensität beeinflußt wird, die sowohl unterschiedliche Reaktionen auf politische Entwicklungen möglich machen, als auch erklären, warum neben der politischen eine »individuelle Chronologie« existiert, deren Phasen nicht den Einschnitten entsprechen, mit denen wir die neuere Geschichte gliedern. Phasen von Stabilität und Instabilität im Leben der Interviewten werden konstatiert. Das Leben in den 50er Jahren beispielsweise wird auf diese Weise als Fortsetzung der Prosperitätsphase ab 1935/36 erfahren (Bd. 1, S. 82f.). Die 50er Jahre sind für die Interviewten auch keine historisch abgrenzbare Phase; die in ihnen erfahrene »Normalität« dauert

noch heute an (S. 92). Weitere Themen der beiden Bände: Frauenarbeit in Büros und zu Hause, Erfahrungen mit Fremdarbeitern, Karrierehoffnungen in den 30er und 50er Jahren, von Männern und Frauen, die Veränderungen der politischen Landschaft im Ruhrgebiet sowie die Rolle der Betriebsräte in der Nachkriegszeit und ihr Hineinwachsen in ein sozialdemokratisch geprägtes regionales Establishment.

Ganz anders dagegen Lothar Steinbachs Versuch, sich durch Interviews mit ehemaligen Nationalsozialisten der subjektiven Seite des Faschismus, der Akzeptanz und auch Begeisterung zu nähern. Steinbach stellt die Spannbreite der Einbindung in das System durch sechs Lebensläufe dar, die er teils zitiert, teils interpretiert. Die einzelnen Abschnitte sind von sehr unterschiedlicher Qualität und Aussagekraft. Immer dann, wenn der Autor über den Lebenslauf hinaus versucht, die individuellen Einstellungen zu verallgemeinern, tritt eine Affinität zu herkömmlichen Interpretationsmustern auf, die sich in den zitierten Interviewausschnitten nicht immer nachweisen lassen (z.B. S. 106ff.). Gelegentliche Fehlinterpretationen, manchmal auch ein etwas unbekümmerter Umgang mit der von den Interviewten gewählten Begrifflichkeit sind ärgerlich. Auch fehlen Erläuterungen zu Abkürzungen aus dem Bereich der militärischen Fachsprache; dagegen sind biographische Angaben zu nationalsozialistischen Politikern so getreu aufgeführt, daß man ihre Relevanz bezweifeln muß (etwa wird bei Arthur Greiser erwähnt, daß er im Juli 1940[!] Mitglied des Reichstags wurde).

Steinbach wendet sich an ein breites Publikum. Sein Buch wird u.a. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin verbreitet. Um so mehr hätte es einer sorgfältigeren Bearbeitung bedurft. Im Vorwort erwähnt der Autor seine Methoden und seine Ausgangsfragestellung; hier hätte er nicht auf Anmerkungen und einige Erläuterungen verzichten dürfen. Trotzdem ist Steinbachs Versuch, sich der gefühlsmäßigen (aber auch sachlichen) Bindung an den Nationalsozialismus zu nähern, sehr verdienstvoll. Weitere Forschungen auf diesem Gebiet sollten unbedingt folgen.

Ebenfalls nicht für die Fachwelt geschrieben wurde der von Lutz Niethammer, Bodo Hombach, Tilman Fichter und Ulrich Borsdorf herausgegebene Band *»Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst«*. In einem *»Kaleidoskop von Anregungen«* für den Leser, der seine Geschichte selbst erforschen soll, wird die Geschichte vornehmlich des Ruhrgebiets seit 1800 dargestellt. Fast fünfzig kurze Artikel und Bildfolgen geben in der Tat einen sehr umfassenden Eindruck, vor allem im Hinblick auf die Sozialgeschichte. Fotografie, mündliche Geschichte, theoretisch fundierte Aufsätze, aber auch einfach gut erzählte Geschichte sind die Stärken dieses in hoher Auflage gedruckten Buchs (1985 schon in der 2. Auflage). Zuweilen findet man ergänzendes Material zu den beiden oben genannten Bänden des Niethammer-Projekts wieder, was der Lektüre zusätzliche Spannung verleiht. Trotzdem sollen einige Schwachstellen nicht verschwiegen werden. Vereinzelt tauchen Artikel auf, die sich wie Wahlkampfmaterial der SPD lesen. Problematischer erscheint mir der Anspruch der Herausgeber, mit diesem Buch zur Eigentätigkeit der Leser herauszufordern, ohne daß im Text anhand des Quellenmaterials solche Möglichkeiten genauer beschrieben werden. Hier ist der Anspruch (Gebrauchsanleitung, S. 10) nicht eingelöst, die *»Volksgeschichte«* müssen wohl weiter die Fachhistoriker schreiben.

Diese Kritik leitet über zu der Frage nach der Wiederentdeckung der Geschichte durch die Linke in der Sozialdemokratie. Auskunft über den aktuellen Stand gibt die Broschüre: *Identität durch Geschichte*. Die beteiligten Politiker, Historiker und Didaktiker begreifen Identitätssuche als emanzipatorischen Ansatz, der — handlungsorientiert und auf einen

überschaubaren Rahmen bezogen — sowohl der Konservierung nationalstaatlicher Träume (z.B. im geplanten Berliner Geschichtsmuseum) durch die Neokonservativen entgegensteht, als auch die historische Dimension wiederbelebt, die die pragmatisch an der Modernisierungstheorie orientierten sozialdemokratischen Politiker seit Jahrzehnten vernachlässigt haben. Demokratische Identität, so der Kulturhistoriker Ruppert, bedürfte der Erinnerungsarbeit als »lebenslangen, begleitenden kulturellen Prozeß« (S. 34). Wie dieser Prozeß in der SPD umgesetzt werden soll, problematisieren Thomas Meyer und Horst Schmidt in ihren Beiträgen. Sie argumentieren vor allem im Hinblick auf die Krise der SPD. Während Meyer die Alternativbewegung unter Hinweis auf die ähnlich gelagerten sozialkritischen und emanzipatorischen Grundimpulse, die die Geschichte der frühen Sozialdemokratie bestimmten, in der Partei diskussionsfähig machen will (ist das nicht auch die vielkritisierete Legitimationsstrategie, Geschichte als Hilfsargument?), setzt Schmidt auf das aktivierende und integrierende Element, das Geschichte im Ortsverein für die Parteilarbeit und die lokale Kulturarbeit haben kann. Was fehlt, ist eine Geschichtsarbeit, die an der heutigen Gesellschaft und den Möglichkeiten ihrer Veränderung orientiert ist. Ortsvereinsgeschichte eröffnet noch keine Perspektiven.

Von der Parteilarbeit zum Aufruhr. Sechs Autoren haben sich in *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin* mit ihm beschäftigt. Beim Herausgeber mag einige Nostalgie mitschwingen, wenn er von der Wiederaneignung der Straße als »sozialer Lebenswelt« (S. III) spricht (und Straßenfeste meint). Sein Erklärungsansatz, die Unterdrückung der Exzesshaftigkeit von Unruhen im Vormärz durch die Sublimationsbemühungen (nach innen) und die Durchsetzung einer an Rationalität orientierten Disziplin (nach innen und außen) durch die Bourgeoisie ist einleuchtend. Manchmal wirken Sprache und Interpretation etwas blumig und assoziativ.

Stringenter argumentiert Lindenberger in seiner Untersuchung über die »ruhigen Jahre« nach 1848. Tumulte und Straßenschlachten aus nichtigem Anlaß in den 1860er Jahren entwickeln sich bis um die Jahrhundertwende zu Begleiterscheinungen von ansonsten zielgerichteten Aktionen der Arbeiterschaft, von Streiks beispielsweise (S. 75). Parallel zu diesem Vorgang sieht der Autor die Entwicklung der Sozialdemokratie, deren Repräsentanten sich bemühen, die »negative Integration« der Partei im Kaiserreich zu überwinden und zu diesem Zwecke die gleichen Anpassungsmechanismen, denen sie selber ausgesetzt sind, auch auf ihre Mitgliedschaft anzuwenden. Die Beiträge des Bandes reichen bis in die Jahre nach der Hausbesetzerbewegung. Informativ sind sie alle, zuweilen auch anregend provokativ (so vor allem der von Scherer). Dagegen fällt der Beitrag von Scharl über die Spätphase der Weimarer Republik ab, es bleibt weitgehend bei einer Aneinanderreihung von Straßenkämpfen; er wirkt — auch wegen einiger Fehler — etwas oberflächlich.

Zum Abschluß der Hinweis auf einen Band, der ambivalente Gefühle beim Rezensenten hervorrief. *Exerzierfeld der Moderne* ist ein opulentes Panorama über die Industrie-, Sozial- und Sittengeschichte der Stadt (Band 2 über das 20. Jahrhundert folgt). Obwohl der Preis fast dem einer Monatsmiete für eine Ein-Zimmer-Wohnung entspricht und so der Käuferkreis entsprechend festgelegt ist, kann man das Buch ob seiner Reichhaltigkeit und des oft bisher unbekanntenen Materials unbedingt empfehlen. Der Materialreichtum hat aber auch den Nachteil, daß teilweise nur noch beschrieben und dokumentiert wird, eingehende Analysen von Zusammenhängen daher fehlen. Es ist etwas von Nostalgie in diesem Band, denn die Forderung von Glaser und anderen, daß die Industriekultur zu einer aktivierenden *histoire totale* werden solle, ist im Hinblick auf das »Aktivierende« nicht erfüllt. Ist Industriekultur nur noch »Denkmalspflege einer untergehenden Epoche«? An-

regungen für ein Leben voller Forscherarbeit oder Grundlage für Genuß an mindestens vier Wochendenden?

Es wurde hier schon wiederholt nach der Möglichkeit zur Anwendung gefragt, Geschichte als prozeßhafte, Eigenaktivität fördernde kulturelle Aneignung begriffen. Alle hier besprochenen Publikationen erheben für sich den Anspruch einer emanzipatorischen Beschäftigung mit der Vergangenheit. Sie zeigen verschiedene Wege auf, aber es entsteht der Eindruck, als ob man sich über die Umsetzung noch zu wenig Gedanken gemacht habe.

Andreas Ludwig (Berlin/West)

Lern- und Arbeitsbuch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Darstellung — Chroniken — Dokumente, hrsg. von einer Projektgruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3 Bde. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984 (zus. 1730 S., br., 49,80 DM)

Der »Kampf um die Köpfe« gewinnt zusehends an Brisanz. Die Wiederentdeckung der Geschichte ist zugleich Hegemonie- und Legitimationskampf. Wer hat die besseren Argumente? Mit welchen Absichten kann man aus der Geschichte lernen? Wie werden Niederlagen verarbeitet? Nach zahlreichen, bei uns allerdings in der Regel kaum registrierten Veröffentlichungen aus der DDR erreichen uns jetzt jene Bücher aus den Verlagen J.H.W. Dietz und Neue Gesellschaft, die in Form wissenschaftlicher Darstellungen handbuchartig wichtige Etappen der Arbeiterbewegung dokumentieren. Neben Klotzbachs Darstellung der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 liegt nun Heinrich August Winklers Abhandlung über die erste Etappe der Weimarer Republik vor. Weitere Bände werden diese von Gerhard A. Ritter betreute Reihe so ergänzen, daß wir demnächst auf eine Gesamtdarstellung der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1933 zurückgreifen können. Wer ergreift die Gelegenheit, diese Gesamtreihe mit den acht Bänden der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED zu vergleichen? Dietz-Ost gegen Dietz-West: Welche Chance nicht nur für Historiker, unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten kennenzulernen und überprüfen zu können. Eine solche Möglichkeit eröffnet wenigstens ansatzweise das jüngst vorgelegte Lern- und Arbeitsbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hier haben in einem Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, das mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wurde, sich Historiker zusammengefunden, die der Sozialdemokratie nahestehen und durch zahlreiche Veröffentlichungen als Experten ausgewiesen sind. Dem zunehmenden Interesse an der Sozialgeschichte auch in Seminaren und Bildungsveranstaltungen wollen diese Bände nachkommen. Sie präsentieren übersichtlich gegliederte Bausteine, die die Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Bildungsarbeit erleichtern. Sinnvolle Hinweise zur Benutzung des Lern- und Arbeitsbuches verstärken diese Intention.

Transparent und auch für Laien nachvollziehbar wird der Zugang zu zentralen Fragestellungen einer Geschichtsschreibung erläutert. Die eigene Position, die allgemeinen Lernziele der Friedrich-Ebert-Stiftung für die politische Bildungsarbeit werden dabei keinesfalls ausgeklammert, sondern mit politischen Intentionen und geschichtsdidaktischen Lernzielen eng verknüpft (vgl. dazu die Einführungs- und Orientierungstexte, Bd. I, S. 13ff.). Die Zusammenstellung der Arbeitsmittel, der zahlreichen Filme, Tonbildreihen und Diaserien zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Bd. I, S. 45-90) dürfte in dieser Vollständigkeit und Gedrängtheit für viele eine unentbehrliche Hilfe in der Bildungsarbeit sein.

Was in den Dokumenten exemplarisch an Legendenbildung und Ansätzen kritischer Forschung vorgestellt wird, gleicht einem Muster, an dem die Gesamtdarstellung sinnvoll gemessen werden kann (vgl. Bd. I, S. 91ff.). Um es vorwegzunehmen: Dieser Anspruch kann trotz des starken Umfangs nicht durchgehalten werden. Dazu sind nicht nur die Gegenstände zu kontrovers, sondern auch die Auswahlprinzipien der Autoren zu unterschiedlich. Das Fehlen eines kritischen Überblicks über den historischen Prozeß erweist sich bei dem Umfang der Detailanalysen als Nachteil. Eine mehr stromlinienförmige Darstellung der Sozialdemokratie dominiert, die Brüche in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung werden nicht immer zur Kenntnis genommen. Insbesondere dort, wo es um Grundsatzentscheidungen und systematische Überblicksdarstellungen geht, fehlen in der Regel unterschiedliche Positionen und Interpretationsmöglichkeiten.

Zu selten wird die in der Einleitung thematisierte Chance wahrgenommen, mit differenzierteren, teilweise kontroversen Urteilen Lernprozesse in Gang zu setzen. Musterbeispiele für solche differenzierteren Zugänge liefern im dritten Band die Kontroversen von *Michael Scholing* mit *Susanne Miller* über die Einschätzung der Regierungsbeteiligung der SPD (III, 523ff.) und *Wolfgang Krumbeins* kritischer Kommentar zu den Bausteinen über die Rolle von SPD und Gewerkschaften nach 1945. *Hans-Josef Steinbergs* kritischer Kommentar zu *Georg Fülberths* Darstellung der KPD/DKP nach 1945 dagegen bleibt zu pauschal. Hier hätte gerade eine intensivere Durchdringung der Problematik dazu beitragen können, einen von Vorurteilen beherrschten Bereich in der Bildungsarbeit von Verkrampfungen zu entlasten, zumal der allzu vorsichtige Beitrag von Fülberth in der Tat viele Fragen eher verdrängt als aufdeckt. Solche Verkrampfungen sind auch in 'einigen der Darstellungen nicht zu übersehen, die sich ansonsten durch eine hohe Qualität und Souveränität auszeichnen. Warum *Jürgen Kocka* in seinen Beiträgen über die ökonomische und soziale Entwicklung im Deutschland des 19. Jahrhunderts und über die Voraussetzungen der Entstehung der Arbeiterbewegung es eher vermeidet, wichtige Veröffentlichungen aus der DDR zu zitieren, muß gerade diejenigen verwundern, die Kockas differenzierte sozialgeschichtliche Darstellung über die Arbeiterschaft und die Geschichte der Arbeiterbewegung schätzen. Hartmus Zwahrns gewichtige Arbeit über die Konstituierung des Leipziger Proletariats als Klasse erscheint z.B. nur in einer Fußnote (Band I, 52, Nr. 28). Kuczynskis 38 Bände über die Lage der Arbeiterschaft unter dem Kapitalismus werden von Kocka vorgestellt als »weiterhin wertvolle, aber einseitige Darstellungen« (Bd. I, 51, Fußnote 25). *Michael Schneider* wertet dagegen den Band 5 des Monumentalwerkes von Kuczynski in dem Beitrag über die ökonomische und soziale Entwicklung der Weimarer Republik als »Teilband einer großangelegten Darstellung der wirtschaftlichen und speziell der sozialen Entwicklung in Deutschland, mit zahlreichen Statistiken im Text; als Nachschlagewerk geeignet« (Bd. II, 367).

Die meisten Autoren verzichten überhaupt darauf, Standardwerke aus der DDR zu zitieren. *Steinberg* hebt in seinem ansonsten souverän geschriebenen Beitrag über die deutsche Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg wohl Cora Stephans Arbeit hervor. Auf das Zitieren von Fricks »Deutscher Arbeiterbewegung von 1869 bis 1914« glaubt er dagegen verzichten zu können. Steckt hinter solchen Verdrängungen eine politische Intention? Erlaubt der bei allen unterschiedlichen Ansätzen in den drei Bänden dominierende Pluralismus der Begründungsmöglichkeiten des demokratischen Sozialismus nach Godesberg keinen Rückgriff mehr auf marxistische Tradition?

In den drei Bänden selbst gibt es dafür ein interessantes Gegenbeispiel: *Peter von Oertzen* wendet sich im dritten Band gegen den »weltanschaulichen Pluralismus« und »gegen

das pluralistische Begründungsverständnis« in *Thomas Meyers* Beitrag über die theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie. Gegen die »verengte, teilweise objektiv falsche Interpretation von Marx und Engels« plädiert Oertzen vor dem Hintergrund ungelöster Probleme des Kapitalismus für eine marxistische Erneuerung, zumal »Elemente der ursprünglich sozialistischen (vor allem, aber keineswegs nur: marxistischen) Theorie und Programmatik für die Beantwortung aktueller politischer Fragen wieder bedeutsam« werden (III, 58ff.).

In den drei Bänden des Lern- und Arbeitsbuches gibt es neben knappen übersichtlichen Darstellungen und problemorientierten Interpretationen zahlreiche Überraschungen. Diese sind wohl eher darauf zurückzuführen, daß die Autoren die heutige Politik der Sozialdemokratie historisch einzuordnen versuchen und sich weniger darum bemühen, historische Traditionen in ihrer eigentlichen politischen Bedeutung einzuschätzen. Daß der religiöse Sozialismus und der ethische Sozialismus im zweiten Band einen hervorragenden Platz erhalten und so zum Zurückdrängen der Marxismus-Tradition in der SPD beitragen, ist ein solches Beispiel. Daß das kulturelle Leben in der Arbeiterbewegung sich nach den vorliegenden Beiträgen allein in der Sozialdemokratie abgespielt haben soll (vgl. III, 317ff.), ist ein Versäumnis und Ärgernis, das sich auch für andere Bereiche wiederholt (z.B. Jugend- und Frauenbewegung). Hier hätte eine offene Selbstbeschränkung gut getan. Denn in der Tat geht es in den drei Bänden weniger um eine Gesamtdarstellung der deutschen Arbeiterbewegung, sondern vielmehr und vornehmlich um die Darstellung der einst und heute dominierenden Hauptrichtung innerhalb des sozialdemokratischen Teils der Arbeiterbewegung.

Jörg Wollenberg (Bremen)

Coassin-Spiegel, Hermes: Gramsci und Althusser. Eine Kritik der Althusser'schen Rezeption von Gramscis Philosophie. Argument-Verlag, Berlin (West) 1983

(258 S., br., 26,— DM)

Ein Titel, der eine interessante Lektüre verspricht, die durch ihn geweckten Erwartungen jedoch, das sei vorweggenommen, nicht einlöst, bildet den Auftakt einer neuen Reihe, der »Edition Philosophie und Sozialwissenschaften«, im Argument-Verlag. Diese Reihe steht jedem offen, wobei die Autoren selbst die Druckkosten tragen (vgl. *Das Argument* 146, 1984). Wer sich nun eine produktive Anknüpfung an die seit den 70er Jahren von der bundesdeutschen Linken betriebene Aneignung Gramscis und Althusser's erhofft, wird zu seiner Enttäuschung feststellen müssen, daß die von beiden Autoren gerade auf dem Gebiet der Staats- und Ideologietheorie ausgegangenen Impulse in der vorliegenden Studie nicht einmal untergründig spürbar sind. Anstatt das sachliche Konfliktpotential auf diesen Sektoren zum Anlaß einer Konfrontation zu nehmen, verlagert der Verfasser die Auseinandersetzung auf das Terrain steriler philosophischer Grundlegendendiskussion, das freilich auch, wie eine genaue Lektüre zeigt, seine Tücken haben kann.

Coassin-Spiegels Arbeit ist dreiteilig angelegt, ergänzt um einen Anhang zu Hegel. Ausgehend von der problematischen Annahme eines systematischen Stimmigkeit der »Quaderni del carcere« (vgl. 17), untersucht ein erster Teil die ontologischen und erkenntnistheoretischen Voraussetzungen Gramscis. Bezugspunkte sind dabei der Objektivitätsbegriff und die praktische Bedingtheit menschlicher Erkenntnis. Es gelingt dem Verfasser zwar, die doppelte Frontstellung Gramscis gegen Positivismus und Spekulation hervorzuheben, bei genauerem Hinsehen aber zeigt sich, daß Gramscis Projekt einer »'dialektischen', jenseits von Materialismus und Idealismus diskutierten Marxismus-Konzeption« (19) kaum jene Einheitlichkeit besitzt, die der Verfasser unterstellt. Wo alle Unschärfen

und Zwiespältigkeiten als bloß scheinbare ausgegeben werden (vgl. 29, 85), entsteht der Verdacht, Gramscis Werk bilde nicht eine wichtige theoretische Baustelle, sondern lediglich einen beliebig exploitierbaren Steinbruch.

Der um einen längeren Abschnitt über Benedetto Croce ergänzten Profilierung Gramscis folgt die Darstellung der Althusserschen Position. Deren »partielle Richtigkeit« (108) wird eingeräumt, allerdings nur insoweit, als sie sich nicht auf Hegel oder gar Gramsci erstreckt. Coassin-Spiegels Arbeit mündet in der Kritik, Althussers Verabschiedung Hegelscher Begriffe führe zur »Leugnung von Geschichte als solcher« (140). Der Verschärfung dieser Kritik dient der dritte Teil, in dem »substantielle Gemeinsamkeiten« (217) Althussers mit Diltheys Historismus und dem Zeitbegriff der Heideggerschen Existentialontologie nachgewiesen werden sollen. Übereinstimmungen sieht der Verfasser in der Preisgabe von wissenschaftlicher Objektivität und »diachronische(r) Zeitdimension« (175), so daß Althussers Theorie am Ende als »agnostische(r) Relativismus historistischer Prägung« (226) erscheint. Einmal unterstellt, die geäußerten Vorwürfe seien beweiskräftig: Welcher Erkenntnisgewinn wäre damit verbunden? Daß man Althusser zu meiden, Gramsci hingegen fleißig zu beerben habe? Die »Antworten«, die der Verfasser gibt, taugen jedenfalls nicht zur Zuspitzung der von Gramsci und Althusser aufgeworfenen Probleme und Fragen, eher schon zu Brechstangen im ideologischen Kampf. Ohne verkennen zu wollen, daß sich Coassin-Spiegels Zugriff angesichts der philosophischen »Überdeterminierung« der Arbeiten Gramscis und Althussers partiell rechtfertigen läßt, der »Streit um die wissenschaftliche Reichweite des Marxismus« (11), in den der Verfasser direkt eingreifen beansprucht, hätte andere begriffliche Mittel und sachliche Schwerpunkte erfordert.

Peter Körte (Münster)

Sybille Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi — Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1983 (295 S., br., 48,- DM)

Paul Levi war Antityp, Antityp ebenso zum Gewerkschafts- und Parteibeamten wie zum Berufsrevolutionär, kein Theoretiker, aber ein für deutsche Verhältnisse auffallend klarer Analytiker, ein glänzender politischer Schriftsteller und in seinen besten Stunden ein Redner von dantonschem Format. Er stammte aus einer bürgerlichen (jüdisch-schwäbischen) Familie, die dem 1883 in Hechingen geborenen Sohn das Jurastudium in Berlin und Grenoble ermöglichte. Schon als Schüler war er Sozialist; aber auch das Stuttgarter Landgericht besuchte der Zwölfjährige schon regelmäßig, so daß bereits damals »sozialistische Politik« und »Justiz« als Gravitationspunkte seines Lebens erkennbar wurden. Entscheidender Wendepunkt seiner Biographie war die Begegnung mit Rosa Luxemburg. 1913 wählte die Sprecherin der revolutionären Sozialdemokraten den noch ziemlich jungen Advokaten zum Verteidiger in ihren Antimilitarismusprozessen.

Diese Tatsachen waren bereits seit Jahren und Jahrzehnten allgemein bekannt. Was erst seit dem vorliegenden Buch veröffentlicht wird, ist: Paul Levi war nicht nur Rosa Luxemburgs Anwalt, nicht nur ihr Schüler und ihr Freund, sondern auch ihr Geliebter. Die Liebesbeziehung zwischen den beiden dauerte wohl bis 1914; sie ist von Sybille Quack einfühlsam beschrieben und in 50 bisher unveröffentlichten Briefen Rosa Luxemburgs an Levi dokumentiert worden. Die Dokumentation macht deutlich, wie falsch die Trennung von Rosa Luxemburgs Person in »privat« und »politisch« ist, die durch bisherige Briefeditionen nahegelegt werden konnte. Den Hauptteil des Buches nimmt allerdings nicht der Abdruck der Luxemburg-Briefe ein, sondern eine konzentrierte Biographie Paul Levis.

Die schicksalhafte Berührung mit Rosa Luxemburg verschaffte Levi gleichsam einen Lehrgang in politischer Agitation und gab ihm Anschauungsunterricht in preußisch-deutschem Militarismus und Nationalismus. Selbstverständlich wurde er Mitglied der Gruppe »Internationale« und Mitbegründer der KPD. Mit Luxemburg und Liebknecht trat er beim Gründungsparteitag der KPD 1918/19 für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein, mit ihnen wurde er überstimmt. Nach einer Abrechnung mit »Zentralisierung, Bolschewisierung, Parteipolizei« ging Levi 1922 zur Sozialdemokratie zurück — nicht als Konvertit wie Ernst Reuter und andere, sondern als »radikaler Linker«, der wiederkam, wie er die Partei verlassen hatte. Er wurde Herausgeber etwa von Luxemburgs Schrift zur russischen Revolution wie auch einer Zeitschrift (»Sozialistische Politik und Wirtschaft«), in deren Tradition die heutige *spw* stehen will. Am Anfang seines politischen Lebens hatte Rosa Luxemburg so gestanden wie an seinem Ende. Ein Jahr vor seinem Tod im Jahre 1930 bekam Levi die Gelegenheit, aus dem Prozeß wegen Beleidigung des Reichsanwalts Jorns ein Verfahren gegen diesen Beschützer der Luxemburg-Mörder zu machen. Levi machte dieser Symbolfigur des Weimarer Rechtsterrorismus den Prozeß: »Der Fall Jorns und Liebknecht-Luxemburg, das war das Proton Pseudos, das war der erste Fall, in dem Mörder mordeten und wußten, die Gerichte versagen. Da begann jener schauerliche Zug von Toten ...« (26)

Volker Gransow (Bielefeld/Berlin)

Adler, Max, Ausgewählte Schriften. Österreichischer Bundesverlag, Wien 1981
(510 S., Ln., 79,80 DM)

Mozetič, Gerald (Hrsg.), Austromarxistische Positionen. Verlag Böhlau, Wien / Köln / Graz 1983 (519 S., Ln., 80,- DM)

Die Diskussion um die theoretischen Überlieferungen des Austromarxismus muß seit längerem ohne eine vernünftige, allgemein zugängliche Textbasis zu erschwinglichen Preisen auskommen. Die Textsammlung von Sandkühler/de la Vega bei EVA aus dem Jahre 1970 ist lange vergriffen, ein Ende der 70er Jahre bei Campus angekündigter Band ist nie erschienen. Preiswerte noch lieferbare Ausgaben von Schriften *Otto Bauers* liegen so gut wie nicht vor (Ausnahme: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Löcker und Wögenstein). Die neunbändige Werkausgabe ist mit 130 DM pro Band unerschwinglich. Von *Max Adler* sind ebenfalls nur noch wenige Arbeiten erhältlich, allerdings gleichfalls zu kräftigen Preisen (Ausnahme: Politische oder soziale Demokratie, »tribüne-Buch«, Wien 1982). Daher ist es zunächst zu begrüßen, daß mit den beiden genannten Bänden versucht wird, einen Teil dieser Lücken zu schließen. Allerdings sind beide wiederum so überaus teuer kalkuliert, daß es schon deswegen schwer fällt, sie zur Anschaffung zu empfehlen.

Mozetič verfolgt mit der Herausgabe einer Textsammlung die Absicht, »den insgesamt eher vernachlässigten wissenschaftlichen Austromarxismus in den Vordergrund zu rücken« (9). Er setzt dies bewußt von allen bisherigen Rezeptionsversuchen ab, in denen er bei allen Unterschieden in der politischen Einstellung hauptsächlich Anstrengungen sieht, Wert oder Unwert der politischen Strategie des Austromarxismus herauszuarbeiten. Seine Einleitung macht das Problematische der eigenen Herangehensweise deutlich: Das Gemeinsame der »austromarxistischen Schule« faßt er in »Marxismus als Methode« (10), als »soziologische Wissenschaft« (12) und als »Anti-Materialismus in der Erkenntnistheorie« (13). Diesen Kategorien kann man nur begrenzt zustimmen. Sie decken in dieser Verallgemeinerung die unterschiedlichen Ansätze und Wandlungen der einzelnen austromarxistischen Theoretiker in philosophisch-erkenntnistheoretischen Fragen zu. Wie schwierig und problematisch zugleich es ist, die philosophischen Fragestellungen von den jeweiligen poli-

tischen bzw. historischen und sozialökonomischen Positionsbestimmungen zu trennen, zeigt Mozetič selbst, wenn er dieser erkenntnistheoretischen Einordnung eine bloße Wiedergabe der verschiedenen Rezeptionsansätze folgen läßt. Ärgerlich wird man schließlich dann, wenn man in dieser — notwendigerweise knapp gehaltenen — Einleitung mehr über (falsche) biographische und bibliographische Daten in anderen Werken erfährt als darüber, was die austromarxistische Schule kennzeichnet, was u.a. das heutige Rezeptionsinteresse ausmacht oder wie die jeweiligen Texte historisch einzuordnen sind.

Auch wenn der Herausgeber in der Erläuterung zur Textauswahl nochmals darauf hinweist, daß er nur am Anspruch gemessen werden will, den wissenschaftlichen Austromarxismus repräsentativ vorzustellen (28), kann sich eine Kritik auch der Textzusammenstellung nicht darauf beschränken. Unweigerlich gerät der Band hier in die selbstgelegten Fallstricke, zeigt der Schwerpunktbereich »Politik und Ökonomie«, daß die vom Herausgeber gewählte Trennung von Wissenschaft und Politik fragwürdig bleibt. Sie muß es deshalb, weil an keiner Stelle untersucht wird, ob die in dem Band repräsentierten Autoren diese Trennung selbst für notwendig erachtet haben.

So weist auch die Textauswahl Stärken und Schwächen auf. Die Stärken zeigen sich immer da, wo der Versuch gemacht wird, politische und wissenschaftliche Kontroversen (zumeist aus der Zeitschrift »Der Kampf«) im Zusammenhang wiederzugeben. Dies ist der Fall in den Teilen »Marxismus als Wissenschaft« mit Aufsätzen von Renner, Max Adler, Pollack und Bauer aus dem Jahre 1928, sowie der Kontroverse um die Theorie vom »Gleichgewicht der Klassenkräfte« aus dem Jahre 1924 mit Aufsätzen von Kelsen, Bauer und Otto Leichter. Einen guten Überblick über die unterschiedlichen philosophischen Ansätze im Austromarxismus gibt der Teil »Empiriekritizismus, Materialismus, Neukantianismus«, der aber sinnvoll durch den Kampf-Artikel Bauers über Max Adler aus dem Jahre 1937 hätte ergänzt werden können und sollen.

Zum Bereich »Politik« wird es dann eher kunterbunt. Der Kontroverse zum »Gleichgewicht der Klassenkräfte« schließt sich ein Teil einer Broschüre Max Adlers aus dem Jahre 1919 über »Demokratie und Räteystem« an, ohne daß der zeitgeschichtliche Rahmen dieser zentralen Frage deutlich würde. Ihm folgt ein Artikel Friedrich Adlers von 1926, der auf eine völlig andere Broschüre Max Adlers (»Politische oder soziale Demokratie«) Bezug nimmt. Über deren Inhalt erfährt der Leser aus erster Hand nichts. Genauso beziehungslos folgt ein Artikel Renners von 1932, der »deutlich machen (soll), wie Renners vielgerühmter Realismus die Gefahr des Nationalsozialismus wenige Wochen vor Hitlers Machtübernahme beurteilte« (25).

Zum Bereich »Ökonomie« vermerkt der Herausgeber selbst, daß »der Ökonom des Austromarxismus, Rudolf Hilferding, zu kurz« kommt (26). Von ihm gibt es einen Aufsatz aus dem Jahre 1931 sowie — im letzten Teil — einen von 1940 über »das historische Problem«. Ungeklärt bleibt, bis zu welchem Zeitpunkt Hilferding eigentlich als führender Ökonom des Austromarxismus bezeichnet werden kann. Schließlich bezog sich sein Wirken bald ausschließlich auf die deutsche Sozialdemokratie, deckten sich seine politischen Positionen in vielem nicht mehr mit denen der österreichischen Partei. Ohne diese Klärung ist es nicht möglich, seinen Aufsatz von 1940 als Signal dafür zu sehen, »was aus dem Austromarxismus hätte werden können« (27). Die Auswahlkriterien des letzten Teiles (»Am Rande der austromarxistischen Theorie«) schließlich bleiben auch nach der Lektüre des entsprechenden Einleitungsteils im Dunkeln. Aufmachung und fehlender Apparat des Buches können (gerade auch angesichts des Preises) nicht mit den dargestellten Mängeln des Bandes versöhnen.

Da hat der von *N. Leser* und *A. Pfabigan* herausgegebene Band mit ausgewählten Schriften Max Adlers schon mehr zu bieten. Wer sich aus erster Hand mit dem Politiker und Theoretiker Max Adler vertraut machen will, findet hier eine gut zusammengestellte Leseauswahl. Pfabigan schildert in einer sachkundigen, knappen und durchaus kritischen Einleitung den persönlichen und politischen Werdegang Adlers, die sich durchaus positiv von Teilen der äußerst heftigen Abrechnung mit dessen Positionen in Pfabigans Adler-Biographie abhebt. Ist dort von einer gründlichen Demontage des linken Image des Austromarxismus am Beispiel Max Adlers die Rede, sehen beide Herausgeber des hier besprochenen Textbandes ihre Aufgabe noch darin, das Werk »des großen Austromarxisten Max Adler«, von dem sie meinen, daß er »auch unserer Gegenwart etwas zu sagen hat« (19), dem Leser möglichst unmittelbar zu präsentieren.

Im ersten (und umfangreichsten) Abschnitt finden sich Adlers soziologische Schriften zur Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Diese Verknüpfung ist zutreffend, als hier der Politiker und Marxist Adler zu Wort kommt, der im Marxismus selbst eine »Soziologie« sah, »die auf diesen Namen wirklich wird Anspruch machen können«. Die Texte beginnen mit einem frühen Artikel von 1901 aus der Arbeiter-Zeitung (»Zur Revision des Parteiprogramms«), zeigen seine sich wandelnde, zunächst stark vom Pazifismus geprägte Haltung zur Kriegsfrage, seine Zugehörigkeit zur Parteioption, seine Beurteilung der (Un-)Möglichkeit der proletarischen Revolution im Reststaat Österreich 1918/19, seine Haltung zur sich entwickelnden parteipolitischen Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Broschüre »Demokratie und Räte-system« aus dem Jahre 1919 veranschaulicht seine theoretischen Bemühungen, Institutionen der direkten und der repräsentativen Demokratie konzeptionell zu verbinden. In »Politische oder soziale Demokratie« (1926) leistet er nicht nur einen »Beitrag zur sozialistischen Erziehung«, wie er selbst diese Schrift nennt, sondern faßt in verständlicher Form seine staatstheoretischen Überlegungen zusammen. Es folgen seine Kritik an der Kommunistischen Internationale, seine Beiträge zu der Auseinandersetzung um das Linzer Programm von 1926 sowie zu den Ereignissen des 15. Juli 1927.

Adlers immer kritischer werdende Haltung gegenüber der Parteiführung verdeutlicht auch der Erstabdruck eines Artikelentwurfs aus dem Nachlaß, »Linkskritik oder Linksgesinnung«. Seine nach 1927 erfolgende Hinorientierung auf die Linksopposition in der deutschen Sozialdemokratie wird dokumentiert durch seine Beiträge zur Wehrdebatte bzw. zum Parteikonflikt um die SAP 1931. Sein Beitrag in dem deutschen Band »Unsere Stellung zu Sowjetrußland« von 1932 zeigt die zunehmende Radikalisierung seiner politischen Position. Abgeschlossen wird dieser Teil durch ein unveröffentlichtes Manuskript aus dem Nachlaß — »Unterworfenen Deutschland«.

Die Teile 2 und 3 geben »Schriften zu Erziehung und Sozialismus« bzw. »Philosophische Schriften« wieder, allerdings in weit geringerem Umfang. Zwar werden also der pädagogische Aspekt bzw. Adlers neukantianisches Verständnis des Marxismus entsprechend dargestellt, aber der Politiker Max Adler steht in diesem Auswahlband im Vordergrund. Dies ist insofern außerordentlich zu begrüßen, als die Adler-Rezeption bisher meist auf den Aspekt der Verknüpfung von Kant und Marx beschränkt blieb.

So konzentriert sich die Kritik an diesem Textband (neben dem Preis) weniger auf das, was er enthält, denn auf das, was er nicht enthält. Zu fragen bleibt, warum die zentrale Schrift »Die Staatsauffassung des Marxismus« (1922) trotz ihres Umfangs nicht aufgenommen wurde. Sie ist schließlich nirgendwo im Buchhandel mehr erhältlich. Erstaunlich ist auch, daß im Teil 2 Adlers bekannteste Broschüre zu diesem Komplex, »Neue Men-

schen. Gedanken über sozialistische Erziehung« (1924) fehlt. Schließlich ist es bedauerlich, daß von den zahlreichen Manuskripten aus Adlers Nachlaß, auf die sich vor allem auch Pfabigan in seiner Biographie sehr häufig bezieht, nur zwei wiedergegeben wurden. Ansonsten: ein lesenswertes Buch! Uli Schöler (Bonn)

Steinbach, Peter: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945. Colloquium Verlag, Berlin/West 1981 (108 Seiten, br., 12,80 DM)

Die sogenannte »Vergangenheitsbewältigung« ist ein problematisches Kapitel bundesdeutscher Geschichte; das gilt erst recht für die strafrechtliche Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Juristen und Politiker waren nach 1945 gleichermaßen abgeneigt, sich mit Vergangenem zu beschäftigen. Während die Justiz erst auf Anzeigen hin die Strafverfolgung aufnahm, achteten selbst sozialdemokratische Politiker oft opportunistisch auf des »Volkes Stimmung« und Wählerpotentiale. Letztere bestanden bis in die 60er Jahre auch aus eben jenen Menschen, die nicht an ihren Beitrag zum NS-Regime erinnert werden und endlich den berühmten »Schlußstrich« unter die Geschichte ziehen wollten.

Um so mehr erstaunt die Erfolgsbilanz, die der Autor in seinem Bändchen aufmacht. Er verknüpft drei Aspekte, einen juristischen, einen rechtlich-politischen und einen historisch-pädagogischen: NS-Prozesse, Verjährungsdebatten und politische Bildung. Alle drei trieben den Prozeß der »Vergangenheitsbewältigung« durch lebende Wechselwirkung vorwärts, bis er schließlich das vermeintlich hohe Niveau erreicht habe.

Steinbach geht chronologisch vor: Zunächst stellt er die NS-Gewaltverbrechen im historischen Kontext dar, um den »realen Kern der Bewältigungsbemühungen« vor Augen zu haben; Fakten über KZs, Vernichtungslager und Einsatzgruppen reihen sich aneinander. Hernach referiert Steinbach über alliierte Strafprozesse, deren Haupteffekt darin bestehen sollte, die Deutschen zu »bessern«, zum schauernden Rückblick zu zwingen. Er kritisiert freilich auch die Entnazifizierungsverfahren, die in der Tat allzu schematisch und oberflächlich zugleich angelegt waren. Erst als Details des NS-Terrors auch hartgesottene Juristen und Publizisten schockierten, kam es Ende der 50er Jahre zur Einrichtung der Ludwigsburger »zentralen Stelle zur Aufklärung der NS-Verbrechen«; laut Steinbach war sie im rechten Moment das geeignete Instrument der Strafverfolgung. Ohne Hinweis auf die meist unerträgliche Dauer der NS-Prozesse und die relativ milden Urteile beschwört er den Leser: »Es gilt, sich diese Leistungen ins Gedächtnis zu rufen, wenn der gewiß erwägenswerte, aber doch pauschale Vorwurf erhoben wird, weite Teile der Justiz hätten vor der Aufgabe versagt, die Folgen des Nationalsozialismus 'zu bewältigen'« (49)

Es folgt ein detaillierter Vergleich der Verjährungsdebatten im Bundestag, in denen sich ein Wandel der Argumentation und politischen Zielsetzung abzeichnete. Ging es 1960 allein um den rechten Termin der Verjährung, so wurde 1965 bereits inhaltlich diskutiert, aber nicht grundsätzlich entschieden. In der dritten Debatte 1969 prallten die Argumente von CDU und SPD gegen die von FDP und CSU; diese Polarisierung führte aber nur zu einer neuen Fristverlängerung, bis endlich 1979 die Verjährung für Mord beseitigt wurde. Die Öffentlichkeit nahm regen Anteil an der jüngsten Diskussion, sensibilisiert durch »Holocaust« und die breite Erforschung des Alltags im Nationalsozialismus.

Der Autor begreift die NS-Prozesse als realen Hintergrund der Verjährungsdebatten, die vor allem von Juristen geführt wurden. Zu guter Letzt beschreibt er die NS-Prozesse der 60er und 70er Jahre, die seiner Meinung nach primär die Aufgaben der Bewußtseins-

bildung und der Erinnerung an das Geschehene hatten: »So trugen sie zur Ausbildung eines Geschichtsbildes bei, das dem Gedanken entgegenwirkte, eine nationalsozialistische Herrschaft habe wesentliche 'positive Aspekte besessen'. Zugleich wurde das Gespür für die Gefahren totalitärer Herrschaft gefördert und damit wirkungsvoll einer neototalitären, die Würde des Menschen anderen Zielen nachordnenden Ideologie entgegengewirkt« (78). Die floskelhafte Wiederaufnahme der Totalitarismus-Theorie ignoriert die latente Verharmlosung des NS-Regimes in der Bevölkerung — enttäuschend für ein Buch, das an Schüler, Lehrer und Studenten gerichtet ist. Dem Autor kommt es nicht auf die Ahndung der Verbrechen an, sondern auf die »allgemeine Aufklärung« der Öffentlichkeit und die Festigung unserer Verfassungsordnung. Dazu habe auch der Film »Holocaust« beigetragen, dessen Wirkungen Steinbach zu der positiven Bilanz veranlassen: »Die Institutionen politischer Bildung haben die Herausforderung des sprunghaft gestiegenen öffentlichen Interesses angenommen und eine sicherlich schwierige Situation gemeistert.« (88) Lehrer und Experten der politischen Bildungsarbeit teilen diesen Optimismus allerdings nicht.

Es scheint, als übertrage der Autor seine eigenen Einsichten auf die gesamte Öffentlichkeit, die doch nun aufgeklärt und gegen NS-Gedankengut gefeit sein müsse. Jugendlicher Neonazismus sowie die Kontinuität im Bereich der Sozialisation und der Herausbildung »autoritärer Persönlichkeiten« nach 1945 spielen keine Rolle. Die nicht-demokratische Subkultur in Westdeutschland, die stets vorhanden, wenn auch unspektakulär war, deutet auf eine rechtsextreme Kontinuitätslinie, die nicht nur von Steinbach mit der freischwebenden Hypothese vom antitotalitären Konsens der bundesdeutschen Bevölkerung abgegan wird. Trotzdem wertet er schon als Erfolg, daß die Diskussion über NS-Verbrechen nicht abbrach, wie zufällig sie auch immer aufrechterhalten wurde. Zuversichtlich heißt es: »Neonazismus hat in der Bundesrepublik keine Verwirklichungschance, weil der verbrecherische Charakter nationalsozialistischer Politik in vielen Strafverfahren ganz deutlich gemacht wurde.« (90) Daß dies nur sporadisch geschah und auch heute nur auf traditionelle Weise, d.h. durch reine Faktenvermittlung und »Opfer-Pädagogik«, ficht den Autor nicht an. Er ist zufrieden, daß Deutsche die Schrecken der NS-Herrschaft im Hinterkopf haben und ein mehr oder weniger antinazistisches Bewußtsein pflegen, das »... in eine zwar nicht kontinuierliche, aber doch unverkennbare, von Zeit zu Zeit intensiver werdende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einmündete...« (91).

So verdienstvoll der Versuch ist, drei Aspekte der »Vergangenheitsbewältigung« zu verknüpfen und nach dem Maßstab der »FdGO« (vgl. 7) zu bewerten, so voreilig sind die Folgerungen in diesem Buch, die an aktuellen Erkenntnissen und Vorhaben der politischen Bildung vorbeigehen, ja die Komplexität von Geschichtsbewußtsein und Aufarbeitung der Vergangenheit außer acht lassen.

Peter Sonnet (Bonn)

Über die Autoren/Autorinnen

- Albers, Detlev**, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiet: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Herforder Thesen* (1980, Mitautor), *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.
- Axi, Heinz-Jürgen**, geb. 1945; Privatdozent am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Europaparlament und EG-Erweiterung* (1979); *Die PASOK und Griechenland* (1985). Mitglied in SPD und ÖTV.
- Bäcker, Gerhard**, geb. 1947; wiss. Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB. Mitglied der SPD.
- Barrett, Michèle**, geb. 1949; Studium an den Universitäten Durham und Sussex, arbeitet als Hochschullehrerin an der City University in London. Redakteurin der sozialistisch-feministischen Zeitschrift »Feminist Review«. Veröffentlichungen u.a.: *Das unterstellte Geschlecht. Umriss eines materialistischen Feminismus* (dt. 1983).
- Becker, Johannes M.**, geb. 1952; Studium der Politologie, Soziologie, Geographie und Sportwissenschaften, z.Zt. Doktorand. Arbeitsgebiete: Frankreich, Militär. Mitglied in BdWi und GEW.
- Brunkhorst-Albers, Franziska**, geb. 1957; Studium der Politik und Germanistik an der Universität Hamburg. Doktorandin und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsgebiet: Arbeitszeitverkürzung. Mitglied in SPD und GEW.
- Burmester, Hillevi**, geb. 1958; Angestellte, tätig als Buchhalterin. Mitglied in ÖTV und SPD, Mitglied des Landesvorstands der Hamburger Jungsozialisten und der SPD Hamburg.
- Frohmann, Armin**, geb. 1960; Studium der Geschichte und Politik an der Universität Göttingen. Arbeitsgebiete: Kulturgeschichte, Geschichte der Arbeiterbewegung, Konservatismus in den USA. Mitglied in SPD und ÖTV.
- Gleske, Jürgen**, geb. 1952; Lehrer für Mathematik und Sozialkunde, z.Zt. arbeitslos. Mitglied in SPD, SJD-Die Falken und GEW, Mitarbeiter der Arbeitskreise »Internationales« der Hamburger Jungsozialisten und des Arbeitskreises »Dritte Welt« der Hamburger SPD.
- Gransow, Volker**, geb. 1945; Dozent an der Uni Bielefeld. Arbeitsgebiet: Politische Soziologie. Jüngste Veröffentlichung: *Mikroelektronik und Freizeit* (1982). Mitglied im Komitee für Grundrechte.
- Kremer, Uwe**, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD, Mitglied in AWO, GW und VVN.
- Ludwig, Andreas**, geb. 1954; Historiker. Wichtigste Veröffentlichung: *Projekt Spurensicherung, Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre* (Mitautor, 1983). Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt und der GEW.
- Neumann, Kurt**, geb. 1945; Rechtsanwalt, Mitglied der SPD, ÖTV, 1974-76, Landesvors. der Berliner Jungsozialisten, 1981 bis 1985 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Arbeitsgebiete: marxistische Theorie, SPD-Entwicklung.
- Oertzen, Peter von**, geb. 1924; Studium der Philosophie, Soziologie, Geschichte. 1962 Privatdozent, Hochschullehrer für Wissenschaft von der Politik an der Universität Hannover bis 1982. Mitglied der GEW und seit 1946 der SPD, 1970 bis 1983 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, seit 1973 Mitglied des Parteivorstands und z.Zt. seiner Programmkommission.
- Paschert, Berthold**, geb. 1957; Studium der Soziologie, Pol. Wiss., Geschichte, M.A. Wiss. Mitarbeiter am Institut für Theorie und Geschichte der Medien in der Universität Münster. Mitglied der ÖTV, der SPD und des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB).
- Nohara, Erik**, geb. 1928; Dipl.-Politologe, tätig als Journalist. Arbeitsgebiete: Ost-West-Fragen und Kultursociologie. Mitglied in Comenius-Klub, SPD und GEW.
- Scholz, Olaf**, geb. 1958; Jurist, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Mitglied in SPD und ÖTV.
- Sève, Lucien**, geb. 1926; Philosoph, nach 21-jähriger Lehrtätigkeit 1970 Verlagsleiter der PCF-eigenen »Editions Sociales«. Seit 1982 Direktor des Theorie-Zentrums der Kommunistischen Partei, des »Institute de Recherches Marxistes« in Paris. Mitglied des Zentralkomitees des PCF seit 1961. Wichtigste Veröffentlichungen: *Marxistische Analyse der Entfremdung* (1978); *Une Introduction à la Philosophie Marxiste* (1980); *Marxismus und die Theorie der Persönlichkeit* (4¹1983).
- Sonnet, Peter**, geb. 1956; M.A., Politologe, z.Zt. arbeitslos. Arbeitsgebiete: Europapolitik; NS-Geschichte; Politische Kultur. Mitglied in SPD.
- Weinzen, Hans-Willi**, geb. 1953; Dipl.-Politologe, tätig in der Politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der deutschen Arbeiterbewegung, Parteien und Verbände. Wichtigste Veröffentlichungen: *Gewerkschaften und Sozialismus* (1982); *Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (1985). Mitglied in SPD und GEW.
- Wendl, Michael**, geb. 1950; Dipl.-Soziologe. Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mitarbeiter der Sozialistischen Studiengruppen (SOST). Mitglied in SPD und ÖTV, Gewerkschaftssekretär der ÖTV in Augsburg und Landesvorsitzender der Bayerischen Jungsozialisten. Mitglied der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission des SPD-Parteivorstands.
- Wollenberg, Jörg**, geb. 1937; Hochschullehrer. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung. Mitglied der SPD.
- Zellner, Wolfgang**, geb. 1953; Dipl.-Soziologe. Arbeitsgebiete: Sicherheitspolitik und Strategien der Friedensbewegung. Ehem. Bundesvorsitzender des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Mitglied in SPD und GEW.
- Zimmer, Jochen**, geb. 1947; Hochschullehrer am Integrierten Studiengang Sozialwissenschaften der Gesamthochschule Duisburg. Jüngste Veröffentlichung: *Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde - Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung* (Hrsg., 1984). Mitglied in SJD-Die Falken, Touristenverein, Die Naturfreunde und GEW.

Sovec

Neuerscheinung



Michael Kausch

Erziehung und Unterhaltung

Leo Löwenthals Theorie
der Massenkommunikation

Sovec

ISBN 3-923147-15-5
ca. 160 S., 16,80 DM

Bestellungen an:
Sovec, Henri-Dunant-Straße 3
3400 Göttingen

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft

spw



26 '85

Aktuelle Kommentare

- Ch. Rix: Die wirkliche Chance in Genf
K.-P. Wolf: Berufsverbote und innere Militarisierung
K. Rave: Tu was mit der SPD. Peter Glotz' organisationspolitische Thesen

Analysen

- U. Schöler: 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (II)
A. Böckmann u.a.: Thesen des Hannoveraner Kreises zur Lage und Perspektive der Jungsozialisten in der SPD
H. Weinberg: 25 Jahre SHB
M. Steinacker/A. Westphal: Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten
M. Häupl: SPÖ nach Hainburg
A. Genç: Rückkehrhilfe als »Integrationspolitik«

Rot-grüne Bündnisse

- F.O. Wolf: Notwendige Brüche und mögliche Bündnisse. Probleme eines realistischen grünen Radikalismus
A. Wehr: Rot-grüne Bündnisse — aber welche?
H. Japßen: Gewerkschaften und Grüne
H. Peter/N. Sprafke: Rot und Grün — Realität in Kassel
G. Schilling: Rot-grüne Perspektiven jenseits machttaktischer Bündnisse? Erfahrungen und Chancen

Interview / Berichte / Dokumentationen / Besprechungen

8. Jg. 1985

Detlev Albers: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci.

Zur politischen Theorie des Marxismus

Bauer und Gramsci — beiden ging es um die Erneuerung des Marxismus angesichts der ungelöstesten Probleme einer »Revolution im Westen«. Beide, der Sozialdemokrat und der Kommunist, versuchten, die tief ins Denken eingelassenen Grenzen zwischen den verfeindeten Lagern der Arbeiterbewegung einzureißen. Ihr Vergleich unter dem Gesichtspunkt eines »integralen Marxismus« bringt Elemente einer »eurolinken« Strategie in den Blick. 192 S., br., 24,- DM, Ln. 34,- DM



Marxismus und Theorie der Parteien von W.Eifferding, M.Jäger und Th.Scheffler

Die Parlamentarisierung der Arbeiterbewegung ist eine noch unverdaute Erfahrung sozialistischer Politik. Die »Krise der Parteien«, ausgerufen von Theoretikern der »neuen sozialen Bewegungen«, kündigt nicht ihr Ende, sondern ihre Umformung und Neubildung an. Auch für Marxisten, denen »die Partei« lange als *die* Form ihrer Politik galt, gibt es Grund genug, sich neu mit den Parteien auseinanderzusetzen. Dieser Band untersucht die implizite Parteientheorie des Marxismus und das »kleine Einmaleins der Macht«. Argument-Sonderband AS 91

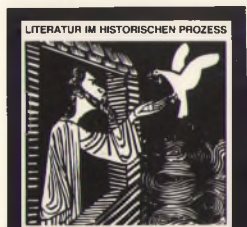


**MARXISMUS UND
THEORIE
DER PARTEIEN**

**J./Hermann/H.Peitsch/K.Scherpe (Hrsg.)
Nachkriegsliteratur in Westdeutschland
Band 2: Autoren, Sprache, Traditionen**

Die »Geschlagenen« von 1945 waren auch die »Enttäuschten« von 1948/49 und die »Nonkonformisten« der 50er/60er Jahre. Dieser Band zeigt die literarische Produktivität und die Aufnahme der aus dem Exil heimgekehrten Autoren, die Wirkung von Ortega y Gasset's konservativer Beschwörungsphilosophie und die Suche nach eigenen Ausdrucksmöglichkeiten bei den »jungen« Autoren.

Literatur im historischen Prozeß 10, AS 116
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



**NACHKRIEGS-
LITERATUR 2**

ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Straße 6
1000 Berlin 65